

Asienkrise, Demokratie, Nationalismus: Beiträge zur 1. Nachwuchstagung Ostasien

Wacker, Gudrun (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wacker, G. (Hrsg.). (1999). *Asienkrise, Demokratie, Nationalismus: Beiträge zur 1. Nachwuchstagung Ostasien* (Sonderveröffentlichung / BIOst). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49328>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Vorwort	
.....	
9	
Keynote Speech	
.....	
11	
Michael Lackner.....	11
"Where do you want to go today?"	
Anmerkungen zu den wissenschaftspolitischen und -theoretischen	
Perspektiven der Asienforschung.....	11
Zum Autor.....	15
Panel 1: Asienkrise	
.....	
16	
Jörg Faust.....	16
Politische Herrschaft und ökonomische Krise	
Zum Zusammenspiel formaler und informaler Institutionen.....	16
Unterscheidung zwischen demokratischer, autoritärer und totalitärer	
Herrschaft.....	16
Konsolidierte	
Demokratie.....	16
Herrschaftslegitimation.....	17
Literatur.....	19
Zum Autor.....	19
Tim Goydke.....	20
Die Auswirkungen der Asienkrise auf die entwicklungstheoretische De-	
batte in Asien.....	20
Abstract.....	20
Washington vs. Tokyo.....	20
Die Asienkrise im Licht der Entwicklungsdebatte.....	22
Paradigmenwechsel in der entwicklungstheoretischen Diskussion?.....	24
Zum Autor.....	25
Frank H. Westerhoff.....	26
Japan in der Krise.....	26
Abstract.....	26
1 Einleitung.....	26
2 Japans wirtschaftliche Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit..	26
2.1 Die Bubble Economy.....	26
2.2 Ausmaß der Krise.....	28
3 Ist das japanische System gescheitert?.....	29

4 Ausblick.....	30
Zum Autor.....	30
Carsten Mende.....	32
Die Ursachen der Asienkrise.....	32
Die Ursachen der Asienkrise.....	32
1. Einleitung.....	32
2. Ursachen und Auslöser.....	33
2.1 Die Einschätzung des IWFs.....	33
2.2 Andere Einschätzungen.....	34
3. Zusammenfassung.....	36
Zum Autor.....	37
Panel 2: Sozialer Wandel	
.....	
38	
Björn Alpermann.....	38
Sozialer Wandel und politische Partizipation im ländlichen China.....	38
Abstract.....	38
Hintergrund des Aufsatzes.....	38
Themenstellung.....	38
Leitfragen.....	39
Theoretischer Rahmen.....	39
Sozialer Wandel.....	40
Politische Partizipation.....	41
Interessenvertretungen.....	42
Dörfliche Selbstverwaltung.....	42
Fazit 43	
Zum Autor.....	44
Uta Wickleder.....	45
Zur Entwicklung der Einkommensstrukturen in der VR China.....	45
Einleitung.....	45
2. Tendenzen und Entwicklungen in der Einkommensentwicklung.....	46
3. Die Verteilung des Einkommens.....	46
4. Zusammenfassung.....	48
Zur Autorin:.....	49
Claudia Wüllner.....	50
Land-Stadt-Migration in der VR China.....	50
Abstract.....	50
1 Einführung.....	50
2 Methodischer und theoretischer Rahmen.....	51
3 Leitfragen der Analyse von Arbeitsmigration in der VR China.....	52
3.1 Hukou-System.....	53

3.2 Soziale Netzwerke und Organisation der Migranten.....	53
3.3 Beschäftigung.....	54
Abbildung: Zielkonflikt Arbeitsmarkt.....	56
4 Probleme und offene Fragen.....	56
Zur Autorin.....	56
Panel 3: Binnenreform	
.....	
57	
Doris Fischer.....	57
Grundlegende Hemmnisse für die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der VR Chi- na.....	57
Abstract.....	57
Die Bedeutung einer Wettbewerbsordnung in der Marktwirtschaft.....	57
Abbildung 1: Die Theorie der Wirtschaftspolitik als Bindeglied zwi- schen Wirtschaftstheorie und -politik.....	58
Aufbau einer Wettbewerbsordnung im Transformationsprozeß.....	58
Chinesische Ansätze zum Aufbau einer Wettbewerbsordnung.....	59
Konsenshemmende Faktoren in der wirtschaftswissenschaftlichen Dis- kussion.....	60
Eine These dazu, warum die chinesische Regierung bis heute die Verab- scheidung einer „Wirtschaftsverfassung“ versäumt hat.....	61
Abbildung 2: Positionierung der chinesischen Wettbewerbspolitik in der wirtschaftspolitischen Zielhierarchie der neunziger Jahre.....	63
Zur Autorin.....	64
Dagmar Hauff.....	65
Haushaltsreform 1994 und Finanzausgleich in der VR China.....	65
Abstract.....	65
Die Fragestellung und der Forschungskontext.....	65
Das Problem, einen die Staatsstruktur stabilisierenden Finanzausgleich zu etablieren.....	66
Der schwierige Versuch, eine fiskalische Zentralisierung durchzuführen	67
Die Haushaltsreform von 1994	69
Polit-ökonomische Ansätze zur wirtschaftspolitischen Logik des Ent- scheidungsprozesses.....	69
Zusammenfassende Erkenntnisse.....	70
Zur Autorin.....	70
Axel Kassing.....	71
Der Stand der Reformen des Finanzsektors in China.....	71
Die wesentlichen Reformschritte der letzten Jahre.....	71
Bewertung und Ausblick.....	74
1. Die Restrukturierung der staatlichen Geschäftsbanken.....	74

2. Die Flexibilisierung der Geldpolitik.....	75
3. Finanzaufsicht und -kontrolle.....	75
4. "Der Fall GITIC"	75
Thesen.....	76
Literatur.....	76
Zum Autor.....	77
Panel 4: Beziehungen	
.....	78
Sebastian Bersick.....	78
Die europäisch-asiatischen Beziehungen am Beispiel des ASEM-Prozesses:	
Die Erweiterung des interregionalen Beziehungsmusters	
zwischen den Staaten der Europäischen Union und Teilen Asiens	
.....	78
Abstract.....	78
Einleitung.....	78
Theoretische Vorüberlegungen.....	79
Die Mehrebenigkeit der vertikalen Kooperation.....	80
ASEAN-EU versus ASEM: Institution gegen Flexibilität.....	80
Eine europäische Phalanx?.....	81
Fazit	82
Zum Autor.....	82
Ute Roßmann.....	83
Japans wirtschaftliche Beziehung zu Asien: Leitgans oder Kormoranfischer?.....	83
Abstract.....	83
Anhang.....	85
Tabelle 1: Japanische Ex- und Importe nach Regionen 1990 und 1995	85
Tabelle 2: Japanische Direktinvestitionen.....	85
Zitierte und weiterführende Literatur.....	85
Zur Autorin.....	86
Rolf Jordan.....	87
Politik in transnationalen Räumen: Das SIJORI-Wachstumsdreieck....	87
Internationalisierung und die Rolle des Nationalstaates.....	87
Subregionale Integration durch Wachstumsdreiecke.....	89
Politik in transnationalen Wirtschaftsräumen.....	90
Zum Autor.....	91
Cornelia Kriesel.....	93
Die japanische Entwicklungspolitik: Von der Entstehung eines Paradoxons.....	93
Einleitung.....	93

Die japanische staatliche Entwicklungspolitik	93
Zur Periodisierung der japanischen Entwicklungspolitik.....	94
Die Darstellung in der Cluster-Analyse.....	95
Tabelle 1: Darstellung der japanischen ODA in der Cluster-Analyse. .	96
Zur Autorin.....	97
Panel 5: Demokratisierung	
.....	
98	
Ralf-Torsten Zitterbart.....	98
Der subethnische Konflikt zwischen "Taiwanesen" und "Festländern"	
auf Taiwan	
Zur "modernisierungstheoretischen Perspektive" auf die Ursachen	
der Liberalisierung Taiwans von 1987.....	98
Abstract.....	98
Zum Autor.....	102
Petra Strauch.....	103
Demokratisierung in Hongkong unter Christopher Patten	
Rhetorik oder politische Realität?.....	103
Abstract.....	103
Einleitung.....	103
Definition zentraler Begriffe.....	103
Christopher Pattens Reformpolitik: Politische Praxis und Bedeutung.	104
Vorläufige Schlußfolgerung.....	106
Einige abschließende Anmerkungen.....	107
Zur Autorin.....	107
Panel 6: Nationale Identität	
.....	
108	
Alexis Mengel.....	108
Nationalismus in Südkorea und Japan hinsichtlich der gegenseitigen Be-	
ziehungen:	
Stereotypen, Verhaltensmuster, Entwicklungen.....	108
Abstract.....	108
1. Vorgehensweise	108
2. Einleitung.....	109
3. Faktoren, die in der Nachkriegszeit die nationale Identität Südkoreas	
und Japans bestimmten und gleichzeitig das japanisch-südkoreani-	
sche Verhältnis beeinflussen.....	109
4. Verhaltensmuster.....	111
5. Themen, an denen sich Streit entzündet.....	111
6. Wie die Beziehungen verbessert wurden und weiter verbessert werden	
könnten	112
7. Offene Fragen	113

Zum Autor.....	113
Hans Scheerer.....	115
Nationalismus im Spiegel der Außenpolitik der VR China: Beijings außenpolitisches Verhalten im Konflikt um die Spratly- Inseln. Die Volksrepublik China, der neue Hegemon im asiatisch-pazifi- schen Raum?.....	115
Die Spratly-Inseln.....	116
Übersichtskarte: Spratly-Inseln/Südchinesisches Meer.....	117
Die Perspektiven.....	120
Literaturhinweise.....	120
Zum Autor.....	121
Panel 7: "Asiatische Werte" 123	
Andreas Seifert.....	123
Sun Wukong schwebt über Asien Popkultur, Jugendkultur – oder das Märchen von den allgemein- gültigen ‘asiatischen Werten’.....	123
Abstract.....	123
Zum Autor.....	129
Kerstin Nagels.....	133
Wessen Werte? Interkulturelles Management im Spannungsfeld gesellschaftlichen Wandels in der VR China.....	133
„Wessen Werte?“: Die Fragestellung.....	133
Zur Einleitung: Interkulturelles Management: Rahmenbedingungen der Forschung / Das Feld.....	133
Wessen Werte? Seniorität – ein Beispiel.....	134
Die Rolle von Joint Ventures und ihren Beschäftigten in der chinesischen Gesellschaft	136
Die Rolle von Joint Ventures bei der Transformation der chinesischen Wirtschaft.....	136
Jia Yang Guizi oder Wirtschaftselite? Das Dilemma der (jungen) Joint Venture Angestellten.....	136
Zur Autorin.....	137
Seo U-Seok.....	138
Konfuzianismus und intergenerationelle Bildung von Humankapital.	138
Abstract.....	138
Der kulturelle Erklärungsansatz des Wirtschaftswachstums in Ostasien und die Debatte um "asiatische Werte".....	138
Wert als Erklärungsfaktor für Wirtschaftswachstum.....	140
3. Werteffekt und Schemata.....	141
Zum Autor.....	142

Ole Döring.....	144
Nach der Auflösung eines Mythos – auf zum nächsten!?	
Statement des Moderators von Panel 7 "Asiatische Werte".....	144
Zum Autor.....	146
Podiumsdiskussion	
.....	
147	
Günther Distelrath.....	147
Wissenschaftstheorie und Asien-bezogene Regionalforschung.....	147
Zum Autor.....	148
Sebastian Heilmann.....	150
Thesenpapier.....	150
These 1:.....	150
Den Geistes- und Sozialwissenschaften steht mit dem Wegbrechen der bürgerlichen Bildungstradition eine existentielle Krise bevor....	150
These 2:.....	150
Mehr Offenheit für eine stärker nachfrageorientierte Forschungs- und Publikationstätigkeit.....	150
These 3:.....	150
Auch in der gegenwartsbezogenen China-Forschung wurde jüngst deut- lich, daß in westlichen Gesellschaften entwickelte sozialwissen- schaftliche Modellvorstellungen sich als Ursache von Verzerrun- gen erwiesen.....	150
Zum Autor.....	151
Ole Döring.....	152
Hermeneutische Kompetenz in der Krise?	
Eine Vorüberlegung zum Ausgang der Asienwissenschaften aus ihrer selbstverschuldeten Unsichtbarkeit.....	152
Abstract.....	152
1. Einleitung.....	152
2. Zum Hintergrund dieser Überlegungen.....	153
2.1 153	
2.2 154	
3. Hermeneutik und Methoden	155
4. Gelingt den Asienwissenschaften das Kunststück Münchhausens?	156
Anhang	
.....	
157	
Asienkrise, Demokratie, Nationalismus	
Neue Wechselwirkungen zwischen Politik und Ökonomie in Ost- asien	
Brühl, 3. bis 6. Mai 1999.....	157
Montag, 3.5. vormittag: Anreise.....	157

Montag, 3.5. nachmittag 14.00 bis 18.30.....	157
Dienstag, 4.5. vormittags 9.00 bis 13.00.....	157
Dienstag, 4.5. nachmittags 14.00 bis 18.30.....	158
Mittwoch, 5.5. vormittags 9.00 bis 13.00.....	158
Mittwoch, 5.5. nachmittags 14.30 bis 18.00.....	159
Mittwoch, 5.5. abends.....	159
Donnerstag, 6.5. vormittags: Abreise.....	159
Alphabetische Liste aller Teilnehmer	

.....
160

August 1999

Redaktion: Gudrun Wacker

Vorwort

Vom 3. bis 6. Mai 1999 fand am Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung in Brühl erstmals eine Tagung für junge Ostasien-Wissenschaftler statt, die sich mit aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen befassen. Dieses Projekt sollte den Meinungsaustausch unter jungen Wissenschaftlern und Studenten im Endstadium ihrer Ausbildung anregen und ihre Vernetzung untereinander fördern. Dabei ging es auch darum, "klassische" Regionalspezialisten (Sinologen, Japanologen usw.) und Vertreter aus "methodischen" Fächern (Ökonomen, Politologen etc.) zusammenzubringen. Die Tagung sollte damit einem häufig beklagten Defizit in den Asienwissenschaften abhelfen, nämlich dem Mangel an länder- und fächerübergreifender Kommunikation. Dieser Mangel kann angesichts der gerade am Ende des Studiums notwendigen Spezialisierung zu der durchaus problematischen Tendenz führen, provinzielle und nur unzureichend an die allgemeine Methodendiskussion angebundene Sichtweisen auf das eigene Thema zu entwickeln – kurz, den großen sozialwissenschaftlichen Wald vor vielen ostasiatischen Bäumen und Bäumchen aus den Augen zu verlieren.

Ging es also zum einen darum, neue Kommunikationsformen anzustoßen, so war uns zum anderen daran gelegen, die sich in den letzten Jahren intensivierende Debatte über die wissenschaftstheoretische und wissenschaftspolitische „Modernisierung der Asienwissenschaften“ aus dem Bereich der etablierten Fachvertreter und Lehrstuhlinhaber in die „Szene“ der Nachwuchswissenschaftler zu tragen. Nicht zuletzt dürfte von der Neuorganisation und Neupositionierung der Asienwissenschaften in Deutschland auch die Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten für den „Nachwuchs“ liegen. Wir haben daher neben den zahlreichen thematisch zentrierten Papieren auch die hierzu vorgelegten Überlegungen Michael Lackners sowie der Teilnehmer an der abschließenden Podiumsdiskussion im vorliegenden Band dokumentiert. Die Debatte um die neue Bedeutung des kulturellen Faktors etwa stellt nicht nur für die Asienwissenschaften eine Herausforderung dar, die sich der Versuchung erwehren müssen, ihre Bedeutung für Politik und Wirtschaft mit einer eigenen singulären Kompetenz für die „Kultur“ einer Region abzuleiten. Auch die Methodenwissenschaften sind gefordert, sich mit dem *cultural turn* auseinanderzusetzen. Die Tagung konnte hier Ergebnisse der neueren wissenschaftstheoretischen Reflektion in den letzten zwei Jahren in einem breiten Rahmen vorstellen. Die Kombination dieser beiden Elemente (neue Kommunikationsformen und wissenschaftstheoretische Reflektion) machte im Urteil vieler Teilnehmer den Reiz dieser Zusammenkunft aus.

Für das erste Nachwuchsseminar dieser Art wurde ganz bewußt eine relativ weit gefaßte Themenstellung ("Asienkrise, Demokratie, Nationalismus. Neue Wechselwirkungen zwischen Politik und Ökonomie in Ostasien") gewählt, um einen möglichst breiten Kreis von Teilnehmern anzusprechen. Alle Bewerber sollten bereit sein, ein Kurzreferat zu halten, wobei sie sich einer strengen Zeitdisziplin (10 Minuten maximal) zu unterwerfen hatten. Auch die Moderation der einzelnen Panels übernahmen die Teilnehmer selbst. Fachwissenschaftler kommentierten die Papers, indem sie in der Regel auf methodische Schwächen hinwiesen und weiterführende Hinweise gaben.

Bei der Organisation waren uns der Geschäftsführer der DGA, Günter Schucher, und Frau Anja Osiander, mit Ole Döring Mitverfasserin der vom Institut für Asienkunde veröffentlichten Studie zur „Modernisierung der Asienwissenschaften“, sehr behilflich. Herr Schucher stellte uns die Adressdateien der DGA zur Verfügung und brachte in die Diskussionen der Tagung seine fächer- und länderübergreifenden Erfahrungen im Bereich der wissenschaftspolitischen Debatte um die Zukunft der Asienwissenschaften mit ein. Frau Osiander erarbeitete mit uns Struktur und Kon-

zeption der Tagung und organisierte die abschließende Podiumsdiskussion mit jüngeren Fachvertretern. Wir möchten beiden für ihren Einsatz danken, ebenso wie den Teilnehmern, die Zeit und Energie in das Unternehmen investierten.

Wir freuen uns, die überarbeiteten Papiere in diesem Band einer interessierten Öffentlichkeit vorlegen zu können. Wir hoffen auf eine Fortsetzung der Diskussion und planen eine zweite Tagung im Mai 2000.

Gudrun Wacker
(BIOst)

im August 1999

Christoph Müller-Hofstede
(Ost-West-Kolleg)

Keynote Speech

Michael Lackner

"Where do you want to go today?"

Anmerkungen zu den wissenschaftspolitischen und -theoretischen Perspektiven der Asienforschung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als – gewissermaßen – Geschäftsgrundlage meines heutigen Vortrages gilt, daß ich Ihnen am Ende gewiß keine Antwort werde geben können auf die Frage "Where do you want to go today", sondern diese Frage allerhöchstens zu modifizieren und zu präzisieren in der Lage sein werde.

Mein Thema hat auch nur am Rande mit der großen Überschrift dieser Tagung zu tun: statt von derzeitiger Asienkrise, Demokratie, Nationalismus usw. soll ich Ihnen über neuere Überlegungen zu wissenschaftspolitischen und -theoretischen Perspektiven der Asienforschung berichten. Das ist vielleicht auch ganz sinnvoll, denn schon seit hundertfünfzig Jahren erscheinen Publikationen wie "China im Umbruch", und man hat im Grunde den Eindruck, daß eine Region bzw. ein Land einen so langewährenden andauernden Umbruch gar nicht verkraften könnte, wenn nicht hinter solchen Proklamationen vielfältige Interessen stünden, die bewirken, daß letztlich jede Generation von vorne, von Null anfängt, die "Umbruchs"-Diagnose ihrer Vorgänger über Bord wirft, zumeist sogar völlig vergißt und aufs Neue mit dem "Umbruch" beginnt.

Die Rechtfertigung der Befassung mit Asien und – in geringerem Umfange mit allem "Fremden" kann zweifach sein: So war etwa die *raison d'être* der Sinologie in neuerer Zeit lange darin begründet, daß China "anders" sei. Diese Andersartigkeit kann entweder in der **Zeit**, also durch das begründet sein, was im weitesten Sinne Modernitätstheorien, genauer gesagt, Modernisierungstheorien genannt wird: also im wesentlichen Paradigmen der Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung, das Verdikt der "Zurückgebliebenheit", inklusive wohlwollender Strategien zum "Aufholen" des Rückstandes, kurz: "geleugnete Gleichzeitigkeit" ("*coevalness denied*", wie die Ethnologen über klassische Darstellungen von Urvölkern sagen). Der Vorteil von Modernisierungstheorien, die die klassische Entwicklungshilfe bis heute noch teilweise inspirieren, liegt darin, daß sie häufig durch recht genaue Erkenntnisse **sozialer** Unterschiede gekennzeichnet sind; um ein naheliegendes Beispiel anzuführen: Die frühe Wahrnehmung der sogenannten "Gastarbeiter" in Deutschland konzentrierte sich im wesentlichen auf soziale Phänomene, also auf den Umstand, daß es sich eben um Arbeiter handelte. Nur lebten – entsprechend diesen Theorien – ganze Völkerschaften "in einer anderen Zeit". Der Nachteil dieser Theorien liegt daher auch in dem Umstand begründet, daß sie von einer idealen, zumeist westlich konnotierten Vorstellung von Moderne ausgehen und somit Gefahr laufen, alles Fremde (Nicht-Europäische) über den Kamm eines Soll-Zustandes scheren, dessen Definition westliche Wissenschaftler in Zusammenarbeit mit den von ihnen ausgebildeten oder zumindest beeinflussten sogenannten Intellektuellen aus der sogenannten Dritten Welt monopolisieren. In Singapur wird in diesem Zusammenhang derzeit ein recht pfiffiges Forschungsprojekt betrieben, das den schönen Namen "Theorie der Irrelevanz" trägt: der sozialwissenschaftliche Kanon des Curriculums (Max Weber, Marx, Durkheim und viele andere große Namen) wird auf seine Relevanz für die Probleme der Region abgefragt. Das Ergebnis ist übrigens recht niederschmetternd. (Damit soll keiner "Islamization of knowledge" das Wort geredet werden; es geht zunächst um die *ex-negativo*-Feststellung der Irrelevanz).

Damit sind wir bei der zweiten Möglichkeit angelangt, "Anderssein" (und damit die *raison d'être* unserer Disziplinen) zu begründen: statt der aufgrund antiimperialistischer Vorbehalte (auch gegen die "Wohlmeinenden", die Entwicklungstheoretiker) fragwürdig gewordenen Zeit kommt der **Raum**, insbesondere in seiner Gestalt als Kulturraum, ins Spiel. Spätestens seit der Islamischen Revolution im Iran wird in wissenschaftlichen, aber auch in politischen Milieus der Faktor "Kultur", der den Modernisierungstheorien in der Regel als ein Hindernis auf dem Weg zum Gleichstand mit dem Westen erschienen war, unversehens neu gewertet; damit blieb freilich häufig auch das geschöpfte Instrumentarium sozialer Differenzierung auf der Strecke. "Kultur" erklärt nun Anderssein, und dies mittlerweile in inflationärer Weise. Im Alltagsdiskurs verkommt der Begriff entweder zum Suffix (Wein-, Tee-, Esskultur, Schwulenkultur, Streitkultur) oder es wird hochtrabend einem "Dialog der Kulturen" das Wort geredet: in der *FAZ* vom 30. April 1999 plädiert der Bundespräsident für einen solchen Dialog – ohne zu präzisieren, wer denn die Vertreter eines solchen Dialogs sein sollen – vermutlich stellt er sich auf "islamischer" Seite die Religionsführer, auf westlicher Seite (weil ja hier die Religionsführer nicht mehr das Sagen haben) Leute vor, die zugleich der Intelligenz und der Politik angehören – also Leute wie Roman Herzog eben (wen würde er sich wohl als berufenen Vertreter Asiens im Dialog vorstellen: Lee Kuan Yew? Jiang Zemin? Tang Yijie? Oder den Präsidenten der Buddhistischen Assoziation Chinas? Oder vielleicht den Pekingener Erzbischof?). Anders als ein Dialog zwischen den Religionen, den Nationen, den Wissenschaftsdisziplinen, den Sportlern – alles durchaus vorstellbare Formen der Auseinandersetzung – ist ein Dialog zwischen den Kulturen schon deshalb ein Ding der Unmöglichkeit, weil wir nicht wissen, wer zu diesem Dialog berufen sein soll, wer die Sprecher sein sollen, was sie legitimiert. (Justin Stagl: Wächter und Insassen einer Kultur)

Um zu einer dermaßen schlimmen Begriffsverwirrung zu gelangen, war zunächst eine Veränderung des Kulturbegriffes notwendig, die mit dem zusammenhängt, was seit kürzerer Zeit die "kulturalistische Wende" genannt wird. (Sie finden darüber mehr in dem Reimers-Papier.) Über Ethnologie/Anthropologie, Geschichtswissenschaften, Politologie, schließlich auch (wenn auch nur in geringem Maße und in der Regel ziemlich diffus) über die ...konomie sind Konzepte von Kultur entstanden, die zum einen Kultur als etwas Konstruiertes, also einen hermeneutischen Gegenstand, der sich nur durch Interpretation erschließen lässt, definieren, zum anderen aber auch praxistheoretische und performative Vorstellungen von Kultur ermöglichen. Den ersteren nur bedingt, den letzteren gewiss ist gemeinsam, daß die Unterschiede zwischen "High culture", also einem durch institutionalisierte Formen von Ausbildung und Berufsprofilen erzielten "Kulturkanon" einerseits und der "low culture", deren Analyse sich im wesentlichen auf das Verhalten von Akteuren orientiert, die auf verschiedene Repertoires zurückgreifen, andererseits, zunehmend verschwammen. Wenn Kultur im weitesten Sinne als Verhalten, im engeren Sinne vielleicht noch Kommunikation definiert wird, dann ist in der Tat alles "Eigene" und alles "Fremde" (um die Standardvokabeln jener Zeit aufzugreifen) kulturell motiviert und erklärbar. Die Vorteile dieser Sichtweise sind unbestritten: Zum einen ermöglicht sie eine Vision von Gleichzeitigkeit verschiedener Lebensformen, die den Modernisierungstheorien abging; zum anderen ermöglicht sie – ebenfalls im Unterschied zu den früheren Vorstellungen – die Relativierung des eigenen Gesichtspunktes und damit die Erkenntnis der Gleichberechtigung verschiedener Lebensformen. Dieser kognitive Relativismus ist jedoch stets in Gefahr, in einen Relativismus der Werte umzuschlagen, insbesondere wenn einige Ergebnisse der sogenannten „kulturalistischen Wende“ instrumentalisiert werden, wie z.B. in der Position der chinesischen Regierung in der Menschenrechtsdebatte ersichtlich wird.

Eine der Ambiguitäten der kulturalistischen Wende im globalen Zusammenhang läßt sich wie folgt formulieren: Während die kulturalistische Wende im Westen (mit Ausnahme der politischen Milieus) eine Auflösung von Ideen der Homogenität und Hierarchisierung von Kultur, eine

hohe Differenzierung, eine Abkehr von universal gültigen Werten, eine Abkehr von Rhythmen und national bestimmten Paradigmen der Definition von "Kultur" mit sich brachte, hat sie in nichtwestlichen Regionen häufig (wenn auch nicht durchweg) das genaue Gegenteil gezeitigt: die Wiederbesinnung auf Nationalkulturen, regionale (z.B. "asiatische") Werte, hierarchisch angeordnete Wertskalen von Kultur etc. Allerdings müssen Phänomene des Regionalismus gesondert betrachtet werden: Die z.B. in China derzeit zu beobachtende Konjunktur der wissenschaftlichen und lebensweltlichen Revitalisierung von Lokalkulturen scheint auf den ersten Blick das Konzept von "Heimat" anders als als rein nationalstaatliche Fixierungen auf ein "Vaterland" zu akzentuieren. Doch Vorsicht: die Wirkungsmächtigkeit von "Heimat" muß man sich nicht notwendigerweise subversiv zum "Vaterland" vorstellen; bisweilen, und das beweist die Geschichte des *nation building* in Europa, schließen ein revitalisiertes Heimatgefühl einerseits und Nationalismus andererseits einander nicht aus, sondern verstärken sich eventuell sogar noch.

Damit sind wir bereits bei den Auswirkungen des *cultural turn* auf unsere Disziplinen angelangt: Während hierzulande die Vorstellung einer – auch im Binnenraum geltenden – Multikulturalität die (vermutlich manchmal genauere) Analyse sozialer Stratifikationen abgelöst hat, entstehen alte Kulturraumvorstellungen und Theorien über "nationale Kulturen" außerhalb des Westens wieder neu (übrigens z.T. unter Rückgriff auf ältere Theorien der 20er Jahre). Das Interessante ist nun, daß sie von den mit jenen Regionen betrauten "westlichen" Disziplinen mit großer Begeisterung aufgenommen werden. Westliche Kulturkonservative linker und rechter Provenienz sehen im Wiederaufleben von kulturalistischen Diskursen in Asien schon die Morgenröte einer eigenständigen „asiatischen Moderne“, die gewissermaßen Kulturalismus und Modernisierungstheorie endlich miteinander versöhnt. In meiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission zur Versendung deutscher Studenten nach China und Taiwan las ich kürzlich den Bericht einer Studentin, die meinte: „Als Sinologin stehe ich vor der Aufgabe, die chinesische Kultur zu erforschen. Als Ethnologin weiß ich, daß es die chinesische Kultur nicht gibt.“ Diese Haltung verrät bereits viel Reflexionsarbeit, denn ansonsten gilt folgendes: Die mit Asien betrauten Disziplinen haben den *cultural turn* zunächst – wie üblich angesichts unseres Virtuositätsdefizits (Sprachenkenntnis etc.) – wahrgenommen; sie schwimmen seit einigen Jahren fleißig mit, jedoch ohne die Konsequenzen mitzubedenken. Wir sind wieder zu "Kulturspezialisten" geworden, ohne recht für diese Aufgabe gerüstet zu sein. Der Sinologe (insbesondere ein solcher wie ich, der in einer Philosophischen Fakultät ganz "China" zu vertreten hat, also im Grunde selbst wiederum eineinhalb Fakultäten abdecken soll) soll Aufschluß geben können über dreitausend Jahre alte Bronzegefäße und die neuere Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung. Schließlich sollen wir auch noch Leute wie Roman Herzog für den "Dialog der Kulturen" mit Material füttern, weil die platte Form des neuen Kulturalismus ja impliziert, daß der Chinese (Japaner, Afrikaner etc., warum übrigens nicht gleich: der Jude) anders denkt, handelt, managt, Beziehungen knüpft, Geld ausgibt etc. Über die langfristigen politischen Gefahren der Etablierung sogenannter Kulturstandards (die meist von wohlwollenden Menschen zur Rechtfertigung der Anderartigkeit des Anderen erdacht wurden und die nun von interessierter Seite in Asien begeistert aufgegriffen werden) will ich nur folgendes sagen: Kulturstandards, gewendet auf den Einzelnen, machen diesen leicht zum Insassen des Gefühls seiner Kultur; ein nur geringfügiges Umschlagen des politischen Vorzeichens könnte aus den ursprünglich emanzipatorisch gemeinten Legitimierungen seiner Andersartigkeit deren Negativität ableiten: nicht umsonst argumentieren die Faschisten um Le Pen längst nicht mehr mit rassistischen Argumenten, sondern mit kulturalistischen Erklärungen, die sie den – wie gesagt, völlig gutgemeinten – Theorien des Internationalen Managements abgeschaut haben.

Viel bedeutsamer in diesem Zusammenhang ist jedoch die Frage unserer wissenschaftlichen Vorbereitung. Ich sagte vorhin, daß wir für die vielfältigen Aufgaben, die die Kulturalisierung des

wissenschaftlichen Diskurses mit sich bringt, nicht ausreichend gerüstet seien: Die Vertreter der alten philologischen Orientierung, die während der Blütezeit der Modernisierungstheorien verzweifelte und meistens (wenn man die Mittelverteilung betrachtet) hoffnungslose Abwehrgefechte führten, wittern Morgenluft, sind häufig jedoch noch gar nicht in der Lage, die neueren Einsichten zur Komplexität von Kultur auf ihre Brüsselphilologie (kausalgenetisches Textverständnis à la Meineke: Person A schrieb Text X, Person B las diesen und schrieb daraufhin Text Y etc.; statt eines kommunikativ orientierten Ansatzes, zum Beispiel) anzuwenden; ansonsten verzweifelte und meistens ziemlich mißglückte Versuche, angebliche "Kontinuitäten" und "Brückenschläge" zwischen Gegenwart und Tradition, zwischen Mao Zedong und irgendwelchen anderen Gewaltherrschern in der chinesischen Geschichte herzustellen; mit Asien befaßte Personen, die aus Politikologie, Soziologie u.ä. kommen, sind zumeist stark von den Modernisierungstheorien der 70er Jahre geprägt (was sie dazu brachte, "Chinawissenschaft" statt "Sinologie" zu erfinden, analog dazu könnte man sich "Deutschlandwissenschaft", warum nicht gleich "Niedersachsenwissenschaft" vorstellen) – sie greifen den *cultural turn* häufig dergestalt auf, daß zwar Huntingtons Theorie vom "Zusammenprall der Kulturen" kritisiert wird, doch die entsprechenden kulturalistischen Diskurse in Asien ohne ihre Vernetzung im globalen Zusammenhang des *cultural turn* gesehen werden (man betrachte allein die Ignoranz eines Großteils der Literatur über Kulturdebatten im China der 80er und 90er Jahre; hier spielt eben die alte Vorstellung von China als etwas "Anderem", vom Rest der Welt immer noch beträchtlich isoliertem eine große Rolle). Räumlich fixierte Vorstellungen spielen leider auch in deutschen Forschungsförderungsorganisationen eine zunehmend größere Rolle: So wurde unlängst von der DFG einem deutschen Turkologen ein Forschungsvorhaben über Türken in Deutschland nicht bewilligt, weil er – laut kultureller Definition – lediglich für die Türkei zuständig sei.

Wir sind also in der Regel noch Statisten, bestenfalls Mitspieler in der kulturalistischen Wende, ohne diese selbst und ihre Konsequenzen recht zu bedenken oder gar kritisch zu reflektieren. Jeder von uns ist – freilich in unterschiedlichem Ausmaße – der Kulturalisierung ausgesetzt ("Wie denkt denn der Chinese über die Heimat," fragte mich kürzlich in einer Sitzung der Habilitationskommission ein ansonsten hochzuschätzender Kollege aus dem "Mittelalter"; das erinnert an Tucholsky: "Frau Kulicke hat einen chinesischen Mieter im Hause; der Chinese ist für Frau Kulicke China" – die Problematik des Informanten!), und in der Regel hängen wir uns an einen Zug, dessen Fahrtrichtung längst andere bestimmt haben.

Hier gilt es nun nach unserer Rolle zu fragen, und zweitens danach, wodurch eine solche Rolle, wenn sie denn einigermaßen präzise definiert ist, zu stärken wäre, institutionell und wissenschaftstheoretisch.

Ich habe hier lediglich einige Anregungen zu geben, die gerne als Diskussionsgrundlage verstanden werden können:

- Widerstehen wir jeder Form eines totalisierenden Kulturbegriffs, sei er national oder regional oder gar ethnisch bestimmt. Widerstehen wir auch der so schmeichelhaften Rolle des Informanten, dem die totale Auskunftspflicht und Auskunftskompetenz zugemutet wird. Beenden wir jede Komplizenschaft mit Theoretikern westlicher oder asiatischer Herkunft, denen an der Konstruktion solcher nationalen Kultur-Identitäten gelegen ist. Bemühen wir uns stattdessen, die komplexen Verflechtungen und Differenzierungen aufzuzeigen, die in Geschichte und Gegenwart, im Binnenmaßstab und im globalen Zusammenhang, die verschiedenen lokal, sozial, kanonisch, sprachlich, religiös, pädagogisch, ökonomisch zusammengesetzten Kulturen und Identitäten (sog. "*entangled identities*") ausgezeichnet haben (Studium von Minderheiten; Studium von asiatischen *communities* in nichtasiatischen Ländern; für Vergangenheit und Gegenwart z.T. auch Rückgriff auf die guten alten sozi-

alwissenshaftlichen Theorien sozialer, altersabhängiger, lokal differierender Stratifikationen usw.). Greifen wir getrost auch zunächst zurück auf ältere Erklärungsmuster und seien wir skeptisch, wenn "Kultur" wie aus der Pistole geschossen für alles Unerklärte herhalten muß.

- Dazu bedürfen wir eines verfeinerten kulturwissenschaftlichen Instrumentariums. Die kulturalistische Wende mag zwar von Ethnologen/Anthropologen in Gang gesetzt worden sein, aber das hilft uns nicht viel, weil die Forschungsobjekte von Ethnologen nicht immer den gleichen Komplexitätsgrad aufweisen wie die unseren; es stimmt freilich traurig, daß seit Wittfogels "Hydraulischer Gesellschaft" (30er Jahre) der generelle theoretische Diskurs in den Sozial- und Geisteswissenschaften den mit Asien befaßten Disziplinen nicht eine einzige Theorie, nicht einmal einen Begriff verdankt. Meiner Auffassung nach müssen wir vielmehr von unseren Historikern lernen, was historische Kulturwissenschaft beinhalten könnte, von den Soziologen, was komplexe soziale Systeme organisiert usw. usw.
- Dafür bedarf es einer Wiederannäherung an die alten europäischen Disziplinen. Verzicht auf die Rolle des eingeweihten Informanten, des Regionalspezialisten geht einher mit größerer theoretischer Virtuosität. Wenn wir uns dem wissenschaftlichen Diskurs rechtzeitig – und nicht immer Jahre, wenn nicht Jahrzehnte später – ffnen, dann ist auch nicht auszuschließen, daß die europäischen, "systematisch" genannten Disziplinen ("systematisch", weil sie vorgeblich keine Spezifitäten kennen) sich ihrerseits ffnen für regionale Kompetenz und damit (ich erinnere an das genannte Forschungsvorhaben in Singapur) ihrerseits wieder "relevanter" und allgemeingültiger, weniger "west-zentriert" bzw. "eurozentrisch" werden. Das ist ein Prozeß von Osmose und Diffusion, den ich hier anspreche, der vielfältige wissenschaftspolitische und institutionelle Vorbedingungen nötig hat: eine andere Gestaltung der Lehre wäre nur der Beginn.

Zum Autor

Michael Lackner, geb. 1953, Professor für Sinologie an der Universität Göttingen seit 1993.

Panel 1: Asienkrise

Jörg Faust

Politische Herrschaft und ökonomische Krise

Zum Zusammenspiel formaler und informaler Institutionen¹

Seit der Abwertung des thailändischen Baht im Juli 1997 wurden große Teile des pazifischen Asiens von Währungsturbulenzen erschüttert, welche die einstmals bestaunten Wirtschaftswunderländer der Region in eine tiefe wirtschaftliche und oftmals auch politische Krise stürzten. Das Gros bisheriger Analysen zu diesem mit dem Label "Asienkrise" betitelten Phänomen beschränkte sich zunächst jedoch fast ausschließlich auf ökonomische Zusammenhänge. Fest scheint hierbei bislang zu stehen, daß die Ursachen, die zur Implosion des *Asian Miracle* führten, ihren Ursprung sowohl in internationalen Kontextfaktoren wie nationalen Wirtschaftspolitiken haben.

Lediglich in weitgehend rudimentärer theoretischer wie methodologischer Weise bearbeitet wurden in den Jahren 1997/98 hingegen mögliche politische Ursachen, welche die internen Rahmenbedingungen für den Ausbruch der Krise konstituiert haben könnten. Mit dem Verweis auf das Oxymoron des *crony capitalism* endete zumeist – zumindest in der öffentlichen Debatte – der Verweis auf endogene, politische Ursachen der Misere.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, sich mit der politischen Ökonomie in den betroffenen Ländern auseinanderzusetzen und den Aspekt der politischen Herrschaft in den Mittelpunkt zu rücken. Ein solches Unterfangen könnte nicht nur die Diskussion um sogenannte "asiatische Werte" (vgl. Mols/Derichs 1995; Habermas 1998) um eine politökonomische Komponente erweitern. Es wäre weiterhin dazu geeignet, einen Vergleichsrahmen zu schaffen, der es erlaube, auch Phänomene wie die mexikanische Peso-, die Rußland- oder die Brasilienkrise mittels eines politikwissenschaftlichen Instrumentariums zu untersuchen. Die folgenden Bemerkungen sind daher als eine erste, grobe Skizze zu verstehen, aus welchem ein Forschungsprogramm mit fundierten Einzelfallstudien hervorgehen sollte.

Zunächst ist es notwendig, unterschiedliche Formen politischer Herrschaft voneinander zu unterscheiden. Der Heidelberger Politologe Wolfgang Merkel legte hierzu jüngst eine Klassifikation vor, die auf den Arbeiten von Juan Linz und Hannah Arendt basiert und zwischen konsolidierten Demokratien, autoritären und totalitären Systemen anhand von fünf Kriterien unterscheidet (Merkel 1998).

<i>Unterscheidung zwischen demokratischer, autoritärer und totalitärer Herrschaft</i>			
	Konsolidierte Demokratie	Autoritäre Systeme	Totalitäre Systeme

¹

Dieses Abstract ist im Rahmen der Vorbereitung für den Einleitungsvortrag der wissenschaftlichen Konferenz „Politische Herrschaft und ökonomische Krise in Lateinamerika und dem pazifischen Asien“ entstanden, die vom 28.-30. Mai 1999 in St. Martin /Pfalz stattgefunden hat. Eine ausführlichere Darstellung der behandelten Thematik findet sich in Faust 1999.

Herrschaftslegitimation	Volkssouveränität	Mentalitäten	geschlossene Weltanschauung
Herrschaftszugang	offen (freie und faire Wahlen)	eingeschränkt	geschlossen
Herrschaftsanspruch	eng begrenzt	umfangreich	unbegrenzt
Herrschaftsstruktur	pluralistisch Gewaltenteilung- und Kontrolle	semipluralistisch	monistisch
Herrschaftsweise	rechtsstaatlich	rechtsstaatlich bis repressiv	systematisch repressiv, terroristisch

Quelle: Merkel 1999

Versucht man die Merkmale politischer Herrschaft in den von der Asienkrise und ihren Ausstrahlungen betroffenen Staaten zu charakterisieren, so handelt es sich in den meisten Fällen um junge Demokratien oder um autoritäre Regime, von welchen sich letztere gleichwohl zumindest in einem ökonomischen Transformationsprozeß befinden.

Während bei den Kriterien Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang und Herrschaftsanspruch offensichtliche Unterschiede zwischen den Staaten – zum Beispiel zwischen Thailand und der VR China bestehen –, verschwimmen diese Unterschiede oftmals bei den Kriterien Herrschaftsstruktur und Herrschaftsweise. So hat in den betroffenen jungen Demokratien oftmals eine Vermachtung der Gewalten durch die Exekutive stattgefunden, etwa über ausufernde Formen eines exekutiven Dekretismus oder die Beeinflussung der Judikative. Sogenannte delegative Demokratien (O'Donnell 1994) sind angesichts fehlender Kontrollinstanzen und mangelnder Transparenz politischer Entscheidungsprozesse meist auch durch einen geringen Grad an Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet, mithin entspricht das Kriterium der Herrschaftsweise in seiner Ausprägung kaum einer konsolidierten Demokratie.

Vertieft man die Überlegungen hinsichtlich der politischer Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit, so rückt das Spannungsfeld zwischen formalen und informalen Institutionen in den Mittelpunkt der Analyse. Gemäß der Definition von Douglas North (1992a:4-6) können soziale Institutionen als Regeln zur Ordnung und Steuerung menschlichen Verhaltens verstanden werden. Formale Institutionen (Gesetze, Verfassungen, etc.) sind öffentliche und für die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft niedergeschriebene Regeln, unabhängig von deren bisheriger gesellschaftlicher Einübung. Informale Institutionen (Tradition, Brauchtum, *common law*, etc.) wirken hingegen nicht Kraft gesetzter Niederschrift handlungsleitend, sondern lediglich über die gesellschaftliche Einübung. Daher können informale und formale Institutionen, was ihre handlungsleitende Wirkung angeht, sowohl konform als auch konfliktär zueinander stehen (v. Beyme 1991:32).

Sowohl die superliberalen Reformen in vielen lateinamerikanischen Staaten als auch die eher staatsinterventionistisch geprägten Modelle des pazifischen Asien, mit ihrer lediglich sukzessiven und beschränkten Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen scheinen dabei eher einer politischen Rationalität gefolgt zu sein, die einer auf Wettbewerbskriterien fußenden Reformstrategie nur ansatzweise gefolgt ist. Denn politische und ökonomische Transformationsprozesse, die eine Förderung ökonomischen wie politischen Wettbewerbs fördern, bedingen zumeist eine Umverteilung politischer wie ökonomischer Ressourcen zu Ungunsten bislang privilegierter

Akteure. Solche Reformen sind mithin mit erheblichen politischen Kosten verbunden. Um fragilen jungen Demokratien oder zunehmend instabilen autoritären Regimen nicht einem zusätzlichen Legitimationsentzug durch diese betroffenen politischen wie privatwirtschaftlichen Akteure auszusetzen, bietet es sich daher an, ökonomische Transformationsprozesse so zu konstruieren, daß jenen Gruppen auch unter formal veränderten Bedingungen Renten zufließen, die über das hinaus gehen, was die Akteure bei einem alternativen Ressourceneinsatz auf einem Wettbewerbsmarkt ausgezahlt bekämen. Dies bedeutet aber, daß das Gerüst formaler Institutionen entweder so weit gefaßt ist, daß sich hierin tradierte informale Institutionen wie etwa Klientelismus oder Korruption als informales Erbe der alten Ordnung einnisten können. Oder aber die formal gesetzten Institutionen müssen gebrochen werden. Die Spannung zwischen demokratischem Rechtsstaat und der tatsächlichen Materialisierung bestehenden Rechts wird in beiden Fällen offensichtlich. Das Erbe der Informalität kontrastiert mit der Notwendigkeit rechtsstaatlicher Ordnung in funktional zusehends ausdifferenzierten Gesellschaften.

Es verwundert daher nicht, daß die Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre einsetzenden Reformen in den *emerging markets* in hohem Grade von informalen Institutionen des *rent-seeking* geleitet wurden. Die Öffnung der Finanzmärkte etwa, die vielfach nur pro forma einen Schritt in Richtung Marktwirtschaft darstellten, wurde nicht nur in Südkorea oder in Thailand derartig konstruiert, daß mächtigen Vetoakteuren aus Privatwirtschaft oder parastaatlichem Bereich ihre oligopolistischen Marktpositionen behaupten konnten. Für die Privatisierung gilt ähnliches, war doch das Resultat dieser Aktionen oftmals ein enges Oligopol oder gar Monopol. So kam es in vielen Fällen zu einer abnehmenden Allokationseffizienz produktiver Ressourcen. Wirtschaftliches Wachstum gründete sich vor allem auf interner und externer Ressourcenmobilisierung und lediglich in einem geringen Maße auf Produktivitätszuwachsen (Krugman 1994; Crafts 1998).

Diesen Überlegungen zu Folge erscheint die These plausibel, daß eine tiefschürfende Analyse auf die Erkenntnis stoßen dürfte, daß die wirtschaftlichen Krisensymptome durch die politischen Defizite im Bereich der Herrschaftsstruktur und der Herrschaftsweise verursacht wurden. Begünstigt durch geringe Kontrollmöglichkeiten und die Exklusion gesellschaftlicher Gruppen aus dem politischen Entscheidungsprozeß könnten demnach zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen auf die Gewinnmaximierung und Herrschaftssicherung dominanter wirtschaftlicher und politischer Gruppen zurückgeführt werden. Ausgehandelt in den intransparenten Küchenkabinetten der Regierungschefs und geleitet von informalen Institutionen des *rent-seeking* setzten diese die formalen Leitlinien außer Kraft, bedingten Wettbewerbsreduktion und ineffiziente Ressourcenallokation und konstituierten so zumindest einen Teil der für internationale Spekulationsattacken notwendigen Rahmenbedingungen. Umgekehrt würde dies bedeuten, daß dort, wo größere Transparenz und Kontrolle politischer Entscheidungen oder spezifische internationale Einflußfaktoren auf die volkswirtschaftlichen Strukturen die Herausbildung einer Klientelwirtschaft verhindert haben, ein ähnlicher Krisenverlauf nicht eintrat. Die junge Demokratie Taiwans oder aber auch der autoritäre Sonderfall Singapur scheinen zu belegen, daß dort, wo ein vergleichsweise hoher Grad an staatlicher Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Akteuren herrschte (Evans 1995), Reformen wettbewerbsfreundlicher und daher effizienter durchgeführt wurden.

Abschließend zeigen die Asienkrise bzw. ähnliche Phänomene in Lateinamerika und Rußland, daß zu einem Verständnis des Zusammenspiels zwischen politischer und ökonomischer Transformationsprozesse die bisher in der Politikwissenschaft dominierende Fragestellung nach der politischen Dynamik ökonomischer Reformen ergänzt werden mußte. Stand bislang die Frage nach den politischen Auswirkungen ökonomischer Reformen im Mittelpunkt, so verweist die Asienkrise auf die Frage nach der ökonomischen Dynamik politischer Herrschaft. Die Instrumentarien

der Neuen Institutionenökonomik und die ordoliberalen Wettbewerbstheorie könnten insofern dazu geeignet sein, das Spannungsfeld zwischen formalen und informellen Institutionen und dessen Auswirkungen auf die ökonomische Stabilität von Transformationsländern zu klären.

Literatur

- Beyme, Klaus v.* 1991: Informelle Komponenten des Regierens. In: Hartwich, Hans-Hermann; Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik II. Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung und Organisation. Opladen, 31-50.
- Crafts, Nicholas* 1998: East Asian Growth Before and After the Crisis. IMF Working Paper WP/98/137. Washington D.C.
- Dahl, Robert* 1971: Polyarchy – Participation and Opposition. New Haven and London.
- Evans, Peter* 1995: Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation, Princeton University Press.
- Faust, Jörg 1999: Nachhaltiger Wettbewerb und Rent-Seeking in jungen Demokratien (MS).
- Habermas, Jürgen* 1998: Zur Legitimation durch Menschenrechte. In: ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt.
- Merkel, Wolfgang* 1998: Systemwechsel. Reader der Fernuniversität Hagen.
- Merkel, Wolfgang* 1999: Defekte Demokratien. In: Merkel, Wolfgang; Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Festschrift für Klaus von Beyme. Frankfurt, 288-306.
- Mols, Manfred / Derichs, Claudia* 1995: Das Ende der Geschichte oder ein Zusammenstoß der Zivilisationen? In: Zeitschrift für Politik (42) 3, 225-249.
- North, Douglas C.* 1992: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen.
- O'Donnell, Guillermo* 1998: Horizontal Accountability in New Democracies. In: Journal of Democracy Vol. 9 No. 3, 112-126.
- O'Donnell, Guillermo* 1994: Delegative Democracy. In: Journal of Democracy Vol. 5 No. 1, 55-69.
- Tullock, Gordon* 1967: The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies, and Theft. In: Western Economic Journal Vol. 5, 224-232.
- Wade, Robert* 1990: Governing the market: economic theory and the role of government in East Asian industrialization. Princeton, NJ. – XIV, 438 S. : graph. Darst.
- Weede, Erich* 1990: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Tübingen.
- Zakaria, Fareed* 1997: The Rise of Illiberal Democracy. In: Foreign Affairs Vol. 76 No.6, 22-43.

Zum Autor

Jörg Faust, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, e-mail: jfaust@mail.uni-mainz.de.

Tim Goydke

Die Auswirkungen der Asienkrise auf die entwicklungstheoretische Debatte in Asien

Abstract

Die Währungs- und Finanzkrise in Ost- und Südostasien 1997 und ihre Auswirkungen auf den Wachstumsprozeß in der Region haben vielerorts Zweifel an der Nachhaltigkeit des asiatischen Entwicklungsprozesses aufkommen lassen. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Asienkrise auch die Krise eines spezifisch asiatischen Entwicklungsmodells ist. Anliegen dieses Beitrags ist es, etwas Licht in die durch die Asienkrise neu entfachte entwicklungstheoretische Debatte in und um die Region zu bringen. Hierzu wird zunächst die Debatte zwischen den Advokaten eines orthodoxen neoklassischen Entwicklungsmodells und den Vertretern eines "staatsgeführten" Entwicklungsmodells dargestellt. Anschließend soll diskutiert werden, ob das asiatische Entwicklungsmodell wirklich als gescheitert angesehen werden kann, oder ob die Lehren aus der Asienkrise nicht stattdessen zu einer Abkehr von neoklassischen Vorstellungen geführt haben.

Schlüsselwörter: Washingtoner Konsens, Entwicklungsstrategien, Asienkrise, staatsgeführte Entwicklung, neoklassische Entwicklungstheorie

Washington vs. Tokyo

Betrachtet man die entwicklungstheoretische Debatte der letzten 50 Jahre, so läßt sie sich wahrscheinlich am besten als ein zwischen neoliberalen-neoklassischen Ansichten und autoritären-staatsinterventionistischen Modellen hin- und herschwingendes Pendel charakterisieren. Als sich in den 70er Jahren abzeichnete, daß das zunächst recht erfolgreiche Modell der Planwirtschaft und des staatlichen Interventionismus sozialistischer Prägung kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren konnte, kam es zu einer Kehrtwendung in der theoretischen Debatte. Nach vorherrschender Meinung war nun staatlicher Einfluß nicht die Lösung, sondern das Problem selbst – Fehlentwicklungen und Marktungleichgewichte resultieren demnach einzig aus einer Behinderung der Marktkräfte. Gemäß dieser neoklassischen Vorstellung sollte der Staat nur den institutionellen Ordnungsrahmen des Marktes schaffen und den Rest dem freien Wettbewerb überlassen, der Nachfrage- und Produktionsentscheidungen so effizient koordiniert, daß maximaler Nutzen für alle Wirtschaftssubjekte entsteht.³ Diese Vorstellungen wurden in den 80er Jahren zum vorherrschenden entwicklungstheoretischen Paradigma und führten zu einem von US-Regierung, Weltbank und IWF formulierten Empfehlungskatalog, der unter dem Begriff „*Washington Consensus*“⁴ zur Leitlinie westlicher Entwicklungspolitik wurde. Die zehn Forderungen des Washington Consensus sind 1) Haushaltsdisziplin, 2) Verlagerung der Ausgaben hin zu Gesundheit, Bildung etc., 3) Steuerreform, 4) Finanzmarktliberalisierung, 5) einheitliche, freigebildete Wechselkurse, 6) Handelsliberalisierung, 7) Aufhebung aller Beschränkungen bei Direktinvestitionen,

²

Der vorliegende Beitrag ist eine Zusammenführung von Teilaspekten des Dissertationsvorhabens des Autors zum Thema „Industriepolitik und Globalisierung: Konsequenzen für den Entwicklungsprozeß im Asien-Pazifikraum“ (Arbeitstitel) und dem Fragenkomplex der Asienkrise. Es handelt sich hierbei um einen Übersichtsartikel, der keinen Anspruch auf eine umfassende Behandlung der angesprochenen Themenkreise erhebt.

³

Vgl. Stiglitz, Joseph (1998b): Staat und Entwicklung – Das neue Denken, in: E+Z Jg. 39, 1998:4, S. 101-104.

⁴

Vgl. Williamson, John (1993): Democracy and the "Washington Consensus", in: World Development, Vol. 21, No. 8, 1993, S. 1329-1336.

8) Privatisierung aller Staatsbetriebe, 9) Deregulierung und 10) Schaffung eines rechtlichen Schutzrahmens.

Der offensichtliche Wachstumserfolg der ostasiatischen Entwicklungsökonomien führte seit Mitte der 70er Jahre, verstärkt seit Beginn der 80er Jahre zu einem steigenden Interesse an den zugrundeliegenden Erfolgsfaktoren. Vertreter der orthodoxen neoklassischen Sicht aus dem Umfeld der Weltbank vertraten dabei die Ansicht, daß eine nach außen gerichtete, marktkonforme Entwicklungsstrategie ursächlich für den Erfolg gewesen sei.⁵ Diese Position wurde von Anhängern des „*developmental state*“⁶ heftig kritisiert. Sie sahen vielmehr staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Entwicklung als den bedeutendsten Erfolgsfaktor an.⁷ Neben *Johnson* und *Wade*, die aus ihrer Analyse des ostasiatischen Wirtschaftserfolgs die „*governed markets theory*“ entwickelten, traten insbesondere der japanischen Regierung nahestehende Wissenschaftler als Wortführer einer „asiatischen Gegenbewegung“ zu Washington auf.⁸ Drei Grundüberzeugungen der Kritiker am Washington Consensus lassen sich herausarbeiten:⁹

1. Der Erfolg Japans und der Tigerstaaten ist auf die Auswahl strategischer Industrien und die erfolgreiche Allokation der Ressourcen in diesen Branchen zurückzuführen.
2. Basierend auf der Annahme, daß der Wettbewerb allein nicht die gewünschten Marktergebnisse hervorbringt, wurde mittels industriepolitischer Maßnahmen in die Marktstruktur und die industrielle Organisation eingegriffen. Diese Maßnahmen können in Ostasien als netto erfolgreich angesehen werden.
3. Staatliche Planung und eine langfristig orientierte Entwicklungsstrategie gewährleisteten eine konsistenteren und effektiveren Instrumenteneinsatz als in anderen Entwicklungsländern.

Mit dem Aufstieg Japans zum größten Entwicklungshilfegeber Ende der 80er Jahre, das seine Entwicklungspolitik an den eigenen Erfahrungen orientierte und Empfängerländern den Einsatz selektiver strategischer Industriepolitiken empfahl, wurde die Grundsatzdebatte zunehmend zu einem Streit zwischen den Vertretern japanischer Institutionen, deren Position in Analogie als „*Tokyo Consensus*“ bezeichnet werden soll, und der Washingtoner Gruppe. *Ohno* nennt als Hauptunterschiede zum Washington Consensus: 1) die Fokussierung auf realwirtschaftliche Größen wie Output, Beschäftigung und Industriestruktur, 2) die langfristige Zielsetzung anhand von

⁵ Vgl. Balassa, Bela et al. (1982): *Development Strategies in Semi-industrial Economies*, Washington; World Bank (1991): *World Development Report 1991. The Challenge of Development*, Washington.

⁶ Vgl. Johnson, Chalmers (1987): *Political Institutions and Economic Performance: The Government-business Relationship in Japan, South Korea and Taiwan*, in: Deyo, F. (Hg.) (1987): *The Political Economy of the New Asian Industrialism*, Ithaca, S. 64-78.

⁷ Vgl. u.a. Alam, Shahid (1989): *Government and Markets in Economic Development Strategies – Lessons from Korea, Taiwan, and Japan*, New York u. a. O.; Wade, Robert (1990): *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, New Jersey; Wade, Robert (1996): *Japan, The World Bank, and the Art of Maintenance: 'The East Asian Miracle' in Political Perspective*, in: *new left review*, Nr. 217, May/June 1996, S. 3-36.

⁸ Vgl. Aoki, Masahiko, Hyung-Ki Kim, Masahiro Okuno-Fujiwara (Hg.) (1997): *The Role of Government in East Asian Economic Development: A Comparative Institutional Analysis*, Oxford; Ohno, Kenichi, Izumi Ohno (1998): *Japanese Views on Economic Development: Diverse Paths to the Market*, London & New York.

⁹ Vgl. Weiss, Linda (1995): *Governed Interdependence: Rethinking the Government-business Relationship in East Asia*, in: *The Pacific Review*, Vol. 8, No. 4, 1995, S. 589-616.

Jahresplänen, 3) die aktive staatliche Unterstützung (Industriepolitik) und 4) der gradualistische Transformationsansatz (Anpassung braucht Zeit).¹⁰

Die schließlich von Japan finanzierte und von der Weltbank durchgeführte Studie „*The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy*“¹¹ sollte Klärung in diesen Grundsatzstreit bringen. Leider geriet die Untersuchung aber aufgrund der politischen Dimension, methodologischer Schwächen und inhaltlicher Inkonsistenzen zu einem wenig aussagekräftigen Werk. Insbesondere zu der zugrundeliegenden Frage, ob Industriepolitik einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der Region gehabt hat, wurden so widersprüchliche Angaben gemacht, daß beide Seiten dies als Bestätigung der eigenen Position interpretieren konnten.¹²

Während für die Weltbank die Frage nach dem Erfolgsmuster im Asien-Pazifikraum damit abgeschlossen schien, ließ der Druck von japanischer Seite nicht nach. Neben diversen Veröffentlichungen und Konferenzen begann Japan verstärkt damit, seinen „*approach to industrial policy*“ in Entwicklungsländer zu „verkaufen“.¹³

Die Asienkrise im Licht der Entwicklungsdebatte

Welche Bedeutung hat nun die Asienkrise für die skizzierte Debatte? Wenngleich im Detail immer noch Dissens über die Krisenursachen besteht, so läßt sich doch der folgende Ursachenkatalog nennen:¹⁴

- Leistungsbilanzungleichgewichte aufgrund hoher Kapitalzuflüsse,
- hohe Auslandsverschuldung, insbesondere in Form kurzfristiger Verbindlichkeiten, zur Finanzierung langfristiger Investitionen (Deckung der Differenz zwischen Spar- und Investitionsquoten),
- Überbewertung der Währung aufgrund von Wechselkursbindung an den Dollar und damit verbundenen Dollarzuflüssen sowie erheblichen Aufwertungen des Dollars gegenüber anderen Leitwährungen in den 90er Jahren,
- eine von den Fundamentaldaten abgehobene spekulative Aufblähung der Immobilien- und Aktienmärkte,
- exzessive Investitionen ohne angemessene Risikobewertung, die durch mehr oder minder explizite staatliche „*Bail-out-Zusagen*“ motiviert waren („*Moral-Hazard-Verhalten*“).

Läßt sich daraus eine Aussage ableiten, inwieweit staatliches oder marktliches Versagen ursächlich zu der Krise geführt hat? Es scheint notwendig, einen Blick auf die extremen Leistungsbilanzdefizite und die hohe Auslandsverschuldung zu werfen. Zunächst ist die Strategie, Auslandskapital in Anspruch zu nehmen, um die Lücke zwischen inländischer Spar- und Investitionsquote zu schließen, für Entwicklungsländer nicht ungewöhnlich und sogar positiv zu be-

¹⁰ Vgl. Ohno, Kenichi (1998): Overview: Creating the Market Economy, in: Ohno/Ohno (1998), S. 4.

¹¹ Vgl. World Bank (1993): *The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy*, Oxford u. a. O.

¹² Vgl. ebd., S. 242, 312, 354; Wade (1996).

¹³ Erstmals 1992 an Rußland/GUS, vgl. Rowley, Anthony (1992): To Russia with Pride – Japan offers Economic Model, in: *Far Eastern Economic Review*, 13 August 1992, S. 59-60.

¹⁴ Vgl. Corsetti, Giancarlo, Paolo Persenti, Nouriel Roubini (1998): What Caused the Asian Currency and Financial Crisis? Part I & II, Revised Version, September 1998, in: Internet <http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.html>, Zugriff: 20.12.1998.

werten, wenn es gelingt, genügend Wirtschaftswachstum durch Exportsteigerung zu generieren, so daß langfristig eine internationale Entschuldung möglich wird. Paradoxerweise galten gerade die asiatischen Entwicklungsökonomien als „Musterschüler“ dieser Entwicklungsstrategien, da sie nicht nur bemerkenswerte Wachstumserfolge vorweisen konnten, sondern der Kapitalimport nicht durch den Staat sondern durch private Direktinvestitionen und Kredite erfolgte. Zum Problem wurde diese Entwicklung erst, als die stark steigenden Kapitalzuflüsse spiegelbildlich zu einem Anstieg der Importe und zu wachsenden Defiziten in der Leistungsbilanz führten.¹⁵

Es würde hier zu weit führen, auf die Gründe dieser massiven spekulativen Kapitalzuflüsse einzugehen, wichtig erscheint in diesem Zusammenhang allerdings, daß exzessive Kreditaufnahme privater Kreditnehmer in Asien ja nur möglich war, weil auch die internationalen Finanzmärkte exzessiv Kredite vergaben. Die erhebliche Auslandsverschuldung ist also letztlich auf ein Versagen des Marktes zurückzuführen, der keine optimale globale Kapitalallokation gewährleisten konnte. Drei Punkte zeigen, daß letztlich die von Washington empfohlene Finanzmarktliberalisierung zu dieser Entwicklung beigetragen hat:¹⁶

- Bei der Liberalisierung wurde übersehen, wie wichtig Institutionen sind, die die Entwicklung grenzüberschreitender Geld- und Kapitalströme im Vergleich zu den Waren- und Dienstleistungsströmen überwachen und angemessene Risikobewertungen vornehmen.
- Erst die weitgehend ungehinderte Kreditaufnahme von Milliardenbeträgen in der anzugreifenden Währung haben die spekulativen Attacken gegen die asiatischen Währungen möglich gemacht.
- Bei freiem Kapitalverkehr kommt es zu panikartigem massenhaftem Abzug von Kapital, da Finanzmärkte offenbar nicht zwischen der Kreditwürdigkeit einzelner privater Schuldner und ganzer Volkswirtschaften differenzieren, wenn diese sehr klein sind.

Diese Analyse wäre unvollständig ohne eine genauere Betrachtung des „*Moral-Hazard-Verhaltens*“. Banken nahmen zu viel Kredit im Ausland auf und vergaben zu viele und zu riskante Kredite ohne Bonitätsprüfung an Firmen im Inland, da seitens der Regierung eine mehr oder minder feste Zusage bestand, die Kreditinstitute nicht bankrott gehen zu lassen (mangelnde Bankenaufsicht). Gleichzeitig bestand aufgrund der ex- oder impliziten „*Bail-out-Garantien*“ auch bei ausländischen Kreditgebern die Bereitschaft, exzessiv Kredite ohne Bonitätsprüfung zu vergeben.

Diese Betrachtung zeigt, daß die Frage nach den staatlichen und privatwirtschaftlichen Anteilen an den Krisenursachen nicht eindeutig zu beantworten ist. Während die Entwicklung einerseits das neoklassische Credo von der optimalen Kapitalallokation durch den Markt widerlegte, wurde gleichzeitig deutlich, daß auch der Staat insofern versagte, als er dem Markt eine adäquate Risiko einschätzung nicht ermöglichte bzw. keine Anreize dazu schuf. Letztlich hat sich also gezeigt, daß nicht ein Übermaß sondern eher das Fehlen gewisser Regulierungen zu der Krise in Asien geführt hat.

Seit 1997 ist es daher als Folge der Asienkrise zunehmend zu Zweifeln am orthodoxen neoklassischen Gedankengefüge durch die Washingtoner Akteure selbst gekommen. Insbesondere Weltbank-Chefökonom *Joseph Stiglitz* stellt seit 1998 wichtige Glaubensgrundsätze des Washington Consensus in Frage:

¹⁵ Vgl. Hauskrecht, Andreas (1998): Der Fall Asien: Krise des Finanzsystems oder des Entwicklungsmodells?, in: E+Z Jg. 39, 1998:7, S. 167-169.

¹⁶ Vgl. Hauskrecht (1998), a.a.O.

- übereilte Finanzmarktliberalisierungen haben sich als falsch erwiesen, es geht vielmehr um die Schaffung von Transparenz und Regularien, die Sicherheit geben, Vertrauen vermitteln und den Wettbewerb fördern (*“Redesigning the Regulatory System”*);
- die Forderung nach Privatisierung übersieht, daß der Rückzug des Staates nicht überall sinnvoll ist (Marktversagen!);
- Deregulierung darf nicht als Abschaffung aller Regeln verstanden werden, vielmehr geht es um die Etablierung angemessener (*“sound”*) Regularien.¹⁷

Stiglitz kommt schließlich zu dem Schluß: *„Auch die Weltbank ist heute überzeugt, daß der Staat mit seinen regulierenden Institutionen die Aufgabe hat, dem Markt Schranken zu setzen.“*¹⁸

Deutlich persistenter erweisen sich neoklassische Vorstellungen innerhalb des Währungsfonds. Wenngleich auch IWF-Ökonomen bereits vorsichtige Zweifel an den bisherigen Leitlinien geäußert haben,¹⁹ fehlen entsprechende Aussagen von prominenter Stelle bisher.

Paradigmenwechsel in der entwicklungstheoretischen Diskussion?

Bedeutet diese Entwicklung bereits eine vollständige Abkehr vom neoklassischen Paradigma? Betrachtet man die Rolle des Staates, so kann tatsächlich auf internationaler Ebene eine Abkehr von den orthodoxen Vorstellungen, wonach Staatsversagen wahrscheinlicher als Marktversagen ist und der Staat auf ein Minimum reduziert werden soll, konstatiert werden. Angesichts der Tatsache, daß in der Vergangenheit starr und kompromißlos das Washingtoner Modell als das überlegene dargestellt wurde, bedeutet dies tatsächlich einen bedeutenden Schritt in der entwicklungstheoretischen Debatte.

Andererseits bedeutet eine Aufweichung der bisherigen Washingtoner Position noch nicht zwangsläufig, daß ein neuer Konsens gefunden ist. Wenngleich bereits ein „Rückschwingen des Pendels“²⁰ gesehen wird, ist eine Anerkennung des *„Tokyo Consensus“* als Nachfolgemodell doch fraglich, da auch der Tokyoter Position eine Reihe von Problemen innewohnen:

- Bei allen Bemühungen japanischer Wissenschaftler kann man bis heute schwerlich von einer befriedigenden theoretischen und empirischen Fundierung der japanischen Position sprechen;
- es ist kaum möglich, den positiven Einfluß industriepolitischer Maßnahmen tatsächlich zu quantifizieren, da eine Trennung von anderen Einflußfaktoren annähernd unmöglich sein dürfte;
- es ist anzuzweifeln, ob eine historische Erfahrung ohne weiteres übertragbar ist – insbesondere die Frage, welche Freiheitsgrade einer interventionistischen Industriepolitik im Zeichen zunehmender Globalisierung noch verbleiben, ist bisher kaum thematisiert worden;

¹⁷ Vgl. Stiglitz (1998b), a.a.O.; Stiglitz, Joseph (1998a): More Instruments and Broader Goals: Moving towards the Post-Washington Consensus, WIDER Annual Lectures 2, Helsinki.

¹⁸ Stiglitz (1998b), a.a.O., S. 101.

¹⁹ Vgl. Aziz, Jahangir, Robert Wescott (1997): Policy Complementarities and the Washington Consensus, Working Paper of the IMF, WP/97/118, Washington.

²⁰ Vgl. Gore, Charles (1998): Jenseits der Debatte „Märkte gegen Staat“ – Eine Neuinterpretation des ostasiatischen Modells, in: E+Z Jg. 39, 1998:4, S. 105.

- es ist fraglich, ob der Einsatz gewisser Instrumente und Regularien den angestrebten Zielen immer adäquat ist (Mittel-Ziel-Konflikt).²¹

Reduziert man den bisherigen Dissens auf die Frage nach dem aus entwicklungspolitischer Sicht anstrebbaren Verhältnis von Staat und Markt, so scheint sich eine gewisse Konvergenz zwischen Washington und Tokyo abzuzeichnen. Andererseits bieten weder Washington noch Tokyo bisher Antworten auf aktuelle Probleme, wie sie auch in der Asienkrise deutlich geworden sind. Einige Punkte sollen hier kursorisch genannt werden:

- Der Prozeß der Globalisierung begrenzt die Möglichkeiten der Nationalstaaten, koordinierend oder regulierend auf das Marktgeschehen Einfluß zu nehmen. Gleichzeitig hat sich aber gezeigt, daß es solcher Koordination offenbar bedarf. Die Frage, welche (neuen?) Möglichkeiten dem Staat in diesem Prozeß zukommen, oder ob eine internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik oder gar eine neue „Weltwährungs- und Finanzordnung“ möglich und sinnvoll ist, ist bisher unbeantwortet.
- Aus den Zwängen der Globalisierung heraus entstehen immer mehr regionale Integrationsräume. Inter- und intra-regionalen Kooperationsformen dürfte auch aus entwicklungstheoretischer Sicht ein vermehrtes Interesse zukommen, da sich hier neue Konstellationen in der globalen Entwicklung ergeben können (z.B. zunehmende Freiheitsgrade einer keynesianischen Nachfragesteuerung).
- Die Bedeutung lokaler dezentraler Initiativen scheint zuzunehmen. Die Rolle regionaler oder lokaler Vernetzung (z.B. industrielle Cluster) zur Stärkung endogener Regionalentwicklungspotentiale ist bisher theoretisch wenig durchdrungen worden.

Angesichts dieser noch offenen Fragen scheint es zu früh, von einem Paradigmenwechsel oder einem „*Post-Washington Consensus*“ zu sprechen, wie Stiglitz ihn bereits sieht. Trotzdem hat die Asienkrise offenbar zu einer Abkehr von überkommenen Denkmustern geführt und damit den Weg geebnet für ein neues entwicklungstheoretisches Paradigma. Die Frage, wo dieses Paradigma angesichts der zunehmenden globalen Vernetzung liegen wird, läßt jedoch noch viel Raum für zukünftige Forschung.

Zum Autor

Tim Goydke, Dipl.-Volksw., Jg. 1971, Studium der Ostasienwirtschaft und Internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Duisburg, Tokyo und Cardiff, seit 5/98 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl Ostasienwirtschaft/Wirtschaftspolitik der Universität Duisburg, Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts- und Industriepolitik Japans und Südkoreas, Entwicklungsmuster und -modelle im Asien-Pazifikraum. Kontakt: Lehrstuhl Ostasienwirtschaft, Gerhard-Mercator-Universität, 47048 Duisburg, Tel.: (0203) 379-4185, eMail: goydke@uni-duisburg.de.

²¹ Vgl. Pascha, Werner (1997): Industrial Policy in Japan and the Policy Choices for Central and East European Countries – A Commentary on Some Controversial Issues, in: Heiduk, Günther (Hg.) (1997): Integration of Central and Eastern European Countries into the World Economy – Internal and External Strategies, Hamburg, S. 241-255.

Frank H. Westerhoff

Japan in der Krise

Abstract

Seit einigen Jahren steckt Japan in einer tiefen Wirtschaftskrise. Dieser Beitrag setzt die aktuellen Probleme Japans in Verbindung mit der Bubble-Phase aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Zum einen hat das Platzen der Bubble aufgrund der vorangegangenen exzessiven Spekulationswelle die japanischen Finanzinstitute an den Rand des Ruins getrieben. Zum anderen hat – und dies wird häufig verdrängt – die zunächst ökonomisch prosperierende Bubble-Phase eine notwendige, durch zunehmende Globalisierung bedingte Reform des japanischen Wirtschaftssystems verhindert. Der momentane Reformstau erklärt sich dadurch, daß die Umsetzung von strukturellen Eingriffen in einer Zeit mit stagnierendem Wachstum natürlich schwierig ist. Das Bild der zukünftigen Entwicklung kann daher leider nicht optimistisch gezeichnet werden.

1 Einleitung

Japan hat die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und ist zugleich der weltgrößte Gläubiger. Und natürlich ist Japan bekannt für seine Exportstärke sowie seine technologisch ausgereiften Produkte und Produktionsverfahren. Dennoch steckt Japan seit einigen Jahren in einer tiefen Krise, nachdem Ende der achtziger Jahre der "bubble economy" die Luft ausgegangen ist. Dieser Beitrag untersucht zunächst die Entstehungsgründe und Tiefe der Krise. Daran anknüpfend wird gefragt, inwieweit das japanische System für die Krise verantwortlich ist und welche Implikationen sich daraus für die Politik ergeben. Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist aber nicht, welche Instrumente potentiell vorhanden sind, um die Krise in den Griff zu bekommen, sondern wie sich Japan tatsächlich verhalten wird. Der Beitrag schließt mit einem (unsicheren) Blick in die Zukunft.²²

2 Japans wirtschaftliche Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges erlebte Japan eine zügige Reindustrialisierung. Unterstützt durch die Industriepolitik des MITI (Ministry of International Trade and Industry) entwickelte sich die Wirtschaft von einer arbeitsintensiven Produktion hin zu einer modernen Industriegesellschaft. Die Aufholphase war begleitet von hohen Wachstumsraten des Sozialproduktes und begründete das japanische Wirtschaftswunder. Gelegentliche Krisen, wie die Ölpreisschocks, wurden stets gemeistert. Obwohl sich das Wachstum ab Mitte der siebziger Jahre abschwächte, galt das japanische Modell als Vorbild für den pazifischen Raum.

2.1 Die Bubble Economy

Die japanische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird plakativ als *bubble economy* (Wirtschaftsblase) bezeichnet. In dieser Phase schnellten die Preise für Vermögenswerte dramatisch in die Höhe. So kletterte der Nikkei-Index innerhalb von nur vier Jahren von ca. 13.000 (Dezember 1985) auf über 39.000 (Dezember 1989). Japan galt als die zukünftige Wirtschaftsmacht schlechthin; das "asiatische Jahrhundert" stand vor der Tür. Doch bekanntlich kön-

²² Diese Arbeit entstand im Anschluß an einen vom DAAD geförderten Aufenthalt an der Hitotsubashi University. Vgl. ausführlicher Westerhoff, F. (1999): Japan in der Krise, Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan, Beitrag Nr. 9, Universität Osnabrück.

nen Blasen auch platzen. Im weiteren werden kurz die Bubble-Episode und die daraus resultierende Krise skizziert.²³

Unter einer "Bubble" wird ein Prozeß verstanden, bei dem die durch fundamentale Größen gerechtfertigte und die tatsächliche – durch spekulative Elemente beeinflusste – Entwicklung voneinander abgekoppelt sind. Ein Bubbleprozeß ist selbstverstärkend, da die Marktteilnehmer zu gleichgerichtetem Verhalten tendieren. Als Auslöser der japanischen Bubble werden üblicherweise drei Faktoren identifiziert. Erstens wurde das wirtschaftliche Umfeld Japans ab Mitte der achtziger Jahre als gut beurteilt. Prognosen bezüglich der Wirtschaftsdynamik und der Unternehmensgewinne waren optimistisch. Zweitens senkte die japanische Notenbank als Reaktion auf den durch das Plaza-Abkommen aufgewerteten Yen die Zinssätze, um den Exportsektor zu entlasten und den Kursanstieg abzubremsen (Louvre-Abkommen). Simultan erhöhten sich dadurch aber sowohl die Liquidität der Märkte als auch die Attraktivität von riskanten Vermögensanlagen. Drittens – und dies scheint der wichtigste Grund gewesen zu sein – wurden weltweit die Finanzmärkte liberalisiert. Die Deregulierung ermöglichte vor allem japanischen Finanzinstituten, neue Risikomärkte zu erschließen.

Als Konsequenz stiegen – im Grunde durchaus gerechtfertigt – die Vermögenspreise. Deren Entwicklung verselbständigte sich jedoch in der Folgezeit, wobei sich verkürzt folgende Kette in Gang setzte: Steigende Bodenpreise erhöhten den realen Wert der Unternehmen, was direkt zu steigenden Aktienkursen führte. Zudem räumten japanische Banken den Unternehmen größere Kreditlinien ein. Dies war möglich, da die Kapitalbasis der Banken aufgrund von Wertsteigerungen ihrer Aktien- und Immobilienbestände ständig wuchs. Somit entwickelte sich eine Spirale, die auf eine ungezügelter Kreditausdehnung hinauslief. Der Trend verstärkte sich zunehmend, da die augenscheinliche Attraktivität der Finanzmärkte neue Investoren anzog.

Gegen Ende der achtziger Jahre setzte sich aber vermehrt das Bewußtsein durch, daß die Kurssteigerungen überzogen waren. Die Erwartungen schlugen um. Die politischen Entscheidungsträger versuchten durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen, die rasante Entwicklung zu stoppen, um zu einer "sanften Landung" anzusetzen. So erhöhte die japanische Notenbank die Zinsen, die Kreditvergabemodalitäten für den Immobiliensektor wurden reguliert, und Spekulationsgewinne mußten von nun an versteuert werden. Zudem hatten sich die wirtschaftlichen Aussichten infolge des Irak-Kriegs verschlechtert. Aus der geplanten sanften Landung wurde aber ein steiler Absturz, denn nun lief die Spirale in die entgegengesetzte Richtung. Der Nikkei-Index fiel dramatisch und erreichte mit einem Stand von zeitweise unter 14.000 wieder seinen Ausgangswert von 1985.

Mit der Korrektur der Vermögenspreise war die Krise jedoch noch nicht ausgestanden. Vielmehr stürzte das Platzen der Bubble die gesamte Wirtschaft in eine Talfahrt, wobei insbesondere der Finanzsektor hart getroffen wurde. Infolge von Fehlspekulationen und der Rezession sank die Qualität der Kredite stark. Internationale Rating-Agenturen wie Moody's stuften das Konkursrisiko der Banken höher ein, so daß diese bis heute an den Kapitalmärkten eine Japan-Prämie zu entrichten haben. Trotz einiger, wenn auch verspäteter, Bemühungen der japanischen Politik hat sich in den Folgejahren die Bankenkrise nicht entschärft. Vielmehr hat die Schieflage des Bankensektors durch eine staatliche Einlagengarantie noch zugenommen. Gefährdete Banken sind versucht, Projekte mit hohem Risiko-Profil einzu-gehen, um so doch noch den drohenden Konkurs abwenden zu können (*moral hazard*). Private Institutionen schätzen, daß derzeit bis zu 30% der Kredite notleidend sind und die generelle Stabilität des Finanzsektors in Frage steht.

²³ Vgl. Cargill, T., M. Hutchison und T. Ito (1997): The Political Economy of Japanese Monetary Policy, Cambridge und London: MIT Press; oder IMF (1998): IMF Staff Country Report Japan, Washington.

Die Post-Bubble-Phase in Japan ist durch geringes Wachstum und halbherzige Reformen zur Behebung der Rezession gekennzeichnet. Innen- und außenpolitische Lethargie manifestiert sich unter anderem darin, daß es in Japan in den vergangenen zehn Jahren neun verschiedene Ministerpräsidenten gab.²⁴ Umfangreiche Konjunkturprogramme konnten die Wirtschaft bislang nicht wieder auf Kurs bringen. Die japanischen Konsumenten sind stark verunsichert und haben ihre ohnehin schon große Sparneigung weiter erhöht. Ferner wurde die Rezession in Japan durch die Asienkrise weiter vertieft, da wichtige Exportmärkte ausfielen. Auch die Bankenkrise verschärfte sich, da japanische Banken im großen Umfang in Südostasien engagiert sind. Durch einen weiteren Verfall der Vermögenswerte fiel die Kapitalbasis japanischer Banken derart stark, daß die Kreditvergabe rigoros eingeschränkt werden mußte, um die im Basel Abkommen vereinbarten Mindeststandards der Kapitalausstattung nicht zu verletzen (*Credit Crunch*). Es stellt sich damit die Frage, ob sich die japanische Wirtschaft lediglich in einer zyklischen Krise befindet, oder ob es sich vielmehr um eine tiefgreifende Strukturkrise handelt. Um eine Antwort geben zu können, versucht der nächste Abschnitt zunächst das ungefähre Ausmaß der Krise systematisch zu evaluieren.

2.2 Ausmaß der Krise

Japan steht nach einer Studie von Asher und Smithers²⁵ vor fünf zentralen Herausforderungen:

4. Der private und der öffentliche Sektor sind hoch verschuldet. Japanische Unternehmen sind im internationalen Vergleich stark fremdfinanziert. So beträgt die Fremdkapitalquote in Japan 4:1 gegenüber nur 1,5:1 in den USA. Die öffentlichen Finanzen sind infolge umfangreicher Konjunkturprogramme in den letzten Jahren stark in Anspruch genommen worden. Im Vergleich zu den übrigen G5-Ländern ist Japans Staatsverschuldung 50% höher.
5. Japan befindet sich derzeit in einer Deflationsphase. Obwohl Aktien und Immobilien schon stark an Wert verloren haben, sind sie im internationalen Vergleich nach wie vor überbewertet. Grundstückspreise in Tokio sind dreimal so hoch wie in London. Wegen der zunehmenden Entflechtung der japanischen Unternehmenskonglomerate treten Banken und Versicherungen auch in Zukunft als Nettoverkäufer von Aktien auf. Einige Analysten halten daher einen Nikkei-Index von 10.000 Punkten für möglich.
6. Infolge der hohen Verschuldung und der Rezession ist die Zahl der Konkurse stark gewachsen. Neben dem Finanzsektor steht besonders die Bauindustrie, die 10% aller Arbeitskräfte beschäftigt, unter Druck. Die Arbeitslosenquote ist deswegen stark gestiegen und dürfte aufgrund versteckter Arbeitslosigkeit entgegen offiziellen Statistiken mittlerweile über 10% liegen.
7. Wie demographische Untersuchungen zeigen, wird die japanische Gesellschaft permanent älter. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre steigt vermutlich in den nächsten 30 Jahren von derzeit ca. 20% auf über 40% an.
8. Das hohe Maß an Regulierung hat dazu geführt, daß die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen trotz hoher Investitionen in vielen Sektoren gesunken ist. War Japan lange Zeit führend in vielen Märkten, so gibt es heute nur noch wenige Technologien, in denen das Land eine Spitzenposition einnimmt.

²⁴ Vgl. May, B. (1996): Japan in der Krise?, Bonn: Europa Union Verlag.

²⁵ Vgl. Asher, D. und A. Smithers (1998): Japan's Key Challenges for the 21st Century: Debt, Deflation, Default, Demography, and Deregulation, SAIS Policy Forum Series, The Johns Hopkins University.

3 Ist das japanische System gescheitert?

Das japanische System ist geprägt durch eine enge Kooperation zwischen Politik, Bürokratie und Wirtschaft.²⁶ In der Vergangenheit hat diese Zusammenarbeit für politische Stabilität und ökonomischen Fortschritt gesorgt. Im Gegensatz zu den "individualistisch" ausgerichteten westlichen Industrienationen wurden in der Regel der gesellschaftliche Zusammenhalt und kollektive Ziele angestrebt. Auf staatlicher Ebene wurde versucht, durch Regulierung und direkte Staatseingriffe die makroökonomischen Ergebnisse zu managen. Beispiele sind etwa eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um Ziele wie Arbeitsplatzsicherheit und eine "gerechte" Einkommensverteilung zu sichern. Geradezu legendär sind die Bemühungen des MITI, der japanischen Industrie durch eine protektionistische Handelspolitik und Investitionslenkung beim Aufholprozeß Hilfestellung zu gewähren. Besonders zu erwähnen ist auch das Erziehungswesen, das – salopp formuliert – durch die Vermittlung konfuzianischer Werte die nationale Identität und Ordnungsstruktur förderte.

Die Marktstruktur ist geprägt durch das Keiretsu-System. Diese großen Unternehmensnetzwerke zeichnen sich durch stabile Mehrheitsverhältnisse in Form eines Cross-Share-Holdings aus. Da, wie häufig betont wird, von den Anteilseignern kein wesentlicher Druck auf die Unternehmenspolitik ausging, konzentrierten sich die Unternehmen bislang vornehmlich auf Wachstum und auf die Sicherung der Arbeitsplätze. Führungskompetenz und Entlohnung wurden gemäß dem Senioritätsprinzip geregelt. Je länger ein Arbeitnehmer in einem Betrieb beschäftigt war, desto bedeutender wurde auch sein Einfluß. Aufgrund der spezifischen Marktstruktur war die Wettbewerbsintensität gering. Typisch japanisch wurde mehr Wert auf Kooperation als auf Konfrontation gelegt (*Asian values*).

Mit diesem Ansatz ist Japan lange Zeit äußerst erfolgreich gewesen und hat als weiteren „Export-schlager“ Elemente seines Wachstumsmodells aktiv gefördert. Begründet wurde eine Erfolgsstory namens „*Asian Miracle*“, die jedoch in der Finanzkrise von 1997 ihr tragisches Ende fand. Damit stellt sich die Frage, ob das japanische Wirtschaftssystem am Ende ist. Hat das Modell etwa die Krise verursacht und bewirkt nun die Krise eine Systemänderung?

Schon 1986 kam der von dem damaligen Ministerpräsidenten Nakasone in Auftrag gegebene Maekawa-Bericht zu dem Ergebnis, daß eine Umstrukturierung und Internationalisierung der japanischen Wirtschaft unumgänglich sei. Die folgende Bubble-Phase stellte nur eine Atempause dar, in der allerdings versäumt wurde, die Wirtschaft auf die zunehmende Globalisierung vorzubereiten. Das alte System scheint nicht mehr in die heutige Welt zu passen. Japanische Unternehmen waren für ihre Fähigkeit bekannt, bestehende Produkte zunächst zu imitieren, um sie anschließend mit Hilfe von Qualitätsverbesserungen und Prozeßinnovationen erfolgreich zu perfektionieren. Aufgrund der sich in den letzten Jahren abzeichnenden technologischen Revolution (z.B. Informationstechnologie) ist dies aber nicht länger möglich, da sich die Produkte mit einer zu rasanten Geschwindigkeit verändern.

Das japanische Wirtschaftssystem fördert zudem eine Versicherungsmentalität: Die Übernahme unternehmerischen Risikos, wie es dynamische Wachstumsmärkte verlangen, wird etwa durch eine rigorose Einkommensumverteilung nicht belohnt. So zahlen knapp 7% der arbeitenden Bevölkerung über 40% der Einkommensteuer. Die geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes erschwert einen Strukturwandel, der angesichts der weltweiten Wettbewerbsintensivierung notwen-

²⁶ Vgl. Dore, R. (1998): Asian Crisis and the Future of the Japanese Model, Cambridge Journal of Economics, Vol. 22, S. 773-787, Hamada, K. (1998): The Incentive Structure of a "Managed Market Economy": Can It Survive the Millennium, American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 88, S. 417-421 oder Noguchi, Y. (1998): The 1940 System: Japan under the Wartime Economy, American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 88, S. 404-407.

dig wäre. Vielmehr weist die japanische Industrie in einer Reihe von Sektoren Überkapazitäten auf. Dementsprechend ist auch die Profitabilität japanischer Unternehmen im internationalen Vergleich gering. Auch permanente Staatseingriffe in Wirtschaftsabläufe erweisen sich als zunehmend schädlich. Die Maßnahmen des Finanzministeriums im Zusammenhang mit der Bankenkrise (*Convoy System*) haben die Krise eher noch verfestigt, statt sie zügig zu lösen. Fiskalische Aktivitäten führen mehr und mehr zu Fehlallokationen, wobei besonders Infrastrukturprojekte durch starke Ineffizienz gekennzeichnet sind.

Eine stetig steigende Zahl von Kritikern fordert eine stärker angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nach westlichem Vorbild. Häufige Stichwörter in einer emotional geführten Debatte sind Deregulierung, Dezentralisierung, Reform des politischen Systems, Privatisierung, Abbau des Staatsdefizits, Liberalisierung der Handels- und Finanzmärkte und Reform des Erziehungssystems. Durch mehr Transparenz, größere Anreize zur individuellen Risikoübernahme und intensiveren Wettbewerb soll die Produktivität der Wirtschaft gesteigert werden. Zu beachten ist aber, daß ehrgeizige Umstrukturierungsprogramme der Industrie, wie sie etwa in den USA durchgeführt wurden, zwar einerseits deren Wettbewerbsfähigkeit gesteigert haben, aber andererseits auch erhebliche soziale Veränderungen bedingten. Unklar ist in diesem Zusammenhang, inwieweit das japanische Modell mit Phänomenen wie einer hohen Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt oder hohen Einkommensunterschieden kompatibel ist.

4 Ausblick

Neben der Frage, welches Reformpotential theoretisch besteht, bleibt aber noch offen, wie sich Japan tatsächlich verhalten wird. Hier werden die Aussichten allgemein recht pessimistisch beurteilt. Bislang war das Reformtempo aufgrund der politischen Lethargie zu langsam. Der Prozeß der Konsensfindung zur Überwindung von Meinungsverschiedenheiten über Detailfragen hat notwendige Reformen verzögert. Zudem besteht in weiten Teilen der Bevölkerung der Wunsch nach Beibehaltung der sozialen Strukturen. Es wird betont, daß das System in der Vergangenheit sehr erfolgreich gewesen sei, und die Ansicht ist verbreitet, Japan stecke nur in einer vorübergehenden Krise. Damit verbunden ist die Hoffnung, Japan möge schon in naher Zukunft seine Führungsrolle im asiatischen Raum dominant ausfüllen. Angestrebt wird eine engere Kooperation mit den Nachbarländern, wobei der Yen als Leitwährung dienen soll.²⁷

Selbst dann, wenn Reformen nicht nur beschlossen, sondern auch konsequent umgesetzt werden sollten,²⁸ werden sich positive Wirkungen erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung einstellen. So sind denn auch die Wachstumsprognosen der OECD insgesamt sehr verhalten. In der Schätzung von Mai 1999 wird für 1999 ein Wachstum von -0.9% und für 2000 von 0.0% vorhergesagt.²⁹ Dann wäre Japan in den neunziger Jahren jährlich um weniger als 1% gewachsen.

Zum Autor

Frank H. Westerhoff, Dipl. Volkswirt, Universität Osnabrück, VWL/Außenwirtschaft, Rolandstraße 8, 49069 Osnabrück, email: fwesterho@oec.uni-osnabrueck.de. Forschungsgebiete:

²⁷ Vgl. Yamazawa, I. (1998): The Asian Economic Crisis and Japan, The Developing Countries, Vol. 36, S. 332-351.

²⁸ Im Rahmen des "Big Bang" zur Finanzmarktliberalisierung ist z.B. die Financial Supervisory Agency als unabhängige Aufsichtsbehörde ins Leben gerufen worden. Jedoch stammen 90% der 400 Angestellten aus dem Finanzministerium. Die entsprechende Behörde in den USA hat 8.000 Mitarbeiter.

²⁹ Vgl. OECD (1999): Economic Outlook, Vol. 65, Paris. Optimistischere Statements aus Japan zur Wirtschaftslage, die auf jüngeren Quartalsdaten beruhen, sind mit Vorsicht zu genießen, da diese Daten sehr sensitiv in Bezug auf fiskalische Impulse reagieren. Ein nachhaltiger Aufschwung sollte aber selbsttragend sein.

Modellierung spekulativer Verhaltensweisen, Interaktion technischer und fundamentaler Anlageregeln, begrenzte Rationalität, Informationsverarbeitung und Lernen. Anwendungsgebiete: u.a. Bubble-Prozeß in Japan, asiatische Finanzkrise 1997.

Carsten Mende

Die Ursachen der Asienkrise

Der offenkundige Ausbruch der Asienkrise setzte mit der Freigabe des Wechselkurses des thailändischen Baht (2. Juli 1997) ein. Der feste Wechselkurs zum amerikanischen Dollar mußte aufgegeben werden. Auch andere Länder, die die Politik eines Dollar-Pegs verfolgten, gerieten in Schwierigkeiten.

Inländische Faktoren spielten eine große Rolle beim Entstehen der Asienkrise. Eine fehlende (oder ungenügende) Bankenaufsicht führte einerseits zu einem hohen Anteil an notleidenden Krediten und andererseits zu einer hohen Verschuldung in Fremdwährungen. Oft waren die Kredite zudem kurzfristig, so daß die Schuldner durch plötzliche Abwertungen (der einheimischen Währungen) in Zahlungsschwierigkeiten und Insolvenz gerieten. Ein weiteres Problem bestand in den hohen Handelsbilanzdefiziten, die in der Zahlungsbilanz nur durch hohe Kapitalimporte ausgeglichen werden konnten. Auch das Verhalten des Internationalen Währungsfonds (IWF), z.B. der *bail-out* während der Mexikokrise, notleidende Kredite zurückzuzahlen (und somit private Investoren zu entschädigen), trug zur Krisenentstehung bei: Die Investoren gingen (zumindest) indirekt von einer staatlichen Zurückzahlung (im Notfall) aus. Andere Gründe waren der hohe Grad an Korruption und eine verfehlte Investitionspolitik (reine Orientierung an *Input-driven growth*).

Warum die Asienkrise zu diesem Zeitpunkt ausbrach, bleibt ungewiß. Die angeführten Gründe waren hinlänglich bekannt und die Umbewertung der wirtschaftlichen Situation erfolgte spontan. Da die betroffenen Länder (Thailand, Indonesien, Malaysia und auch Südkorea) über eine ähnliche Produktionsstruktur verfügten (und andererseits in Konkurrenz zur VR China und Vietnam standen), kam es nach der Krise in Thailand zu einem Übergreifen auf die anderen Länder.³⁰

Die Ursachen der Asienkrise

1. Einleitung

Die Krise im Sommer 1997 war nicht die erste in Asien gewesen. Mitte der achtziger Jahre gerieten einige Länder unter Druck, da ihre Finanzsektoren schwach ausgebildet waren.³¹ Obwohl der Anfang der Asienkrise allgemein in der Lösung des thailändischen Baht vom US-Dollars gesehen wird (2. Juli 1997), gab es schon vorher Anzeichen und Auslöser: Die Volksrepublik China wertete bereits im Januar 1994 den Renminbi um ein Drittel gegenüber dem Dollar ab, diese Maßnahme führte dazu, daß noch im gleichen Jahr die Handelsbilanz ausgeglichen werden konnte (Spiegel 19.1.98, 80). Auch in Südkorea gab es Anzeichen: Im Januar 1997 meldete der Hanbo-Chaebôl Konkurs an, im März brach ein weiterer Chaebôl (Sammi Steel) zusammen.

Nachdem der thailändische Baht im Juli nach Spekulationen gegen ihn freigegeben werden mußte (zuvor hatte ein US-Dollar-Peg bestanden), gerieten auch die anderen südostasiatischen Währungen, v.a. die Malaysias, Indonesiens und der Philippinen unter Druck. Die Krise blieb aber nicht auf Südostasien beschränkt, sondern griff auch auf Südkorea über. Um ihre Währungen zu verteidigen, verbrauchten die Zentralbanken von Thailand, Südkorea und Indonesien fast ihre ge-

³⁰ Es handelt sich hierbei um *Contagion*- oder *Contamination*-Effekte. Im Deutschen ziehe ich der Übersetzung (Verseuchung) den Begriff Waldbrand vor.

³¹ Beispielsweise waren schon damals Indonesien und die Philippinen (1983), Thailand (1984) und Malaysia (1985), aber auch Singapur (1985) und Taiwan (1989) betroffen (Economist – East Asian Economies Survey 7.3.98, 4).

samten Reserven (Spiegel 19.1.98, 77).³² So schrumpften z.B. die verfügbaren Devisenreserven Südkoreas auf 6 Mrd. US-\$.³³ Daraufhin rief Thailand am 28. Juli 1997 den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Hilfe. Am 8. Oktober bzw. 21. November folgten die indonesische und die südkoreanische Regierung. Der IWF stellte Programme für die einzelnen Länder auf.³⁴ Bezieht man außerdem das Programm des IWF für die Philippinen, das bereits vor der Asienkrise lief, mit ein, so erhielten vier der fünf am meisten betroffenen Länder finanzielle Hilfe – nur Malaysia hatte nicht um Hilfe gebeten.

Dieser Artikel entstand aus einer Hausarbeit heraus, die sich mit der Bewertung der Asienkrise durch den IWF befaßte. Das Verhalten des IWF wurde am Beispiel Südkoreas veranschaulicht. Der folgende Abriß behandelt die Frage nach den Ursachen der Asienkrise und untersucht die Einschätzungen verschiedener Wirtschaftswissenschaftler.

2. Ursachen und Auslöser

2.1 Die Einschätzung des IWFs

Der Auslöser für die Spekulationen gegen die asiatischen Währungen war v.a. die zu lange bestehende Dollarbindung.³⁵ Obwohl die Dollarbindung eine Sicherheit für ausländische Investoren bot, hatte die Dollaraufwertung (seit 1995) gegenüber dem japanischen Yen und den europäischen Währungen zu einer Wettbewerbsverschlechterung geführt; die Exporte gingen zurück (Deutsche Bank Research 17.12.97, 5f.).³⁶

In Thailand wirkte sich das besonders drastisch aus: In den Jahren 1996 und 1997 sank der japanische Yen (im Verhältnis zum US-Dollar) um 35 %. Somit verteuerten sich Thailands Exporte nach Japan, welches der größte Handelspartner war, so daß das Handelsbilanzdefizit noch zunahm (Feldstein, „Refocusing the IMF“, in: Foreign Affairs 2/98, 23).

Als Ursachen für die Asienkrise werden vom IWF v.a. vier gesehen ("The IMF's Response to the Asian Crisis" April 1998 unter <http://www.imf.org/External/np/exr/facts/asia.HTM>): Der Bankensektor war schwach entwickelt und unterlag politischer Kontrolle. Entscheidungen über Kredite wurden nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten gefällt, sondern nach politischer Gefälligkeit. Dies führte zum sog. „*relationship banking*“, welches zu einer Vielzahl von notleidenden Krediten führte. In allen drei Ländern übersteigt der Anteil von notleidenden Krediten 15% (Economist 15.11.97, 19). Eng verknüpft mit diesem Phänomen ist der „*moral hazard*“, da die ausländischen Banken, die den inländischen Banken die Kredite gaben, von einer Garantie der Regierung ausgingen, obwohl diese nicht explizit ausgesprochen wurde.

³² Die Philippinen hingegen ließen ihre Währung floaten und mußten somit geringere Abwertungen hinnehmen.

³³ Eine detaillierte Aufschlüsselung der verfügbaren Reserven gibt das "Stand-by-Arrangement" vom 3.12.1997, 4 (unter <http://www.chosun.com/feature/imfreport.html>).

³⁴ Die Programme haben einen Gesamtumfang von 36,6 Mrd. US-\$ (Indonesien), 58,2 Mrd. US-\$ (Südkorea) und 17,1 Mrd. US-\$ (Thailand), wobei die Kredite des IWF 9,9 Mrd. US-\$ bzw. 20,9 Mrd. US-\$ bzw. 3,9 Mrd. US-\$ betragen (IWF, "The IMF's Response to the Asian Crisis", April 1998, Box 1, unter <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/asia.html>).

³⁵ Daneben verfielen die Immobilienpreise, während Immobilien oft zur Kreditdeckung genutzt wurden, so daß sich viele Kredite in notleidende verwandelten.

³⁶ Dies wurde noch durch eine höhere Inflation als die in den USA verschlimmert (Deutsche Bank Research 17.12.97, 6).

- Investitionen wurden nicht zur Weiterentwicklung der Wirtschaft genutzt, sondern nur zur Ausweitung von Kapazitäten.³⁷ Es fand eine Mobilisierung der Arbeitskräfte statt, die von der Landwirtschaft in die Leichtindustrie gingen, gekoppelt mit einer Politik des *cheap money*.
- Die Kredite wurden oft durch kurzfristige Kredite aus dem Ausland (in Fremdwährungen notiert) finanziert. Das führte zu einem Mißverhältnis zwischen kurzfristigen Schulden und Reserven, so hatte Südkorea im Juni 1997 doppelt so viele Schulden wie Reserven, war also kurzfristig zahlungsunfähig (Radelet, Sachs, „The Onset of the East Asian Financial Crisis“, 30.3.98, 52 unter <http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.html>).³⁸ Dazu kam eine Verschlechterung der Handelsbilanz durch einen rasanten Verfall der Halbleiterpreise.
- Zudem ergab sich aus dem Fehlen demokratischer Kontrollstrukturen ein Mangel an Transparenz. Das führte zu reger Korruption.³⁹ Auch die gesetzlichen Bestimmungen und die Rahmenbedingungen für den Bankensektor waren ungenügend.

Das Ausmaß der Asienkrise überstieg allerdings ihren eigentlichen Rahmen. Nachdem die Investoren durch Thailands Wirtschaftssituation aufgeschreckt wurden, entdeckten sie ähnliche Zustände in anderen südostasiatischen Ländern und entzogen auch ihnen Vertrauen und Kapital. Die gleichen Eigenschaften, die zuvor gerühmt worden waren, verkehrten sich nun in Nachteile. Dies war ein sehr spontaner Akt, eine Erklärung für die sich gewandelte Einschätzung fällt schwer, denn die (nun kritisierten) Umstände waren bereits jahrelang bekannt (Radelet, Sachs, „The Onset of the East Asian Financial Crisis“, 30.3.98, 30).

- Verschärfend wirkte sich dabei die angespannte wirtschaftliche Situation Japans aus: Knapp 36% der Bankkredite an die fünf Länder Indonesien, Malaysia, Thailand, Südkorea und die Philippinen wurden von japanischen Banken vergeben (Deutsche Bank Research 17.12.97, 13). Japan selbst befand sich in einer Rezession und somit reagierten die Banken besonders nervös. Japan konnte die angemahnte Funktion als Lokomotive nicht erfüllen.
- Bei der Asienkrise handelt es sich also nach Einschätzung des IWF vorrangig nicht um eine Währungskrise, sondern um eine Finanzkrise, ausgelöst durch kurzzeitige Zahlungsengpässe aufgrund der Aufnahme kurzfristiger Kredite. Diese Finanzkrise löste dann wiederum Währungsturbulenzen aus.

2.2 Andere Einschätzungen

Auch Jeffrey A. Frankel sieht den Ursprung der Krise eher strukturell bedingt. Er sieht die Probleme v.a. im sog. „*relationship banking*“ (Jeffrey "The Asian Model, the Miracle, the Crisis and the Fund" 16.4.1998, 2f. unter <http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/>

³⁷ Krugman kritisierte das in seinem Artikel "The Myth of Asia's Miracle" unter dem Schlagwort "perspiration, not inspiration", denn "Asian growth (...) seems to be driven by extraordinary growth in inputs like labor and capital rather than by gains in efficiency" (in: Foreign Affairs 6/94, 70). Er verweist darauf, daß ein durch Inputerhöhung erfolgtes Wachstum unausweichlich abnimmt, und zwar sehr viel eher als das durch Effizienzerhöhung (1994, 62).

³⁸ Ein Problem der Bilanzierung besteht bei den ausländischen Aktienbesitzern: Aktien werden unter langfristigem Kapitalverkehr bilanziert, können jederzeit verkauft werden (Hausrecht, "Der Fall Asien: Krise des Finanzsystems oder des Entwicklungsmodells?", in: E+Z 7/98, 167).

³⁹ Laut einer Studie von Transparency International wird die Korruption Indonesiens nur von wenigen Ländern, wie z.B. Nigeria, übertroffen (Economist – East Asian Economies Survey 7.3.98, 13).

AsiaHomepage.html). Weiterhin sind Umstellungsprobleme bei diesen Schwellenländern deutlich sichtbar. Der Wechsel vom „*input-driven growth*“ zum für den „*frontier growth*“ notwendigen „*efficiency-driven growth*“ wurde bisher nicht von einer entsprechenden Wirtschaftspolitik begleitet. Frankels Hauptansatzpunkt zur Lösung ist die Wiedererlangung des Vertrauens der Investoren. So unterstützt er die Maßnahmen des IWF. Er vergleicht die internationalen Finanzmärkte mit Schnellstraßen, die sowohl schnellere Ankunftszeiten ermöglichen, als auch eine größere Vorsicht der Autofahrer (d.h. der Banken) erfordern. Zudem müssen bei neuen Zugängen zuvor strukturelle Anpassungen vorgenommen werden.⁴⁰

Für Paul Krugman liegen die Ursachen in dem zu großen Sicherheitsgefühl der inländischen Unternehmen, frei nach dem Motto „heads I win, tails somebody else loses“ (Krugman, „Asia: What Went Wrong“, in: Fortune 2.3.98, 2 unter <http://www.pathfinder.com/fortune/1998/980302/fst8.html>). Verschärfend wirkte sich die Bereitschaft der ausländischen Investoren aus, Kredite ohne Sicherheiten zu gewähren. Den Auslöser für die Krise hält er für vernachlässigungswert:

"What actually started this downward spiral? Who cares! Any little thing can set off an avalanche once the conditions are right. Probably the proximate causes were a slump in the semiconductor market and a rise in the dollar-yen exchange rate, but if they hadn't triggered the crisis, something else would have."

(Krugman, „Asia: What Went Wrong“, in: Fortune 2.3.98, 2)

Einen waghalsigen Vorschlag unterbreitet Krugman in einem Artikel im Magazin *Fortune*. Einerseits bestreitet er nicht die Notwendigkeit der hohen Zinssätze, andererseits verurteilt er die deflationären Effekte der langfristig hohen Zinsen. Auch der Verschuldungsgrad der Unternehmen, in Südkorea das vier- bis fünffache des Eigenkapitals, verhinderte einen Aufschwung, denn die hohen Zinsen haben zu vielen Konkursen geführt. Japan mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann nicht zu einer Belebung der Exporte beitragen. Krugman schlägt nun eine Devisenbewirtschaftung vor. Er verweist auf die Volksrepublik China, die bisher die Asienkrise relativ unbeschadet überstanden hat. Das Wiedererlangen des Vertrauens der ausländischen Investoren muß dann erst einmal zurückgestellt werden. Die Devisenbewirtschaftung ermöglicht aber eine Trennung des inländischen Zinssatzes und des Wechselkurses, so daß weitere Konkurse verhindert und die Nachfrage belebt werden könnten (Krugman, „Saving Asia: It's Time to Get Radical“, in: Fortune 7.9.98 unter <http://www.pathfinder.com/fo...vestor/1998/980907/sol3.html>).

Als nur temporäre Illiquidität stuft Martin Feldstein die Krise ein und stimmt dem „klassischen“ Mittel des IWF (Handelsbilanzüberschüsse durch Exportsteigerungen und Importrückgänge) zu. Andererseits erscheinen ihm die Haushaltsbeschränkungen fragwürdig, da diese Länder bereits über einen Überschuß verfügen („Refocusing the IMF“, in: Foreign Affairs 2/98, 25f.). Vielmehr liegen strukturelle Veränderungen in der Verantwortung der Länder. Er sieht den IWF als Verursacher des „*moral hazard*“, denn seine Versprechungen (bei vorangegangenen Krisen), daß die ausstehenden Kredite vollständig bezahlt würden, führten erst zu diesen bedenkenlosen Krediten.

Steven Radelet und Jeffrey Sachs betonen das Element der Panik („The Onset of the East Asian Financial Crisis“, 30.3.98 unter <http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.html>). Das plötzliche Entziehen von Vertrauen (von seiten der Kapitalmärkte) und

⁴⁰ Allerdings verkehrt sich Frankels Argument in ein Gegenargument: Auf keiner Schnellstraße können Autofahrer unkontrolliert rasen. Tun sie es dennoch, kommen sie zu Tode (d.h. Konkurs) oder werden in Krankenhäusern gepflegt („*bail-out*“). Wie geht man weiterhin mit dem Stau um? Neue Straßen oder Zugangsbeschränkungen?

unzureichende Hilfsprogramme verursachten erst das jetzige Ausmaß. Der Druck entstand durch immense Kapitalzuflüsse, deren Umfang auf Dauer nicht gehalten werden konnten und somit zu Enttäuschung und Panik führten. Ein Großteil des entzogenen Kapitals (77 Mrd. US-\$ von 105 Mrd. US-\$) kam von Handelsbanken. Direktinvestitionen wurden nur um 7 Mrd. US-\$ gekürzt, d.h. langfristige Projekte werden nur im geringen Maße zurückgestellt. Die Erhöhung des Zinses durch den IWF erfolgte in ihren Augen zu einem unpassenden Moment, da gerade viel Kapital entzogen wurde. Die hohen Zinssätze würden bei längerer Dauer zu Konkursen der inländischen Schuldner und damit zu weiteren notleidenden Krediten führen. Die Kürzung des Staatshaushaltes sollte nicht Bestandteil des Programmes sein, da die Schulden, wie Sachs in einem anderen Artikel unterstreicht, privatwirtschaftlicher Natur sind („The Wrong Medicine for Asia“, 1998, 2 unter <http://www.stern.nyu.edu/~n...a/AsiaSachsOp-Ed NYT1197.html>).

Rudi Dornbusch bezeichnet die Verletzlichkeit als Ursache der Asienkrise. Sie liegt vor, wenn Länder, die ein hohes Handelsbilanzdefizit aufweisen, ihre Ausgaben nur von Tag zu Tag mit neuem Kapitalzufluß finanzieren können („Asian Crisis Themes“, Februar 1998, 7 unter <http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia/AsiaHomepage.html>). Die betroffenen Länder hatten viele kurzfristige Kredite aufgenommen und verfügten nur über ein schlecht entwickeltes Bankensystem. Den Ausbruch vergleicht er mit anderen Wirtschaftsblasen: „The same story that goes for the crash of a real estate bubble, or a stock market bubble goes just as much for a country bubble.“ (1998, 12) Das Programm des IWF stuft er als traditionell und (kurzfristig) erfolglos ein, der Verfall der Währungen ist nicht beeinflussbar.

Auch Andreas Hauskrecht wendet sich der Zahlungsbilanz als dem ausschlaggebenden Moment zu. Das Handelsbilanzdefizit ist für ihn eine Folge der von IWF und Weltbank propagierten Kapitalimporte. Das Vertrauen in die einheimische Währung wird dadurch langfristig verhindert („Der Fall Asien: Krise des Finanzsystems oder des Entwicklungsmodells?“, in: E+Z 7/98, 167f.). Die Strategie des IWF (eine Liberalisierung der Finanzmärkte) kann als Folge nur eine weitere Schwächung des inländischen Bankensystems haben.

3. Zusammenfassung

Die Vielzahl der Erklärungen macht deutlich, daß die Ursachen der Asienkrise umstritten sind. Die Maßnahmen des IWF gehen nur wenig auf die auslösenden Momente ein und sind eher an einer allgemeinen Reform interessiert. Fraglich ist, inwieweit die vom IWF festgestellte Unreife des Bankensektors durch eine Liberalisierung beseitigt werden kann.⁴¹ Auch Weltbankpräsident Wolfensohn warnt vor einer Deregulierung der Finanzmärkte, wenn diese unterentwickelt sind (Spiegel 24.11.97, 120). Das Anwenden gleicher Instrumente, um konträre Phänomene⁴² zu bekämpfen, kann nur durch die Kurzfristigkeit der Zinserhöhungen⁴³ begründet werden, denn die hohen Schulden sind keine Staatsschulden, sondern durch Unternehmen und investitions- und risikobereite (weil nur ungenügend prüfende) Banken verursacht. Die hohe Verschuldung in Fremdwährungen hatte einen weiteren Nachteil, da die Kredite kurzfristiger Natur waren. Die nun vorgetragenen Vorschläge einer stärkeren Einbindung der Privatbanken müssen zügig umgesetzt werden, da dieses Investitionsverhalten nicht auf Südostasien beschränkt war.

⁴¹ Vielmehr war schließlich ein Kennzeichen des "ostasiatischen Modells" der strategische Schutz von Kernindustrien. Ein Fehler war wohl eher das nicht erfolgte Aufheben von Sanktionen.

⁴² Während die Zinsen in der Mexikokrise erhöht wurden, um eine Inflation zu beenden, forderte der IWF auch in der Asienkrise eine Zinserhöhung, diesmal um einer Deflation aufzuhalten.

⁴³ Um es noch einmal zu betonen: Eine kurzzeitige Zinserhöhung war unausweichlich, da die Abwertung der Währungen ansonsten nicht hätte aufgefangen werden können.

Ein Einfluß der Spekulanten auf die Asienkrise ist höchstens bezüglich des Ausmaßes feststellbar. Entgegen den Vorwürfen des malaysischen Premierministers Mahathir, die Spekulanten trügen die alleinige Schuld an der Krise, trifft die Einschätzung Camdessus' zu: „Die Spekulanten sind keine Verrückten, und sie hassen es, Geld zu verlieren. Sie attackieren eine Währung nur, wenn sie überbewertet ist oder sonstwie angreifbar ist.“ (Spiegel 2.2.98, 88).

Die inländischen Mängel (Bankenaufsicht, geringe Investitionseffizienz) haben ihr Teil zur Asienkrise beigetragen. Ein weiteres Problem bestand in den hohen Handelsbilanzdefiziten, die in der Zahlungsbilanz nur durch hohe Kapitalimporte ausgeglichen werden konnten. Auch das Verhalten des IWF in anderen Krisen, notleidende Kredite zurückzuzahlen (und somit private Investoren zu entschädigen), trug zur Krisenentstehung bei: Die Investoren gingen (zumindest) indirekt von einer staatlichen Zurückzahlung aus. Andere Gründe waren der hohe Grad an Korruption und die verfehlte Investitionspolitik.

Die Frage nach dem Zeitpunkt des Ausbruchs muß unbeantwortet bleiben. Die Contagion-Effekte vergrößerten das Ausmaß der Krise – die (kurzfristigen) Anleger zogen sich aus dem ostasiatischen Raum zurück.

Zum Autor

Carsten Mende, Magistratsweg 72, 13591 Berlin, Tel.: 030-3664449, Student der Sinologie und Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Schwerpunkte: VR China, Asienkrise, Bankensystem.

Panel 2: Sozialer Wandel

Björn Alpermann

Sozialer Wandel und politische Partizipation im ländlichen China

Abstract

Der Aufsatz fragt nach den Auswirkungen des eingangs knapp skizzierten sozialen Wandels im ländlichen China auf die Formen und das Ausmaß der politischen Beteiligung seitens der Landbevölkerung. Exemplarisch werden die Bereiche Interessengruppen und dörfliche Selbstverwaltung dargestellt: Entgegen der Position des Civil-Society-Ansatzes wird die Ansicht vertreten, daß die Unternehmerverbände nicht zum Entstehen einer Zivilgesellschaft geführt haben, die gegenüber dem Staat fordernd gesellschaftliche Interessen vertritt. Vielmehr tragen diese Verbände neben ihrer Rolle als klientelistisch agierende Interessenvertretungen starke korporatistische Züge und dienen somit simultan zur Kontrolle der neuen sozialen Schicht der Unternehmer.

Bezüglich der dörflichen Selbstverwaltung wird festgestellt, daß ihre – allerdings bei weitem nicht landesweit erfolgte – Einführung sowohl das Ausmaß der politischen Partizipation steigerte als auch neue Beteiligungsformen, wie kompetitive Wahlen und Verwaltungsaufsicht, mit sich brachte. Die Einführung erfolgte jedoch nicht aufgrund einseitigen Drucks der Landbevölkerung, sondern als Reaktion der zentralen politischen Führung in Beijing auf erhöhte soziale Mobilisierung, die als bedrohlich eingestuft wurde. Die These, die dörfliche Selbstverwaltung stelle die erste Stufe einer zwangsläufigen „Demokratisierung von unten“ dar, erscheint vor dem Hintergrund der Uneinigkeit der Führung über den weiteren Weg politischer Reformen zumindest überzogen.

Hintergrund des Aufsatzes

Zu einem der beiden hier behandelten Teilbereiche politischer Partizipation – der dörflichen Selbstverwaltung – führte ich 1997 im Rahmen des ASA-Programms der Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V. eine dreimonatige Feldforschung in der Provinz Hebei durch, die als Grundlage für meine Diplomarbeit diente.¹

Themenstellung

Die wirtschaftliche Entwicklung, die sich seit Beginn der chinesischen Reformen im ländlichen Raum vollzieht, bedingt einen sozialen Wandel: Es entstehen neue soziale Gruppen, etwa Privatunternehmer oder Arbeitslose bzw. dauerhaft Unterbeschäftigte. Für andere Gruppen ändert sich das soziale Umfeld und dessen Wahrnehmung durch Urbanisierung, verstärkte Außenkontakte und neue Arbeitsbeziehungen wie Lohnarbeit oder Individualgewerbe.

Von diesem sozialen Wandel, der hier aufgrund der gebotenen Kürze nicht im einzelnen analysiert werden kann, sind Auswirkungen auf das Ausmaß und die Formen politischer Partizipation der chinesischen Landbevölkerung zu vermuten.² Politische Partizipation wird dabei verstanden

¹ Vgl. Björn Alpermann: Der Staat im Dorf. Dörfliche Selbstverwaltung im China der 90er Jahre? Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität zu Köln, Dezember 1998.

² Vgl. Lu Ji: „Zhengzhi canyu de dongji yu zhang'ai ji xiangguan de shichang yinsu fenxi“ (Analyse der Motivation und Hindernisse politischer Partizipation sowie der diesbezüglichen Einflüsse des Marktes), *Hebei Xuekan*, 1994/5, S.42-45.

als eine freiwillige Aktivität eines privaten Bürgers, die darauf abzielt, Formulierung oder Umsetzung von Politik zu beeinflussen.³

Leitfragen

- Welche Formen politischer Partizipation gibt es gegenwärtig im ländlichen China? Entstanden neue Beteiligungsformen?
- Nahm das Ausmaß politischer Partizipation zu?
- In welchem Zusammenhang steht der fortschreitende soziale Wandel zu diesen Veränderungen?

Theoretischer Rahmen

Von westlichen Chinaforschern wurden bisher vor allem zwei Aspekte einer im Verlauf der Reformen gesteigerten politischen Partizipation in den Vordergrund gerückt: die Einwirkung bestimmter Gruppen auf Entscheidungsprozesse über gesellschaftliche Organisationen, insbesondere Unternehmervverbände, und die Einführung direkter Wahlen auf Dorfebene. Der erste Aspekt ist mit der Diskussion um die Entstehung einer *Civil Society* bzw. einer chinesischen Form des Korporatismus verbunden; der zweite mit der Debatte um einen „Demokratisierungsprozeß von unten“.

Die Hypothese der Vertreter des *Civil Society*-Ansatzes lautet, daß durch die Entwicklung hin zur Marktwirtschaft ein organisierter Raum zwischen Staat und Gesellschaft entsteht, welcher letzterer größere Autonomie gegenüber dem Staat, und gesellschaftlichen Gruppen mehr Raum für die Artikulierung ihrer individuellen oder Gruppeninteressen verschafft.⁴ Vertreter des Korporatismus-Modells halten dagegen, der *Civil Society*-Ansatz überschätze den Grad der gesellschaftlichen Freiheit, die aufgrund intermediärer Organisationen, etwa Verbänden, entsteht. Vielmehr binde der Staat über diese Intermediäre die gesellschaftlichen Gruppen ein und zwingt ihnen seine Ziele auf.⁵ Vor diesem theoretischen Hintergrund stellt sich hier die Frage, ob der soziale Wandel im ländlichen China zur Entstehung und Organisation von aktiven Interessenvertretungen beigetragen hat.

In der Debatte um einen „Demokratisierungsprozeß von unten“, die sich an der Einführung der dörflichen Selbstverwaltung entzündete, lautet die zugrundeliegende Hypothese, daß die Praxis der Wahlen auf Dorfebene das Verhältnis zwischen Kader und Dorfbewohnern verändern und einen Druck zur Ausdehnung des demokratischen Verfahrens auf höhere Ebenen des politischen Systems schaffen wird.⁶ Hier ist nach dem Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und dem Entstehen neuer institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten durch die dörfliche Selbstverwaltung zu fragen.

³ Vgl. John P. Burns: *Political Participation in Rural China*, Berkley u.a. 1988, S.9ff.

⁴ Vgl. Gordon White: „Prospects for Civil Society in China: A Case Study of Xiaoshan City“, *Australian Journal of Chinese Affairs*, Nr.29 (Januar 1993), S.63-87, hier S.67f.

⁵ Vgl. Jonathan Unger und Anita Chan: „China, Corporatism and the East Asian Model“, *Australian Journal of Chinese Affairs*, Nr.33 (Januar 1995), S.29-53, hier S.39.

⁶ Vgl. Tyrene White: „Reforming the Countryside“, *Current History*, Bd.91, Nr.566 (September 1992), S. 273-277, hier S.277; Xu Wang: „Mutual Empowerment of State and Peasantry: Grassroots Democracy in Rural China“, *World Development*, Bd.25, Nr.9 (1997), S.1431-1442, hier S.1440; Jude Howell: „Prospects for Village Self-Governance in China“, *Journal of Peasant Studies*, Bd.25, Nr.3 (April 1998), S.86-111, hier S. 105.

Sozialer Wandel

Mit dem Beginn der Wirtschaftsreformen in China setzte ein Prozeß des Aufbrechens der „zellartigen“ Sozialstruktur auf dem Lande ein, die unter maoistischer Wirtschaftspolitik mit ihrer Betonung der Autarkie einzelner territorialer Einheiten entstanden war.⁷ Insbesondere ist hier die Zunahme der Kontakte ehemals geschlossener dörflicher Gemeinschaften durch Handel und Arbeitsmigration zu nennen.⁸ Zugleich entstand mit der Betonung der Ökonomie ein neues Kriterium zur Festlegung des sozialen Status: wirtschaftlicher Erfolg und Prosperität. Ein gesellschaftliches Schichtungskriterium der Mao-Ära, die offizielle Einteilung in Klassen, entfiel. Ein anderes jedoch, der Rang in der sozialistischen Bürokratie, blieb zumindest bestehen, so daß im Wesentlichen eine „duale Struktur der sozialen Stratifikation“⁹ entstand. Obwohl vor allem die nicht-staatlichen, dörflichen Kader an direkter Macht und Autorität verloren, ging dieser Prozeß keineswegs überall so weit, daß von einer völligen Autonomie der privaten Haushalte gesprochen werden könnte.¹⁰ Vielerorts bleibt die offizielle Funktion weiterhin ein statussteigerndes Element. In seiner Bedeutung wird es jedoch erheblich eingeschränkt durch das Kriterium der wirtschaftlichen Prosperität: Erfolgreiche Unternehmer wurden mit Unterstützung des Staates zu einer neuen lokalen Elite.¹¹

Allerdings – und dies kann kaum genug betont werden – ging ein wesentliches Merkmal der alten Gesellschaftsordnung vollkommen verloren: Die Mao-Ära war gekennzeichnet von einer bemerkenswerten Uniformität der Sozialstruktur in ganz China.¹² Industrialisierung auf dem Land und unterschiedlich steigende Einkommen veränderten nicht nur die lokale Differenzierung in soziale Strata, sondern verschärften die interregionalen Disparitäten. Während die ländliche Industrie in den Küstenprovinzen selektiv staatlich gefördert wurde, blieb ihre Entwicklung in den Binnenprovinzen zurück. Dieser Trend, der sich ab Mitte der 80er bis in die frühen 90er Jahre nachweisen läßt, ist für einen Großteil der heute bestehenden Einkommensunterschiede in China verantwortlich.¹³ Zugleich brachte er Unterschiede in den neu entstehenden Sozialstrukturen mit sich: hier das Entstehen einer neuen, reichen Unternehmerschicht, dort die Bildung einer hoffnungslos verarmten Unterschicht.¹⁴ Ein Konvergieren der Wirtschafts- und Sozialstrukturen der verschiedenen Regionen ist bisher nicht absehbar. Mithin kann keineswegs davon ausgegangen

⁷ Vgl. Vivienne Shue: *The Reach of the State. Sketches of the Chinese Body Politic*, Stanford 1988, S.130-137, 148f.

⁸ Vgl. Elisabeth Croll: *From Heaven to Earth. Images and Experiences of Development in China*, London, New York 1994, S.124ff.

⁹ Yunxiang Yan: „The Impact of Rural Reform on Economic and Social Stratification in a Chinese Village“, *Australian Journal of Chinese Affairs*, Nr.27 (Januar 1992), S.1-23, hier S.21.

¹⁰ Vgl. Croll (1994), a.a.O., S.116f.

¹¹ Mit Unternehmer bezeichne ich hier sowohl industrielle Privatunternehmer und Manager kollektiver Betriebe, als auch „spezialisierte Haushalte“ (*zhuan ye hu*) in der Landwirtschaft; vgl. Daniel Kelliher: „Privatisation and Politics in Rural China“, in: Gordon White (Hrsg.): *The Chinese State in the Era of Economic Reform. The Road to Crisis*, London u.a. 1991, S.318-341, insbes. S.319.

¹² Wohlgemerkt beziehe ich mich auf die Sozialstruktur, gemeint ist keineswegs eine egalitäre Gesellschaft. Im Gegenteil konservierte die staatliche Betonung des Klassenkriteriums die soziale Ungleichheit; vgl. Daniel Kelliher: *Peasant Power in China. The Era of Rural Reform, 1978-1989*, New Haven, London 1992, S.30f.

¹³ Vgl. Scott Rozelle: „Stagnation without Equity: Patterns of Growth and Inequality in China's Rural Economy“, *China Journal*, Nr.35 (Januar 1996), S.63-92, hier S.80ff.

¹⁴ Vgl. Jonathan Unger: „'Rich man, poor man': The Making of new Classes in the Chinese Countryside“, in: David S.G. Goodman und Beverley Hooper (Hrsg.): *China's Quiet Revolution. New Interactions between State and Society*, New York 1994, S.43-63, hier S.48-60.

werden, gesellschaftliche Transformationsprozesse, die in weiter entwickelten Gebieten bereits stattfinden, würden mit einer zeitlichen Verzögerung automatisch im ganzen Land vollzogen werden.

Politische Partizipation

Politische Partizipation kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Wichtige Unterscheidungskriterien sind: Grad der Formalität, Legalität, Regelmäßigkeit, Aufwand und Organisationsgrad. Zudem kann sie sich auf die Formulierung oder die Umsetzung von Politik beziehen. Burns stellt für die Ära der Volkskommunen fest, daß die chinesischen Bauern informelle Beteiligungsformen, etwa das Kontaktieren von Persönlichkeiten, die außerhalb der Dorfgemeinschaft stehen, bevorzugten. Mobilisierung während Kampagnen spielte eine große Rolle für Intensität und Formen der Partizipation.¹⁵ Obwohl die politische Führung Chinas im Reformprozeß versuchte, die Beteiligung der Landbevölkerung stärker zu institutionalisieren, nahm das Ausmaß gewaltsamen Widerstands gegen die Umsetzung bestimmter unbeliebter Politikmaßnahmen, wie Steuererhebung und Geburtenplanung, in den 80er Jahren sprunghaft zu.¹⁶ Auch große, oft gewaltsame Demonstrationen, wie Anfang dieses Jahres in Hunan, kamen immer wieder vor.¹⁷ Gewaltfreie informelle Einflußnahme, etwa durch Bestechung, hat ohne Frage ebenfalls zugenommen, obwohl dies verständlicherweise kaum quantitativ zu erfassen ist.¹⁸ Der Einfluß solcher Akte der politischen Einflußnahme darf nicht unterschätzt werden, auch wenn es sich um informelle, spontane oder im Einzelfall unwirksame Aktionen handelt.¹⁹ In ihrer Summe können sie zu erheblichen Änderungen der Politikumsetzung führen.²⁰

All dies scheint auf ein höheres Ausmaß der Partizipation bei gleichbleibender Wahl der Mittel hinzudeuten,²¹ doch sind die Reformen keineswegs ohne Auswirkungen auf die Formen der politischen Beteiligung geblieben: Die zunehmende Verrechtlichung ermöglicht beispielsweise, daß sich die chinesischen Bürger mittels Verwaltungsklagen und -widersprüchen gegen Behördenwillkür wehren können, was zunehmend auch von der Landbevölkerung in Anspruch genommen wird.²² Hier sollen nun aber exemplarisch die beiden oben genannten Aspekte, Interessenvertretungen und Dorfwahlen, im Vordergrund stehen.

¹⁵ Vgl. Burns (1988), a.a.O., S.176-184.

¹⁶ Vgl. Dali L. Yang: *Calamity and Reform in China. State, Rural Society and Institutional Change Since the Great Leap Famine*, Stanford 1996, S.195.

¹⁷ Vgl. Erik Eckholm: „In China, Protests by Farmers Provoke a Violent Response“, *International Herald Tribune*, 2. Februar 1999, S.1,4. Beispielsweise soll es 1997 nach offiziellen Angaben „mehr als 10.000 Zwischenfälle“ auf dem Land gegeben haben; vgl. Siegfried Thielbeer: „Immer mehr Demonstrationen und Anschläge in China“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.1.99, S.8.

¹⁸ Vgl. Cheng Tongshu: „Dangqian Zhongguo nongmin de zhengzhi canyu“ (Die gegenwärtige politische Partizipation der chinesischen Bauern), *Zhongguo Nongmin*, 1996/3, S.16-21, hier S.17.

¹⁹ Vgl. Lianjiang Li und Kevin O'Brien: „Villagers and Popular Resistance in Contemporary China“, *Modern China*, Bd.22, Nr.1 (Januar 1996), S.28-61, hier S.38f. Sie betonen, daß gewaltsame Aktionen häufig zum Scheitern verurteilt sind, weil sie Gegengewalt provozieren und selten die Unterstützung anderer Dorfbewohner gewinnen.

²⁰ Vgl. Susan Greenhalgh: „The Peasantization of the One-Child Policy in Shaanxi“, in: Deborah Davis und Stevan Harrell (Hrsg.): *Chinese Families in the Post-Mao Era*, Berkley u.a. 1993.

²¹ Auch gewalttätige Aktionen hatte es schon zuvor gegeben; vgl. Elizabeth Perry: „Rural Violence in Socialist China“, *China Quarterly*, Nr.103 (September 1985), S.414-440.

²² Vgl. Cheng (1996), a.a.O., S.18f.

Interessenvertretungen

Von der Fülle der auf dem Land entstandenen, unterschiedlichsten „gesellschaftlichen Vereinigungen“ (*shehui tuanti*) stießen vor allem die Verbände für private Unternehmer auf westliches Forschungsinteresse, da von ihnen der deutlichste Drang und die Befähigung zu politischer Einflußnahme erwartet wurden. Mittlerweile belegt jedoch eine ganze Reihe von Studien, daß diese – oft auf staatliche Initiative hin gegründeten – Verbände kaum Anlaß geben, vom Entstehen einer *Civil Society* zu sprechen.²³ Allerdings darf aus der staatlichen Dominanz nicht auf die völlige Unwirksamkeit der Vereinigungen geschlossen werden: Vielmehr besitzen sie einen doppelten Charakter, agieren sowohl als Element des staatlichen Korporatismus wie auch als Interessenvertretung. Letzteres geschieht allerdings vielfach nicht über offenen politischen Druck, sondern gerade durch die Verwebung mit Staat und Partei, die deren Dominanz sichern soll.²⁴ Diese Verwebungen sind jedoch nicht auf die Verbände beschränkt, sondern es hat zumindest in den weiter entwickelten Regionen eine Vermischung der sozialen Gruppen Kader und Unternehmer stattgefunden.²⁵ Es kann somit durchaus davon gesprochen werden, daß sozialer Wandel die politische Partizipation zumindest in ihrem Ausmaß veränderte. Ob damit auch ein qualitativer Wandel einherging, ist allerdings aufgrund der offensichtlich klientelistischen Art²⁶ der Interessenvermittlung über Unternehmervverbände fraglich.²⁷

Dörfliche Selbstverwaltung

Mit dem „Gesetz über die Organisation von Dorfbewohnerkomitees“ (DBK), das 1988 in Kraft trat, wurde das System der dörflichen Selbstverwaltung institutionalisiert. Entscheidend hieran ist, daß die Dorfbewohner gesetzlich festgelegte Bereiche durch ein von ihnen direkt gewähltes Organ, das DBK, eigenverantwortlich regeln und verwalten können. Zugleich wurde auch die Durchführung staatlicher Auftragsangelegenheiten durch die Dorfverwaltung Gegenstand der Kontrolle durch Dorfbewohner. *Wahlen* und *Verwaltungsaufsicht* bilden somit zwei bedeutende, von Seiten der Zentralregierung eingeführte, neue Formen der politischen Partizipation. Dies gilt, wenngleich unbestritten ist, daß das Selbstverwaltungssystem bisher nur in Modellgebieten in dieser idealen Form umgesetzt wurde und anderenorts Eingriffe durch Gemeinde und dörfliche Parteikomitees die Regel sind: Aufgrund der gewaltigen interregionalen Unterschiede kann jede Aussage über Partizipationsformen nur räumlich sehr begrenzten Gültigkeitsanspruch erheben. Dagegen ist in neueren Studien nachgewiesen worden, daß Dorfwahlen auch bei nur begrenzter Konkurrenz eine wirksame Partizipationsform sind und auf großes Interesse der Landbevölkerung stoßen.²⁸ Ebenso gingen mit dem Aufsichtsrecht der Dorfbewohner eine größere Transparenz der lokalen Verwaltung und gesteigerte Beteiligung daran einher.²⁹

²³ Vgl. Gordon White (1993), a.a.O., S.86.

²⁴ Vgl. Thomas Heberer und Wolfgang Taubmann: *Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch. Urbanisierung und sozio-ökonomischer Wandel auf dem Lande*, Opladen 1998, S.383-396.

²⁵ Vgl. neben anderen Ole Odgaard: „Entrepreneurs and Elite Formation in Rural China“, *Australian Journal of Chinese Affairs*, Nr.28 (Juli 1992), S.89-108; Unger (1994), a.a.O., S.56-60.

²⁶ Vgl. David Wank: „Private Business, Bureaucracy, and Political Alliance in a Chinese City“, *Australian Journal of Chinese Affairs*, Nr.33 (Januar 1995), S.55-71, hier S.69f; und zum Klientelismus in der Mao-Ära Jean Oi: *State and Peasant in Contemporary China. The Political Economy of Village Government*, Berkley u.a. 1989, insbes. S.131-154.

²⁷ In dieser Hinsicht erscheinen einige Vereinigungen, die eine Überwachung der Regierungstätigkeit, insbesondere des Finanzgebahrens, zum Ziel haben, mehr zu versprechen. Allerdings sind die hierüber vorliegenden Informationen sehr begrenzt. Vgl. Heberer/Taubmann (1998), a.a.O., S.402.

Wie aber hängen sozialer Wandel und die Einführung der Selbstverwaltung zusammen? Die soziale Mobilisierung brachte zunächst die oben beschriebene Zunahme nicht-institutionalisierter politischer Ausdrucksformen mit sich, die sich im Zusammenspiel mit dem Kontrollverlust über lokale Kader aus Sicht der politischen Führung zu einer Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität auswuchs. Dieser Trend sollte durch die Selbstverwaltung umgekehrt werden, indem die Kontrollfunktion zum Teil an die Dorfbewohner übertragen wurde.³⁰ Der gesellschaftliche Transformationsprozeß führte so *mittelbar* – im Wechselspiel von gesellschaftlicher Mobilisierung und Initiative der zentralen Führung – zu einer gesteigerten, institutionalisierten Partizipation.

Ob dies ein *notwendiges* Ergebnis darstellt, muß jedoch bezweifelt werden. Innerhalb der politischen Führung herrscht eine so große Uneinigkeit über diesen Weg, die erneut bei der Verabschiedung der revidierten Fassung des DBK-Organisationsgesetzes im November letzten Jahres offen zu Tage trat,³¹ daß die Möglichkeit einer anderen Entwicklung nicht von der Hand zu weisen ist. Angesichts dieser Tatsache ist auch eine Ausdehnung direkter, kompetitiver Wahlen auf die Gemeindeebene keineswegs als logische Folge der dörflichen Selbstverwaltung zu postulieren, obwohl die Diskussion darüber auch in China eröffnet ist³² und ein erster Versuch in diese Richtung auch ohne vorherige Billigung der Zentrale bereits stattgefunden hat.³³

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der soziale Wandel ein gesteigertes Ausmaß und ein komplexes Bild der politischen Partizipation geschaffen hat, in dem sowohl die vertrauten informellen Kanäle als auch neue Institutionen ihren Platz haben. Das Bild einer passiven, unpolitischen Landbevölkerung, wie es vor allem in chinesischen Medien gerne gezeichnet wird,³⁴ muß daher revidiert werden: Vieles spricht für das Aufkommen einer aktiveren, strategischen Partizipation der chinesischen Landbevölkerung.³⁵ Von diesem Befund ausgehend die *Zwangs-*

²⁸ Vgl. Melanie Manion: „The Electoral Connection in the Chinese Countryside“, *American Political Science Review*, Bd.90, Nr.4 (Dezember 1996), S.736-748; M. Kent Jennings: „Political Participation in the Chinese Countryside“, *American Political Science Review*, Bd.91, Nr.2 (Juni 1997), S.361-372, hier S.366.

²⁹ Vgl. Xu Huangqin: „Laolao zhuzhu nongcun gongzuo de ‘niubizi’“ (In der Arbeit auf den Dörfern „den Stier fest an den Hörnern packen“), *Difang Renda Jianshe*, 1997/2, S.31.

³⁰ Vgl. etwa Cao Guoying: „Lun cunmin zizhi dui nongcun dang zuzhi jianshe de cujin zuoyong“ (Über die fördernde Wirkung der dörflichen Selbstverwaltung auf den Aufbau der ländlichen Parteioorganisationen), *Zhongguo Minzheng*, 1997/6, S.7-9; und ausführlich: Alpermann (1998) a.a.O., insbes. S.80f.

³¹ Vgl. die Berichterstattung in British Broadcasting Company: *Summary of World Broadcast; Daily Reports*, Teil 3/G (Asien-Pazifik/China) vom 30.10.98, S.9-10 und 2.11.98, S.9-10.

³² Vgl. Wang Yalin: „Nongcun jiceng de quanli jigou ji qi yunxing jizhi“ (Die Autoritätsstrukturen der ländlichen Basis und ihre Funktionsmechanismen), *Zhongguo Shehui Kexue*, 1998/5, S.37-51, hier S.51; Gunter Schubert: „Auf dem Weg in eine liberale Ära? Zum gegenwärtigen Stand der innerchinesischen Debatte über politische Reformen und Demokratisierung“, *KAS-Auslandsinformationen*, 1999/2, S.4-22, hier S.16.

³³ Vgl. o.V.: „Democracy for Chinese“, *International Herald Tribune*, 2.2.99; Vivien P. Chan: „Beijing indicates recognition of landmark township election“, *South China Morning Post* (Internet Edition), 1.3.99.

³⁴ Vgl. etwa Miao Helin: „Nongcun jingshen wenming jianshe zhong zai yindao he jiaoyu nongmin“ (Der Schwerpunkt des Aufbaus einer geistigen Zivilisation liegt auf der Anleitung und Erziehung der Bauern), *Xuexi Yanjiu Cankao*, 1997/6, S.44-46, hier S.44; und Yang Long: „Zhongguo nongmin de zhengzhi diwei he canzheng huodong“ (Der politische Status der chinesischen Bauern und ihre politischen Beteiligungsaktivitäten), *Zhongguo Nongcun Guan*, 1997/5, S.19-23, insbes. S.22f.

³⁵ Vgl. Jennings (1997), a.a.O., S.370; Li/O'Brien (1996), a.a.O., S.55; Yali Peng: „Democracy and Chinese Political Discourses“, *Modern China*, Bd.24, Nr.4 (Oktober 1998), S.408-444, hier S.435, 441.

läufigkeit einer „Demokratisierung von unten“ zu postulieren, hieße jedoch, die chinesischen Realitäten über Gebühr zu vereinfachen.

Zum Autor

Björn Alpermann, Diplom Regionalwissenschaftler/ China; ab September 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Moderne China-Studien der Universität zu Köln, Bereich Neuere Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas.

Uta Wickleder

Zur Entwicklung der Einkommensstrukturen in der VR China

Einleitung

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 hat sich in der VR China viel getan. Die Einnahmen des Staates, das Bruttosozialprodukt und das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung haben sich mehr als verdoppelt. Die chinesische Wirtschaft ist eine der sich am schnellsten entwickelnden Ökonomien der Welt.

Ausgegangen bin ich von der Überlegung, daß sich die Auswirkungen der neuen Balance zwischen zentraler staatlicher Planung und gewachsener Entscheidungsfreiheit an der Basis sowie der vorgenommenen strukturellen Veränderungen, wie beispielsweise die Entwicklung des innerchinesischen Marktes durch die Ausdehnung des Marktmechanismus, die Schaffung von gesetzlichen Regelungen für die Übernahme von Betrieben oder die Einführung des Aktiensystems etc., deutlich in der Einkommensentwicklung und in den damit verbundenen Veränderungen, zum Beispiel im Konsumverhalten, niedergeschlagen haben.

Grundlage dieser Seminararbeit war eine Auswertung verschiedener europäischer und chinesischer Studien, die sich mit der Einkommensproblematik befassen.

Die Auswertung gestaltete sich mitunter schwierig – nicht weil es an Material gemangelt hätte, im Gegenteil, dieses war im Überfluß vorhanden, sondern weil die inhaltlichen Punkte der verschiedenen Studien nicht übereinstimmten. Zum einen betraf dies die Auswahl und Anzahl der in diesen Studien untersuchten Haushalte, zum anderen mußte ich feststellen, daß jede Untersuchung von einer anderen Definition ausging, was denn nun eigentlich zum Einkommen gehört. So geht das State Statistical Bureau (SSB) vom reinen Einkommen, also Produktionsaktivitäten, Lohnarbeit etc. aus. Somit liegen die Einkommenszahlen, die in dortigen Veröffentlichungen aufgeführt sind, zum Teil weit unter den anderen Untersuchungen, da diese oftmals das sogenannte "graue Einkommen", das sich unter anderem aus Subventionierungen, Nettotransfer vom Staat oder Kollektiv, Mieteinnahmen etc. zusammensetzt, einbeziehen.³⁶ Aber auch hier tauchte die Schwierigkeit auf, daß es keine einheitliche Definition des „grauen“ Einkommens gab. Was also in der einen Studie einbezogen wurde, ließ die nächste außer acht.

Ich habe mich daher entschlossen, vom Vergleich harter Zahlen abzugehen, da diese austauschbar waren und sehr differierten. So habe ich also Tendenzen miteinander verglichen, denn diese waren trotz unterschiedlicher Zahlen deutlich ablesbar.

In meiner Seminararbeit habe ich folgende Fragen näher untersucht:

- Wie haben sich das ländliche und das städtische Einkommen seit Beginn der Reformen entwickelt und wie sieht seine Verteilung aus? Wurde die Annäherung, die bis 1978 stattfand, fortgesetzt oder driftet die Einkommensschere weiter auseinander als je zuvor?
- Was passiert mit den Teilen der Bevölkerung, die mit den rasanten wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen nicht Schritt halten können?

³⁶ A.R.Khan / C. Riskin (1992), "Household Income and its Distribution in China", *The China Quarterly*, 32, 1992, S.1029-1061; Liu Xiayang (1998) "Zhongguo jumin jiating shouru toushi" (Eine Betrachtung des Haushaltseinkommens in China), *Jingji Cankaobao*, 4, 1998. Vgl. auch: Yang Yiyong (1997), *Dangdai Zhongguo de shouru fenpei wenti* (Die Frage der Einkommensverteilung im heutigen China), Beijing.

- Mich interessierten aber nicht nur Fragen zum Einkommen und seiner Verteilung an sich, sondern auch, wie sich diese Entwicklung auf den sozialen Bereich auswirkt. Welchen Einfluß hat der Bildungsgrad auf die berufliche Entwicklung und das damit verbundene Einkommen? Welche Probleme ergeben sich hier langfristig, wenn man bedenkt, daß längst nicht mehr alle Eltern ihre Kinder zur Schule schicken können oder wollen?

2. Tendenzen und Entwicklungen in der Einkommensentwicklung

Die Durchsetzung von Reformen ging tastend und nicht immer einheitlich voran, was bedingt war durch Meinungsverschiedenheiten in der Regierung selbst, durch spontane Veränderungen aus der Not heraus im ländlichen Bereich, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen in den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren. So führten die spontanen Wandlungsprozesse, die von unten passierten,³⁷ sowie die Tatsache, daß die Landwirtschaft in China noch nie eine Lobby hatte, dazu, daß sich hier wesentlich schnellere und radikalere Reformen durchführen ließen als dies in anderen Bereichen der Fall gewesen wäre. Die Reformen im landwirtschaftlichen Sektor griffen sehr schnell, was zunächst zu einer drastischen Verringerung des Stadt-Land-Unterschiedes im Einkommen führte. Lag der Unterschied 1978 noch bei 3,14:1, verringerte er sich bis 1985 auf 1,89:1.³⁸ Ab 1985 griffen aber dann auch die Reformen in der Stadt, die ja hier zum Teil erst später begonnen wurden. Konnte man also von 1978-1985 von einer Angleichung der Einkommen sprechen, ging ab dann die Einkommensschere immer weiter auseinander. Seit Beginn der 90er Jahre gibt es sicher wieder eine leichte Tendenz zur Angleichung, da seit diesem Zeitpunkt Reformen angelaufen sind mit dem Ziel, die Subventionierung der Stadtbevölkerung zu verringern. Nur ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Zwar hat sich das monetäre Gehalt inzwischen durchgesetzt, aber noch sind Vergünstigungen, von denen die Stadtbevölkerung profitiert, wie medizinische Versorgung, Miet- oder Verkehrssubventionen, nicht in so starkem Maße verringert worden. Zur Veranschaulichung: In einer Studie wurde eine jährliche Pro-Kopf-Subventionsrate der Stadtbevölkerung von 81,9 Yuan errechnet, die der Subventionsrate der Landbevölkerung von gerade mal 5,5 Yuan gegenübersteht.³⁹

3. Die Verteilung des Einkommens

Bis heute stieg das Einkommen in den ländlichen Gebieten stark an und damit ist auch ein Anstieg der sozialen Ungleichheit verbunden.⁴⁰ Erkennbar wird dies, wenn man den Anstieg des Gini-Koeffizienten beim Einkommen vergleicht. Lag dieser für 1988 noch bei 0,338, so erhöhte er sich im Jahre 1995 auf 0,416 und rangiert damit, verglichen mit anderen Entwicklungsländern Asiens, mit an vorderer Stelle. Interessanterweise lag der Gini-Koeffizient beim städtischen Einkommen weder 1988 noch 1995 so hoch. Zwar stieg er hier auch von 0,23 auf 0,33,⁴¹ aber er erreichte nicht die Ausmaße wie im ländlichen Bereich. Die bedeutet nicht nur, daß sich die soziale Kluft zwischen Stadt und Land vertieft hat, sondern auch, daß die Kluft zwischen den einzelnen Schichten der ländlichen Bevölkerung wesentlich höher als in der Stadt ist. Die Stadt-Land-Ungleichheit war ja schon früher bekannt, aber die einzelnen Bereiche untereinander waren doch recht homogen, und nun ist diese Homogenität aufgebrochen worden und ein hohes Maß an so-

³⁷ T. Heberer / W. Taubmann (1998), *Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch: Urbanisierung und sozio-ökonomischer Wandel auf dem Lande*, Opladen.

³⁸ *China News Analysis*, 1624, 1998.

³⁹ Yu Lianzhong (1997), „Cheng-xiang jumin huobi shouzhì chāyì jīqī biànhuà“ (Unterschiede und Veränderungen im Einkommen der Stadt- und Landbevölkerung), *Jingji Cankaobao*, 4, 1997.

⁴⁰ T. McKinley (1996), *The Distribution of Wealth in Rural China*, New York.

⁴¹ A.R. Khan / C. Riskin (1998), "Income and Inequality in China", *The China Quarterly*, 154, 1998, S.221-253.

zialer Ungleichheit ist an ihre Stelle getreten. Doch woran liegt das? Das Einkommen aus Produktionsaktivitäten bildet immer noch den Hauptteil am Einkommen, aber es machen sich hier deutliche Veränderungen bemerkbar, denn das Lohneinkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Aktivitäten spielt eine immer größere Rolle. Die ländliche Industrie fängt in zunehmendem Maße die Überbeschäftigung aus der Landwirtschaft auf, zudem werden hier neue berufliche Möglichkeiten mit größeren Verdienstaussichten gesehen, so daß viele Leute, sofern sie die Möglichkeit haben, aus der Landwirtschaft abwandern. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß das Lohneinkommen und die Arbeit in der ländlichen Industrie ein bedeutender Grund für die soziale Ungleichheit auf dem Land ist; zum einen, weil die Arbeit im nichtagrarisches Bereich mehr einbringt, und zum anderen, weil die Arbeit auf diesem Sektor nicht für jeden zugänglich ist.⁴² So fanden Khan und Riskin in ihrer Studie heraus, daß die Armen und die Reichen auf dem Lande unterschiedliche Einkommensquellen haben. Die Quellen für die Reichen seien Lohnarbeit oder andere nichtagrarisches Aktivitäten, während der ärmere Teil hauptsächlich im agrarischen Sektor tätig sei.⁴³

Bei der Einkommensverteilung in der Stadt kann man sagen, daß hier der Lohn den größten Anteil am Familieneinkommen ausmacht, gefolgt vom Einkommen von Familienmitgliedern, die bereits in Rente sind. Auch hier bin ich der Meinung, daß das Lohneinkommen der Grund für die soziale Ungleichheit in der Stadt ist. Anders als auf dem Land allerdings, wo ja der Zugang zur Lohnarbeit entscheidend war. In der Stadt ist der Zugang zu Lohnarbeit wesentlich unproblematischer, hier differieren die Löhne allerdings so stark, daß sie die Quelle der Ungleichheit sind. Die Löhne in den einzelnen Branchen entwickeln sich sehr unterschiedlich, sie gingen in der städtischen Industrie zurück, stiegen dagegen im Dienstleistungssektor stark an. Aber selbst im gleichen Berufsfeld unterscheiden sich die Löhne und Gehälter teilweise stark.⁴⁴

Einig sind sich also sämtliche Untersuchungen, daß sich die soziale Ungleichheit sowohl auf dem Land als auch in der Stadt verschärft haben. Der Gini-Koeffizient für 1995 für ganz China liegt bei 0,452 und ist damit höher als der von Indien, Pakistan und Indonesien.

Damit komme ich zu Leitfrage 2 meiner Arbeit. Was passiert mit denen, die nicht in der Lage sind, mit dieser rasanten Entwicklung Schritt zu halten? Welche Auffangsysteme sind hier geschaffen worden?

Ab 1.1.1995 trat das neue Arbeitsrecht der VR China in Kraft. Dieses Gesetz ist als Meilenstein zu betrachten, der Arbeitern und Angestellten mehr Rechte im Lohn- und Beschäftigungsbereich gibt. Besonders wichtig ist hier die Einrichtung eines Mindestlohnsystems. Auf seinen genauen Aufbau einzugehen, ist im Rahmen dieses Vortrags nicht möglich. Das Gesetz gilt für alle Unternehmen und Betriebe, gleichgültig welcher Eigentumsform, staatliche Organe und andere Institutionen. Allerdings gilt es nicht für ländliche Betriebe; hier legt die lokale Administration die Mindestlöhne entsprechend der Situation in den einzelnen Provinzen fest.⁴⁵ Das Gesetz legt die Höhe, Auszahlungszeiten und Strafen fest, sollten diese Bestimmungen nicht eingehalten werden. Problematisch sind hier nur die vielen maroden Staatsbetriebe, die oftmals so in den roten Zahlen stecken, daß ihnen die Banken gar keine Kredite mehr geben, und die somit gar nicht in der Lage sind, dieses Gesetz auch umzusetzen.

⁴² T. Heberer / W. Taubmann (1998), a.a.O.

⁴³ Khan, A.R./ C.Riskin (1998), "Income and Inequality in China".

⁴⁴ *China Development Briefing*, 8, 1997, vgl. auch: *China News Analysis* (versch. Ausgaben 1995-1999).

⁴⁵ *China News Analysis*, 1624, 1998.

Ein weiterer Versuch, die Leute aufzufangen, die durch die Maschen der wirtschaftlichen Entwicklung fallen, sind die Programme der Regierung zur Arbeitsbeschaffung. In diesem Rahmen ist es gelungen, einen Teil der Erwerbslosen, nämlich 8,1%⁴⁶, wieder in regulären Arbeitsverhältnissen unterzubringen. Aber auch hier spielen die unterschiedlichen regionalen Entwicklungen eine große Rolle. Logischerweise wird es in wirtschaftlich rückständigen Gebieten schwierig sein, einen neuen Job zu finden oder den Arbeitskräfteüberschuß in bestimmten Bereichen abzubauen. Allein auf den Dörfern geht man von einem Arbeitskräfteüberschuß von 120 Millionen aus. Auch in den Städten wird die Arbeit immer knapper. Jedes Jahr drängen schätzungsweise 10 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, treffen dabei aber schon jetzt auf 15 Millionen überschüssige Arbeitskräfte. Man geht davon aus, daß maximal 3 Millionen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen langfristig untergebracht werden können.

Der Aufbau eines Sozialversicherungssystems wurde seit den 80er Jahren in Angriff genommen, steckt aber immer noch in den Kinderschuhen. So lagen 1994 die Ausgaben der Versicherungen bei nur 4% des Bruttoinlandproduktes. Von 1987-1994 stellte die Regierung 8,3 Mrd. Yuan zur Verfügung. Aber angesichts der Arbeitslosenzahlen ist dies wohl eher ein Tropfen auf den heißen Stein.⁴⁷

Wie zu erwarten, hat das Bildungsniveau inzwischen einen deutlichen Einfluß auf das Einkommen. Man kann sagen, daß sich das Einkommen mit dem Bildungsniveau erhöht, und je niedriger das Bildungsniveau ist, um so geringer ist das Einkommen. Problematisch ist an diesem Punkt nur, daß das untere Einkommensniveau eben wirklich so gering ist, daß es gerade für das Nötigste reicht. Zudem setzen sich die Einkommensunterschiede vielfach in der nächsten Generation fort. So stellten einige Untersuchungen fest, daß Familien mit geringem Einkommen es sich oft nicht mehr leisten können, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Oftmals erscheint es gerade in ländlichen Gebieten notwendig, die Kinder mitarbeiten zu lassen, um das geringe Familieneinkommen aufzubessern. Der Weg in eine bessere Zukunft wird diesen Kindern versperrt.⁴⁸

4. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Reformen ein Weg aus der Stagnation der Wirtschaft und aus den Versorgungsengpässen war. Man kann ohne Zweifel viele Reformgewinner erkennen, die den Weg in die neue Zukunft gut haben meistern können. Aber bei all dem darf nicht übersehen werden, daß Einkommensunterschiede und mit ihnen die soziale Ungerechtigkeit stark angestiegen sind. Die einseitige Konzentration auf die wirtschaftliche Seite der Entwicklung kann leicht zu einer Risikogesellschaft, einem sozialen Pulverfaß führen.

Zu den Fragen, die sich aus dieser Arbeit ergeben, gehören folgende:

- Welche Möglichkeiten bestehen für China, der steigenden Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, Herr zu werden?
- Sollte der Arbeitsmarkt frei sein oder reglementiert werden?
- Wie steht es mit den Versuchen der Dezentralisierung der Wirtschaft, dem Aufbau von Industrie in sozial schwachen Regionen, um eine zu große Abwanderung in die Städte zu verhindern?

⁴⁶ Xiao Wentao (1997), "Wo guo shehui zhuan xingqi de chengshi pinkun wenti yanjiu" (Untersuchung des städtischen Armutsproblems in unserer Gesellschaft), *Shehuixue Yanjiu*, 5, 1997.

⁴⁷ Ebenda; vgl. auch Chu Yugang / Mei Zhensheng (1994), *Shehui fenpei xiang he chuqu* (Die Entwicklungstendenzen der gesellschaftlichen Distribution), Hebei.

⁴⁸ Liu Xiayang (1996), a.a.O.; vgl. hierzu auch Chu Yugang / Mei Zhensheng (1994), a.a.O.

- Was wird noch getan, um die Arbeitslosenzahlen zu senken? Werden neue bzw. alte Rollenbilder für Mann und Frau entwickelt, um die Frauen aus dem Arbeitsprozeß zu nehmen, oder haben eher Frauen die besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, weil sie die billigeren Arbeitskräfte sind?

Zur Autorin:

Uta Wickleder, geb. 1974, Studiengang Kommunikations- und Medienwissenschaften und Sinologie an der Universität Leipzig, Schwerpunkt: Public Relations. Magisterarbeit: Risikokommunikation in der Ernährungsindustrie. Eine Untersuchung am Beispiel der Gentechnik. Studien- und Praktikumsaufenthalt in Shanghai von 09.1996-12.1997; Praktika u.a.: IBS Advertisement Service Shanghai; Leica Optics Ltd. Shanghai.

Claudia Wüllner

Land-Stadt-Migration in der VR China

Abstract

Land-Stadt-Migration innerhalb der VR China ist ein Phänomen, das sich seit Anfang der 80er Jahre zeigt und in den 90er Jahren seinen bisherigen Höhepunkt hatte. Die magische Zahl von 100 Millionen Menschen wird genannt um zu beziffern, wie viele ihren Heimatort verlassen haben und sich auf dem Weg in andere Orte befinden. Bis zu Beginn der 80er Jahre war es den Bauern nicht gestattet, in die Städte abzuwandern. Erst im Zuge der Modernisierung und der Reformen wurden die Mobilitätsbarrieren aufgehoben bzw. vermindert. Die Reformen auf dem Land führten zu einem immer stärker ansteigenden Potential an überschüssigen Arbeitskräften, die auf der Suche nach Arbeit fortzogen. Neben den landwirtschaftlichen Reformen müssen die starken Einkommensdisparitäten als Hauptursache für die Migration gesehen werden. Junge Menschen gehen in der Erwartung, ein höheres Einkommen zu erzielen, in die Städte. Die Städte erfahren sowohl positive wie auch negative Konsequenzen durch die Migranten. Auf der einen Seite ist dank der Migranten das Angebot, das sich auf den täglichen Märkten der Städte zeigt, sehr reichhaltig geworden, und viele Arbeiten – wie z.B. die meisten Neubauten – konnten verrichtet werden. Andererseits bedeuten die Migranten eine Belastung für die Städte, was sich in verschiedenen Bereichen wie der Infrastruktur, dem Wohnungsmarkt und zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Aufgrund eines komplexen Verwaltungsprozederes, das die Migranten durchlaufen müssen, und verschiedener Einschränkungen – u.a. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt – werden die Migranten in den Städten stark diskriminiert.

Die Regierung sieht sich aufgrund der Land-Stadt-Migration verschiedenen Zielkonflikten gegenüber. Auf der einen Seite will man einen freien Wettbewerb auf den Märkten etablieren, andererseits ist man jedoch gezwungen, zum Schutz der städtischen Bevölkerung, die nicht bereit ist, ihre Privilegien aufzugeben, dirigistische Maßnahmen zu ergreifen.

1 Einführung

Der folgende Beitrag wurde speziell für diese Tagung erstellt. Angelehnt ist er an ein derzeit laufendes Forschungsprojekt an der Fakultät für Ostasienwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum zum Thema "Anomische Strukturen sozialen Wandels in der VR China. Migranten und Migrantensiedlungen in chinesischen Großstädten" unter Leitung von Frau Dr. Bettina Gransow. Das im November 1998 gestartete Projekt ist ein Kooperationsprojekt mit der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und wird von der DFG finanziert.

Hier soll ein kurzer Überblick über die Migration in der VR China mit Schwerpunkt auf die gegenwärtige Arbeitsmigration gegeben werden. Zu betonen ist, daß sich diese Betrachtung ausschließlich auf die Großstädte bezieht. Der immer noch stark ausgeprägte Dualismus von Stadt und Land in der VR China läßt keine Schlußfolgerungen von der städtischen Entwicklung auf den ländlichen Raum zu.

Land-Stadt-Migration⁴⁹ zeigt sich auf der Makroebene als Folge des sozialen Wandels eines Landes. Bedingt durch Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung wirken Migrationsprozesse

⁴⁹ Unter dem Begriff Migranten werden hier die Personen gefaßt, die ihren Heimatort verlassen, dabei aber nicht ihren offiziellen Wohnsitz wechseln, da sie i.d.R. nach einer gewissen Zeit zurückkehren. Dieses sind die Personen, die im Chinesischen mit dem Begriff "Wanderbevölkerung" (*liudong renkou*) umschrieben werden.

und die damit verbundene Urbanisierung zugleich fördernd und hemmend auf die weitere nationale soziale und ökonomische Entwicklung.

Derzeit geht man für die VR China, wo rund 70% der Bevölkerung auf dem Land lebt, von einer kontinuierlichen Binnenmigration von über 100 Mio. Menschen aus. Man ist bei diesen Zahlen auf Schätzungen angewiesen, da keine quantitativ exakten Daten vorliegen.

Diese sogenannte Wanderbevölkerung beinhaltet nicht nur Arbeitsmigranten, sondern auch Personen, die sich aus verschiedenen nicht-wirtschaftlichen Gründen in den Städten aufhalten. Im folgenden stehen jedoch die Arbeitsmigranten in den großen Städten im Vordergrund der Betrachtung. Diese ökonomisch motivierten Migranten machen durchschnittlich gut 75% der Wanderbevölkerung aus, wobei diese Zahl in den einzelnen Städten differiert.

Als wesentliche Kennzeichen der Land-Stadt-Migration in der VR China lassen sich folgende Punkte festhalten:

- Der Strom der Migranten fließt vornehmlich vom Land in die Stadt sowie von Norden und Westen nach Süden und an die Küste. Migrationsbewegungen innerhalb einer Provinz sind vorherrschend. Shanghai, Beijing und Guangzhou haben die höchsten In-Migrationsraten zu verzeichnen.
- Es handelt sich um eine Kettenmigration, die sehr stark auf sozialen Netzwerken basiert.
- Im Vordergrund steht die temporäre Arbeitsmigration von meist männlichen Bauern. In den letzten Jahren ist jedoch zu beobachten, daß verstärkt Frauen in die Städte migrieren. Insbesondere in der Provinz Guangdong ist der Anteil von Arbeitsmigrantinnen, die dort vornehmlich in der Textilbranche beschäftigt sind, höher als der der Männer.
- Zumeist sind es junge Menschen zwischen 15 und 35 Jahren mit mittlerer Schulbildung, die nach Arbeitsplätzen und besseren Einkommen in den Städten suchen.
- Mehr als die Hälfte der Migranten ist unverheiratet.
- Die Aufenthaltsdauer der Arbeitsmigranten in der Stadt ist sehr unterschiedlich, wobei man sagen kann, daß sie sich durchschnittlich zwischen 1 und 5 Jahren dort aufhalten.

2 Methodischer und theoretischer Rahmen

Der methodische Rahmen für die Untersuchung von Migrationsprozessen und deren Auswirkungen in der VR China gestaltet sich äußerst problematisch, was in erster Linie auf das bekannte „Datenproblem“ beim Umgang mit chinesischen Zahlen und Statistiken zurückzuführen ist. Es liegen verschiedene Datenerhebungen der chinesischen Regierung zur Migration vor, problematisch dabei sind jedoch unterschiedliche Erfassungsmethoden und Erhebungsgrundlagen. Dies macht die Daten schwer vergleichbar. Quantitative Aussagen zu exakten Zahlenangaben sind daher immer mit einer gewissen Skepsis zu betrachten und müssen im jeweiligen Kontext der Erhebung gesehen werden.⁵⁰ Trotz Vorbehalten muß man mit den chinesischen Statistiken und Surveys zu einzelnen Städten arbeiten, da eine eigene umfassende, quantitative Erhebung nicht zu realisieren ist. Zu Einzelaspekten der Migrationsthematik lassen sich Untersuchungen durchführen, die in Form von explorativen Interviews sowie Verteilung und Auswertung von Fragebögen vorgenommen werden. Anhand dieser Untersuchungen lassen sich Tendenzaussagen ableiten und strukturelle Wandlungsprozesse ablesen.

⁵⁰ Vgl. Mallee, Hein 1998: Definitions and Methodology in Chinese Migration Studies. In: Bakken, Borge (Hg.). Migration in China. Copenhagen. S.107-144.

Die theoretischen Grundlagen für die Analyse von Migrationsprozessen sind größtenteils in der Ökonomie und Geographie angesiedelt. Eine Darstellung aller Theorien und deren Entwicklung im Rahmen der Migrationsforschung würde den Rahmen dieses Papers bei weitem sprengen.⁵¹ Es sei hier nur kurz und sehr vereinfacht der klassische Push- und Pull-Ansatz zur Erfassung der Migrationsursachen erwähnt, der in den meisten Untersuchungen Eingang gefunden hat: Neben verschiedenen Einflußfaktoren auf sozialer, physikalisch-geographischer, demographischer, ökologischer, kultureller und kommunikativer Ebene müssen ökonomische Gründe als Hauptfaktoren für die Land-Stadt-Migration gesehen werden. Diese Migrationsursachen lassen sich in Push- und Pullfaktoren einteilen, d.h. einerseits Faktoren, die eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung auslösen, andererseits Anreize aus der Stadt, die die Migranten anziehen.

Zu den Pushfaktoren gehören die Ursachen für die überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Land, die auf 160 Mio. – das sind 1/3 aller ländlichen Arbeitskräfte – geschätzt werden⁵². Zu nennen sind hier zum einen der Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, bedingt u.a. durch Versteppung und die verstärkte industrielle Nutzung des Ackerbodens. Zum anderen die durch Modernisierung und Aufhebung des Volkskommunekonzepts erhöhte Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion, die eine starke Reduzierung von Arbeitskräften ermöglicht.

Die Pullfaktoren sind bestimmt durch die Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land sowie den Regionen und der Diversifizierung des städtischen Arbeitsmarktes, der insbesondere in der Baubranche und im tertiären Sektor Arbeitsplätze für Migranten bereithält.

Todaro⁵³ sieht die wesentliche Ursache für Migrationsentscheidungen in den höheren Einkommenserwartungen am Zielort (Pullfaktor). Verschiedene Befragungen und ein Blick auf die Einkommensverteilung in der VR China untermauern diesen Ansatz. In der Stadt ist das verfügbare Einkommen doppelt so hoch wie auf dem Land. Regional sind ebenfalls große Unterschiede zu beobachten. Während 1996 ein Städter in Gansu im Nordwesten Chinas über ein jährliches Einkommen von 3.354,52 RMB verfügte, hatte ein Pekingener 7.338,76 RMB, ein Shanghaier gar 8.191,41 RMB zur Verfügung. Ein Bauer konnte im selben Jahr in den genannten Provinzen im Durchschnitt 1.100,59 RMB (Gansu), 3.561,94 RMB (Peking) und 4.846,13 RMB (Shanghai) aufweisen.⁵⁴

3 Leitfragen der Analyse von Arbeitsmigration in der VR China

Die Untersuchung von Migrationsprozessen beinhaltet Betrachtungen auf der Mikro- und Makro-Ebene in verschiedenen Bereichen. Hier kann und soll nur ein kurzer Einblick gegeben werden, der im folgenden einige grundlegende Aspekte der Verwaltung, sozialen Organisation und Beschäftigung skizziert.

Die Liste der Ursachen und Konsequenzen der Land-Stadt-Migration ist endlos. Scharping⁵⁵ faßt die Konsequenzen, die sowohl positiv als auch negativ sein können, auf drei Ebenen als ökonomische (z.B. Entwicklung der Arbeitsmarktes, Einkommensverteilung, Produktivitätsraten), soziale (z.B. Migrantensiedlungen, Kriminalitätsrate) sowie politische Faktoren (z.B. Verwaltungskontrolle, nationale Integration, Interessenvertretungen) zusammen.

⁵¹ Vgl. Scharping, Thomas (Hg.) 1997: Floating Population in China. The Impact of Economic Reforms. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr.284, Hamburg. Hier S.13-21.

⁵² China aktuell, Oktober 1998, S.1115.

⁵³ Todaro, Michael P. 1989: Economic Development in the Third World. New York, London. 4. Auflage. Hier S.281.

⁵⁴ Zhongguo Tongji Nianjian 1997 (China Statistical Yearbook 1997), Beijing. S.300 und S.314.

⁵⁵ Scharping, Thomas (Hg.) 1997: a.a.O. Hier S.30.

3.1 Hukou-System

Bei der Untersuchung von Migrationsbewegungen in der VR China muß zunächst ein kurzer Blick auf das Meldesystem, die sogenannte *hukou*-Registrierung geworfen werden.⁵⁶ Bis zu Beginn der 80er Jahre bestand auf allen Ebenen eine strikte Trennung zwischen Stadt und Land, die durch die Modernisierung und Reform des Wirtschaftssystems aufgebrochen wurde. Eine Mobilität der Bevölkerung war vor dem Reformprozeß grundsätzlich nicht gegeben, abgesehen von erzwungener Mobilität. Die Bevölkerung wurde je nach Geburtsort in städtische und ländliche Haushalte eingeteilt sowie nach ihrer Tätigkeit in landwirtschaftliche und nicht-landwirtschaftliche Bereiche. Jeder bekam und bekommt auch heute noch einen *hukou* zugeteilt.

Ergebnis dieser rigorosen Kontrolle war der Aufbau von zwei relativ unabhängigen Systemen für Getreidezuteilung, Einkommensverteilung, Wohnraum, Bildung, medizinische Versorgung, Beschäftigung und Altersvorsorge. Die städtische Bevölkerung wurde in allen Belangen gegenüber der ländlichen bevorzugt.

Zugangsbarrieren der Landbevölkerung zu den Städten sind heute kaum mehr gegeben, die Bauern können sich frei bewegen. Jedoch ist ein offizieller Wechsel des Wohnsitzes in die Stadt – d.h. ein *hukou*-Wechsel – nur in Ausnahmefällen möglich. Grundsätzlich muß sich jeder Bürger, der sich länger als drei Tage in der Stadt aufhält, dort aber nicht seinen *hukou* hat, beim Amt für öffentliche Sicherheit anmelden und dort registrieren lassen. Um einen sogenannten vorübergehenden Wohnsitz (*zanzhu hukou*), der ein Jahr gilt, zu erhalten, muß man vom Heimatort eine offizielle Meldebescheinigung vorlegen. Zudem benötigen die Arbeitsmigranten in den Städten eine Arbeitserlaubnis vom Arbeitsministerium. Es existiert kein einheitliches nationales Gesetz, das das komplexe Verwaltungsprozedere für Arbeitsmigranten in den Städten regelt. Die Städte haben eigene Bestimmungen und erheben unterschiedliche Gebühren für die verschiedenen Verwaltungsschritte. Eine Konsequenz hieraus ist, daß nur etwa die Hälfte der Migranten offiziell in den Städten gemeldet ist.

3.2 Soziale Netzwerke und Organisation der Migranten

Die Migranten siedeln sich in den Städten an konzentrierten Punkten an. Hier bestehen wiederum zwischen den einzelnen Städten große Differenzen bezüglich der Struktur von Migrantensiedlungen, generell kann man jedoch sagen, daß ein Zusammenhang zwischen Herkunft, Zielort und Wohnort in der Stadt besteht.

Soziale Netzwerke, die vom Land in die Stadt und auch innerhalb der Stadt bestehen, sind von besonderer Bedeutung für die Migranten. Personen aus demselben Heimatdorf kommen in denselben Vierteln der Großstadt zusammen; Vermittler zwischen Dorf und Stadt sorgen für die erste Unterkunft und nicht selten auch für die erste Beschäftigung. Man spricht daher in China von einer Kettenmigration, ein "blindes Umherwandern" (*mangliu*), wie es Mitte der 80er Jahre im Chinesischen bezeichnet wurde, findet sich kaum.

Deutlich werden diese Strukturen in den Megastädten Chinas, in denen in den letzten Jahren Migrantensiedlungen entstanden sind. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das Zhejiang-Dorf im Süden Pekings. In dieser Migrantensiedlung leben fast ausschließlich Migranten aus der Provinz Zhejiang, mehrheitlich aus der Stadt Wenzhou. Das Zhejiang-Dorf ist mit knapp 100.000 Bewohnern eine Kleinstadt in sich. Die Bewohner leben in erster Linie von der Herstellung von

⁵⁶ Zur Entwicklung des *hukou*-Systems in der VR China vgl. Cheng Tiejun / Marc Selden 1994: The Origins and Social Consequences of China's *Hukou* System. In: The China Quarterly, No.139, S.644-668.

Textilien, die im Dorf in Privatunternehmen produziert werden; zuvor waren sie fast ausschließlich Bauern.⁵⁷

Die Stadtverwaltung von Peking hat sich des öfteren mit der Problematik des Zhejiang-Dorfes auseinandergesetzt, dessen Existenz sich in einer rechtlichen Grauzone befindet. Das Dorf ist streng genommen eine illegale Ansiedlung, wird jedoch aufgrund der positiven wirtschaftlichen Aspekte, wie dem größeren Angebot auf den Märkten in Peking und der großen Bedeutung für die Textilindustrie, geduldet.

3.3 Beschäftigung

Arbeitskräftemobilität ist für die strukturellen Anpassungsprozesse innerhalb des ökonomischen Transformationsprozesses unerlässlich, kann jedoch nicht hinreichend funktionieren, solange administrative Beschränkungen und Diskriminierungen bestehen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der VR China zeigt, daß ein enormer Wandel stattgefunden hat, aber alte planwirtschaftliche Strukturen noch neben neuen marktwirtschaftlichen existieren.⁵⁸

Auf diesem dualistischen, segmentierten Arbeitsmarkt sind die Arbeitsmigranten in freie Nischen gestoßen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung entstanden sind – insbesondere in der Bau- und arbeitsintensiven Textilbranche sowie im immer stärker werdenden Dienstleistungssektor.

Sehr häufig sind Berufe wie Bauarbeiter, Kellner, Hausmädchen, Schneider, Schuster und Müllsammler von Migranten besetzt. Ein Großteil der Migranten ist im Privatsektor als selbständige Kleingewerbler aktiv.

Zwischen Herkunft und Beschäftigung läßt sich ein Zusammenhang herstellen. Es ist zu beobachten, daß z.B. in Peking viele Hausmädchen (34%) aus der Provinz Anhui stammen. Der Großteil der Müllsammler (67%) kommt aus der Provinz Henan.⁵⁹

Das Arbeitskräftepotential, das vom Land auf den städtischen Arbeitsmarkt drängt, wird heute als Bedrohung für die städtischen Arbeitskräfte gesehen. Die städtische Arbeitslosenquote, die laut offiziellen Angaben bei durchschnittlich 3% liegen soll, muß derzeit auf ca. 15% beziffert werden. Bis Mitte der 90er Jahre konnten die ländlichen Arbeitskräfte absorbiert werden, waren sogar in einigen Bereichen, z.B. der Baubranche, notwendig. Im Zuge der Umstrukturierung der Staatsunternehmen und dem eingesetzten Strukturwandel hin zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft haben sich die Verhältnisse geändert. Eine Konkurrenzsituation zwischen städtischen Arbeitskräften und den Arbeitsmigranten hat sich entwickelt. Die Arbeitskräfte vom Land und die in der Stadt sind nicht mehr komplementär zueinander. Die aus den Staatsunternehmen entlassenen Arbeitskräfte (*xiagang*) sind gezwungen, Jobs anzunehmen, die noch vor wenigen Jahren als “dreckig” bezeichnet wurden und ausschließlich von Bauern verrichtet wurden (z.B. verschiedene Reinigungsdienste).

Als Reaktion auf diese neue Situation haben die städtischen Verwaltungen dirigistische Maßnahmen ergriffen, die den Bauern die Beschäftigungsmöglichkeiten in bestimmten Branchen verwehren sollen. Jedoch halten sich die Arbeitgeber oft nicht an die Bestimmungen, da die Bauern

⁵⁷ Ma, Laurence / Xiang Biao 1998: Native Place, Migration and the Emergence of Peasant Enclaves in Beijing. In: The China Quarterly, No.155, S.546-581. Hier S.570f.

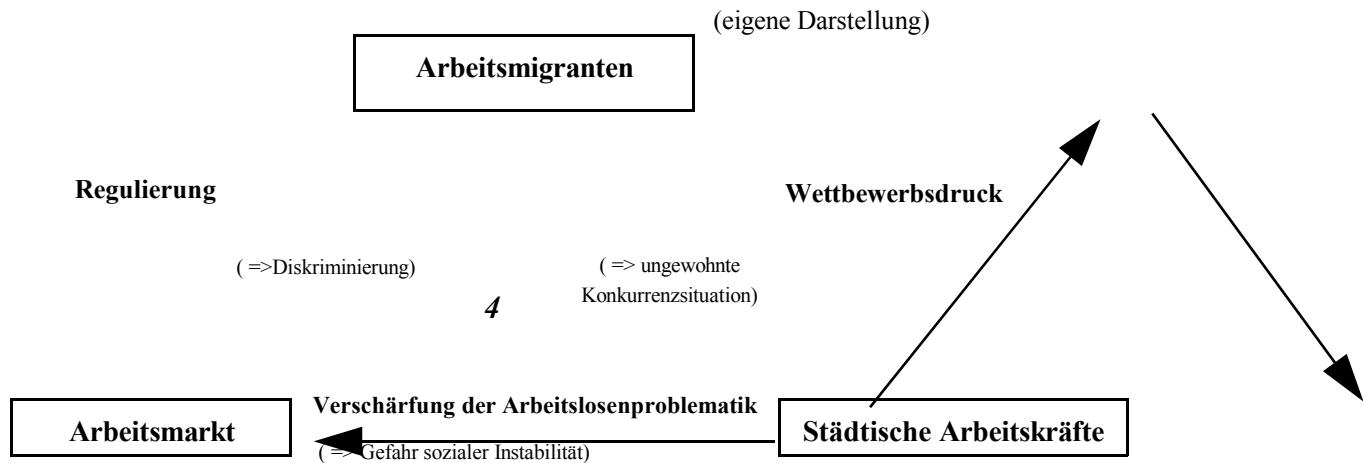
⁵⁸ Zur Entwicklung des chinesischen Arbeitsmarktes vgl. Hebel, Jutta / Günter Schucher 1997: Recent Changes in the Chinese Labour System and New Approaches to Labour Market Policy. In: Scharping, Thomas (Hg.): a.a.O. S.119-148.

⁵⁹ Ma, Laurence / Xiang Biao 1998: a.a.O. Hier S.564.

für sie nach wie vor billigere Arbeitskräfte sind und auch weniger Ansprüche – u.a. nach sozialer Absicherung – stellen.

Wie die folgende Abbildung verdeutlicht, entsteht für die Regierung ein Zielkonflikt. Ein funktionsfähiger (nicht-reglementierter) Arbeitsmarkt steht Arbeitsmarktreglementierungen zum Schutz der städtischen Arbeitskräfte und Gewährleistung sozialer Stabilität gegenüber. Eine stärkere Diskriminierung der ländlichen Arbeitskräfte auf dem städtischen Arbeitsmarkt ist die Folge.

Abbildung: Zielkonflikt Arbeitsmarkt



Probleme und offene Fragen

Aufgrund der Komplexität der Migrationsthematik werden in der westlichen und chinesischen Literatur je nach wissenschaftlicher Disziplin verschiedene Diskussionspunkte und offene Fragen in den Mittelpunkt gestellt. Zu den wesentlichen Problemen gehören folgende:

- Interdependenz von Modernisierung, sozialem Wandel und Land-Stadt-Migration. Ist die Arbeitsmigration als Motor oder eher als Bremse für weitere ökonomische Entwicklung zu sehen?
- Migrationskontrolle vs. Migrationsfreiheit. Soll die *hukou*-Registrierung abgeschafft werden?
- Freier Arbeitsmarkt vs. Arbeitsmarktreglementierungen. Müssen die Arbeitsplätze der städtischen Arbeitskräfte vor der Konkurrenz durch die ländlichen Arbeiter geschützt werden?
- Führt die Ghettoisierung der ländlichen Arbeitsmigranten zu sozialem Elend in den Städten und forciert somit einen sozialen Wandel im negativen Sinne oder sind diese Migranten-siedlungen in der Tradition der sozialen Netzwerke zu sehen und können als "Stadt in der Stadt" bestehen?
- Belastung für Infrastruktur, Transportsystem und Wohnungsmarkt der Städte,
- steigende Kriminalitätsraten, die oft den Migranten angelastet werden,
- mangelnde Disziplin der Migranten bzgl. der Geburtenplanung,
- Problematik der sozialen Absicherung, aus deren Netz die Migranten mit ländlichen *hukou* herausfallen.

Zur Autorin

Claudia Wüllner, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Ostasienwissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Sozialer Wandel, Migration und Arbeitsmarkt in der VR China. Adresse (privat): Fröbelstr. 45, 35394 Gießen, Tel.: 0641-493676. E-Mail: ClaudWuell@aol.com.

Panel 3: Binnenreform

Doris Fischer

Grundlegende Hemmnisse für die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der VR China

Abstract

Die im folgenden formulierten Argumente und Thesen sind Teilergebnis meiner Dissertation zum Thema „Der Aufbau einer Wettbewerbsordnung im Transformationsprozeß – Problematisierung am Beispiel der wettbewerbstheoretischen Diskussion und der Wettbewerbspolitik in der VR China“, die zu Beginn des Jahres 1999 im Fach Volkswirtschaftslehre der Justus-Liebig-Universität Gießen eingereicht wurde. Die Arbeit befaßt sich mit dem Zusammenwirken von wirtschaftswissenschaftlicher Theorie, wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung und Wirtschaftspolitik im Transformationsprozeß (Siehe Abbildung1). In diesem Zusammenhang wird zum einen die innerchinesische Wissenschaftsdiskussion, zum anderen die Wirtschaftspolitik der Regierung seit Mitte der achtziger Jahre analysiert. Hierbei steht thematisch der Aufbau der Wettbewerbsordnung im Zentrum des Interesses, da diese das Kernstück der Transformationsaufgabe beim Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung darstellt. Mit dem Fokus auf verschiedene Aspekte des Entstehungsprozesses der Wettbewerbsordnung in der VR China wird zugleich ein Beitrag zur Transformationstheorie geleistet, da deutlich wird, daß der Aufbau der Wettbewerbsordnung nur in dem Maße gelingt, in dem die gesetzgeberischen Maßnahmen durch wirtschaftspolitische Akzentsetzungen und die Schaffung korrespondierender Anreizsysteme den Übergang von der in den Gesetzen postulierten Ordnung zu einer gelebten (habituellen) Ordnung ermöglichen.

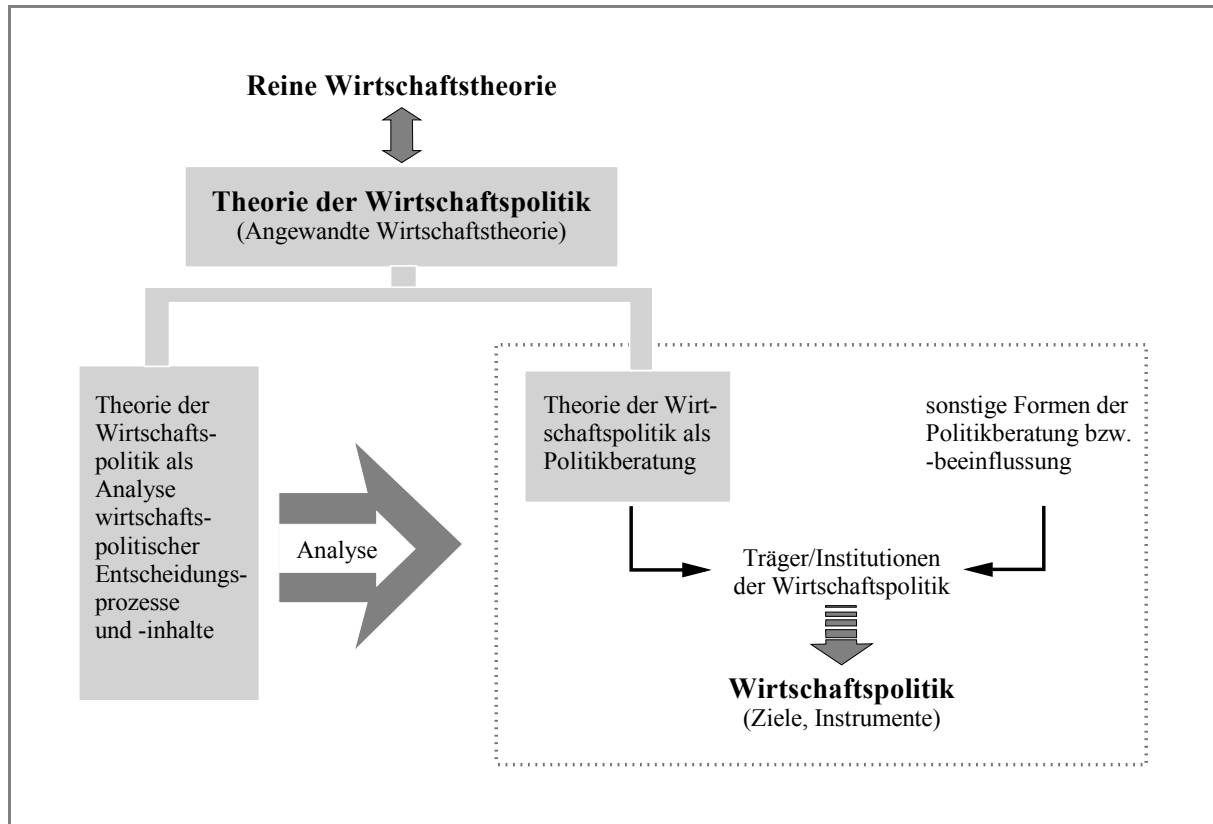
Die Bedeutung einer Wettbewerbsordnung in der Marktwirtschaft

Die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen präsentiert sich auf den ersten Blick als eine Aufgabe und ein Problem der Legislative. Wissenschaftlich ist eine Analyse der Hemmnisse bei der Verabschiedung eines derartigen Gesetzes damit vermeintlich im Bereich der Rechts- oder Politikwissenschaften anzusiedeln, weniger im Bereich der Ökonomie. Andererseits gilt ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, auch Kartellgesetz oder „Antitrust-Gesetz“ genannt, als wirtschaftliches Pendant zu einer demokratischen Politikverfassung, quasi als Wirtschaftsverfassung.¹ Insbesondere in der wirtschaftswissenschaftlichen Tradition der Ordnungstheorie wird einem Kartellgesetz damit eine herausragende Rolle für die Funktionsweise einer Marktwirtschaft beigemessen. Der Kern eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen besteht darin, die Institution des Wettbewerbs zu schützen. (Demgegenüber zielt ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb darauf, die Fairneß des Wettbewerbs aufrechtzuhalten.) Zum Schutz der Institution des Wettbewerbs gilt es zu verhindern, daß Unternehmen durch kooperatives Verhalten Wettbewerbsbeschränkungen aufbauen.²

¹ Vgl. Tuchtfeldt, Egon: Wettbewerbspolitik, in: Ehrlicher, Werner et al. (Hrsg.) Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band 2, 4. Überarb. Aufl., Göttingen 1975, S. 178-187.

² Vgl. z.B. Schmidt, Ingo: Wettbewerbspolitik und Kartellrecht, 5. Aufl., Stuttgart et al. 1996.

Abbildung 1: Die Theorie der Wirtschaftspolitik als Bindeglied zwischen Wirtschaftstheorie und -politik



Eigene Darstellung

Aufbau einer Wettbewerbsordnung im Transformationsprozeß

Die chinesische Wirtschaftsordnung durchläuft seit ca. 20 Jahren einen grundlegenden Wandel. Dieser Wandel in der Wirtschaftsordnung kann trotz der unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen in Anlehnung an ähnliche Entwicklungen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion als Transformationsprozeß verstanden werden. Diese Charakterisierung des chinesischen Reformprozesses ist in den Wirtschaftswissenschaften nicht unumstritten, da die chinesische Regierung erst seit 1992 explizit das Ziel verfolgt, eine (sozialistische) Marktwirtschaft zu schaffen. Die Ähnlichkeit der praktischen wirtschaftspolitischen Fragestellungen und der ordnungspolitischen Erfordernisse erlaubt meines Erachtens aber die Einreihung Chinas in die Riege der Transformationsländer. Wird unter „Transformationsprozeß“ insbesondere der Übergang von einer sozialistischen zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung verstanden, so stellt die Etablierung einer „Wirtschaftsverfassung“ im oben genannten Sinne eine wesentliche Transformationsaufgabe dar.³

Innerhalb der sozialistischen Wirtschaftsordnung hatte Wettbewerb als Handlungsmuster keinen Stellenwert, im Gegenteil, im Rahmen der marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheorie wurde Wettbewerb als kapitalistisch und nicht mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung vereinbar angesehen. Auf der Basis dieser ideologisch-theoretischen Grundlage wurde sogar der Begriff

³

Vgl. z.B. Czaba, Laszlo: Instituting Competition as a Spontaneous Element in Transformation, in: Delhaes, Karl v.; Fehl, Ulrich (Hrsg.): Dimensionen des Wettbewerbs (Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 52), Stuttgart 1997, S. 480 f.

„Wettbewerb“ in der VR China vor 1978 weitgehend tabuisiert. Der Aufbau einer Wettbewerbsordnung im Rahmen des Transformationsprozesses stieß deshalb sowohl in China als auch in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern zunächst auf ideologisch-semantiche Probleme. Dies galt für die VR China im besonderen, da die Einleitung des Reformprozesses nicht mit dem Ziel verbunden war, die ideologischen Grundfesten des politischen Systems anzugreifen.

Trotzdem läßt sich zeigen, daß innerhalb der chinesischen Regierung und insbesondere unter den chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen bereits Anfang der achtziger Jahre lebhaft Diskussionen um die Rolle des Wettbewerbs in der neu zu schaffenden chinesischen Wirtschaftsordnung geführt wurden. Allerdings konzentrierte sich diese Diskussion weitgehend auf eine angemessene „Rehabilitation“ des Konzeptes „Wettbewerb“.

Chinesische Ansätze zum Aufbau einer Wettbewerbsordnung

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war dieser Prozeß der „Rehabilitation“ weitgehend abgeschlossen. Die reformorientierten wissenschaftlichen und politischen Kräfte begannen sich Gedanken über eine angemessene Markt- und Wettbewerbsordnung zu machen. Die politische und wissenschaftliche Umgebung des damaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang versuchte ein Ordnungskonzept für die VR China zu projektieren, und 1987 wurde entsprechend die erste Arbeitsgruppe auf Regierungsebene damit beauftragt, den Entwurf für eine Wettbewerbsgesetzgebung (zu unlauterem Wettbewerb *und* zu kooperativen Wettbewerbsbeschränkungen) vorzubereiten. Bis 1989 wurden vier derartige Entwürfe vorgelegt, von denen der letzte Entwurf allerdings nur noch das Problem des unlauteren Wettbewerbs umfaßte. Der wirtschaftspolitische Umschwung der Jahre 1988/89, der zunächst zu einer Schwächung der Stellung, dann zur Absetzung Zhao Ziyangs führte, bremste aber auch die Initiativen zur Etablierung einer Wettbewerbsordnung. Die Wettbewerbsgesetzgebung geriet ab 1989 in eine Phase heftiger interner Konflikte, mit dem Ergebnis, daß auch der Entwurf eines Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb zunächst ohne Wirkung blieb. Gegen Ende der wirtschaftlichen Konsolidierungsphase wurden dann die vorbereiteten Arbeiten für ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb wieder aufgenommen und ein entsprechendes Gesetz schließlich Ende August 1993 verabschiedet.⁴ Abgesehen von rudimentären Klauseln zu Behinderungsstrategien öffentlicher Unternehmen und zu Kollusion bei Ausschreibungen enthält dieses Gesetz keine kartellrechtlichen Bestimmungen.

Obwohl das Ziel, eine marktwirtschaftliche Ordnung zu etablieren, von der chinesischen Regierung nun bereits seit etwa acht Jahren verfolgt wird, ist bisher kein Kartellgesetz bzw. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verabschiedet worden. Die Regierung hat allerdings bereits Anfang 1994 den Entwurf eines „Antimonopolgesetzes“ in den Gesetzgebungsplan des Nationalen Volkskongresses aufgenommen. Mit diesem Entwurf ist eine Arbeitsgruppe der Kommission für Wirtschaft und Handel sowie der Staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel beauftragt worden. Nach mühsamen Verhandlungsprozessen hat die Arbeitsgruppe im Herbst 1998 einen Gesetzesentwurf fertiggestellt, der nun in den Schubladen des Staatsrats ruht. Fortschritte im Gesetzgebungsprozeß sind seither nicht mehr erkennbar.⁵

Seit mehr als zehn Jahren gibt es somit Bemühungen, die Erfolge des Reformprozesses bei der Marktliberalisierung durch die Schaffung eines Gesetzes zum Schutz des Wettbewerbes zu unter-

⁴ Gesetz der VR China gegen unlauteren Wettbewerb, verabschiedet am 2.9.1993 auf der 3. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VIII. NVK, in: Renmin Ribao, 8.9.1993; deutsche Übersetzung von Frank Münzel in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil, Jg. 1994, Nr. 12, S. 1001-1004.

⁵ Informationen des Leiters der Arbeitsgruppe für den Entwurf des Gesetzes in der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel, Nov. 1998.

mauern. Die Einsicht, daß es eines derartigen Gesetzes bedarf, ist insbesondere unter chinesischen Juristen gefestigt, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften gibt es Wissenschaftler, die vehement für ein Kartellgesetz eintreten. Wieso sind trotzdem bis heute alle entsprechenden Bemühungen ohne nachhaltiges Ergebnis geblieben?

Konsenshemmende Faktoren in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion

Die Verzögerungen bei der Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind – banal gesagt – Ausdruck eines fehlenden Konsenses über die Nützlichkeit eines derartigen Gesetzes. Im folgenden sollen kurz wesentliche konsenshemmende Faktoren aus dem Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion thesenartig vorgestellt werden, wobei ich gesetzestechnische Aspekte außer Acht lasse.

– Definitorische Schwierigkeiten durch Lehnübersetzungen

Die Mehrheit der Literatur in der chinesischen wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Literatur zum Wettbewerb ist durch Übernahme westlicher Begriffe und Konzepte geprägt. Zum Teil entstehen allein durch die Übersetzung konzeptionelle Widersprüche (Bsp.: „*longduan*“ für „Monopol“). Je nachdem, wie der Begriff „*longduan*“ als Übersetzung für Monopol interpretiert wird, ergeben sich z.B. unterschiedliche Auffassungen darüber, ob es in der VR China gegenwärtig überhaupt wirtschaftliche Monopole gibt oder nicht.

– Kontroversen über die geeigneten Leitbilder zur Beurteilung von kooperativen Wettbewerbsbeschränkungen

Im nichtchinesischen Ausland gibt es verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Ansätze und Theorien zur Beurteilung und Handhabung kooperativer Wettbewerbsbeschränkungen (vgl. z.B. die Kontroversen zwischen „Harvard-School“ und „Chicago School“). Die Rezeption dieser Ansätze in China stößt nicht nur auf das Problem, unter diesen verschiedenen Ansätzen den „richtigen“ auszuwählen, sondern auch auf die Skepsis vieler chinesischer Ökonomen, überhaupt auf ausländische Referenzmodelle zu vertrauen.⁶ Die Diskussion über die ausländische Theorie und die richtige Rezeption derselben ist zwar fruchtbar für die innerchinesische Theorieentwicklung, erschwert aber eine Konsensbildung mit Blick auf die Wettbewerbsgesetzgebung.

– Konzeptionelle Lücken aufgrund besonderer Bedingungen im chinesischen Reformprozeß

Die „westliche“ wirtschaftswissenschaftliche Literatur setzt sich nach Eindruck chinesischer Wirtschaftswissenschaftler und Politik nur mit Wirtschaftsmonopolen und staatlichen Monopolen auseinander, nicht aber mit den in China als ein wesentliches Problem empfundenen „Verwaltungsmonopolen“ von Behörden oder anderen staatsnahen Organisationen, die auch unternehmerisch aktiv sind. Die von diesen Verwaltungsmonopolen ausgehenden administrativen Wettbewerbsbeschränkungen werden u.a. ermöglicht durch das System der Zuordnung von (Staats-)Unternehmen zu einzelnen Regierungsebenen und -abteilungen. Die Möglichkeit der Behörden, sich über derartige Verwaltungsmonopole direkt oder indirekt Finanzquellen zu erschließen, erklärt u.a. auch den Widerstand der Vertreter entsprechender Behörden gegen ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Zugleich erschweren diese „chinesischen Besonderheiten“ in den Wirtschaftsstrukturen eine Übertragung westlicher Gesetzesbeispiele.⁷

⁶ Einen Einstieg in diese Debatte ermöglicht der Sammelband Zhang Wenmin et al. (Hrsg.): Zhongguo jingji da lunzhan, di er ji (Große Debatte zur chinesischen Wirtschaft, Band 2), Beijing 1997.

⁷ Vgl. Wang Yuankuo: Woguo jingzhengfa de zhengce mubiao (Die strategischen Ziele unserer Wettbewerbsgesetzgebung), in: Faxue Yanjiu, Jg. 1998, Nr. 2, S. 84-94.

– *Statistische Probleme der Beurteilung der chinesischen Marktsituation*

Es ist allgemein bekannt, daß die chinesische Statistik mit vielfältigen Problemen behaftet ist, von der berechtigten Befürchtung, daß die Statistik geschönt wird, bis hin zu vorübergehenden Problemen, die aus der Anpassung des chinesischen Statistikwesens an internationale Gepflogenheiten resultieren. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Notwendigkeit einer Kartellgesetzgebung erweist es sich als technisches Problem, daß gegenwärtig kaum relevante Daten vorhanden bzw. auch chinesischen Wissenschaftlern nicht zugänglich sind, die eine realistische Einschätzung z.B. der Konzentrationsverhältnisse im chinesischen Markt ermöglichen. (Das Konzept des relevanten Marktes, daß in der deutschen Rechtsprechung in diesem Zusammenhang neben Konzentrationsmaßen von Bedeutung ist, wird bisher in China gar nicht verwendet.)

– *Kompromißsuche als Ausgangspunkt für den Entwurf eines wirtschaftspolitischen Leitbildes*

Wie bereits angedeutet, lassen sich in der chinesischen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion hinter der Gleichschaltung auf politisch vorgegebene Themenschwerpunkte heftige Kontroversen über wirtschaftspolitische Leitbilder ausmachen. Dies gilt nicht nur, aber in besonderem Maße, für die wettbewerbspolitische Diskussion. Ein Gegensatz, der sich hier in den neunziger Jahren immer deutlicher abzeichnet, ist der zwischen einer eher liberalen, ordnungspolitisch orientierten Marktverfassung und einer stärker dirigistischen, an industriepolitischen Zielsetzungen orientierten Wirtschaftspolitik. Daß in der Wirtschaftswissenschaft diesbezüglich kein Konsens erzielt werden kann, ist wenig verwunderlich oder dramatisch. Die besondere Art der politischen Entscheidungsfindung in China bereitet aber einer Strategie den Weg, die einen – in vieler Hinsicht widersprüchlichen – Kompromiß als wirtschaftspolitisches Leitbild anstrebt.

Eine These dazu, warum die chinesische Regierung bis heute die Verabschiedung einer „Wirtschaftsverfassung“ versäumt hat

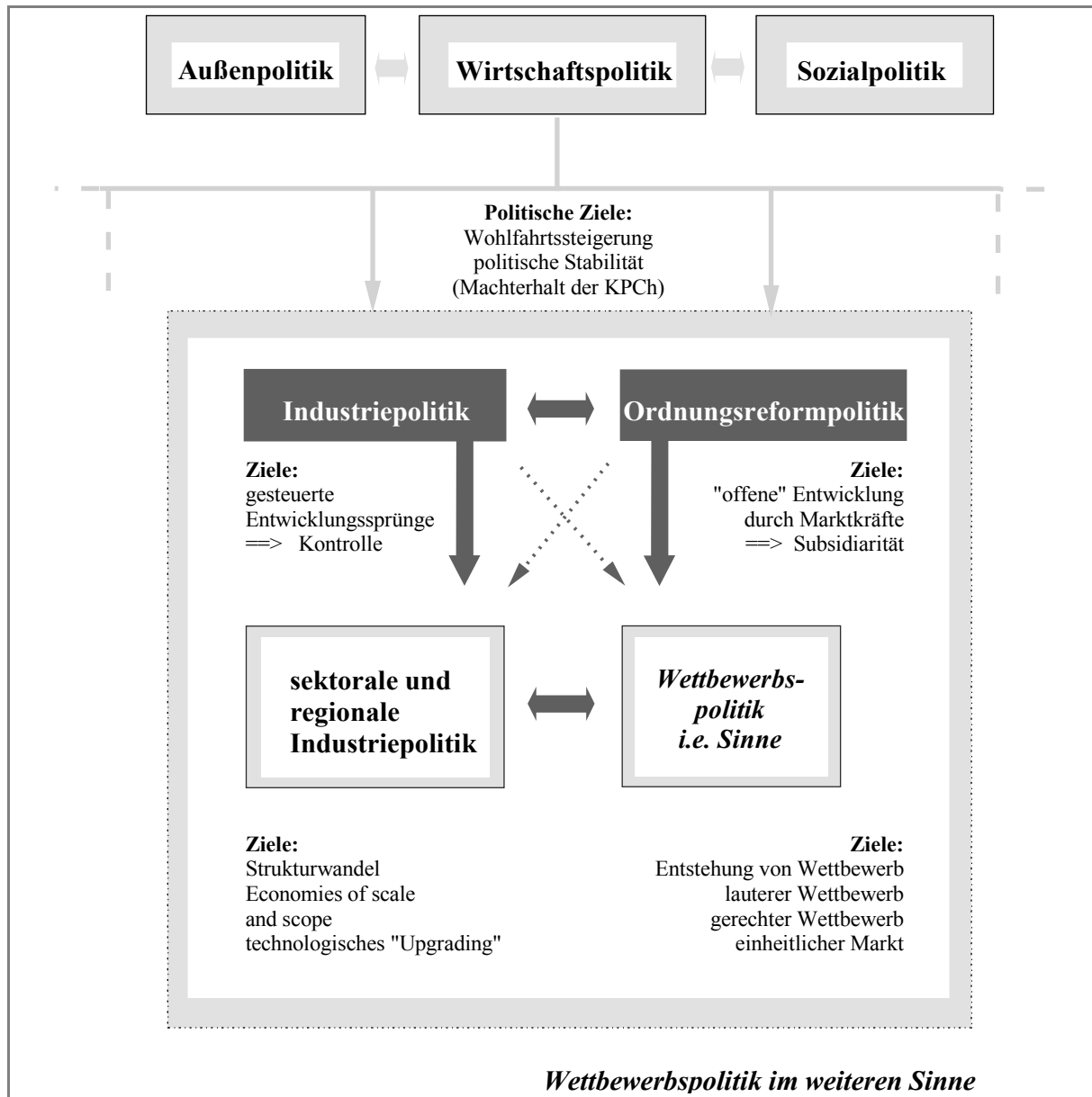
Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung hat in der VR China durchaus einen großen Stellenwert. Die widersprüchlichen Signale, die aus der Theoriediskussion auf die Wirtschaftspolitik einwirken, sind also von erheblicher Relevanz. Darüber hinaus hat die chinesische Regierung aber auch auf diverse andere Interessengruppen Rücksicht zu nehmen. Eine Analyse der chinesischen Wirtschaftspolitik⁸ seit Mitte der achtziger Jahre zeigt, daß die chinesische Regierung zwar durchgehend, allerdings mit unterschiedlicher Vehemenz, die Notwendigkeit von Wettbewerb und einer die Marktwirtschaft unterstützenden Rechtsordnung betont hat, daß gleichzeitig aber die Politik in verschiedensten Wirtschaftsbereichen in den neunziger Jahren eher auf einem industriepolitisch orientierten Regulierungsanspruch der chinesischen Regierung basierte (siehe auch Abbildung 2). Dieser Regulierungsanspruch ist nicht mit planwirtschaftlichen Ambitionen zu verwechseln, trotzdem ist er Ausdruck eines tiefsitzenden Mißtrauens gegenüber freien Marktkräften einerseits und einer unabhängigen Rechtsprechung (zum Beispiel in Verbindung mit einer unabhängigen Wettbewerbsaufsichtsbehörde) andererseits.

In der Atmosphäre Ende der achtziger Jahre konnte sich Zhao Ziyang mit seinen Unterstützern vehementer für eine „Wirtschaftsverfassung“ einsetzen, als dies aus Regierungssicht Anfang der neunziger Jahre möglich war. Die Verzögerung in den Anstrengungen um eine Kartellgesetzgebung Anfang der neunziger Jahre hat aber dazu geführt, daß die Interessen der Verwaltungs-

nopole, der staatlich geförderten Branchen, der großen Staatsunternehmen und Unternehmensgruppen etc. sogar noch gestärkt wurden. Diese Stärkung von Partikularinteressen und die langsamer ansteigenden gesamtwirtschaftlichen Wachstumszahlen seit Mitte der neunziger Jahre haben die Chancen für eine baldige Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eher verringert.

Es wäre sicher zu einfach zu behaupten, die politische Protestbewegung von 1989 wäre Ursache für das Scheitern der frühzeitigen Etablierung einer Wettbewerbsordnung in der VR China. Die Auswirkungen dieser Protestbewegung auf das politische Klima und auf die wirtschaftspolitischen Konzepte Anfang der neunziger Jahre dürften aber dazu beigetragen haben, daß der günstigste und sinnvollste Zeitpunkt in den „Boomjahren“ 1993 bis 1995 für deren Etablierung ungenutzt verstrichen ist. Sollte die Verabschiedung eines Gesetzes zu Wettbewerbsbeschränkungen in näherer Zukunft doch erfolgen, so wird dies ungeachtet der Vorbereitungen in den letzten Jahren unter anderem auf neue Denkanstöße in der Folge der asiatischen Finanzkrise zurückzuführen sein. Darüber hinaus gibt es erste Anzeichen, daß sich die wachsende Unzufriedenheit der chinesischen Marktteilnehmer (im Gegensatz zu den ökonomischen Theoretikern oder den ausländischen Mahnern) angesichts der offensichtlichen Marktbe-

Abbildung 2: Positionierung der chinesischen Wettbewerbspolitik in der wirtschaftspolitischen Zielhierarchie der neunziger Jahre



Eigene Darstellung

schränkungen und Marktbeherrschungstendenzen in Druck auf die Regierung umsetzen, damit diese ihrer marktwirtschaftlichen, wettbewerbspolitischen Gestaltungsaufgabe nachkommt. Die Marktstrukturen, Wettbewerbsverzerrungen und -ursachen, die sich in den letzten Jahren im chinesischen Markt ausgebreitet haben, werden die Aufgabe einer in diesem Zusammenhang neu zu schaffenden Institution der Wettbewerbsaufsicht nicht erleichtern.

Unabhängig davon, wie die Chancen für eine Verabschiedung des Gesetzes für die Zukunft einzuschätzen sind, sollte nicht übersehen werden, daß das Ziel, eine marktwirtschaftliche Ordnung zu schaffen, bei noch so weitgehender Liberalisierung frühestens dann erreicht ist, wenn diese Marktwirtschaft durch einen wettbewerbsrechtlichen Rahmen unterstützt wird. Das hier ange-mahnte Gesetz wäre dafür eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung.

Zur Autorin

Doris Fischer, Dipl.-Kauffrau, Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg, FB Wirtschaftswissenschaften, Ostasienwirtschaft/China, Mülheimer Str. 212, 47048 Duisburg, Tel.: 0203-379-4188/89, email: hg460fi@unidui.uni-duisburg.de. Interessenschwerpunkte: Institutionenökonomik/Ordnungstheorie, Wettbewerbs- und Industriepolitik, Transformation, Finanzsektor und Medien in China; innerchinesische wirtschaftswissenschaftliche Diskussion.

Dagmar Hauff

Haushaltsreform 1994 und Finanzausgleich in der VR China

Abstract

Seit der Staatsgründung der Volksrepublik China besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Politik darin, ein Finanzausgleichssystem zu etablieren, das die Staatsstruktur insgesamt stabilisiert. Die Herausforderung besteht darin, das „richtige“ Maß zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung zu finden. Häufige zyklische Schwankungen zwischen diesen beiden Polen zeugen jedoch von den Schwierigkeiten der Zentralregierung, ein System zu konzipieren, das den Interessen von Zentrale und Peripherie in einer ausgewogenen Art und Weise gerecht wird. Insofern stellt die 1993 beschlossene Haushaltsreform ein Experiment besonderer Art dar: Es ist dies der Versuch einer langfristigen Zentralisierung der fiskalischen Zuständigkeiten. Die neuen Regelungen traten am 1. Januar 1994 in Kraft.

Daß eine Einschränkung der haushaltspolitischen Autonomie auf lokaler Ebene nicht einfach durchzusetzen ist, zeigt die Dauer des Entscheidungsprozesses zur Haushaltsreform. Sechs Jahre währte die Diskussion um den Reformpfad aufgrund des enormen Widerstandes aus den Reihen der Provinzen, obwohl sich wissenschaftliche Berater schon seit den späten 80er Jahren für eine fiskalische Zentralisierung ausgesprochen hatten. Die Logik der Reformentscheidung umfaßt sowohl ökonomische als auch politische Aspekte. Anhand des Verlaufes des Entscheidungsprozesses läßt sich jedoch zeigen, daß ökonomische Einsicht für eine Reform zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist, solange der politische Wille nicht stark genug ist. Der schwierige Prozeß kollektiver Willensbildung kann jedoch beschleunigt werden, wenn sich unter den Entscheidungsträgern das Gefühl von einer bevorstehenden Krise ausweitert.

Die Fragestellung und der Forschungskontext

Der *Finanzausgleich*, verstanden als finanzwirtschaftliche Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften eines bestimmten Staatsgebietes, stellt, unabhängig davon, ob es sich um einen Einheitsstaat oder einen Bundesstaat handelt,⁹ das Herzstück der wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Zentrale und Peripherie¹⁰ dar und ist ein wesentliches Indiz für den Grad der Zentralisierung oder Dezentralisierung eines politischen Systems. In China gehört der Finanzausgleich seit jeher zu den relevantesten Wirkkräften der politischen und ökonomischen Entwicklung. Er ist die Klammer, die die einzelnen Glieder des Gesamtstaates finanziell zusammenhält.

Im November 1993 wurde auf dem 3. Plenum des 14. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas eine Haushaltsreform beschlossen, die eine grundlegende Änderung des fiskalischen Kräfteverhältnisses zwischen Zentrale und Provinzen beabsichtigte. Ziel dieser Maßnahme war die *Stärkung der Zentralregierung* zur Überwindung der wirtschaftspolitischen Probleme in dem

⁹ In einem Einheitsstaat ist die Staatsgewalt auf einer Ebene zentralisiert, während sie im Bundesstaat auf Gesamtstaat und Gliedstaaten aufgeteilt wird. Lokale Gebietskörperschaften (z.B. Provinzen oder Bezirke) sind Untergliederungen rein formaler verwaltungstechnischer Art, die keine eigenen staatlichen Kompetenzen besitzen, sondern lediglich „Außenstellen“ des Zentralstaats sind. Charakteristisch für einen Bundesstaat ist hingegen, daß die staatlichen Aufgaben und Funktionen auf zwei Ebenen aufgeteilt werden und dabei sowohl der Gesamtstaat als auch die Gliedstaaten - z.B. Bund und Länder in der Bundesrepublik Deutschland - Staatsqualität besitzen (Katz, 1996, Staatsrecht, 13. Aufl., Heidelberg S. 24, 27 ff).

¹⁰ Der Begriff Zentrale umfaßt die Institutionen der Zentralregierung und Parteizentrale in Beijing. Der Terminus Peripherie hingegen alle Regierungen auf Provinzebene sowie die subprovinziellen Gebietskörperschaften.

fiskalisch *de facto* fragmentierten Staatsgebilde.¹¹ Die Maßnahme trat am 1. Januar 1994 in Kraft.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß Reformkonzepte in der VR China Ergebnis höchst intransparenter Entscheidungsprozesse sind, die von Außenstehenden kaum nachzuvollziehen sind. Details kommen oft erst im Verlauf der Implementation einer neuen politischen Maßnahme ans Tageslicht. Die Haushaltsreform von 1994 stellt eine so wesentliche institutionelle Veränderung der fiskalischen Beziehungen zwischen Zentrale und Peripherie dar, daß sie sich als *Fallstudie* für eine Vielzahl von Fragestellungen eignet. In diesem Beitrag sollen Ablauf und Logik des wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses untersucht werden.

Diese Problemstellung entspringt dem breiter angelegten Forschungsinteresse im Zusammenhang mit meiner Dissertation. Während dort eine ökonomische Analyse der chinesischen Haushaltspolitik im Mittelpunkt steht, wird in diesem Beitrag einmal die politische Dimension in den Vordergrund gerückt. Zugegebenermaßen gleicht der außenstehende Betrachter dabei einem Detektiv, der aus zahlreichen Einzeldetails *ex-post* versucht, ein Gesamtbild zu rekonstruieren. Da der interne chinesische Diskurs um einiges lebhafter, offener und kontroverser erfolgt als es die schriftliche Materiallage vermuten ließe, rekurren die folgenden Ausführungen in starkem Maße auf Expertengespräche und Interviews vor Ort.¹²

Das Problem, einen die Staatsstruktur stabilisierenden Finanzausgleich zu etablieren

Seit Gründung der Volksrepublik China stellt die Etablierung einer Finanzverfassung, die die Staatsstruktur insgesamt stabilisiert, ein Problem dar, das offensichtlich nicht leicht zu lösen ist. Mehr als zehnmal wurde das Finanzausgleichsregime zwischen 1949 und 1993 gewechselt. Dennoch gab es bis zum Jahr 1993 keine „gesamtchinesische Finanzverfassung“, sondern eine Vielzahl individueller Regelungssysteme zwischen einzelnen Provinzen und der Zentrale. Diese unterlagen dem Vorwurf der Willkür und der Ungleichheit, wurden bestimmte Provinzen mit größerer Verhandlungsmacht wie z.B. Guangdong dabei besonders begünstigt, andere hingegen benachteiligt. Langfristige haushaltspolitische Planungen waren in diesem System sehr schwierig.

Das Grundproblem leuchtet schnell ein: Es ist dies die Schwierigkeit, einen gangbaren Mittelweg zwischen extremer Zentralisierung (Motivationsverlust) und Dezentralisierung (Chaos) zu finden, der so gestaltet ist, daß die Zentrale einerseits ihre makroökonomische Steuerungsfunktion wahrnehmen kann und die Provinzen andererseits Anreize zu wirtschaftspolitischer Aktivität verspüren. Die Hoffnung Li Xiannians, späterer Staatspräsident der VR China, aus dem Jahr 1950, daß sich ein Mitglied der Kommunistischen Partei auch unter den größten Schwierigkeiten stets aktiv für den Gesamtstaat einsetzt,¹³ war spätestens mit dem Großen Sprung nach Vorne durch die Realität widerlegt worden. Die lokalen Regierungen verfolgen häufig ihre Partikularinteressen und interessieren sich wenig dafür, was aus dem Ganzen wird.

Seit Mitte der 80er Jahre beklagt die Zentralregierung in zunehmendem Maße ihren makroökonomischen Kontrollverlust. Sie könne wirtschaftspolitische Aufgaben wie die Stabilisierung der Volkswirtschaft, die Allokation von Ressourcen und deren Redistribution nicht mehr in ausreichendem Maße wahrnehmen. Dies zeigten makroökonomische Gleichgewichtsprobleme

¹¹ Dieses Argument wird in meiner Doktorarbeit ausführlich behandelt. Es bezieht sich auf die unübersichtliche, zersplitterte Form der Verwaltung öffentlicher Mittel und wird dort empirisch aufgearbeitet.

¹² Die Feldforschungsaufenthalte wurden 1997 und 1998 durchgeführt. Aufgrund der hier gebotenen Kürze wird in diesem Beitrag auf ausführliche Literaturangaben verzichtet.

¹³ Li Xiannian (1992): Li Xiannian lun caizheng jinrong maoyi, 1950-1991 (Li Xiannian über die öffentlichen Finanzen, das Bankenwesen und den Handel, 1950-1991), 1. Band, Beijing, S. 6.

wie z.B. Inflation, ineffiziente Investitionsprojekte und die immer größer werdenden regionalen Disparitäten. Als wichtigsten Grund führt die Zentralregierung ihre sinkenden Anteile an Haushaltseinnahmen und –ausgaben und die Unterschlagung notwendiger finanzieller Mittel durch die Provinzen an.¹⁴ Der offiziellen Statistik entsprechend tätigte die Zentralregierung im Jahr 1993 28,3 % der öffentlichen Ausgaben, während es 1978 noch 47,4 % waren.¹⁵ Zu den vielen Gründen, die verantwortlich sind für die Schwierigkeiten der Zentralregierung, ein stabiles Finanzausgleichssystem zu etablieren, gehören: ¹⁶

- die Größe des Landes und die uneinheitliche wirtschaftliche Situation der Provinzen
- Interessenkonflikte zwischen Zentrale und Peripherie und daraus resultierende Implementationsprobleme
- die zentralistische Struktur der Staatsorganisation
- die Unsicherheit über den wirtschaftlichen Entwicklungspfad und daraus resultierende häufige Politikwechsel
- die mangelhafte statistische Entscheidungsgrundlage

Trotz dieser Schwierigkeiten bestand das Ziel der chinesischen Zentralregierung immer darin, eine stabile Finanzverfassung zu etablieren, die den Interessen von Zentrale und Peripherie in einer für den Gesamtstaat nützlichen Art und Weise gerecht wird. Dahinter liegt die Vorstellung von der Unteilbarkeit der chinesischen Nation und eine tiefe Furcht vor einem Auseinanderbrechen des chinesischen Staates.

Der schwierige Versuch, eine fiskalische Zentralisierung durchzuführen

In der Zentralregierung war man sich über die Lösung der fiskalischen Probleme durchaus nicht einig. Der Versuch Li Pengs, 1988 eine entsprechende Reform, die auch von wissenschaftlichen Beratern empfohlen wurde, durchzusetzen, scheiterte nicht nur am Widerstand der Provinzgouverneure, sondern auch am Widerstand in der Zentrale.¹⁷ 1990 wurde aufgrund des Zwischenfalls am Tiananmen auf eine Reform verzichtet, nicht zuletzt, um dem Ausland keinen Anlaß zu Spekulationen über eine Rückkehr zu planwirtschaftlichen Lenkungsmethoden zu geben.

Die seit 1988 verstärkt geführte wissenschaftliche Diskussion um ein geeignetes Finanzausgleichssystem ging jedoch weiter. Sie wurde im Forschungsinstitut des Finanzministeriums, in der Akademie für Sozialwissenschaft und der Akademie der Wissenschaften sowie in den Universitäten geführt. Federführend war das Forschungsinstitut im Finanzministerium (FM), welches seit etwa 1988 regelmäßig Forschungsreisen in verschiedene Industrieländer durchführte, um deren Praxis des Finanzausgleichs zu inspizieren. Dort setzte sich die Meinung durch, daß ein Trennsteuersystem, das Zentrale und Provinzen feste Einnahmequellen zuweist, die geeigneteste Lösung sei, um die finanzielle Grundlage der Zentralregierung zu verbessern. Darüber hinaus

¹⁴ Eigene Interviews im Finanzministerium.

¹⁵ Finanzstatistisches Jahrbuch der VR China, 1998, S. 463-464. Die Haushaltsstatistik ist wie die chinesische Statistik insgesamt stark interpretationsbedürftig. Viele der Analysen vernachlässigen die Besonderheiten der chinesischen Zahlenwelt und führen daher zu Fehleinschätzungen.

¹⁶ Diese Argumente werden in der Dissertation ausführlich erläutert. Sie können hier aufgrund der gebotenen Kürze nur stichwortartig genannt werden.

¹⁷ Vgl. hierzu Li Peng (1990): Make Great Efforts to Adjust the Economic Structure and Improve Enterprises' Economic Results, Rede vor der Nationalen Planungskommission, in: FBIS vom 2.1.1991, S. 18-29.

sollte die Zentralregierung in einer neuen Finanzverfassung ihre Steuern selbst erheben, um nicht auf die Abführungen der Provinzen angewiesen zu sein.¹⁸

Die Mehrheit der Provinzen stand dem Reformentwurf skeptisch gegenüber. Schließlich bedeutete er langfristig eine Schmälerung ihrer Einkommensbasis und somit auch ihrer wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume. Reichere Provinzen hatten viel zu verlieren, ärmere konnten sich nicht sicher sein, daß sich die Zentrale bei einer Durchführung der Reform tatsächlich an ihre Zusage erhöhter Zuwendungen halten würde. In dieser Situation war guter Rat teuer. Die finanzielle Situation der Zentrale verschlechterte sich weiter und das 1992 gegebene positive Signal für expansive Wirtschaftspolitik führte erneut zu wilder Investitionstätigkeit der Lokalregierungen in Sektoren und Branchen, die die Zentrale als nicht förderungswürdig betrachtete. Die Entscheidung für die Reform fiel nach langem Hin und Her auf dem 3. Plenum des 14. Parteitages im November 1993.

Drei Faktoren beschleunigten die Entscheidung:

Erstens, die Entschlußkraft Zhu Rongjis, des damaligen Zentralbankchefs und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Zhu war fest davon überzeugt, daß nur eine Zentralisierung der Staatsfinanzen das Reformschiff auf Kurs halten würde. Aus diesem Grund unternahm er im Sommer 1993 eine Reise durch 15 Provinzen. Damit beabsichtigte er, die Provinzgouverneure von der Notwendigkeit der Reform zu überzeugen. Die Reise brachte nicht den erwarteten Erfolg, da zahlreiche Provinzen auf ihrer kritischen Haltung zur Reform beharrten.¹⁹

Zweitens, die Befürwortung der Reform durch chinesische Wissenschaftler. Die Mehrheit der chinesischen Wissenschaftler sprach sich für eine Reform aus. Am pointiertesten war der Bericht über die staatliche Leistungsfähigkeit der VR China, der von Hu Angang und Wang Shaoguang im Auftrag der Akademie der Wissenschaften verfaßt wurde und in allen zentralen Regierungsorganen studiert wurde. Der Bericht gilt als einflußreichster wissenschaftlicher Beitrag zum Reformdiskurs. Er setzt sich außerordentlich kritisch mit der Situation auseinander und prognostiziert ein Auseinanderfallen Chinas nach dem Vorbild Jugoslawiens und der Sowjetunion, wenn die Zentrale nicht unverzüglich gestärkt wird.²⁰

Drittens, die Unterstützung der Reform durch das Ausland: Im Juli und Oktober 1993 fanden in Dalian und in Shanghai internationale Konferenzen statt, die von der Zentralregierung und der Weltbank bzw. dem IWF getragen wurden. Die Initiative für diese Konferenzen ging von Zhu Rongji aus, der diese Organisationen um eine Einschätzung der makroökonomischen Situation in China gebeten hatte. Auf beiden Konferenzen wurde die Frage diskutiert, wie die Regierung ihre Kontrollfunktion über das Finanzsystem ausüben könne, ohne die Entwicklung der Marktmechanismen abzuwürgen. Die internationalen Experten bezeichneten die chinesische Finanzverfassung als eine der dezentralisiertesten der Welt und empfahlen dringend eine Stärkung der makroökonomischen Steuerungsfähigkeit der Zentralregierung.²¹

¹⁸ Interviews im FM.

¹⁹ Eigene Interviews. Die Skepsis der Provinzen beeinflusste Gang und Inhalt der Reformentscheidung (siehe die folgenden Ausführungen).

²⁰ Wang Shaoguang, Hu Angang (1993): Guojia nengli baogao (Bericht über die staatliche Leistungskapazität), Liaoning.

²¹ Renmin Ribao vom 21.7.1993, abgedruckt in: Xinhua yuebao, 7, S. 81.; Nicoll, Alexander (1993): Beijing Seizes Financial Controls, in: Financial Times vom 25.8.1993.

Die Haushaltsreform von 1994

Die neue Finanzverfassung stellt, obgleich sie sich harmonisch in die zyklischen Wellen zwischen Dezentralisierung und Zentralisierung einzureihen scheint, in vielerlei Hinsicht eine Neuheit dar: Zum ersten Mal in der volksrepublikanischen Finanzgeschichte wurde mit der Einführung des sog. „Trennsteuersystems“ der Versuch unternommen, ein System zu etablieren, das für alle Provinzen gleichermaßen Gültigkeit hat. Während im alten System jede Provinz Einzelvereinbarungen mit der Zentrale schloß, sollen nun „objektive“ Kriterien ausschlaggebend für die Verteilung der konsolidierten Finanzmasse sein und eine „gerechtere“ Verteilung der Ressourcen garantieren. Die neue Finanzverfassung war außerdem zum ersten Mal nach 1978 Teil einer umfassenden Finanzreform, die in einem Zug sowohl die öffentlichen Haushalte als auch das Bank- und Geldwesen auf eine neue Grundlage stellen sollte. In der internationalen wirtschaftspolitischen Debatte der 90er Jahre, in denen der Rest der Welt den Finanzausgleich unter dem Stichwort „fiskalische Dezentralisierung“ diskutierte, schlug die VR China mit ihren Zentralisierungsmaßnahmen allerdings einen Sonderweg ein.

Das Ziel der Reform bestand darin, den Anteil der Zentralregierung an den gesamten Haushaltseinnahmen auf 60 % zu erhöhen. Erreicht werden sollte dieses Ziel durch drei Maßnahmen:²²

- Steuerreform: Rationalisierung und Vereinfachung des Steuersystems
- Steuerverwaltungsreform: Errichtung zentraler und lokaler Steuerverwaltungsorgane
- Neue Aufteilungsmechanismen: Errichtung eines „Trennsteuersystems“ mit eindeutiger Zuordnung der Steuern in die drei Kategorien Zentrale Steuern, Lokale Steuern und Gemeinschaftssteuern. Zuteilung höherer Anteile an die Zentrale.

Polit-ökonomische Ansätze zur wirtschaftspolitischen Logik des Entscheidungsprozesses

Für die Analyse der Reformentscheidung stehen verschiedene Ansätze zur Verfügung, die von unterschiedlichen, zum Teil entgegengesetzten Verhaltensannahmen der politischen Elite ausgehen. So geht das sog. *Bargaining-Modell* davon aus, daß politische Entscheidungen in allen Ländern der Welt, die keine monokratischen totalitären Diktaturen darstellen, Verhandlungslösungen sind. Für die VR China bedeutet das, daß politische Entscheidungen, die die Interessen der lokalen Regierungen tangieren, nicht in totalitärer Art und Weise durch die Zentrale getroffen, sondern durch „*Bargaining*“ zwischen der Zentralregierung auf der einen und den Provinzregierungen auf der anderen Seite gefällt werden.²³ Verfolgen Zentrale und Peripherie Ziele, die sich nicht ohne weiteres vereinbaren lassen, kommt es zu Interessenkonflikten. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten dieser Konflikte werden im Rahmen der *Prinzipal-Agenten-Theorie* behandelt. Dabei wird den unterschiedlichen politischen Akteuren rationales Handeln im Hinblick auf ihre jeweiligen Zielfunktionen unterstellt.²⁴

Diese Auffassung von einer langfristigen *Rationalität* politischer Entscheidungsprozesse stellt die *Gefährdungsthese* von Alfred Hirschmann in Frage, der behauptet, daß Reformmaßnahmen häufig erst dann getroffen werden, wenn die bestehenden Mißstände so groß sind, daß sie den Fortbestand des gesamten Staatsgebildes gefährden. Wirtschaftspolitische Reaktionen im Rahmen die-

²² Beschluß des Staatsrats bzgl. der Durchführung des Trennsteuersystems vom 15.12.1993: in: Caizheng, 1994, Nr. 2, S. 18-20.

²³ Vgl. z.B. Lieberthal, Kenneth/ Lampton, David (1992): *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in post-Mao China*, Berkeley u.a.

²⁴ Vgl. zur Prinzipal-Agenten-Theorie z.B. Terberger, Eva (1993): *Neo-institutionalistische Ansätze*, Wiesbaden, S. 92 ff

ser Auffassung von einer bevorstehenden Krise können dazu führen, daß Institutionen überstürzt errichtet werden, da für Verhandlungen und Diskussionen keine Zeit mehr bleibt.²⁵

Zusammenfassende Erkenntnisse

Entscheidungsprozesse, die die Interessen von Zentrale und von Provinzen in der VR China betreffen, werden nach der derzeit in der Literatur vorherrschenden Auffassung in einem sogenannten *Bargaining-Verfahren* getroffen. Dieses konsensorientierte Konfliktlösungsmodell setzt Kompromißbereitschaft sowohl bei der Zentrale als auch bei den Provinzen voraus. Die Länge des Entscheidungsprozesses – der immerhin sechs Jahre währte – ist ein Indiz dafür, daß sich die Zentrale intensiv mit den Provinzen über das Reformkonzept auseinandersetzte. Die konkrete Ausgestaltung der neuen Finanzverfassung deutet darauf hin, daß es sich in der Tat um eine Kompromißlösung handelte.²⁶

Einen anderen Eindruck vermittelt jedoch die Art und Weise, wie die Reformentscheidung letztendlich fiel und wie sie kommuniziert wurde. Sie wurde so kurzfristig getroffen, daß die Durchführungsregelungen erst wenige Tage vor Inkrafttreten der neuen Ordnung erlassen werden konnten. Einige relevante Regelungen, z.B. das Haushaltsgesetz, wurden erst im Laufe des Jahres 1994 verabschiedet. Die Provinzen wurden erst sehr spät über die konkreten Inhalte der Reform, v.a. ihre Implikationen für das in 1994 verfügbare Haushaltseinkommen, in Kenntnis gesetzt. Beispielsweise berichteten Finanzbeamte der Provinz Hubei, daß ihnen die finanziellen Kennziffern für das Jahr 1994 erst im Herbst 1994 mitgeteilt worden seien.²⁷

Damit entsteht folgender Eindruck: Trotz umfangreicher Dezentralisierungsmaßnahmen ist die Zentrale nach wie vor in der Lage, Entscheidungen auch dann in den parteipolitischen Gremien durchzusetzen, wenn diese von zahlreichen Provinzen nicht befürwortet werden. Als sie feststellte, daß innerhalb des Bargaining-Verfahrens kein Konsens zu erzielen war, traf sie zuletzt mit der ihr eigenen Autorität die Reformentscheidung auf dem Verordnungswege. Um sich die Unterstützung der Peripherie bei der Implementation zu sichern, sah das Reformpaket jedoch Kompensationszahlungen für diejenigen Provinzen vor, die sich nach 1994 schlechter stellten als im Jahr 1993.

Es spricht viel dafür, daß ein Krisengefühl, das sich aufgrund der sich auflösenden Staatsstrukturen in Osteuropa und finanzpolitischer Parallelen in China einstellte – z.B. die geringe Staatsquote und der niedrige Haushaltsanteil der Zentrale –, Katalysator der Reform war. Wissenschaftler wie Wang Shaoguang und Hu Angang sowie die Weltbankexperten lieferten dafür wesentlich oder unwesentlich die geeigneten Argumente. Die Frage, ob sich eine so getroffene Entscheidung auf lokaler Ebene erfolgreich umsetzen läßt, ist damit noch nicht beantwortet.

Zur Autorin

Dagmar Hauff, Qualifikation: Diplom-Volkswirtin, Sinologin (M.A.), Adresse: Universität Heidelberg, Sinologisches Seminar, Akademiestr. 4-8, 69117 Heidelberg, email: hauff@gw.sino.uni-heidelberg.de. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Politik Chinas.

²⁵ Hirschmann, Albert O. (1992): Denken gegen die Zukunft: die Rhetorik der Reaktion, Darmstadt 1992, S. 94 ff.

²⁶ Dafür spricht z.B. die Regelung der Referenzdaten für die Steuerrückerstattung (vgl. hierzu Wong, Christine, 1995, Fiscal Reforms in 1994, in: China Review 1995, Hong Kong, Kapitel 20).

²⁷ Interviews in verschiedenen Provinzen, 1997-1998.

Der Stand der Reformen des Finanzsektors in China

Nicht zuletzt aufgrund der im Verlauf der Asienkrise sichtbar gewordenen Risse in der Finanzarchitektur der betroffenen Staaten, ist auch in der VR China der Finanzsektor in den letzten Jahren zunehmend sowohl in das Zentrum des Reformprozesses in China als auch das Blickfeld der internationalen Beobachter und Investoren gerückt.

Die Frage, ob nicht auch China zukünftig eine Finanzkrise größeren Ausmaßes drohe, wurde im letzten Herbst dann durch die erschreckenden Vorgänge um die *Guangdong International Trust and Investment Corp.* (GITIC) noch einmal aktualisiert.

Im folgenden soll versucht werden, sehr summarisch und überblicksartig die Reformschritte der letzten Jahre zu skizzieren und einige ausgewählte Probleme aufzuzeigen.

Die wesentlichen Reformschritte der letzten Jahre

Verglichen mit den Reformen im Agrar- und Industriesektor war das Reformtempo im Finanzsektor zunächst eher langsam. In den letzten Jahren ist jedoch die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Finanzsektors zunehmend in das Bewußtsein der chinesischen Führung und den Mittelpunkt der Reformanstrengungen gerückt. Die Grundlage für die weiteren Entwicklungen bildete vor allem der wegweisende "*Beschluß des Staatsrates über Reformen der Finanzstruktur von 1993*"²⁸ mit den folgenden grundsätzlichen Zielsetzungen:

- Etablierung eines Makro-Kontrollsystems der Zentralbank unter der Leitung des Staatsrates, mit dem Ziel einer unabhängigen Implementierung der Geldpolitik;
- ein System von Finanzinstitutionen zu etablieren, dessen Rückgrat die staatlichen Geschäftsbanken bilden, das jedoch gleichzeitig die Koexistenz vielfältiger Finanzinstitutionen erlaubt und die Trennung von "politischem" und kommerziellem Geschäft erreicht; und
- ein Finanzmarktsystem mit einem einheitlichen offenen Markt, geregelter Wettbewerb und sorgfältiger Überwachung zu etablieren.

Als erster Schritt wurden zum 1. Januar 1994 einschneidende **Liberalisierungen im Devisenregime** vollzogen (u.a. die Abschaffung der FEC). Inzwischen sind weitere Reformen erfolgt, so daß die chinesische Währung heute im Bereich der Kontokorrent-Devisentransaktionen (*Forex Current Account Transactions*) i.w. konvertibel ist. Kapitalkontotransaktionen (*Forex Capital Account Transactions*) sind allerdings weiterhin genehmigungspflichtig. Die mangelnde Konvertibilität des Renminbi in diesem Bereich hat bisher (glücklicherweise) eine Spekulationswelle gegen die Währung wie in anderen asiatischen Staaten verhindert.

Allerdings hat die verbreitete Spekulation auf eine Abwertung des Renminbi zu einer **Kapitalflucht** erheblichen Ausmaßes geführt, so daß sich die Regierung im September letzten Jahres zu einer Verschärfung der Devisenkontrollen gezwungen sah und die zwangsweise Repatriierung der schätzungsweise US\$ 20 Mrd. Illegal im Ausland geparkter Gelder angeordnet hat.

Ebenfalls 1994 kam es zur Gründung der drei sog. **politikorientierten Banken (state policy banks)**, um die o.a. Trennung von politischem und kommerziellen Geschäft zu erreichen.

²⁸ *The Decision of the State Council on the Financial Structure Reforms* vom 25. Dezember 1993.

Ein Schlüsseljahr der Finanzgesetzgebung ist das Jahr 1995, in dem das Zentralbankgesetz²⁹, das Geschäftsbankengesetz³⁰, das Sicherheitengesetz³¹, das Scheck- und Wechselgesetz³² sowie das Versicherungsgesetz³³ verabschiedet wurden.

Das **Zentralbankgesetz** bestätigt die Rolle der *People's Bank of China* (PBOC) als Zentralbank, die sie i.w. bereits seit 1984 ausübt. Jedoch waren bis dahin ihre Funktion und Befugnisse gesetzlich nicht eindeutig definiert. Sie ist unter der Führung des Staatsrates für die Formulierung und Implementierung der Geldpolitik, sowie die Überwachung und Kontrolle des Finanzsektors³⁴ zuständig. Die **Geldpolitik** wird von einem bei der Volksbank neu eingerichteten Komitee für Geldpolitik bestimmt, dessen Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise vom Staatsrat festgelegt werden. Beschlüsse über die jährliche Geldmenge, Zinssätze, Wechselkurse und weitere vom Staatsrat als zentral erachtete Punkte sind allerdings vor ihrer Umsetzung dem Staatsrat zur Genehmigung vorzulegen. Geldpolitische Beschlüsse auf anderen als den vorgenannten Gebieten können direkt umgesetzt werden und müssen lediglich zu Protokoll gegeben werden.

Zur Durchführung ihrer Geldpolitik stehen der PBOC folgende Instrumente zur Verfügung:

- Mindestreserven, die von den Finanzinstitutionen bei der PBOC zu hinterlegen sind;
- die Festlegung von Basiszinssätzen;³⁵
- Rediskontgeschäfte mit Finanzinstitutionen, die Konten bei der PBOC unterhalten;
- Gewährung von Krediten an die Geschäftsbanken;
- Offenmarktgeschäfte mit Staats- und anderen Regierungsanleihen sowie Devisen;
- andere vom Staatsrat festgelegte geldpolitische Instrumente.

Insgesamt ist die PBOC in den letzten Jahren deutlich um ein Zurückfahren der direkten Kontrolle über Zinssätze und Kreditvergabe zugunsten einer **Ausweitung der indirekten Steuerung** über Rediskontierung und Offenmarktgeschäfte bemüht.

Es ist der PBOC untersagt, der Regierung Überziehungskredite zu gewähren oder direkt Regierungsanleihen zu zeichnen. Darüberhinaus darf sie keine Kredite an Lokalregierungen, Regierungsbehörden aller Ebenen und andere Organisationen vergeben sowie keine Garantien gewähren. Damit wird das Ende der Rolle der PBOC als Finanzier der staatlichen Defizite endgültig festgeschrieben. Kredite an Nichtbank-Finanzinstitutionen dürfen nur mit besonderer Genehmigung des Staatsrates vergeben werden.³⁶

Eine **Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank** ist insbesondere in Art. 7 zu sehen, der jegliche Einflußnahme der Lokalregierungen, Lokalbehörden aller Ebenen, öffentlichen Organisationen oder Privatpersonen betont. In diesem Zusammenhang steht auch die Ende 1998 (gegen

²⁹ *Law of the People's Republic of China on the People's Bank of China* vom 18. März 1995.

³⁰ *Commercial Bank Law of the People's Republic of China* vom 10. Mai 1995.

³¹ *Security Law of the People's Republic of China* vom 30. Juni 1995.

³² *Negotiable Instruments' Law of the People's Republic of China*, gültig ab 1. Januar 1996.

³³ *Insurance Law of the People's Republic of China* vom 30. Juni 1995.

³⁴ Dies schließt auch die Herausgabe entsprechender Direktiven, Vorschriften und Regeln ein.

³⁵ Nicht nur der Leitzinssätze, sondern auch konkreter Basiszinssätze für Einlagen und Kredite.

³⁶ Seit 1995 gilt hier die Politik des „recalling only without granting“, so daß diese Kredite stetig zurückgefahren werden (*Almanac of China's Finance and Banking* 1996, S. 23).

erheblichen Widerstand der mächtigen Zentralbank-Filialen) begonnene Umstrukturierung der Zentralbank in neun provinzübergreifende Regionalniederlassungen, um die Geldpolitik der Einflußsphäre der jeweiligen Lokalregierung zu entziehen. Bisher wurden Kredite der jeweiligen Zentralbank-Filialen häufig von Provinz-Politikern für Entwicklungsprojekte genutzt. Die Verwendung der Gelder entzieht sich dabei meist der Kontrolle der Zentrale in Beijing.

Das **Geschäftsbankengesetz** steckt den rechtlichen Rahmen für die Bankaktivitäten, die Beziehungen zwischen Banken und Regierungsorganen sowie Unternehmen klar ab und überträgt den Banken die alleinige Verantwortung für ihre Geschäftsentscheidungen. Darüber hinaus ist es Einheiten oder Einzelpersonen untersagt, sich in die Bankgeschäfte einzumischen. Insbesondere dürfen sie die Banken nicht zwingen, Kredite oder Garantien zu gewähren und diese haben sich solchen Versuchen zu widersetzen. Bisher wurden viele Entscheidungen in den Banken eher aufgrund persönlicher und politischer Einflußnahme als auf der Basis wirtschaftlicher Erwägungen getroffen. Die Unabhängigkeit der Banken hat jedoch ihre Grenzen. Die Banken sind gehalten, ihre Kreditpolitik unter Leitung der nationalen Industriepolitik an den Erfordernissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auszurichten. So müssen die in alleinigem Staatsbesitz befindlichen Geschäftsbanken (die Spezialbanken) spezifischen vom Staatsrat genehmigten Projekten Kredite gewähren. Für die dabei auftretenden Verluste gewährt der Staatsrat eine (nicht weiter definierte) „angemessene“ Entschädigung.

Eine ganze Reihe von Vorschriften regeln die **Kreditvergabe**. Die Banken sind gehalten, sorgfältige Kreditprüfungen auf verschiedenen Ebenen vorzunehmen und diese von der Kreditvergabe zu trennen. Daneben haben die Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe eine Reihe von Kennziffern zum Verhältnis von Aktiva und Passiva (*asset liability ratios*) zu beachten, die sich teilweise an den Basler Standards orientieren und dürfen maximal 10 % ihres Kapitals an einen einzelnen Kreditnehmer verleihen. Es wurde ihnen eine begrenzte Autonomie innerhalb ihrer individuellen Kreditobergrenze bei der Vergabe von Investitionskrediten verliehen. (Diese besaßen sie zuvor nur bei der Vergabe von Betriebsmittelkrediten, die etwa 60 % des Kreditplans ausmachen.) Als Ergänzung des Kreditplans und um die Geschäftsbanken zur Mobilisierung von Einlagen zu bewegen, können die Banken bis zu 75 % ihrer Einlagen als Kredite vergeben. Weiterhin sind Restriktionen bei der Vergabe sog. Organkredite zu beachten.

Aufgrund der negativen Erfahrungen der letzten Jahre mit spekulativen Geschäften der Banken hat man sich in China für ein **Trennbankensystem** amerikanischer Prägung entschieden. Das Geschäftsbankengesetz untersagt daher den Banken die Durchführung von Treuhandinvestitions- und Wertpapiergeschäften sowie Investitionen in nicht für den Eigenbedarf bestimmte Immobilien. Weiterhin ist es ihnen nicht gestattet, in Nichtbank-Finanzinstitutionen und Unternehmen innerhalb Chinas zu investieren. Inzwischen ist die Trennung der Banken von ihren Treuhand-, Wertpapier- und Versicherungstöchtern weitestgehend vollzogen.

Ende letzten Jahres gelang dann endlich nach sechs Jahren Beratung und vielen Kontroversen die Verabschiedung des **Wertpapiergesetzes**³⁷, das am 1. Juli in Kraft treten wird. Es soll u.a. den "wild spekulativen Sumpf aus grassierendem Insiderhandel, skrupellosem Frontrunning, getürkten Firmenbilanzen und illegalen Börsenplätzen – die besseren Kasinos gleichen – trocknenlegen".³⁸ Die oberste Regulierungs- und Aufsichtsbehörde *China Securities Regulatory Commission* (CSRC), die direkt dem Staatsrat berichtet, wird dann die alleinige Aufsicht für alle Bereiche des Wertpapiergeschäfts übernehmen.

³⁷ *Securities Law of the People's Republic of China* vom 29. Dezember 1998.

³⁸ *Handelsblatt* vom 26. April 1999.

Bewertung und Ausblick

Zweifelloos sind in den vergangenen zwanzig Jahren nennenswerte Erfolge in der Reform des chinesischen Finanzsystems erzielt worden. Zugleich sind jedoch gerade in der letzten Zeit einige Risse in der Finanzarchitektur sichtbar geworden, die zu erheblicher Beunruhigung Anlaß geben. Im folgenden sollen einige der virulenten Probleme diskutiert werden:

1. Die Restrukturierung der staatlichen Geschäftsbanken

Die Schätzungen über die Höhe der **notleidenden Kredite** in den Büchern der staatlichen Geschäftsbanken gehen weit auseinander und reichen meist von 25 – 50 % bzw. in absoluten Zahlen bis zu US\$ 800 Mrd.! Viele Beobachter gehen davon aus, daß die meisten Banken bei Anwendung westlicher Buchführungsprinzipien technisch insolvent wären.

Die chinesische Führung hat das Problem erkannt und leitete Anfang 1998 ein Rekapitalisierungsprogramm über 270 Mrd. RMB ein. Zudem müssen die Banken erhöhte Abschreibungen vornehmen (30 Mrd. RMB 1997, 50 Mrd. RMB 1998, 60 – 70 Mrd. RMB 1999 und 2000) und Rückstellungen bilden (1 % des Kreditvolumens in 1998).

Die grundsätzlichen Probleme sind damit jedoch nicht gelöst.

Eine wirksame Bankenreform ist in erster Linie von der **Reform der Staatsunternehmen** (SOE) abhängig. Immer noch gehen 70 – 80 % aller Kredite an den Staatsindustrie-Sektor, der 1997 lediglich US\$ 1,5 Mrd. Gewinne gegenüber US\$ 76,5 Mrd. des chinesischen privaten Unternehmenssektors erwirtschaftete. Mangels stringenter Anwendung des Insolvenzgesetzes haben die meisten Staatsunternehmen keinerlei Interesse an der Rückzahlung ihrer Bankschulden. Auch die Banken haben aufgrund der oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse bei den Unternehmen geringe Möglichkeiten, Sicherheiten (sofern solche überhaupt gestellt wurden) gerichtlich geltend zu machen.

Aufgrund der derzeit schwierigen konjunkturellen Lage in China sehen sich die Staatsbanken sogar wieder verstärktem politischem Druck bei der Kreditvergabe ausgesetzt.

Erhebliche Probleme liegen auch in der **internen Struktur** staatlichen Geschäftsbanken begründet. So ist die Kostenstruktur aufgrund des aufgeblähten Personalbestands trotz der Niedriglöhne so schlecht wie nirgends sonst in der Welt. Das interne Risikomanagement muß ebenfalls dringend modernisiert werden. Die Analyse der kreditsuchenden Unternehmen und die Kreditbewilligungs-Verfahren wurden meist von denselben Geschäftsstellen vorgenommen, was zu Interessenkonflikten geführt hat. Viele Kredite wurden ohne ausreichende Prüfung und feasibility-Studien vergeben, und es ist fraglich, ob sich dies inzwischen einschneidend verbessert hat. Problematisch gestaltet sich auch die faktische Autonomie der meisten Filialen, die oft eng in das örtliche Beziehungsnetz verwoben sind und durch die Zentrale nur unzureichend kontrolliert werden.

Erforderlich scheint vor allem die Ausweitung des **Wettbewerbs** unter den Banken. Noch vereinigen die vier großen Staatsbanken etwa 90 % der Bilanzsummen auf sich. Allerdings löst sich die Spezialisierung der Banken zunehmend auf und sie dehnen ihre Geschäftsfelder aus. Von den Auslandsbanken geht dabei bisher kein nennenswerter Wettbewerbsdruck aus, da sie bis auf wenige Ausnahmen vom Renminbi-Geschäft ausgeschlossen sind. Allerdings scheint in diesen Bereich nicht zuletzt wegen des angestrebten WTO-Beitritts Chinas einiges in Bewegung zu kommen.

2. Die Flexibilisierung der Geldpolitik

Ein wesentliches Problem für eine effiziente Allokation von Mitteln stellt die von der Zentralbank vorgegebene Bandbreite dar, in der sich die Kreditzinsen um die administrativ festgesetzten **Standardzinssätze** bewegen. So kann sich keine an der Bonität des jeweiligen Kreditnehmers orientierte Risikoprämie herausbilden. Problematisch ist weiterhin, daß diese Standardzinssätze niedriger sind als die Gleichgewichtszinsen und die branchenbezogene Zinsstruktur nicht dem Ertrags-Risiko-Verhältnis der Investitionsprojekte entspricht.

Fraglich ist jedoch, ob eine **Freigabe der Zinssätze** unter den jetzigen Bedingungen den erwünschten Effekt hätte. Die sog. "schlechten" Kreditnehmer hätten keine andere Wahl, als auch zu den höheren Zinssätzen Kredite in gleicher Höhe aufzunehmen, um sich über Wasser zu halten, während die effizient und gewinnbringend arbeitenden "guten" Kreditnehmer aus dem Markt gedrängt würden (sog. *adverse selection*).

Darüber kann es nicht im Interesse der Regierung sein, angesichts der explodierenden Staatsverschuldung aufgrund der gigantischen Konjunkturprogramme ein höheres Zinsniveau zuzulassen.

Hinsichtlich der Rolle des staatlichen **Kreditplans** ist zu fragen, ob diese nicht durch die zahlreichen Ausnahmen und Schlupflöcher zu seiner Umgehung ohnehin stark an Bedeutung verloren hat.

3. Finanzaufsicht und -kontrolle

Aufsicht und Kontrolle stellen für die PBOC angesichts der Größe Chinas ein gewaltiges Problem dar. Es mangelt an qualifiziertem Personal und das Berichtswesen ist vor allem quantitativ und nicht qualitativ ausgerichtet. Bei Inspektionen und Prüfungen vor Ort wird zumeist nur die summarische Einhaltung der Vorgaben der PBOC geprüft, detailliertere Untersuchungen unterbleiben meist. So sind zahlreiche Fälle bekannt, bei denen technisch insolvente Banken ein einwandfreies Testat bekamen. Verstöße wurden bisher meist je nach Persönlichkeit und Ernsthaftigkeit der verantwortlichen Zentralbanker auf einer ad hoc Basis administrativ geahndet. Der Eindruck eines "*occasional enforcement*" verstärkt den Anreiz für die Banken, geschäftsbeschränkende Direktiven zu ignorieren nach dem Motto: "*Every bank violates the credit policy; if I don't, I will be the only one to suffer.*"

4. "Der Fall GITIC"

Anfang Oktober 1998 erschütterte die überraschende Schließung der *Guangdong International Trust and Investment Corp.* (GITIC) die internationale Finanzwelt. Die GITIC hatte zur Finanzierung von Infrastruktur-Projekten in Südchina, für staatliche Industrieprojekte und Joint Ventures Fremdwährungskredite in Milliardenhöhe im Ausland aufgenommen, die nicht mehr bedient werden konnten. Aus Beijing entsandte "Feuerwehrleute" ersetzten die Führungs-Mannschaft der GITIC und meldeten bald, daß diese unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr zu retten sei. Insbesondere ausländische Banken sind betroffen, da die sog. ITICS, von denen etwa 250 existieren, in den letzten Jahren einer der bevorzugten Kreditkanäle ausländischer Banken für das China-Geschäft darstellten. Fälschlicherweise nahm man an, es handle sich bei ihnen um "*sovereign risk*" – Risiko des chinesischen Staates. Auch die Anmeldung der Forderungen stößt auf Probleme: die Zentralbank will nur die von der Devisenaufsichtsbehörde (SAFE) genehmigten Kredite anerkennen. Offenbar war es jedoch für die westlichen Banken nicht immer leicht zu erkennen, ob die Kreditbestätigungen den Anforderungen genügten, wenn sie nicht gleich die Genehmigungshürde bewußt umgingen.

Das Gläubigertreffen, daß nach einem halben Jahr Ermittlungen und Prüfungen Ende April stattfand förderte erschreckende Erkenntnisse zu Tage:

- die 540 Gläubiger müssen ihre Forderungen zu mindestens 80 % abschreiben;
- weniger als ein Drittel der Vermögensgegenstände von GITIC sind eintreibbar;
- die Hälfte der in den Büchern der GITIC geführten Kredite wurde von den Schuldnern seit über fünf Jahren nicht bedient (!);
- die Verbindlichkeiten der Tochter GITIC Shenzhen lagen in Wahrheit um 30 % höher als ursprünglich berechnet; zuvor unbekannte Kreditgarantien über umgerechnet 150 Mio.DM tauchten auf; Schulden i.H.v. rd. 80 Mio. DM standen nicht in den Büchern.

Die Banken werden innerhalb von sechs Monaten erfahren, wieviel sie erhalten, die Auszahlung kann Jahre auf sich warten lassen.

Thesen

9. Eine wirkliche Lösung der Probleme der Staatsbanken ist untrennbar mit der Reform der Staatsunternehmen verbunden.
10. Um das interne Risikomanagement zu verbessern, wäre eine Intensivierung des Wettbewerbs insbesondere durch verstärkte Zulassung von Auslandsbanken und Erweiterung ihres Geschäftsbereichs wünschenswert (WTO-Beitritt).
11. Eine weitere Flexibilisierung der Geldpolitik und insbesondere die Freigabe der Zinssätze ist auf lange Sicht unabdingbar, sollte aber unter den gegenwärtigen Umständen eher behutsam erfolgen und scheint nicht das vordringliche Problem.
12. Vordringlich ist eine vor allem qualitativ bessere Finanzaufsicht- und Kontrolle. Bisher scheint diese den Manipulierungen "kreativer" Buchführung relativ hilflos ausgesetzt. Vor-Ort-Inspektionen müssen intensiviert werden, das Berichtswesen ist verstärkt auf die Berücksichtigung qualitativer Aspekte auszurichten, die Qualifikation der Buchprüfer ist zu verbessern.
13. Die Führung (insbesondere Zhu Rongji) hat die Dringlichkeit der Probleme erkannt, geht sie verstärkt auch gegen Widerstände an. Eine Finanzkrise größeren Ausmaßes ist nicht immanent, allerdings bei exogenen Schocks nicht auszuschließen (Wall-Street Crash, weltweite Zinserhöhungen ausgehend von den USA u.ä.). Der Erfolg der Reformen wird nicht zuletzt auch vom künftigen Verlauf der Weltkonjunktur abhängen.

Literatur

Chen, Yikai (1996), *Unternehmensreform und Kapitalmarktentwicklung in China. Die Veränderung der Unternehmensfinanzierung und deren Auswirkungen auf die Entstehung von Kapitalmärkten im chinesischen Reformprozeß*, München

Girardin, Eric (OECD) (1997), *Banking Sector Reform and Credit Control in China*, Paris

IMF (1996), *Monetary and Exchange Reforms in China. An Experiment in Gradualism*, Washington, D.C.

Ma, Jun (1996), China's Banking Sector: from administrative control to a regulatory framework, in: *Journal of Contemporary China* (1996) 5 (12), S.155-169

Schüller, Margot (1995), Die Reform des chinesischen Finanzsystems: Banken und Kapitalmärkte im Wandel, in: *China aktuell* 10/95, S.926-934

The People's Bank of China (1996), *China Financial Outlook (1996) (engl.)*, Beijing

Tokley, I.A./Ravn, Tina (1997), *Banking Law in China*, Hongkong

White, Gordon/Bowles, Paul (1996), The Political Economy of Late Development in Asia: China's Financial Reforms in Comparative Perspective, S.149-180 in: McCormick, Barrett L./Unger, Jonathan (eds.) (1996), *China after Socialism. In the Footsteps of Eastern Europe or East Asia?*, Armonk/NY

Wohlmuth, Karl (1995), *China im internationalen Währungs- und Finanzsystem*, Bremen

World Bank (1997), *China's Non Bank Financial Institutions. Trust and Investment Companies*, Washington, D.C.

Xu Xiaoping (1998), *China's Financial System under Transition*, London

Yang Haiqun (1996), *Banking and Financial Control in Reforming Planned Economies*, London, New York

Zum Autor

Axel Kassing, geb. 1965 in Münster, Banklehre, Studium der Fächer Sinologie, Japanologie und Jura an der FU Berlin, Zusatzstudiengang "Fremdsprachliches Rechtsstudium - Chinesisches Recht" (Humboldt-Universität). Magisterarbeit zum Thema chinesischer Finanzsektor.

Panel 4: Beziehungen

Sebastian Bersick

Die europäisch-asiatischen Beziehungen am Beispiel des ASEM-Prozesses: Die Erweiterung des interregionalen Beziehungsmusters zwischen den Staaten der Europäischen Union und Teilen Asiens¹

Abstract

Der Asia-Europe Meeting (ASEM)-Prozeß ist in den drei Jahren seines Bestehens zu einem zentralen Mechanismus innerhalb der europäisch-asiatischen Beziehungen geworden. Die Intention des Papers ist es, aufzuzeigen, daß die Form der interregionalen Beziehungen, wie sie im ASEM-Prozeß angelegt ist, eine Abkehr vom bisher im ASEAN-EU-Dialog praktizierten group-to-group Ansatz darstellt. Die Hauptthese lautet, daß bei der Analyse des ASEM-Prozesses die bilaterale Ebene der einzelstaatlichen Kooperation als Analyseebene berücksichtigt werden muß. Inwieweit sich aus der strukturellen Besonderheit der Kooperationsform im ASEM-Prozeß neue Handlungsmöglichkeiten für die teilnehmenden Staaten eröffnen, wird ebenso untersucht wie die Vorteile, die am Beispiel des zweiten ASEM-Außenministertreffens in Berlin exemplifiziert werden.

Stichworte: ASEM, ASEAN, EU, interregionale Kooperation

Einleitung

Seit seiner Inauguration im März 1996 in Bangkok ist der ASEM (Asia-Europe Meeting)-Prozeß zu einem zentralen Mechanismus der europäisch-asiatischen Kooperation geworden. Als globaler konzeptioneller Überbau liegt ihm die Vorstellung einer sich in der Entwicklung befindlichen tri-lateralen Struktur des internationalen Systems mit den Wirtschaftspolen Europa, (Nord-)Amerika und Asien zugrunde. Die Idee eines Treffens von europäischen und asiatischen Staats- und Regierungschefs wurde 1994 in Singapur entwickelt. ASEM soll als *missing link* die Regionen Asien und Europa verbinden. Im Gegensatz zu der transpazifischen Seite des Dreiecks, dem APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation)-Prozeß, ist nicht nur die Kooperation im Wirtschaftsbe-reich, sondern ebenso der politische Dialog und die Kultur Bestandteil der Zusammenarbeit.²

Das Erkenntnisinteresse des Papers gilt der Frage: Inwieweit unterscheidet sich die Form der Ko-operation zwischen den Regionen³ Europa und Asien im Rahmen des ASEM-Prozesses im Hin-blick auf ihre Kooperationsebenen von den bisherigen interregionalen Beziehungen zwischen der EU und Teilen Asiens? Zu diesem Zweck soll die Form der Kooperation strukturanalytisch un-tersucht und zwischen einer horizontalen Ebene sowie einer vertikalen Ebene der Kooperation unterschieden werden. Erstere differenziert die Akteursqualität, d.h. auf welcher Regierungsebe-ne (z.B. der Außenminister) Kooperation stattfindet. Auf der Vertikalen werden die Kooperati-

¹ Das Paper ist eine erste weiterführende Ausarbeitung eines Aspektes, den ich im Jahr 1997 in meiner Di-plomarbeit über den ASEM-Prozeß nur kurz beleuchten konnte.

² Vgl. zum ASEM-Prozeß: Bersick, Sebastian, ASEM: Eine neue Qualität der Kooperation zwischen Europa und Asien, Münster 1998. Maull, Hanns et al. (Hrsg.), Europe and the Asia Pacific, London 1998.

³ Region wird hier mit Christopher Daase als sozial-räumliche Einheit begriffen, die durch eine territoriale so-wie eine funktionale Bestimmung definiert ist. Vgl. Daase, Christopher, Regionalisierung der Sicher-heitspolitik – Eine Einführung, in: Daase, Christopher et al. (Hrsg.), Regionalisierung der Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1993, S. 77 ff.

onsebenen der internationalen Beziehungen unterschieden (z.B. bilaterale Kooperation zwischen Einzelstaaten und bilaterale Kooperation zwischen Staatengruppen). Die Intention des Papers ist es zu zeigen, daß die Form der interregionalen Beziehungen, wie sie im ASEM-Prozeß angelegt ist, eine Abkehr vom bisher im ASEAN-EU-Dialog praktizierten *group-to-group*-Ansatz darstellt. Dieser strukturelle Unterschied bietet gegenüber der bisherigen Form Vorteile. Diese neue Form der Kooperation zwischen Europa und Asien wirft die Frage auf, ob sie neue Handlungsmöglichkeiten für die teilnehmenden Staaten eröffnet oder ob die eigenständige Ausgestaltung der Außenbeziehungen der Einzelstaaten weiter eingeschränkt wird.

Die Hauptthese lautet, daß bei der Analyse des ASEM-Prozesses die bilaterale Ebene der einzelstaatlichen Kooperation als Analyseebene berücksichtigt werden muß. Zu der von mir gewählten Methodik zählt neben der Fallanalyse auch der Vergleich. Dokumentenanalysen, Experteninterviews und die nicht-teilnehmende Beobachtung dienen als Methoden der Datenerhebung.

Theoretische Vorüberlegungen

Regionalismus-Theoretiker beschäftigen sich im allgemeinen mit dem intra-regionalen Aspekt regionaler Kooperation.⁴ Obwohl die Mehrzahl der vergleichenden Regionalismusanalysen diesen Schwerpunkt setzt, haben Theoretiker des Regionalismus ebenso die Bedeutung der Außenbeziehungen und deren Rückwirkungen untersucht. Im Vordergrund der Überlegungen steht dabei die Frage, inwieweit intra-regionale Kooperation ihrerseits Einfluß auf die Strukturierung der jeweiligen interagierenden Regionen besitzt.⁵ Karl Kaiser unterscheidet in seiner Theorie der Interaktion regionaler Subsysteme des internationalen Systems zwischen drei Idealtypen von Subsystemen. Innerhalb jedes einzelnen kann Interaktion auf der Ebene von Regierungseliten, auf der von regierungsunabhängigen Eliten und zwischen nicht-gouvernementalen und gouvernementalen Eliten stattfinden. Bei der auf dieser Konstruktion aufbauenden empirisch-induktiven Entwicklung einer Theorie von Grundmustern der Interaktion zwischen jeweils zwei regionalen Subsystemen geht Kaiser akteurstheoretisch von jeweils zwei miteinander interagierenden Akteuren aus.⁶ Barbara Dreis-Lampen wendet das Kaiser'sche Theoriekonzept auf die interregionale Kooperation zwischen der EU und Asien an.⁷ Der ihrer Analyse zugrundeliegende Forschungsgegenstand macht die Operationalisierung des Begriffs des regionalen Subsystems durch die EU und die ASEAN sinnvoll, da zwei Akteure miteinander kooperieren: die EU und die ASEAN. Seit seiner Institutionalisierung im Jahre 1980 versteht sich der ASEAN-EU-Dialog als *group-to-group*-orientierter Kooperationsansatz. Dessen Besonderheit besteht darin, daß nicht Einzelstaaten, sondern zwei Gruppen von Staaten miteinander kooperieren.⁸ Im Falle des EU-ASEAN-Dialogs ist daher von einem Zwei-Akteure-Modell auszugehen. Ein solcher Ansatz läßt sich in doppelter Hinsicht erkennen: Einerseits in geographischer, da ein asiatischer und ein europäischer Akteur zusammenarbeiten, und andererseits in institutioneller, da zwei Staatengruppen, mit unterschiedlicher institutioneller Ausprägung, kooperieren.

Diese empirische Adäquanz der Theorie ist jedoch im Rahmen des ASEM-Prozesses nicht gegeben. Zahlreiche empirische Belege deuten darauf hin, daß bspw. die hier angeführte Theorie

⁴ Vgl. Fawcett, Louise/Hurrell, Andrew (Hrsg.), *Regionalism in World Politics*, Oxford 1995.

⁵ Vgl. Hänggi, Hainer, *Regionalism through Inter-Regionalism: The Case of ASEM*, Paper presented at the 15th Sino-European Conference, Taiwan, R.O.C. 1998.

⁶ Kaiser, Karl, *Die Interaktion regionaler Subsysteme*, in: Doeker, Günther/Veitl, Friedrich, *Regionalismus und regionale Integration*, Frankfurt a.M. 1981, S. 99-128.

⁷ Vgl. Dreis-Lampen, Barbara, *ASEAN und die Europäische Union*, Hamburg 1998.

⁸ Vgl. Edwards, Geoffrey/Regelsberger, Elfriede (Hrsg.), *Europe's Global Links*, London 1990.

der Interaktion von regionalen Subsystemen nur bedingt geeignet ist, um die interregionale Kooperation im Rahmen des ASEM-Prozesses gegenstandsadäquat zu erklären.

Die Mehrebenigkeit der vertikalen Kooperation

Ein zentrales Charakteristikum des ASEM-Prozesses besteht darin, daß an ihm auf europäischer Seite nicht einzig und allein die EU teilnimmt, sondern die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die EU, vertreten durch die EU-Kommission und die EU-Ratspräsidentschaft. Auf asiatischer Seite nimmt hingegen die ASEAN, trotz der Teilnahme von sieben ihrer zehn Mitgliedsstaaten nicht teil. Vielmehr partizipieren auf der asiatischen Seite zehn einzelne asiatische Staaten.⁹ In Bezug auf das ASEM-Teilnehmergefüge ist eine strukturelle Asymmetrie zu bilanzieren: Während auf europäischer Seite die EU-Kommission partizipiert, nehmen auf asiatischer Seite ausschließlich Staaten teil. Diese parallele Teilnahme von EU-Kommission und von Staaten ermöglicht eine Mehrebenigkeit der vertikalen Kooperationsebenen und eine Flexibilität in der Zusammenarbeit. Eine Abkehr vom ausschließlichen *group-to-group*-Ansatz ist daher festzustellen. Da deshalb innerhalb des ASEM-Prozesses nur in geographischer Hinsicht zwei Akteure miteinander interagieren bzw. kooperieren, im institutionellen jedoch 26 Akteure, ist die Erklärungskraft der Kaiser'schen Theorie für die Kooperation im ASEM-Prozeß gering. Es zeigt sich die Notwendigkeit, die Kooperation im ASEM-Prozeß nicht ausschließlich als Kooperation zwischen zwei Akteuren und somit als *group-to-group*-Ansatz zu begreifen. Trotz der sich aus diesem spezifischen ASEM-Teilnehmergefüge ergebenden Erweiterung des interregionalen Beziehungsmusters zwischen den Staaten der EU und Asiens betrachten jedoch die meisten Analysen den ASEM-Prozeß im Rahmen eines zwei-Akteure-Ansatzes¹⁰.

ASEAN-EU versus ASEM: Institution gegen Flexibilität

Es ist die Flexibilität innerhalb des Teilnehmergefüges, die auf dem Treffen der asiatischen und europäischen Außenminister Ende März 1999 in Berlin einen diplomatischen Eklat begrenzen konnte. Das Treffen der ASEAN-EU-Außenminister mußte abgesagt werden, da sich die europäische und die asiatische Seite nicht über eine Teil- bzw. Nichtteilnahme Burmas einigen konnten. Der thailändische Außenminister führt diese Entwicklung darauf zurück, daß der ASEAN-EU-Dialog ein "block-to-block meeting" ist.¹¹ Ein strukturelles Hindernis wird erkennbar, welches der ASEM-Prozeß aufgrund seines gegenüber dem ASEAN-EU-Dialog flexibleren Teilnehmergefüges nicht besitzt: Da die sieben südostasiatischen Staaten Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam als Einzelstaaten, und nicht in ihrer Funktion als ASEAN-Mitgliedsstaaten, am ASEM-Prozeß teilnehmen, behinderte das ASEM-Teilnehmergefüge nicht das Zustandekommen des ASEM-Außenministertreffens.

Neben ihrer formalen Einbettung in die Chairman's Statements von Bangkok und London zeigt sich die Bedeutung der bilateralen Ebene in ihrer Anwendung. Sowohl während des ersten ASEM-Treffens in Bangkok als auch während des zweiten ASEM-Treffens in London im April 1998 fanden zahlreiche bilaterale Gespräche zwischen den Staats- und Regierungschefs, aber auch zwischen den ebenso anwesenden Außenministern statt. In London wurden neben den multilateralen '*closed sessions*' der Staats- und Regierungschefs weit über 36 bilaterale Treffen abge-

⁹ Vgl. Chairman's Statements von Bangkok und London.

¹⁰ Vgl. Rüländ, Jürgen, *The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?*, Rostock 1996. Maull, Hanns/Tanaka, Akihiko, *The Geopolitical Dimension*, in: Council for Asia-Europe Cooperation (CAEC): *The Rational and Common Agenda for Asia-Europe Cooperation*, Tokyo 1997.

¹¹ Außenminister Surin Pitsuwan am 29.03.1999 während der abschließenden Pressekonferenz des zweiten ASEM-Außenministertreffens in Berlin.

halten.¹² Die Charakterisierung des ASEM-Prozesses als "multilateral cooperation efforts at the inter-regional level (...) which is based on group-to-group negotiations"¹³ macht daher eine Ergänzung um das bilaterale Element der Kooperation zwischen Einzelstaaten notwendig. Nicht nur asiatische Teilnehmer, wie der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan auf seiner Pressekonferenz in London, messen den Gesprächen auf bilateraler Ebene besondere Bedeutung bei. Auch europäische Diplomaten bezeichnen den ASEM-Prozeß als "gleichberechtigten Dialog von Einzelstaaten"¹⁴.

Eine europäische Phalanx?

Als Erklärung, weshalb die asiatische Seite auch der bilateralen Kooperationsebene zwischen Einzelstaaten hohe Bedeutung zumißt, kann ein Vorwurf dienen, der während des ersten ASEM-Außenministertreffens in Singapur gegenüber der europäischen Seite formuliert wurde. Demnach würden die einzelnen europäischen Teilnehmer im ASEM-Prozeß nicht ihren jeweiligen nationalen Partikularinteressen Ausdruck geben, sondern wiederholten stattdessen ihre gemeinsame EU-Position. Der ASEM-Prozeß, so der Delegationsteilnehmer, sei ein Forum, auf dem sich die teilnehmenden Staaten austauschten.¹⁵ Diese Betonung der nationalen Partikularinteressen weist auf einen durch das Teilnehmergefüge bedingten strukturellen Nachteil hin, den die asiatische Seite gegenüber der europäischen Seite besitzt, und den ich als das Phalanx-Argument bezeichnen möchte: Auf der bilateralen zwischenstaatlichen Kooperationsebene können einzelne asiatische Staaten gegenüber einzelnen europäischen Staaten bessere Verhandlungserfolge erzielen als auf der Ebene der *group-to-group*-Kooperation. Im letzten Fall trifft eine geeinte EU-Position auf eine relativ weniger kohärente Position der asiatischen Seite.

Ein solcher Begründungszusammenhang macht eine Differenzierung der einzelnen Politikfelder erforderlich, in denen Europäer und Asiaten zusammenarbeiten. Innerhalb der Außenbeziehungen der EU ist bspw. die Vergemeinschaftung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten im Bereich des Außenhandels aufgrund der gemeinsamen Handelspolitik, deren ausschließliche Zuständigkeit allein bei der EU liegt, am größten. Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich hingegen dominiert das intergouvernementale Element. Einiges spricht daher für einen relativ kleinen Handlungsspielraum der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Handelspolitik und für einen größeren Handlungsspielraum im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Im ASEM-Prozeß kann daher im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erhöhte Kooperation zwischen Einzelstaaten stattfinden.

Die Ebene der bilateralen Kooperation darf in ihrer Bedeutung jedoch nicht überbewertet werden. Während auf asiatischer Seite jeweils ein südost- und ein nordostasiatischer Staat gemeinsam die zur Absprache einer gemeinsamen asiatischen Position eingesetzten ASEM-Koordinatoren stellen, treten auf europäischer Seite die EU-Präsidentschaft und die EU-Kommission als Koordinatoren in Erscheinung. Simon Nuttal und Hadi Soesastro erkennen im ASEM-Prozeß sogar den ersten Dialog der EU, in dem zwar nationale Positionen immer noch auf nationaler Ebene ausgearbeitet werden, jedoch "within the framework of a coordinated EU position"¹⁶. Diese, in Hinblick auf eine Konvergenz der nationalen Asienpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten positive

¹² Eigene Recherchen im April 1998 während des ASEM II in London.

¹³ Lee, Dong Hwi, ASEM after APEC?: A comparative Assessment, IFANS, Seoul 1997, S. 4 und 8.

¹⁴ Hintergrundgespräch im Auswärtigen Amt im Mai 1997.

¹⁵ Hintergrundgespräch mit einem deutschem Delegationsmitglied des ersten ASEM-Außenministertreffens in Singapur im Bundesministerium für Wirtschaft im Mai 1997.

¹⁶ Nuttal, Simon/Soesastro, Hadi, The Institutional Dimension, in: CAEC, a. a. O. 1997, S. 83.

Analyse steht im deutlichen Widerspruch zu Kritikern der EU-Integrationsleistungsfähigkeit. Aufgrund mangelnder Abstimmung erkennen sie auch für die Zeit nach der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags die EU-Mitgliedsstaaten als jeweilige Akteure und nicht die EU als Akteur einer EU-Asia-policy.¹⁷ Im ASEM-Kontext kommt dieser Problematik große Bedeutung zu: In dem Maße, in dem die EU das im Unionsvertrag formulierte Ziel der Implementierung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik umsetzt, sinkt der Handlungsspielraum der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, um in diesem Politikfeld bilaterale Kooperation zu betreiben.

Die mögliche Bedeutung der Kooperation zwischen europäischen und asiatischen Einzelstaaten betont auch Eero Palmujoki. In seiner Analyse der Beziehungen zwischen der EU und der ASEAN kommt er zu dem Schluß, daß, sofern der ASEAN-EU-Dialog Rückschläge erleidet, die Mitgliedsstaaten sich einzeln in beiden Regionen engagieren werden.¹⁸ Seiner Einschätzung zufolge bietet der ASEAN-EU-Dialog für eine solche Betonung der bilateralen Kooperation hinlänglich Nischen. Vor dem Hintergrund der Absage des 13. ASEAN-EU-Außenministertreffens und den daraus resultierenden Spannungen zwischen der EU und der ASEAN ist dies jedoch zu bezweifeln. Stattdessen ermöglicht der sich nunmehr im vierten Jahr seiner Entfaltung befindende ASEM-Prozeß diese bilaterale Kooperation zwischen Einzelstaaten, eben *weil* sein Teilnehmergefüge eine Orientierung auf den Dialog zwischen Staatengruppen nicht verfolgt und sich daher vom klassischen *group-to-group*-Ansatz unterscheidet.

Fazit

Abschließend läßt sich zusammenfassen, daß innerhalb des ASEM-Prozesses auf der vertikalen Ebene der Kooperation zwei Kooperationsebenen der internationalen Beziehungen Anwendung finden: die bilaterale Kooperation der Einzelstaaten und die Kooperation "between the two regions"¹⁹. Zum ersten Mal sind somit beide Ebenen Teil der interregionalen Kooperation zwischen den Staaten der EU und Teilen Asiens. Inwieweit es sich dabei um gleichberechtigte Teile handelt, zählt zu den offenen Fragen. Im Gegensatz zur interregionalen Kooperation im Rahmen des ASEAN-EU-Dialogs findet im ASEM-Prozeß zwar in geographischer Hinsicht ein *group-to-group*-Ansatz Anwendung, jedoch nicht in institutioneller. Der ASEM-Prozeß vermag daher eine Doppelfunktion zu erfüllen, die gegenüber dem im ASEAN-EU-Dialog praktizierten Ansatz Vorteile für die europäisch-asiatische Kooperation in sich birgt.

Zum Autor

Sebastian Bersick, Dipl.-Pol., FU Berlin, Doktorand, Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens, beberlin@zedat.fu-berlin.de, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsschwerpunkte: Interregionale Kooperation, europäisch-asiatische Beziehungen.

¹⁷ Algieri, Franco, The Coherence Dilemma of EU External Relations. Implications for the EU's Asia Policy. Paper presented at the Association of Southeast Asian Studies, London April 1998.

¹⁸ Palmujoki, Eero, EU-ASEAN Relations: Reconciling Two Different Agendas, in: Contemporary Southeast Asia, Vol. 19, No 3, December 1997, S. 269-285.

¹⁹ Vgl. Chairman's Statement von Bangkok, Punkt 15.

Ute Roßmann

Japans wirtschaftliche Beziehung zu Asien: Leitgans oder Kormoranfischer?

Abstract

Der vorliegende Beitrag wurde eigens als Vortrag für die Tagung konzipiert. Er sollte dazu dienen, in provokanter Weise mögliche wirtschaftliche Rollen Japans in Asien darzustellen. Der Beitrag ist im weiteren Sinne Ausfluß meiner Dissertation, die sich mit der wirtschaftlichen Rolle Japans in Asien und der Veränderung dieser Rolle durch die Asienkrise beschäftigt. Um den Vortrag einem wirtschaftswissenschaftlich nicht vorgebildeten Publikum näherbringen zu können, wurde bewußt auf eine wissenschaftlich "saubere" Argumentation verzichtet. Daher läßt der Vortrag vielerlei Kritik zu, die auch aus dem Plenum einfloß, wie bspw. Nicht-Unterscheidung zwischen inter- und intraindustriellem Handel, Ungenauigkeiten bei den makroökonomischen Gleichungen usw.

Leitfrage: Japans wirtschaftliche Bedeutung für Asien

Methodischer und theoretischer Rahmen: Produktlebenszyklusmodell nach Vernon, einfache Makroökonomie

Problem: Wo liegt der zukünftige Absatzmarkt?

Der japanische Ökonom Akamatsu Kamame und die auf dessen Theorien aufbauenden Arbeiten seines Schülers Ippei Yamazawa sehen die wirtschaftliche Bedeutung Japans für die asiatisch-pazifische Region in einem eindeutig positiven Bild:²⁰ Japan agiert als "Leitgans". Es übernimmt die technologische Führerschaft in der Region und die anderen asiatischen Länder folgen (vgl. bspw. Thompson 1998, S. 36 ff.). Es stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Funktionsweise.

Der Modellentwicklung liegt die Situation Japans nach dem Zweiten Weltkrieg zugrunde, also einem Land mit enormem Industrialisierungsnachholbedarf. Modelltheoretisch muß das betroffene Land am Anfang zumindest technisch höherwertige Produkte importieren, um sie nach und nach durch einheimische Produkte zu ersetzen. Diese Substitution führt zwingend zu einem erfolgreichen Aufbau der einheimischen Produktion, die in ihrer weiteren Entwicklung gleichsam den Export automatisch initiiert. Die gesamte Produktion durchläuft dabei einen Produktlebenszyklus (Vernon 1966), der mit der Herstellung eines billigeren Imitationsproduktes beginnt. Eine zunehmende Wettbewerbsfähigkeit ist die Folge mit der weiteren Folge, daß die Produktionszuwächse stärker steigen als die einheimische Konsumgüternachfrage. Der Produktionsüberschuß muß zum Export führen. Infolge weiterer Industrialisierung steigt das Wohlstandsniveau der betreffenden Volkswirtschaft und damit auch deren Lohnniveau, wodurch die Industrie ihre Wettbewerbsvorteile einbüßt und sich von daher zur Auslagerung ihrer Produktion in sogenannte Billiglohnländer gezwungen sieht, die wiederum den vorbeschriebenen gleichen Zyklus durchlaufen.

Im Falle der asiatischen Region ist die Position Japans die der "Leitgans", direkt gefolgt von den "Newly Industrializing Economies" (NIEs) Taiwan, Singapur, Hong Kong, Thailand, und dahinter die ASEAN-Staaten. Auf diese Weise gewinnen alle mehr Wohlstand.

Wie schön, wenn es so einfach funktionierte!

Der japanische Wirtschaftswissenschaftler Keitaro Hasegawa (Smith 1989, S. 90) allerdings sieht das ganz anders. Er setzt der "Leitgans" Japan das Bild vom "Kormoranfischer" Japan ent-

²⁰ Die Autorin hat bewußt eine sehr einfache und extrem simplifizierende Darstellungsweise gewählt. Der Ökonom sei auf die weiterführende Literatur im Anhang verwiesen.

gegen, der den Kormoran für sich arbeiten läßt, wobei dieser jedoch den Fisch nicht selbst essen kann, weil ihm der Hals zugebunden ist.

Vergleichen wir damit die Realität.

Fest steht der gestiegene japanische Handel mit den anderen asiatischen Ländern. Weiter ist der Zuwachs der Anteile an den Direktinvestitionen in diese Länder eine Tatsache (vgl. Tabelle 1 und 2 im Anhang). Es ist evident, daß die Beurteilung der Gesamtsituation die makroökonomischen Gesichtspunkte mit einbeziehen muß.

In diesen Zusammenhängen ist insbesondere der chronische Handelsbilanzüberschuß der Japaner und seiner Nachbarn auffällig. Mit den modelltheoretischen Erwartungen steht im Kontrast, daß die Japaner mit zunehmendem Wohlstand gerade **nicht** ihren Import und damit auch die Importe aus den Ländern der Nachbarregionen erhöht haben. Zwischen den Jahren 1985 und 1993 stieg nämlich das asiatische Defizit im Handel mit Japan von 9,3 auf 54,2 Milliarden Dollar (Katzenstein und Shiraishi 1997).

Daraus ergibt sich die Frage, **wohin** also Japan und die asiatischen Länder ihre Produkte verkaufen. Beantwortet wird diese Frage bei einem Vergleich der Handelsbilanzen von Japan und der anderen asiatischen Staaten mit denen der USA und Europa. Diese zeigen eindeutig in dem Zeitraum von 1985 bis 1993 den Anstieg der Außenhandelsbilanzüberschüsse der Asiaten von ursprünglich 28 Milliarden auf 70 Milliarden Dollar (Katzenstein und Shiraishi 1997). Diese Zahlen belegen, daß doch eher Europa und die Vereinigten Staaten als die Motoren des asiatischen Wachstums anzusehen sind.

Zu welchen Konsequenzen mag die aufgezeigte Abhängigkeit führen? Dazu wollen wir die makroökonomische Seite eines Handelsbilanzüberschusses mit Hilfe der Investitions- und Sparidentität betrachten:

$$(S - I) = (G - T) + (X - M),$$

wobei $(S - I)$ den Sparüberschuß des privaten Sektors der einheimischen Wirtschaft bezeichnet, $(G - T)$ das Defizit oder den Überschuß des öffentlichen Sektors definiert und $(X - M)$ den Zahlungsbilanzüberschuß bzw. das Zahlungsbilanzdefizit darstellt.

Aus alledem ist leicht die zwangsläufige Erwirtschaftung eines Exportüberschusses einer Volkswirtschaft erkennbar, wenn deren Sparquote höher ist als die geleisteten Investitionen und der Überschuß nicht vollständig von einem defizitären Staatshaushalt aufgesaugt wird. Betrachtet man auf dieser Basis die Sparquoten, so erklärt die hohe japanische und asiatische gegenüber der extrem niedrigen amerikanischen Sparquote, weshalb die USA bislang ein Importeurdasein führen mußten. Diese Verhältnisse können sich jedoch ändern. Anhaltspunkte hierfür liefert die Tatsache, daß der amerikanische Haushalt erstmals 1998 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschloß und daß zudem die USA simultan einen Anstieg ihrer Exportquote zu verzeichnen haben.

Die so gekennzeichnete Entwicklung wirft also die Frage auf, wie lange die USA noch als Hauptabnehmer für japanische und asiatische Produkte fungieren können. In Europa, wo als Folge der Installation der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der intra-regionale Handel ohnehin im Steigen begriffen ist, ist von daher die Problemstellung vergleichbar.

Abgesehen davon, daß sich an dem bisherigen Status quo nichts ändert, zeichnen sich aus der eingetretenen Entwicklung folgende Szenarien ab:

14. Die Bedeutung der USA und Europas als Absatzmarkt für asiatische Produkte geht zurück und Japans Importquote stagniert weiter. Mögliche Folgen sind:

15. a) der intra-regionale Handel innerhalb der asiatischen Region beginnt zu wachsen oder
16. b) das gesamte System bricht zusammen.
17. Japan löst die USA in seiner Konsumentenrolle ab und nimmt die asiatischen Güter auf.

Anhang

Tabelle 1: Japanische Ex- und Importe nach Regionen 1990 und 1995

	<i>Exports fob \$s</i>		
	1990	1995	1997
global	286.949.597	443.251.353	421.012.181
Asien ²¹	86.461.538 (30,1 %)	189.206.086 (42,7 %)	147.671.969 (35,1 %)
Pazifik-Ozeanien ²²	8.968.937 (3,1 %)	10.444.152 (2,4 %)	10.306.758 (2,5 %)
USA	90.944.198 (31,7 %)	122.110.577 (27,5 %)	118.401.038 (28,1 %)
EU 15	58.584.267 (20,4 %)	70.565.626 (15,9 %)	65.717.355 (15,6 %)

	<i>Imports cif \$s</i>		
	1990	1995	1997
global	234.799.746	336.141.246	338.812.068
Asien	64.876.085 (27,6 %)	119.714.473 (35,6 %)	107.704.419 (31,8 %)
Pazifik-Ozeanien	14.831.738 (6,3 %)	18.494.125 (5,5 %)	18.012.558 (5,3 %)
USA	53.029.511 (22,6 %)	75.911.101 (22,6 %)	76.002.284 (22,4 %)
EU 15	37.783.562 (16,1 %)	48.878.732 (14,6 %)	45.021.544 (13,3 %)

Quelle: OECD 1997, S. 88; OECD 1999, S. 88; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Japanische Direktinvestitionen

<i>FDI Mrd. Yen</i>	1990	1996
gesamt	8.352	5.409
Nordamerika ²³	3.996 (47,8%)	2.593 (47,9%)
Asien ²⁴	1.034 (12,4%)	1.308 (25,2%)
Europa ²⁵	2.097 (25,1%)	830 (15,3%)

Quelle: MITI 1998, eigene Berechnungen für 1990.

Zitierte und weiterführende Literatur

Akamatsu, Kamame (1961): A theory of unbalanced growth in the World Economy, Weltwirtschaftliches Archiv, 86 (1961 I), S. 196-217.

²¹ Asien umfaßt hier die Länder Thailand, Malaysia, Brunei, Singapur, Indonesien, Philippinen, China, Südkorea, Taiwan, Hong Kong, etc.

²² Australien, Papua Neu Guinea, Neu Seeland, und Ozeanien.

²³ Nordamerika: USA und Kanada

²⁴ Asien umfaßt China, Indonesien, Hongkong, Thailand, Singapur, Malaysia, Taiwan, Korea, Vietnam, Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch, Myanmar, u.a.

²⁵ Europa definiert als: U.K., Niederlande, BRD, Frankreich, Luxemburg, Irland, Spanien, Finnland, Italien, Türkei, Belgien, Österreich, Schweiz, Rußland, Ungarn, Schweden, Polen, u.a.

- Bénassy-Quéré, A. (1996): Potentialities and opportunities of the Euro as an international currency, Economic papers, Nr. 115, Brussels, European Commission.
- Bernard, Mitchell and John Ravenhill (1995): Beyond product cycles and flying geese: rationalization, hierarchy, and the industrialization of East Asia, World Politics, Vol. 47, January, S. 171-209.
- Chung, H. Lee and Ippei Yamazawa (eds.) (1990): The economic development of Japan and Korea – a parallel with lessons, New York.
- Das, Dilip K. (1998): Changing Comparative Advantage and the changing composition of Asian Exports, The World Economy, Vol. 21, No. 1, S. 121-140.
- Frankel, Jeffrey A. (1994): Is Japan creating a yen bloc in East Asia and the Pacific?, in: Garnaut, Ross and Peter Drysdale (1994): Asia Pacific Regionalism – Readings in international economic relations, Sydney.
- Garnaut, Ross and Peter Drysdale (1994): Asia Pacific Regionalism – Readings in international economic relations, Sydney.
- Higgot, Richard, Richard Leaver and John Ravenhill (1993): Pacific Economic Relations in the 1990s, Cooperation or Conflict?, London.
- Ikema, Makoto (1994): Japan's Trade Policy and Regional Cooperation, in: Research in Asian Economic Studies, 5, S. 109-119.
- Katzenstein, P. and T. Shiraishi (eds.) (1997): Network Power: Japan and Asia, Cornell University Press.
- Kawai, Masahiro (1997): Japan's trade and investment in East Asia, in: East Asian trade after the Uruguay Round, Cambridge/Mass., S. 209-226.
- Kwan, C.H. (1993): Economic Interdependence in the Asia-Pacific Region: Towards a Yen Bloc, London and New York.
- Kwan, C.H. (1996): A yen-bloc in Asia: an integrative approach, in: Journal of the Asia-Pacific Economy, Vol. 1, No. 3, S. 347-364.
- MITI (Ministry of International Trade and Industry) (1998): Charts and Tables Related to Japanese Direct Investment Abroad, News from MITI, N-98-4, January 1998.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (1997): Statistics Directorate: Foreign Trade by commodities 1995, Vol. 2: Japan. Paris.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (1999): Statistics Directorate: Foreign Trade by commodities 1992-1997: Japan. Paris.
- Sato, Kazuo (1995): Economic Growth, Foreign Trade, and Trade Policy in Japan, in: The World Economy, Vol. 18, No. 2, S. 193-218.
- Smith, Charles (1989): So near... and yet so far, in: Far Eastern Economic Review, 8. Juni 1989, S. 90.
- Thompson, Graham (1998): Economic Dynamism in the Asia-Pacific: The Growth of Integration and Competitiveness, London and New York.
- Vernon, Raymond (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 80 (May 1966).
- Yamazawa, Ippei (1990): Economic Development and international trade: The Japanese model, Honolulu, Resource Systems Institute.

Zur Autorin

Ute Roßmann, Dipl.-Vw. B.Sc. (Lehrbeauftragte Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Ph.D. Student University of Leeds), Gewerbe- 30, 55546 Pfaffen-Schwabenheim, e-mail: ute.rossmann@uni-mainz.de. Themenschwerpunkt: Asienkrise, Japans wirtschaftliche Bedeutung für Asien.

Rolf Jordan

Politik in transnationalen Räumen: Das SIJORI-Wachstumsdreieck

Das im folgenden vorzustellende Promotionsprojekt geht der Frage nach, wie sich Akteurskonstellationen auf (inter-)nationaler Ebene durch subregionale Integrationspolitiken verändern und welche vor allem nicht-staatlichen Akteure zu den staatlichen hinzu treten. Das besondere Augenmerk liegt hierbei auf der Entstehung und Einbindung neuer Akteurskonstellationen in internationalen Verhandlungssystemen unter Bedingungen zunehmender Globalisierung. Als empirischer Fokus dient das SIJORI-Wachstumsdreieck (Singapur-Johore-Riau Inseln) in Südostasien, an dem Malaysia, Singapur und Indonesien beteiligt sind. In dem Projekt soll untersucht werden, welche Veränderungen der politischen Akteurskonstellationen innerhalb des Entwicklungsprozesses in der Region in Erscheinung treten, welche Interessen das Handeln dieser Akteure leiten und welche (politischen) Handlungskompetenzen in solchen Entwicklungsprozessen vorhanden sind bzw. in deren Verlauf entwickelt werden (können) und schließlich, ob und wie diese Akteure in bereits bestehende, durch nationalstaatliche Akteure dominierte Verhandlungssysteme auch auf supra-nationaler Ebene eingebunden werden.

Internationalisierung und die Rolle des Nationalstaates

1997 brannten monatelang große Teile des indonesischen Regenwaldes. Ob es sich dabei um die "natürlichen" Folgen anhaltender Dürre in der Region handelte, oder ob die verheerenden Brände vielmehr das Ergebnis fortdauernder Brandrodung waren, ist ein Streitpunkt, der nicht allein für die indonesische Regierung von Bedeutung war. Betroffen waren von der Katastrophe in erheblichem Ausmaß auch unmittelbar benachbarte Staaten wie Malaysia und Singapur. Die Luftverschmutzung hatte über die Grenzen hinweg zeitweise bedrohliche Ausmaße angenommen. Und sie hat die gesamte Region gleichzeitig auch in die Negativschlagzeilen der internationalen Medien gebracht. Neben dieser ökologischen "Katastrophe" hatte u.a. auch die durch weltweite Devisenspekulationen ausgelöste Währungskrise in der Region, von der zuerst Thailand und schließlich auch Malaysia und Indonesien betroffen waren, zu einer ökonomischen Krise in der Region geführt, deren Auswirkungen längst nicht auf die Region beschränkt blieben, und deren politische und soziale Folgen bis heute andauern.

Dies sind zwei Beispiele von Internationalisierung, die den Ausgangspunkt dieses Forschungsvorhabens darstellen. Sie weisen hin auf spezifische Problembereiche, denen sich eine Implementation bzw. Durchsetzung transnationaler Politiken in der Region gegenüberstellt. Der Begriff der Globalisierung verweist auf eine Vielzahl sozialer und politischer Umstrukturierungen auf globaler Ebene, und nicht nur auf Prozesse umfassender globaler Integration besonders auf ökonomischer Ebene. So beinhaltet diese Entwicklung zum einen Aspekte einer Entgrenzung im Sinne der Überschreitung und des Bedeutungsverlustes von bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsräumen und ihren Grenzen. Betroffen hiervon ist nicht zuletzt auch die territoriale Souveränität des Nationalstaats.²⁶ Zum anderen geht es hier auch um eine Verdichtung von Beziehungen im Sinne einer Zunahme von Interaktions- und Austauschprozessen zwischen Akteuren auf unterschiedlichen gesellschaftlichen und nationalstaatlichen Ebenen. Im hierbei entstehenden Spannungsfeld einer Gegenläufigkeit von Verdichtung und Integration einerseits und Fragmentierung andererseits ist eine, gleichwohl regional und politikfeldspezifisch zu differen-

²⁶ Zürn, M.: Jenseits der Staatlichkeit. Über Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung. In: Leviathan 4/1992; S.490-513.

zierende, Zunahme der Zahl gesellschaftlicher Akteure zu beobachten, die an internationalen / transnationalen Austauschprozessen partizipieren.²⁷

Eine wichtige Entwicklung im Rahmen von Internationalisierungstendenzen ist die Herausbildung von Wirtschaftsräumen auf supra-nationaler Ebene. Innerhalb der als Triade bezeichneten drei Wirtschaftsblöcke (EU, NAFTA, Japan/asiatisch-pazifischer Raum), die im Inneren gekennzeichnet sind durch einen weitgehenden Abbau von Handelsbarrieren, während sie sich nach außen oft protektionistischer Handelspolitiken bedienen, findet (noch) der größere Teil der weltweiten Waren- und auch Kapitalzirkulation statt.²⁸ Waters sieht hier eine wesentliche Ursache für die Zunahme der jährlichen Wachstumsraten des Welthandels als einem dezidiert Intra-Wirtschaftsblockhandel seit den sechziger Jahren.²⁹

Zwar wird der Rahmen des weltweiten Wettbewerbs auch weiterhin durch nationale Politiken und Institutionen vorgegeben, aber erstens binden sich deren Akteure teilweise durch supranationale Institutionen wie das GATT, heute WTO, selbst, und zweitens treten nun auch multinationale Konzerne als *global players* zu den bereits bestehenden Akteurskonstellationen hinzu und strukturieren diese tendenziell neu. Am weitesten fortgeschritten ist die Institutionalisierung transnationaler Wirtschaftsräume bisher vor allem innerhalb der NAFTA und der EU, während sich eine transnational angelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb des asiatisch-pazifischen Raums oder enger gefaßt, zwischen den ASEAN-Staaten, bisher noch in der Entwicklungsphase befindet.³⁰ Auch dreißig Jahre nach Gründung der Association of South East Asian Nations (ASEAN) gilt der Prozeß ökonomischer und politischer Integration der Staaten der Region im Vergleich etwa zu jener der EU noch wenig fortgeschritten. Vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schien das Bündnis einiges an Integrationskraft verloren zu haben. Stärker entwickelt sind dagegen die bisher auf ökonomischer Ebene erfolgten Bemühungen um regionale Integration in Form eines *open regionalism*³¹; doch auch hier dominieren zumeist noch bilaterale Abkommen.

Auf einer ökonomischen Beschreibungsebene kann von einer partiellen Entgrenzung nationaler Wirtschaftsräume gesprochen werden, also von einer zunehmenden Inkongruenz von Staats- und Wirtschaftsräumen mit (national-)staatlichen Akteuren auf der einen sowie trans- bzw. multinationalen Unternehmen auf der anderen Seite.³² Multinationale Unternehmen sind aber nicht die einzigen, und beileibe auch nicht die wichtigsten neuen Akteure innerhalb fortschreitender Globalisierung,³³ zunehmend tritt auch eine wachsenden Zahl von weiteren Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als globale Akteure in Erscheinung.³⁴ Damit entstehen Handlungsräume, die immer weniger von Staaten und deren politischen Repräsentanten allein, sondern zu-

²⁷ Albrow, M.: *The Global Age*. Cambridge, Oxford 1996; S.120.

²⁸ Krätke, M. R.: Globalisierung und Standortkonkurrenz. In: *Leviathan*. 25. Jg. 1997, H. 2; S.262.

²⁹ Waters, M.: *Globalization*. London; New York 1995; S.96.

³⁰ Vergl. hierzu u.a.: Wichmann, P.: Die politischen Perspektiven der ASEAN. Subregionale Integration oder supraregionale Kooperation. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nummer 262. Hamburg 1996; S.57; Yamazawa, I.: Wirtschaftliche Integration im asiatisch-pazifischen Raum: Gegenwart und Zukunft. In: *WeltTrends*. Internationale Politik und vergleichende Studien. Heft 7, 1995; S.33.

³¹ Vergl. hierzu: Garnaut, R.: *Open Regionalism and Trade Liberalization. An Asia-Pacific Contribution to the World Trade System*. Singapur 1996.

³² Vergl.: Froehling, H.-Ch.; Rauch A. M.: Die Rolle multinationaler Konzerne in der Weltwirtschaft. In: *Zeitschrift für Politik*. 42. Jg. 1995; S.287-315.

³³ Vergl.: Krätke (1997): a.a.O.

³⁴ Vergl.: Zürn (1992); a.a.O.

nehmend auch von neuen gesellschaftlichen Akteuren sowohl auf lokaler als auch auf transnationaler Ebene strukturiert und gestaltet werden.³⁵

Subregionale Integration durch Wachstumsdreiecke

Während also auf der supranationalen Ebene Integrationsprozesse in Südostasien derzeit noch kaum institutionalisiert sind, ist die Politik in der Region gleichzeitig aber auch bemüht, auf subregionaler Ebene die Zusammenarbeit zwischen den Staaten stärker auszubauen. Hier stellen einzelne transnationale Kooperationsprojekte, wie etwa transnationale Wachstumszonen, wichtige Projekte dar. Dabei handelt es sich in der Regel um die "Zusammenarbeit von Gebieten über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Eines dieser Gebiete ist deutlich weiter entwickelt als die anderen und stößt mit seiner Wachstumsenergie an Grenzen, die durch solche Kooperation erweitert werden können."³⁶ Bisher gibt es in der Region vier solcher Wachstumszonen auf allerdings sehr unterschiedlichem Entwicklungsniveau.³⁷ Wesentliches Merkmal aller dieser Projekte ist eine durch geographische Nähe begünstigte gegenseitige Ergänzung: In den weniger entwickelten Gebieten gibt es Flächen, Arbeitskräfte, natürliche Ressourcen, die höher entwickelten Partnern in- zwischen fehlen. Diese Nutzung komparativer Kostenvorteile ist nicht zuletzt die Basis aller bereits bestehender wie auch der zur Zeit sich in der Planungsphase befindenden Wachstumszonen.

Die bisher am weitesten entwickelte und ausgebaute Wachstumsdreiecke ist das Singapore-Johor-Riau Growth Triangle (SIJORI).³⁸ Das 1989 vor allem durch den Stadtstaat Singapur initiierte Wachstumsdreieck umfaßt neben dem Stadtstaat die südmalaysische Provinz Johor, lediglich durch eine etwa 1,5 Kilometer breite Wasserstraße von Singapur getrennt, sowie die etwa 20 Kilometer südlich gelegenen, zu Indonesien gehörenden, Riau-Inseln Batam und Bintan. Die Region ist gekennzeichnet durch eine deutliche Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Subregionen: Innerhalb des Wachstumsdreiecks fungiert Singapur vor allem als Zentrum, welches die benötigten Finanz- und speziellen Dienstleistungen bereitstellt, während Johor und die Riau-Inseln als "Hinterland" in erster Linie für die Bereitstellung von Industriearealen, Rohstoffen und die benötigten Arbeitskräfte im unteren Beschäftigungssegment "zuständig" sind, wobei zwischen den beiden letzten Subeinheiten ebenfalls noch einmal graduelle Unterschiede bestehen. Schon hier ist die Bindung des SIJORI in doppelte neue Arbeitsteilungen sichtbar: nach innen einerseits sowie andererseits auch als differenzierte, vom Singapur Core-Bereich aus gesteuerte Integration in eine internationalisierte Ökonomie (vergl. hierzu auch: McGee 1991; S.15).³⁹

³⁵ Vergl. hierzu u.a.: Hirsch, J.: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin, Amsterdam 1996; Krätke (1997): a.a.O.; sowie: Altvater, E.; Mahnkopf, B.: Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Widerspruch. Heft 31, 1996; S.19.

³⁶ Südostasien aktuell; Sept. 1994; S.355.

³⁷ Neben dem SIJORI sind dazu u.a. zu zählen: das "Northern Triangle", es umfaßt die malaysische Insel Penang als Zentrum und Gebiete auf dem Festland von Peninsular Malaysia sowie in Nordsumatra (Indonesien) und Südthailand; die "East ASEAN Growth Area" (EAGA), hierzu gehören die ostmalaysischen Bundesländer Sabah, Sarawak und Labuan, Mindanao und das Sulu-Archipel im Süden der Philippinen, Brunei und schließlich die indonesischen Provinzen Kalimantan und Nord-Sulawesi; nicht eigentlich eine "Wachstumszone" im engeren Sinne ist auch die Wirtschaftszone am Mekong. Hierzu zählen Teile Thailands (dem wirtschaftlichen Partner innerhalb dieser Zusammenarbeit), Myanmar, Laos, Kambodscha, Vietnams und der chinesischen Provinz Yunnan.

³⁸ van Grunsven, L.: Industrial Regionalization and Urban-Regional Transformation in Southeast Asia: The SIJORI Growth Triangle Considered. In: Malaysian Journal of Tropical Geography. Vol. 26, 1995, No. 1; S. 47-65.

³⁹ McGee, G. T.: Southeast Asian Urbanisation: Three Decades of Change. In: Prisma. The Indonesian Indicator. No. 51, 1991; S.3-16.

Politik in transnationalen Wirtschaftsräumen

Im Gegensatz zu globalen Finanzströmen, die ihre Existenz gerade weitgehender Deregulierung entsprechender Märkte verdanken, ist die Entstehung und Formierung des SIJORI-Wachstumsdreiecks bestimmt durch ein starkes lokales politisches Element.⁴⁰ Das Wachstumsdreieck basiert auf den komplementären, arbeitsteilig weiterentwickelten Strukturen der Ökonomien geographisch benachbarter Nationalstaaten. Die Ausstattung der Subregionen mit unterschiedlichen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Kapital etc.) ergibt die komparativen Vorteile, auf denen die Gründung von Wachstumsregionen in Südostasien beruht. Dabei ist es von besonderer Bedeutung für die Analyse transnationaler Wirtschaftsregionen, daß es gerade die inneren sozio-ökonomischen Ungleichheiten sind, die, etwa in Form von unterschiedlichen Faktorkosten, von der Existenz nationalstaatlicher Grenzen bestimmt und aufrechterhalten werden: "The existence of sovereign borders ensures that the policy framework that affects each node is sufficiently different to allow for variability in factor costs."⁴¹ Während jedoch die der Entwicklungsdynamik unterliegenden ökonomischen Imperative deutlich hervortreten, verweisen die bisher weitaus weniger gut untersuchten sozialen⁴² und politischen Entwicklungsmomente der Wachstumsregion auf das Vorhandensein starker Ungleichzeitigkeit innerhalb und zwischen den einzelnen Subregionen.

In der bisher vorliegenden Literatur zur Entwicklung und Funktion von Wachstumszonen in der asiatisch-pazifischen Region⁴³ stehen also vor allem Fragen der ökonomischen Entwicklung im Zentrum der Analyse. Entsprechend dieser eher auf ökonomische Prozesse ausgerichteten Analysen bilden wirtschaftliche Verflechtungsprozesse auch für den Bereich internationaler politischer Beziehungen einen zentralen Bezugsrahmen. Die Argumentationskette, wie sie in den meisten der bisher vorliegenden Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung von Wachstumsregionen in Südostasien zu finden ist,⁴⁴ läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit über Nationalstaatsgrenzen hinweg führt zu einem stärkeren Abhängigkeitsverhältnis der beteiligten Staaten auf ökonomischer und auch politischer Ebene; diese Interdependenz übersetzt sich letztlich auch in eine stärkere Zusammenarbeit der Nationalstaaten auf institutioneller Ebene; dies dient schließlich, so die Hoffnung, als Grundlage politischer Stabilität in der Region. Das Wachstumsdreieck in seiner ökonomischen Konzeptionen wird also gleichzeitig auch als wichtiges Element regionaler Sicherheitspolitik in einer Region begriffen, die, dar-

⁴⁰ Kumar, Sree; Siddique, Sharon: Beyond Economic Reality: New Thoughts on the Growth Triangle. In: Southeast Asian Affairs 1994. ISEAS, Singapur 1994; S.47-56.

⁴¹ Ebenda; S.50.

⁴² Vergl. hierzu u.a.: Dixon, C.; Drakakis-Smith, D. (Eds.): Uneven Development in South East Asia. Aldershot et.al. 1997.

⁴³ Stellvertretend für eine ganze Reihe von Autoren: Lee Tsao Yuan (Ed.): Growth Triangles. The Johor-Singapur-Riau Experience. Singapur 1991; Toh Mun Heng; Low, Linda (Eds.): Regional Cooperations and Growth Triangles in ASEAN. Singapur 1993.

⁴⁴ Vergl. hierzu: Lim, L. Y. C.: ASEAN: New Models of Economic Cooperation. In: Wurfel, D.; Burton, B. (Eds.): Southeast Asia in the New World Order. The Political Economy of a Dynamic Region. London 1996; S.19-35; Ganesan, N.: Conceptualising Regional Economic Cooperation: Perspectives from Political Science. In: Toh Mun Heng; Low, Linda (Eds.): Regional Cooperations and Growth Triangles in ASEAN. Singapur 1993; S.1-8. Thambipillai, P.: The ASEAN Growth Triangle: The Convergence of National and Sub-National Interests. In: Contemporary Southeast Asia. Vol. 13, No. 3, 1991; S.299-314; sowie Parsonage, J.: The State and Globalisation: Singapore's Growth Triangle Strategy. Working Paper No. 23; Asia Research Centre, Murdoch University 1994.

über sollte der enorme wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre nicht hinwegtäuschen, noch immer durch eine ganze Reihe zwischenstaatlicher Konflikte gekennzeichnet ist.⁴⁵

So schlüssig dieser Argumentationsstrang auf den ersten Blick erscheint, so sehr bleiben doch wesentliche Elemente ausgeblendet: So bleibt gerade auch für das SIJORI ungeklärt, welche unter Umständen negativen Folgen die spezifischen Entwicklungsdisparitäten innerhalb des Dreiecks, auf denen der ökonomische "Erfolg" des Projekts beruht, für die bilateralen Beziehungen zwischen den beteiligten Nationalstaaten auch haben kann. Bisher werden solche sozio-ökonomischen Friktionen und ihre politischen Folgen zumeist noch unter dem Gesichtspunkt entwicklungshemmender Bedingungen analysiert, nicht aber als Problembereich internationaler Beziehungen.⁴⁶ Bedeutsam erscheint nämlich, daß die Teilregionen des SIJORI in den bisher vorliegenden Analysen zumeist nur als subnationale Einheiten konzipiert und daher letztlich nationalstaatlichen Politiken, vor allem auch im Bereich internationaler Politik, untergeordnet werden. In diese Richtung argumentiert etwa auch Marty,⁴⁷ der in seiner Analyse zu Ursachen für die Herausbildung von grenzüberschreitenden Wirtschaftsräumen vor allem auf das theoretische Konzept internationaler Regime abstellt, in deren Mittelpunkt Nationalstaaten als politische Akteure stehen. Die Teilregionen Johor (als malaysischer Bundestaat) und Riau (als indonesische Provinz) werden dementsprechend nicht als eigenständige politische Handlungsräume konzipiert. Demgegenüber erscheint es mir hier wichtiger, der Frage nachzugehen, wie politische Akteure, etwa nicht-staatliche korporatistische Akteure, innerhalb des Wachstumsdreiecks selbst zu politischen Akteuren auch auf der Ebene internationaler Politik werden (können).

"[...] analysis has been limited to [...] economic functions with little attention paid to [the] role as an instrument of foreign policy, particularly [the] impact on the other dimensions of the national actors' interactions with each other and other actors in the wider international environment."⁴⁸

In dem geplanten Forschungsprojekt soll untersucht werden, wie sich Akteurskonstellationen auf (inter-)nationaler Ebene durch supranationalstaatliche Integrationspolitiken verschieben und welche nicht-staatlichen Akteure hierbei zu den staatlichen hinzutreten.

Zum Autor

Rolf Jordan, M.A., geboren 1961, Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gesamthochschule Kassel. Thema des Forschungsprojektes: "Politik in transnationalen Räumen. Das SIJORI-Wachstumsdreieck in Südostasien als Beispiel politischer Handlungsräume zwischen Lokalität und Globalität" (Arbeitstitel). Förderung des Projektes durch die hessische Graduiertenförderung und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Mehrere Publikationen und Vorträge zum Themenschwerpunkt Singapur/Südostasien; Forschungsaufenthalte am Institute of Southeast Asian Studies (ISEAS) in Singapur. Mitglied

⁴⁵ Eschborn, N.: Innere Sicherheit als Einflußfaktoren von Entwicklungsvorstellungen in den ASEAN-Staaten. Münster, Hamburg 1993; S.57ff.; Feske, S.: ASEAN: Regionalisierung zwischen zentripetaler und zentrifugaler Dynamik. In: Daase, C; Feske, S.; Moltmann, B.; Schmid, C. (Hg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden 1993; McDougall, D.: The International Politics of the New Asia Pacific. Boulder, London 1997; S.3ff.

⁴⁶ Kumar, Sree; Lee Tsao Yuan: A Singapore Perspective. In: Lee Tsao Yuan (Ed.): Growth Triangles. The Johor-Singapore-Riau Experience. Singapur 1991; S.1-35.

⁴⁷ Marty, F.: Das Singapur-Johor-Riau-Wachstumsdreieck. Eine Studie zur Strategie des transnationalen Wirtschaftsraums. Hamburg 1996.

⁴⁸ Weatherbee, D. E.: The Foreign Policy Dimensions of Subregional Economic Zones. In: Contemporary Southeast Asia. Vol. 16, No. 4, 1995; S.421-432.

im Deutschen Verein für Asienkunde und der European Association for South-East Asian Studies (EUROSEAS). Kontakt: Universität Kassel, Fachbereich 05, Nora-Platiel-Str.1, 34117 Kassel; E-Mail: rojordan@hrz.uni-kassel.de.

Die japanische Entwicklungspolitik: Von der Entstehung eines Paradoxons

Einleitung

Schwerpunkt des Vortrags war die Frage, wie sich ein komplexes System wie die japanische staatliche Entwicklungshilfe (ODA = Official Development Assistance)⁴⁹ sinnvoll erfassen läßt. Die Frage ergab sich im Rahmen einer Dissertationsarbeit zu Frauenförderansätzen in der japanischen Entwicklungspolitik.

In der Literatur wird bei der Darstellung der japanischen Entwicklungspolitik gerne auf ein System der Periodisierung zurückgegriffen. Diese Periodisierung basiert auf politischen Ideologien z.B. dem Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikt bzw. orientiert sich daran. Dies erschwert eine Analyse der japanischen ODA, da keine eventuell auch international vergleichbaren Variablen verwendet werden. Die Cluster-Analyse, deren Anwendungsmöglichkeit hier überprüft werden soll, bietet die Möglichkeit, die in den jeweiligen Perioden getroffenen Maßnahmen als standardisierte und unstandardisierte Variablen zu Clustern zusammenzufassen und darzustellen. Sie will also nicht die Darstellung in der Periodisierung ersetzen, sondern sie ergänzen.

Ich werde hier die sog. Linkage-Analyse, die zur Gruppenbildung von Variablen und Objekten geeignet ist, verwenden.⁵⁰ Am Anfang des Artikels steht die historische Entwicklung der japanischen Entwicklungspolitik mit den am häufigsten genannten Perioden, die dann im zweiten Teil in der Cluster-Analyse aufgelöst werden.

Die japanische staatliche Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik ist zum einen Entwicklungshilfe, zum anderen aber auch ein Instrument der Sicherheits- und Außenpolitik. Japans staatliche Entwicklungshilfe wurde erstmals im Fiskaljahr 1989⁵¹ "ODA-Weltmeister" unter den DAC-Ländern der OECD. Bis auf einen kurzen Einbruch 1990 konnte Japan diesen Rang als größter Geber staatlicher Entwicklungshilfe in der Welt halten. Japan hat seit 1977 seine ODA-Leistungen viermal verdoppelt, verdankt jedoch einen Teil dieser Steigerungen den Yen-Aufwertungen in den Jahren 1985 bis 1988. Der Anteil Japans an der gesamten ODA der DAC der OECD betrug 1997 19,7%.⁵² Die Bundesrepublik Deutschland brachte einen Anteil von 12,4% auf. Die von der DAC insgesamt bereitgestellte ODA machte 1989 88% der Welt-Gesamt-ODA aus.⁵³ Für 34 Länder war Japan 1994 das größte und für 29 Länder das zweitgrößte Geberland an bilateraler Entwicklungshilfe. Trotz ständig steigender

⁴⁹ Der Entwicklungshilfe-Ausschuß (Development Assistance Committee = DAC) der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) definiert ODA anhand von drei Kriterien: (1) sie muß von staatlichen Stellen aufgebracht werden; (2) sie muß die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zum Ziel haben und (3) sie muß ein Zuschußelement von mindestens 25% aufweisen. ODA setzt sich aus Schenkungen, technischer Zusammenarbeit, Grant Aid, Darlehen und den Beiträgen an die Organisationen der Vereinten Nationen und andere internationalen Organisationen zusammen. Diese Definition schließt staatliche Kredite an Regierungen, Militärhilfe und die Arbeit der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO = Non Governmental Organisation) aus (Japan's Official Development Assistance, Annual Report, 1994: Erläuterungen).

⁵⁰ Aldenderfer, Mark S. and Blashfield, Roger K.: Cluster Analysis, Beverly Hills, 1984 (= Sage University Papers, Vol.44).

⁵¹ Fiskaljahr = März bis April des folgenden Jahres (1999 = März 1999 bis April 2000).

⁵² Japan's Official Development Assistance, Annual Report, 1998:186.

⁵³ Japan's Official Development Assistance, Annual Report, 1991:41.

Ausgaben für die japanische ODA ist der Anteil am Bruttosozialprodukt (BSP) für die Entwicklungshilfe seit 1988 (mit Ausnahme von 1991) ständig gesunken. Dies entspricht dem derzeitigen internationalen Trend. Von den 21 DAC-Ländern⁵⁴ konnten lediglich Dänemark, Irland und Luxemburg 1997 ihren Vorjahresschnitt jeweils halten bzw. erhöhen.⁵⁵ Um Verbesserungen in der Qualität der japanischen ODA zu verwirklichen, wurde neben einer Verstärkung der Schenkungen an die ärmsten Länder (die sog. LDC und LLDCs)⁵⁶ eine bessere Koordination der verschiedenen Hilfsformen nach unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Entwicklungsländer geplant.⁵⁷ Als Schwerpunkte wurden folgende benannt: Qualitätssteigerung der japanischen ODA durch die Erhöhung der technischen Hilfe und der Schenkungen vor allem an die Länder der LDC, Effektivitätssteigerung der japanischen Hilfen durch verbesserte Strukturen in der Implementierung von technischen Hilfen im Bereich der Ausbildung, der Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen, privaten Organisationen und den NGOs.⁵⁸

Diese neuen Schwerpunkte stellten Verbesserungen im Sinne der Kritikpunkte der anderen DAC-Staaten sowie der internationalen Organisationen an der japanischen ODA dar.

Zur Periodisierung der japanischen Entwicklungspolitik

Japan vergibt seit 1954 Entwicklungshilfe, anfangs als Reparations- bzw. Quasi-Reparationsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachungsabkommen. Diese ersten Hilfen werden als erste Periode in der japanischen Entwicklungspolitik gesehen. Schadensansprüche konnten folgende Länder an Japan stellen: Burma, die Philippinen, Kambodscha, Vietnam, die Sowjetunion, China, Thailand, Korea, Malaysia, Singapur, Indonesien, Laos und Indien. Die Sowjetunion verzichtete 1956 auf Reparationen, ein Friedensvertrag wurde jedoch bislang nicht geschlossen. Im Februar 1958 vergab Japan den ersten Yen-Kredit (an Indien) und leitete damit eine neue Periode ein, die auf die Förderung des eigenen Exports abzielte. Bis zu diesem Zeitpunkt bezog Japan selber noch Hilfen in Form von Weltbankkrediten, mit denen es hauptsächlich Infrastrukturmaßnahmen, wie den Shinkansen⁵⁹, die Tomei- und die Meishin-Autobahn sowie den Kurobe-Staudamm finanzierte. 1989, dem Jahr, in welchem Japan zum ersten Mal größter Geber von ODA-Leistungen wurde, zahlte das Land auch die letzte Rate seiner Schulden an die Weltbank zurück.

Als eine weitere Wende und damit neue Periode der japanischen Entwicklungspolitik wird der Beginn der 1970er Jahre gesehen. Hier waren es vor allem die beiden „Nixon-Schocks“ 1971, die die japanische Entwicklungspolitik zu einem Instrument der „Ressourcen-Diplomatie“⁶⁰ werden ließen. Die japanische Entwicklungspolitik wurde nun gezielt eingesetzt, um die Einfuhr wichtiger Rohstoffe zu sichern. In den 1980er Jahren folgte eine weitere Periode, in der Entwicklungshilfen gezielt zur Sicherung „westlicher“ Interessen, vor allem im pazifischen Raum, eingesetzt wurden. Die Entwicklungshilfe war damit zum Instrument der Außenpolitik geworden. Mit

⁵⁴ Die 21 DAC-Länder sind: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA.

⁵⁵ Waga Kuni no seifu kahatsu enjo, ODA Hakusho, 1998:318.

⁵⁶ Darunter werden die Last Developed Countries (LDC) und die Last Least Developed Countries (LLDC) verstanden.

⁵⁷ Waga Kuni no seifu kahatsu enjo, ODA Hakusho (japanische Ausgabe des Entwicklungsweißbuchs), 1994:53.

⁵⁸ Japan's Official Development Assistance, Annual Report, 1996:29.

⁵⁹ Gemeint ist die Super-Express-Eisenbahnlinie zwischen Tōkyō und Ōsaka.

⁶⁰ May, Bernhard: Japans neue Entwicklungspolitik, München, 1989:15.

dem Ende des Kalten Krieges wurde die Entwicklungshilfe als internationaler Beitrag zur Überwindung globaler Probleme gesehen, aber auch als Marktschaffungsstrategie und als Mittel zur Linderung der Folgen der Asienkrise.

Die Darstellung in der Cluster-Analyse

Die Cluster-Analyse soll hier eingesetzt werden, um induktiv die wesentlichen Aspekte der japanischen ODA nach Jahren zu klassifizieren. Bei der von mir hier verwendeten Cluster-Analyse handelt es sich um eine hierarchische agglomerative Form, die die einzelnen Untersuchungsobjekte nach und nach zu Clustern zusammenfaßt. Die Entscheidung für die Anzahl der Cluster fiel aufgrund der Analyse von Dendrogrammen, in denen die in Frage kommenden Werte kombiniert wurden. Wie häufig bei Cluster-Analysen – und hier setzt auch die Kritik gegen diese Methode an – ergaben sich verschiedene Möglichkeiten für die unterschiedlichen Aspekte. Es läßt sich aber eindeutig feststellen, daß der Abstand der Cluster in den frühen Jahren der japanischen ODA weiter zu fassen ist als in den letzten Jahren. Mit anderen Worten, die Wechsel der Maßnahmen und Methoden sind in den letzten Jahren tiefer und häufiger als zu Beginn.

Verschiedene Kombinationen von Variablen können als statistische Kriterien für die Cluster-Analyse ausgewählt werden. Die Tabelle zeigt die hier ausgewählten Clustervariablen und die jeweilige Clusterlösung. Die meisten der Variablen liegen in einer unstandardisierten Form vor, werden hier jedoch auch in standardisierten Formen (z) dargestellt, um sie gleich werten zu können. Dies ist vor allem notwendig, wenn in einer Analyse mehrere Variablen mit unterschiedlichen Einheiten auftreten.

Tabelle 1: Darstellung der japanischen ODA in der Cluster-Analyse

	ODA (z) ODA/BSP	Multi- + Bilateral (Jahr)	Schenkung + Kredite (Jahr)	Alle Volumen + Formen ODA (z)	Geographi- sche Ver- teilung	Nach Sek- toren*	Kreditver- gabe (z)	Konditionen Kreditver- gabe OECE ¹³	Alle Varia- blen für Konditionen (z)
1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1955	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1956						-			
1957				Periode 1	Periode 1	-	Periode 1		Periode 1
1958						-			
1959						-			
1960						-			
1961		Periode 1	Periode 1			-		Periode 1	
1962						-			
1963						-			
1964				Periode 2		-			
1965	Periode 1								
1966									
1967						Periode 1			
1968									
1969									
1970							Periode 2		Periode 2
1971									
1972									
1973					Periode 2			Periode 2	
1974									
1975		Periode 2	Periode 2	Periode 3					
1976									
1977						Periode 2		Periode 3	
1978									
1979									
1980									
1981		Periode 3	Periode 3						
1982				Periode 4			Periode 3		Periode 3
1983								Periode 4	
1984					Periode 3				
1985						Periode 3			
1986									
1987	Periode 2			Periode 5					
1988									
1989		Periode 4	Periode 4						
1990									
1991					Periode 4	Periode 4			
1992									
1993									
1994									
1995									
1996		Periode 5	Periode 5	Periode 6					
1997									

- = fehlende Daten; * Sektoren wirtschaftliche Infrastruktur, Produktionssektoren, und soziale Infrastruktur

Die Darstellung zeigt, daß in der standardisierten Form der Daten von ODA und ODA/BSP zwei Cluster identifiziert werden mit dem Wendepunkt 1983. In der gleichen Weise können sechs

Cluster identifiziert werden für alle Variablen, die das Volumen und die Formen der ODA betreffen. Auch hier wird wieder eine standardisierte Form analysiert. Bei der geographischen Verteilung werden vier Cluster sichtbar, wobei die jährlichen Nettozusagen als Daten für die Analyse gelten. Bei den Sektoren im ODA-Kreditbereich ergeben sich vier Cluster mit den Wechsellängspunkten 1974, 1982 und 1988, wenn die jährlichen Verpflichtungsermächtigungen in den Sektoren wirtschaftliche Infrastruktur, Produktionssektoren, Soziale Infrastruktur und Programmhilfen als Variablen herangezogen werden. Eine 3-Cluster-Lösung ergab sich bei der Analyse der standardisierten Variablen bei der Kreditvergabe. Und schließlich konnte eine 4-Cluster-Lösung bei der Analyse der Konditionen für die Vergabe von OECF-Krediten (OECF = The Overseas Economic Cooperation Fund)⁶¹ erstellt werden, wobei ein Set von unstandardisierten Variablen wie: gebunden, teilweise gebunden und generell ungebunden verwendet wurde. Bei der Standardisierung der Variablen für alle Konditionen der Vergabe von Hilfen konnten drei Cluster analysiert werden.

Die Ergebnisse des Cluster-Prozesses sind die Clustermittelwerte und die Besetzung der Cluster. Zum Beispiel läßt sich ein gleichbleibend niedriges Verhältnis ODA / BSP feststellen, bis 1983 ständig leicht steigend, ab diesem Zeitpunkt konstant auf einem im internationalen Vergleich niedrigen Level. Das Volumen und die Formen der Entwicklungshilfe verändern sich in immer kürzeren Abständen, so daß der japanischen ODA zumindest in diesem Punkt Flexibilität nachgesagt werden muß.

Mit diesem Ergebnis widerspricht die Cluster-Analyse nicht einer ideologisch geprägten Periodisierung, sondern beschreibt ebenfalls Perioden, wenn auch in einer weitestgehend neutralen Form. Sie bildet so eine Grundlage, mit deren Hilfe gültige Aussagen über die japanische ODA getroffen werden können. Sie stellt damit ein brauchbares wissenschaftliches Instrumentarium zur darstellenden Analyse der japanischen staatlichen Entwicklungshilfe.

Zur Autorin

Cornelia Kriesel, M.A.: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Doktorandin am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. Thema der Dissertation und derzeitiger Forschungsschwerpunkt ist der Frauenförderungsansatz in der japanischen Entwicklungshilfe. Adresse: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Japanologie, 06099 Halle / Saale; Tel: (0345) 5524-336 od. – 331. Email: kriesel@japanologie.uni-halle.de; Homepage des Instituts: <http://www.japanologie.uni-halle.de>.

⁶¹ Der Overseas Economic Cooperation Fund = OECF wurde 1961 als Ergänzung zur Export-Import-Bank gegründet und ist zuständig für längerfristige zinsgünstige Kapitalhilfen.

Panel 5: Demokratisierung

Ralf-Torsten Zitterbart

Der subethnische Konflikt zwischen "Taiwanesen" und "Festländern" auf Taiwan Zur "modernisierungstheoretischen Perspektive" auf die Ursachen der Liberalisierung Taiwans von 1987¹

Abstract

Die modernisierungstheoretische Annahme, daß ökonomische Prosperität das Entstehen neuer Mittelschichten und hierauf aufbauend das Aufkommen von Zivilgesellschaft und Partizipationsforderungen induziere, wird am Modell-Beispiel Taiwans nachvollzogen. Im Ergebnis ist diese Annahme für Taiwan jedoch nicht länger in ihrer reizvollen Solidität haltbar. Denn auf Taiwan existierte mindestens ein modellfremder Faktor, der in der Entwicklung hin zu Liberalisierung (und später: Demokratisierung) eine überragende Rolle spielte: der politische, wirtschaftliche und kulturelle Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern. Da diese Konfliktkonstellation einmalig ist, kann Taiwan meinen Ergebnissen zufolge in Zukunft in der entwicklungstheoretischen Debatte nur noch in eingeschränktem Maße als modernisierungstheoretisches Modell einer demokratischen Transition fungieren; die Übertragbarkeit des Modell-Beispiels Taiwan auf andere Länder ist in Frage gestellt.

Sobald es um das Thema "Wechselwirkungen von Ökonomie und Demokratisierung" geht, vergeht nicht viel Zeit, bis der eine oder die andere Diskussionsteilnehmer/in auf die ungewöhnlich rasche wirtschaftliche Entwicklung Taiwans zu sprechen kommt.

Auf der Insel sei es gelungen, das jahrelang hohe wirtschaftliche Wachstum durch eine Art "Entwicklungsdiktatur" zu stabilisieren und weiter voranzutreiben. Dies freilich um den Preis von fehlender politischer Mitbestimmung des größten Teiles der Inselbevölkerung, die dort zu Repressalien durch die KMT (Nationalistische Volkspartei vom Festland Chinas) und ihre Organe führte, wenn ihr politischer Alleinvertretungs- und Führungsanspruch in Frage gestellt wurde. Die anhaltende ökonomische Prosperität Taiwans führte jedoch allmählich zur Ausprägung einer starken Mittelschicht und somit zu einer Zivilgesellschaft, die der Repression in der politischen Sphäre mehr und mehr entgegenzusetzen hatte. Die Gegensätze zwischen den Forderungen der Zivilgesellschaft und den Sicherheitsbedürfnissen der "Entwicklungsdiktatur" entschärften sich schließlich partiell in der Durchführung erster politischer Liberalisierungsschritte durch die Regierung der Republik China auf Taiwan im Jahr 1987. Im weiteren Verlauf führte die oben genannte Konstellation schließlich zur Etablierung eines vollauf demokratischen Systems.

Soweit die zugegebenermaßen recht reizvolle und in weiten Teilen auch korrekte modernisierungstheoretische Perspektive vieler wissenschaftlicher Publikationen zum Thema "politische und ökonomische Entwicklung Taiwans".² Plakativ gesprochen enthält der modernisierungstheoretische Ansatz folgende Botschaft: Es sei die ökonomische Prosperität, die zum Aufkommen

¹ Der Beitrag entspringt der Magisterarbeit, die ich im September 1997 an der Freien Universität Berlin im Fachbereich Sinologie eingereicht habe. Das Thema der Untersuchung lautete: "Die Entstehung und Entwicklung des Konfliktes zwischen "Taiwanesen" und "Festländern" auf Taiwan und sein Einfluß auf den Beginn der Liberalisierung von 1987".

² Zum Beispiel Thomas Gold: "[The KMT's] admirable success at leading economic development and social change from a position of autonomy created the conditions for a withering away of its dictatorship." GOLD, T., 1986, *State and Society in the Taiwan Miracle*, Armonk, N.Y./ London, 121.

einer neuen, politische Partizipation einfordernden (und durchsetzenden) Mittelschicht bzw. Zivilgesellschaft führe. Interpretation: Lasse man einem hinreichend entwicklungsfreundlichen Regime Zeit zum ökonomischen Aufbau (und beklagt Demokratiedefizite in der Zeit des Aufbaus nicht!), so sei die Ankunft von politischer Liberalisierung, Mitbestimmung und Demokratie eigentlich nur "eine Sache der Zeit". Genau wie auf Taiwan!

Doch meines Erachtens greift der modernisierungstheoretische Ansatz zumindest im Falle Taiwans zu kurz: denn wenn in der entwicklungspolitischen Diskussion das "Entwicklungswunderland Taiwan" zum Vorbild für andere, zur Zeit noch autoritär verfaßte Staaten erhoben werden soll, so ist zu fragen, ob im taiwanesischen Fall nicht neben der ökonomischen Prosperität ggf. andere gewichtige Gründe zum Beginn der Liberalisierung des Landes beigetragen haben. Sollte dies der Fall sein, so ist zumindestens fraglich, ob der modernisierungstheoretische Ansatz ohne weiteres vom "Musterland" Taiwan auf andere Länder / Regionen dieser Welt übertragbar ist.

Ein solcher Faktor existiert. Neben einer Reihe von hier nicht primär zur Diskussion stehenden Fragen (internationaler, chinesisch-nationaler und "führungspersönlicher" Natur) ist dieser Faktor der Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern auf Taiwan.³

Dieser Konflikt baute vor allem auf Spannungen im Zuge der Rückkehr Taiwans in den chinesischen Staatsverband nach 1945 auf und kulminierte im Aufstand des taiwanesischen Bevölkerungsteils gegen die festländische Herrschaft im Februar 1947. Erste oppositionelle Regungen von liberalen Intellektuellen (Festländern!) in den fünfziger und sechziger Jahren und die harten autoritären Reaktionen des Staates unter Führung der KMT hierauf machten deutlich, daß auf der politischen Ebene kein Mitspracherecht der taiwanesischen Bevölkerungsmehrheit geduldet werden würde.⁴ Während Festländer sich primär in der staatlichen Verwaltung, im Militär und im Bereich der großen, mit dem Staat kooperierenden Unternehmen verdingten, blieben Taiwanesen hauptsächlich auf die Führung von privaten kleinen und mittelgroßen Wirtschaftsbetrieben beschränkt ("duale Marktstruktur"). Gegen Beginn der siebziger Jahre hatte sich bereits eine nicht unerhebliche Mittelklassestruktur ausgebildet; diese Ausweitung war zu weiten Teilen auf neue taiwanesishe Mitglieder der Mittelschicht zurückzuführen.

Gegen Anfang der achtziger Jahre waren bereits 55 Prozent der als Festländer klassifizierten Personen oder 93 Prozent der Gesamtbevölkerung Taiwans auf der Insel geboren. Dieser Veränderung trug die Regierung Rechnung, indem sie Mitte der siebziger Jahre ein "Taiwanisierungsprogramm" vor allem in Verwaltung und Regierung durchführte. So war es den der festländischen Regierung gegenüber loyalen Taiwanesen fortan möglich, Teil der nationalen Elite zu werden. Die Folge war, daß das Interesse von im politischen Bereich kooptierten Taiwanesen an

³ Die Bevölkerung Taiwans ist zu ca. 98 % im Laufe der Jahrhunderte vom chinesischen Festland nach Taiwan übersiedelt. Beide Bevölkerungsgruppen, Taiwanesen und Festländer, gehören ethnisch gesehen zur Gruppe der Han-Chinesen. Somit ist ihr Konflikt als "subethnischer" Konflikt zu bezeichnen. Hierbei gelten die vor 1945 auf Taiwan anwesenden Personen *und ihre Nachkommen* als "Taiwanesen", die nach 1945 übersiedelten Personen *und deren Nachkommenschaft* als "Festländer". Das Bevölkerungsverhältnis dieser Gruppen beträgt ca. 85:15, wobei die Festländer die Minderheit stellen. Siehe WACHMANN, A., 1994, *Competing Identities in Taiwan*, 23-25, in: Rubinstein, ed., *The other Taiwan: 1945 to the Present*, Armonk, N.Y. / London, 17-80.

⁴ Dasselbe galt auch für die wirtschaftliche und kulturelle Sphäre Taiwans. Für diesen Beitrag beschränke ich mich jedoch auf die wichtigsten Aspekte des politischen Bereiches, da hier der Antagonismus zwischen "Festländern" und "Taiwanesen" am prägnantesten hervortritt. In meiner oben angeführten Arbeit (Fußnote 1) untersuche ich hingegen die Entwicklung des Konfliktes in der politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Sphäre in vier Zeitabschnitten von 1945 bis 1987.

der zukünftigen Entwicklung und Erhaltung des Regimes erhöht wurde. Somit dienten die politischen Reformen der Regierung unter Präsident Chiang Ching-kuo vor allem der Stärkung des Regimes in seiner alten Form und nicht der Veränderung dieser Form.

Etwa zur selben Zeit begann eine lose Gruppierung von Oppositionspolitikern die Vormachtstellung der KMT punktuell herauszufordern. Die Antwort der Regierung bestand in einer Mischung aus selektiver Repression, Toleranz, institutioneller Liberalisierung und Korporation. Diese aufgrund von rechtlichen Bestimmungen und interner Fraktionierung bis 1986 nicht übergreifend organisierte politische Oppositions-Gruppierung (*Dangwai*) setzte sich beinahe ausschließlich aus Personen des taiwanesischen Bevölkerungsanteils zusammen. Ihre Führungsspitze rekrutierte sich vor allem aus Individuen der "neuen Mittelschicht". Im Gegensatz hierzu waren in dieser Zeit die KMT und die Regierung, die Verwaltung sowie das Militär Taiwans in den oberen Strata überwiegend mit Festländern besetzt; auf lokaler bzw. unterer Ebene erreichten die Taiwaner jedoch allmählich einen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Status.

Auf das Entstehen der politischen Opposition folgte das Aufkommen von sozialen Protestbewegungen zu Beginn der achtziger Jahre.⁵ Diese Bewegungen stellten direkt die Beziehung von Staat und Gesellschaft in Frage, besonders die Kontrolle des Staates über die Zivilgesellschaft, und suchten ein gewisses Maß an Autonomie gegenüber der dominanten Rolle des autoritären Staates zu erreichen. Taiwaner und Festländer waren gleichermaßen in diesen Bewegungen zu finden; sie besaßen im Gegensatz zur politischen Opposition keine primär politische Ausrichtung.⁶

Wichtig im Verhältnis beider Protestgruppen zueinander ist ihre zeitliche Abfolge. Chu kommt zu dem Ergebnis, daß das Aufkommen und die Häufigkeit von politischen Protesten auf Taiwan einen erhöhenden und beschleunigenden Einfluß auf das zeitverschobene Entstehen von sozialem Protest hatte. Ein umgekehrter Einfluß bestand jedoch nicht:

"Specifically, the dangwai agitation spearheaded the whole process as it continued testing the will and resolve of the state and the limits of its toleration. Moreover, with the political opposition in the forefront of challenging the authoritarian order, other social actors might have perceived a strategic opening for exerting their claims, as the government concentrated its coercive resources on meeting the more obvious threat to its authority."⁷

Somit bildete die politische Oppositionsbewegung der siebziger Jahre die Grundlage für das Aufkommen der sozialen Protestbewegungen, die in einem weiteren Schritt die Geschwindigkeit der politischen Liberalisierung beschleunigten:

⁵ Hier sind zum Beispiel die Konsumentenbewegungen, Umweltschutzbewegungen, die Menschenrechtsbewegung der Ureinwohner, Bewegungen für die Rechte der Lehrer etc. zu nennen. Siehe u.a. HSIAO, M. H. H., 1990, Emerging Social Movements and the Rise of a Demanding Civil Society in Taiwan, 167-177, in: *The Australian Journal of Chinese Affairs*, Canberra, No. 24, July 1990, 163-179; und CHU, Y. H., 1994, Social Protests and Political Democratization in Taiwan, in: Rubinstein, ed., *The other Taiwan: 1945 to the Present*, Armonk, N.Y. / London, 99-113.

⁶ Zum organisatorischen Zusammenhang von politischer Opposition und den sozialen Protestbewegungen läßt sich sagen, daß die meisten dieser Bewegungen eine apolitische Haltung insofern einnahmen, als daß sie sämtliche offensichtlichen Verbindungen hin zur politischen Opposition unterließen. Siehe HSIAO, M. H. H., 1992, The Rise of Social Movements and Civil Protests, 70, in: Cheng/Haggard, eds., *Political Change in Taiwan*, Boulder, Col. / London, 57-72. Auch spielte die *Dangwai*-Bewegung ihrerseits keine signifikante Rolle in der Führung der sozialen Bewegungen. Subethnische Beweggründe waren als direkte Motivation für das Entstehen der sozialen Bewegungen auf Taiwan nicht gegeben. HSIAO, M. H. H., 1992, op. cit., 58.

⁷ CHU, Y. H., 1994, op. cit., 107.

"...the outburst of social protest widens the cracks of the existing authoritarian order, creates potential resources for the political opposition to exploit, and thus tends to hasten the process of political liberalization."⁸

Es muß also darauf hingewiesen werden, daß soziale Bewegungen erst durch die von der politischen Opposition ab dem Beginn der siebziger Jahre geleistete "Vorarbeit" ermöglicht wurden. Diese Opposition bestand aber fast ausschließlich aus Taiwanesen, wohingegen die Spitzen des Staates noch immer zu weiten Teilen aus Festländern bestanden und von der KMT klar dominiert wurden. Somit ist es letztlich dem politischen Konflikt zwischen Festländern und Taiwanesen zuzuschreiben, daß auch weite Teile der Bevölkerung, die nicht den Sympathisanten der *Dangwai*-Bewegung zugerechnet werden können, ein legitimes Recht auf Ausdruck ihrer Meinung durch z. B. Straßenproteste geltend machten und auf diese Weise mit zur Beschleunigung von politischer Liberalisierung beitrugen.⁹

Ergo kann das Wachstum der Zivilgesellschaft Taiwans, das in der Modernisierungstheorie eine wichtige Grundlage für politische Liberalisierung und Demokratisierung darstellt, nicht nur der ökonomischen Prosperität Taiwans zugeschrieben werden, sondern ist in weiten Teilen auch Ergebnis des subethnischen Konfliktes zwischen Taiwanesen und Festländern.

Dabei ist es wichtig zu betonen, daß der subethnische Konflikt auf Taiwan nicht nur eines von mehreren Phänomenen war, die zur politischen Liberalisierung der Republik China auf Taiwan führten. Vielmehr ist dieser als die wesentliche Ursache der meisten dieser Phänomene zu sehen, da er den grundlegenden Ausdruck des politischen Legitimationsdefizites der KMT-Herrschaft auf Taiwan darstellte. Somit bildete der Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern den primären Impetus für das Entstehen der taiwanesischen Oppositionsbewegung, die im Zusammenspiel mit der ökonomischen Prosperität und der besonderen außenpolitischen Konstellation Taiwans zu den ersten politischen Liberalisierungsschritten der Republik China auf Taiwan im Jahr 1987 führte:

"Explaining how Taiwan became a democracy, well-informed people repeat a refrain that can be summed up in four phrases: economic development, a burgeoning middle class, a vibrant civil society, and political reform. Yet the roots of Taiwanese democracy are deeper than the boom [...]. The most powerful force driving Taiwan's newborn democracy is not a rising standard of living but a peculiar kind of nationalism. It pits those Chinese whose ancestors came to Taiwan over the past several centuries against those who fled to Taiwan from the mainland in 1949."¹⁰

Der Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern auf Taiwan scheint somit bei der Liberalisierung des Landes einen höheren Stellenwert eingenommen zu haben als ihm von Autoren zugestanden wird, die sich Taiwan nur aus modernisierungstheoretischer Perspektive nähern. Im Ergebnis ist es aus diesem Grund nicht unproblematisch, Taiwan als modernisierungstheoretisches "Musterland" ins Feld zu führen und Lehren aus seiner angeblichen Beispielfunktion für Länder ziehen zu wollen, in denen ein solcher Konflikt nicht besteht.

Natürlich bleibt es weiterhin fraglich, ob allein die ökonomische Prosperität ohne den subethnischen Konflikt Taiwans in demselben Maße zum Aufkommen von politischer Opposition und, als Antwort hierauf, zu politischer Liberalisierung geführt hätte. Es ist ebenso fraglich, ob der Konflikt zwischen Taiwanesen und Festländern ohne die hohe ökonomische Prosperität der Insel

⁸ CHU, Y. H., 1994, op. cit., 110.

⁹ HSIAO, M. H. H., 1990, op. cit., 179; CHU, Y. H., 1994, op. cit., 110.

¹⁰ BURUMA, I., 1996, Taiwan's new Nationalists, 78, in: *Foreign Affairs*, New York, N.Y., Vol. 75, No. 4, July/August 1996, 77-91.

zu ähnlichen Entwicklungen in bezug auf eine politische Liberalisierung geführt hätte. Diese Fragestellungen sind aber auf der Grundlage meiner vorliegenden Ergebnisse nicht zu beantworten.

Abbildung:

"Entwicklungsdiktatur"

↳ wirtschaftliche Entwicklung

↳ Mittelschicht

↳ Zivilgesellschaft

↳ Partizipationsforderungen

↳ Liberalisierung (→ Demokratisierung)



a) Faktor I: ökonomische
Prosperität

(lt. modernisierungstheoretischem

Paradigma, S. Huntington 1969, u.a.)

b) Faktor II: Gegensatz /
Konflikt zw. Taiwanesen
und Festländern

(lt. Zitterbart)

Zum Autor

Ralf-Torsten Zitterbart, M. A., Treuchtlinger Str. 6, 10779 Berlin, Fon/Fax.: 030-213 1449, e-mail: zitty@zedat.fu-berlin.de. Industriekaufmann; Studium Sinologie, VWL und Politologie in Berlin und Taipei, seit 01/98 interkultureller Trainer für den europäisch-chinesischen Austausch. Seit 01/99 Dissertation zum chinesischen Konfliktmanagement.

Petra Strauch

***Demokratisierung in Hongkong unter Christopher Patten
Rhetorik oder politische Realität?***

Abstract

In dem folgenden Beitrag wird die Reformpolitik des letzten Gouverneurs (1992-1997) Christopher Patten unter dem Aspekt der Demokratisierung in Hongkong dargestellt. Pattens Programm konzentrierte sich auf die Legislativratswahlen von 1995, für die er durch ein reformiertes Wahlsystem das Wählerpotential erhöhte. Unter Berücksichtigung einleitender Definitionen zur Liberalisierung und Demokratisierung, werden die Grenzen und Defizite seiner Reformpolitik herausgearbeitet, um in der abschließenden Beurteilung den Demokratisierungsrahmen in Hongkong vor der Rückgabe an die VR China zu erfassen.

Einleitung

Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Kolonien wurde das Ende der Kolonialzeit in Hongkong vertraglich festgelegt (Pachtvertrag der New Territories 1898, *Joint Declaration* 1984); außerdem wurde die Kronkolonie nicht in die Unabhängigkeit entlassen, sondern untersteht seit 1997 als Sonderverwaltungszone der Souveränität der VR China. Aufgrund dieser vertraglichen Rahmenbedingungen ist Hongkong unter dem Aspekt der Entkolonialisierung als ein Sonderfall einzustufen. In der *Joint Declaration* verständigten sich die chinesische und die britische Regierung zwar auf ein stufenförmiges Reformprogramm über Zusammensetzung bzw. Wahl des Legislativrates, eine Demokratisierung Hongkongs wurde von chinesischer Seite jedoch konsequent abgelehnt. Als letzter Gouverneur der Kronkolonie startete Christopher Patten den Versuch einer beschleunigten Demokratisierung Hongkongs. Seine Reformpolitik wurde von der Bevölkerung in Hongkong unterschiedlich aufgenommen und bewertet, von der Regierung in Peking jedoch massiv kritisiert. In dieser Situation stellt sich die Frage, ob es in Hongkong unter Patten tatsächlich einen Demokratisierungsprozeß gegeben hat und wenn ja, in welchem Umfang. Oder ist es nicht angemessener, von einer weiterführenden Liberalisierung bzw. einer begrenzten Demokratisierung zu sprechen? Patten hat das Wahlsystem reformiert und damit die politische Partizipation der Bevölkerung erweitert. Aber ist nicht vielleicht durch die häufige Benutzung der Begriffe Wahlreform und Partizipation der tatsächliche Inhalt einer Demokratisierung auf ein falsches Maß reduziert worden? Dieser Beitrag stellt eine Kernthese einer noch nicht abgeschlossenen Magisterarbeit vor. In der Arbeit werden sowohl die "von oben" eingeleiteten Reformprozesse als auch die "von unten" zunehmende Politisierung der Bevölkerung unter dem Aspekt der Demokratisierung Hongkongs untersucht. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf den von Christopher Patten eingeleiteten Reformprozeß und soll Aufschluß darüber geben, ob Demokratisierung in Hongkong unter Gouverneur Patten nur einen rhetorischen Charakter hatte oder tatsächlich zur politischen Realität wurde.

Definition zentraler Begriffe

Liberalisierung, Demokratisierung und Partizipation sind in diesem Kontext wichtige Begriffe. Ihre inhaltliche Bedeutung sollen einleitend kurz erörtert werden.

Liberalisierung ist eine kontrollierte Öffnung des autoritären Regimes durch die herrschende Elite, aber ohne ihre Machtposition zu gefährden. In dieser Phase geht es um Stabilisierung, Garantie oder Erweiterung von Bürgerrechten. Teilautonome Organisationen werden in bereits existierende Institutionen inkorporiert, eine breite Partizipation der Bevölkerung am politischen Ent-

scheidungsprozeß ist jedoch nicht gegeben.¹¹ Liberalisierung muß nicht zwangsläufig zu einer Demokratisierung führen, aber "(...) as liberalization advances, so does the strength of demands for democratization."¹² Demokratisierung ist dann der Prozeß, in dem die unbegrenzte, unkontrollierte Macht von einer sozialen Gruppe oder einer Person auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird, die die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren, regelmäßig verantwortbar machen und kontingente Ergebnisse ermöglichen.¹³ Dementsprechend müssen Institutionen aufgebaut werden, die politischen Wettbewerb und eine breite Partizipation der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß garantieren – freie und geheime Wahlen sowie ein allgemeines Wahlrecht eingeschlossen.¹⁴ Auf ein Minimum reduziert, bedeutet politische Partizipation, daß "(...) actors must see some relationship between what they do and what happens between what they do and what happens to them."¹⁵

Christopher Patten's Reformpolitik: Politische Praxis und Bedeutung

Als Christopher Patten 1992 als letzter Gouverneur nach Hongkong kam, befand sich die Kronkolonie eindeutig in einer liberalen Phase. Rechtsstaatlichkeit und umfassende Bürgerrechte wurden garantiert, eine begrenzte Öffnung des Regimes war mit den ersten indirekten Teilwahlen für den Legislativrat 1985 eingeleitet worden.¹⁶ Der Exekutivrat war das oberste politische Entscheidungsorgan in Hongkong und setzte sich aus den vom Gouverneur ernannten Mitgliedern zusammen. Der Legislativrat in Hongkong besaß nicht seine eigentliche Funktion als gesetzgebendes Organ; in der Kronkolonie waren seine Befugnisse auf Beratung bzw. Bestätigung und formale Ratifizierung bereits beschlossener Gesetzesentwürfe reduziert worden.¹⁷ Der Gouverneur war Vorsitzender beider Organe und verfügte über sämtliche Machtbefugnisse. Zugespitzt formuliert bedeutet das: "The governor's legal powers are such that if he chose to exercise his full authority he could turn himself into a petty dictator."¹⁸ Bis 1992 war eine doppelte Mitgliedschaft im Exekutiv- und Legislativrat möglich. In Hongkong fanden Gesetzesentwürfe dementsprechend schnell ihre Zustimmung oder Ablehnung. Patten unterbreitete in seiner ersten Rede 1992 vor dem Legislativrat sein geplantes Reformprogramm, indem er unter anderem die Aufhebung der

¹¹ Vgl.: Przeworski, Adam: *Democracy and Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, New York 1991:54-66; siehe auch: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe: *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1986:7-11.

¹² Ebenda:10.

¹³ Rüb, Friedbert W.: "Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen", in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1*, 1996:114, zitiert nach: Przeworski 1991:14.

¹⁴ Bos, Ellen: "Die Rolle von Eliten und Akteuren in Transitionsprozessen", in: Merkel 1996:86; ebenso: O'Donnell/Schmitter 1986:8, siehe auch Przeworski, Adam: "Problems in the Study of Transition to Democracy", in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe/Whitehead, Laurence (Ed.): *Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives*, 1986:56-58.

¹⁵ Przeworski 1991:42.

¹⁶ 1985 wurden zum ersten Mal 24 der insgesamt 57 Vertreter im Legislativrat indirekt gewählt. Die ersten direkten Wahlen fanden 1991 statt, wobei 18 der insgesamt 60 Repräsentanten im Legislativrat direkt von der Bevölkerung gewählt wurden. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Legislativratswahlen von 1991 ist nachzulesen bei: Kwok, Rowena Y.F./Leung, Joan Y.H./Scott, Ian (Ed.): *Votes without Power*, Hong Kong 1992.

¹⁷ Ausführlich zu Funktion, Zusammensetzung und Entwicklung des Legislativrates siehe: Cheek-Milby, Kathleen: *A Legislature Comes of Age: Hong Kong's Search for Influence and Identity*, Hong Kong, Oxford & New York 1995. Das Regierungssystem in Hongkong wird detailliert von Norman Miners beschrieben: Miners, Norman: *The Government and Politics of Hong Kong*, Hong Kong 1991.

¹⁸ Zitiert nach: Wang, Enbao: *Hong Kong 1997. The Politics of Transition*, London 1995:65.

doppelten Mitgliedschaft verkündete. Patten wollte zusätzlich einen parteiunabhängigen Exekutivrat bilden. Mit dieser Trennung und einer forcierten gegenseitigen Verantwortlichkeit beabsichtigte er, politische Entscheidungsprozesse transparenter und unabhängiger zu gestalten. Der Kernpunkt seiner Reformpolitik betraf die Reformierung des Wahlsystems. Er begründete seine Maßnahmen mit der Pflicht, die politische und ökonomische Stabilität sowie die liberalen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung Hongkongs nach 1997 zu garantieren. Dieses Reformpaket, so Patten, beruhe auf den in der *Joint Declaration* verankerten Vereinbarungen zwischen der chinesischen und britischen Regierung und widerspreche auch nicht den Inhalten des *Basic Law*.¹⁹

Die Reformierung des Wahlsystems beinhaltete die erweiterte Partizipation der Bevölkerung an den Legislativratswahlen von 1995, indem der Bevölkerung Möglichkeiten eröffnet wurden, den gesamten Legislativrat direkt und indirekt zu wählen. Diesen Schritt nannte Patten eine von der Basis aus gestartete Demokratisierung.²⁰ Mit diesem "masterstroke"²¹ erreichte Patten die äußersten Grauzonen des *Basic Law*, woraufhin sich der Interpretationskonflikt zwischen der chinesischen Regierung und der Kolonialmacht entzündete.

Aber was bedeutete Pattens "masterstroke" konkret für die Demokratisierung Hongkongs? Die Einführung von Wahlen sind ein wesentlicher Bestandteil in Demokratisierungsprozessen, aber nur, wenn das Kreuz auf dem Wahlzettel in seiner Mehrheit politische Mitsprache und Entscheidungsfunktionen beeinflussen kann. Hongkong ist aber ein exekutiv- und nicht legislativgeführtes Regierungssystem. Die Aufhebung der doppelten Mitgliedschaft im Legislativ- und Exekutivrat mit den Argumenten von politischer Transparenz, Trennung und Unabhängigkeit beider Organe sowie einer gegenseitigen Verantwortlichkeit, erscheinen unter dem Aspekt der Demokratisierung erstrebenswert. Nicht mehr attraktiv war dagegen ein Sitz im Exekutivrat für direkt gewählte pro-demokratische Repräsentanten aus dem Legislativrat. Die Wahlergebnisse von 1991 und 1995 zeigten eindeutig die pro-demokratische Orientierung der Bevölkerung Hongkongs,²² doch konnten die vom Volk gewählten Repräsentanten aufgrund der von Patten getroffenen Maßnahmen nicht mehr in das eigentliche Entscheidungsorgan berufen werden.²³

Auf die Regierung selbst, den Exekutivrat und den Gouverneur, besaß die Bevölkerung weiterhin keinen Einfluß. In der politischen Praxis bedeutete die Aufhebung der doppelten Mitgliedschaft keinen demokratischen Fortschritt im Sinne der oben genannten Argumente, sondern eine Stärkung der exekutivgeführten Regierung. Der Legislativrat blieb weiterhin einem "deba-

¹⁹ Das Reformpaket verkündete Patten in seiner ersten Rede vor dem Legislativrat am 7.10.1992. Vgl. dazu: Patten, Christopher: "The Constitutional Package", in: *Chinese Law and Government*, Vol.26, No.1, 1996:65-77. Das *Basic Law* ist die seit dem 1.7.1997 geltende Miniverfassung für die SAR Hong Kong. Zwischen der VR China und Großbritannien bestand eine Vereinbarung, daß alle vor dem 1.7.1997 eingeführten Gesetze, Reformen etc. in Hongkong mit dem *Basic Law* kompatibel sein müssen.

²⁰ Patten, Christopher: East and West, London 1998:60.

²¹ Tsang, Steve: Hong Kong. An Appointment with China, London & New York 1997:187.

²² Bei den direkten Legislativratswahlen gewannen 1991 die pro-demokratischen Parteien 15 der 18 Sitze und 1995 insgesamt 14 der 20 Sitze. Vgl.: Kwok/Leung/Scott 1992:5; ebenso: Kuan Hsin-chi u.a.: The 1995 Legislative Council Elections in Hong Kong, Hong Kong 1996:3.

²³ Patten weigerte sich, nicht in den Legislativrat gewählte Mitglieder der pro-demokratischen Parteien in den Exekutivrat zu berufen und ernannte stattdessen unabhängige Vertreter. Vgl.: Lo Shiu-hing: The Politics of Democratization in Hong Kong, London & New York 1997:317. Der erste *Chief Executive* der Sonderverwaltungszone Hongkongs, Tung Chee-hwa, Großbreeder mit einflußreichen Beziehungen zur VR China, wurde dagegen von Patten in den Exekutivrat berufen.

ting club"²⁴ und blieb "a toothless tiger"²⁵. Die durch Patten ermöglichte breite Partizipation der Bevölkerung endete deshalb bei den in den Legislativrat gewählten Repräsentanten. Eine erweiterte Partizipation der Bevölkerung hatte Patten aber dennoch erreicht, zumindest quantitativ gesehen. Mehr Menschen durften sich an mehr Wahlen beteiligen.²⁶ Eine Partizipation im Sinn der oben zitierten Definition, wurde der Bevölkerung in Hongkong jedoch nicht eröffnet. Die Legislativratswahlen und die Partizipation der Bevölkerung besaßen deshalb – qualitativ gesehen – eher politischen Symbolcharakter.

Wie lassen sich nun die oben gestellten Fragen unter Berücksichtigung der genannten Definitionen und der hier dargestellten Entwicklung beantworten? Eine ausdifferenzierte Zivilgesellschaft, Parteienbildung und Parteienwettbewerb, sind charakteristische Kennzeichen einer sich im Demokratisierungsprozeß befindlichen Gesellschaft. Diese Merkmale waren in Hongkong durchaus präsent. Ein institutionalisiertes Verfahren zur Machtverlagerung auf Gruppen, die durch allgemeine und freie Wahlen ihre Legitimation erhalten und die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren und regelmäßig verantwortbar machen, gab es unter Christopher Patten nicht. Wie eingangs definiert, sind Wahlen und Partizipation charakteristische Faktoren einer Demokratisierung, aber nur in ihrer Funktion als Entscheidungskanäle auf den politischen Prozeß. In Hongkong wurden ihre Funktionen aber auf Repräsentation reduziert.

Vorläufige Schlußfolgerung

Eine Demokratisierung hat es in Hongkong unter Christopher Patten nicht gegeben. Seine Reformpolitik beinhaltete keine institutionellen Umstrukturierungen oder Erneuerungen, die der Bevölkerung Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß eröffneten. Deshalb kann auch von einer *begrenzten Demokratisierung* nicht die Rede sein. Neben den bereits existierenden Garantien von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten ermöglichte Pattens Wahlreform es der Bevölkerung, eine repräsentativere Rolle im Regierungssystem einzunehmen. Deshalb erscheint es zutreffender, diesen Prozeß als eine *weiterführende Liberalisierung* zu bezeichnen. Diesen Prozeß beschrieb Patten aber in seiner politischen Rhetorik unangemessenerweise als Demokratisierung.

Damit soll Pattens Reformpolitik aber nicht als nutzlos und gescheitert verurteilt werden. Während der letzten fünf Jahre haben sich wichtige Entwicklungen vollzogen, die für Hongkongs Status als Sonderverwaltungszone von Bedeutung sein könnten. Die Legislativratswahlen hatten zwar keinen Einfluß auf die Regierungsbildung, doch unter dem Aspekt, daß die Bevölkerung Hongkongs bisher nie die Möglichkeit besaß, ihre politische Orientierung durch die in den Legislativrat gewählten Vertreter zu repräsentieren, war das erweiterte Wahlsystem ein wichtiger Erfahrungswert. Die Wahlergebnisse von 1995 signalisierten auch der chinesischen Regierung die in Hongkong dominierende öffentliche Meinung, was im Hinblick auf die bevorstehende Rückgabe der Kronkolonie an die VR China ein bedeutender Faktor war. Für die politischen Parteien waren die Wahl in dreifacher Hinsicht ein Lernprozeß, indem sie den Parteienwettbewerb durchspielten, ihre eigene Partei organisieren mußten und schließlich die Präsentation ihrer Konzepte erarbeiten mußten. Erst die zukünftige Entwicklung wird bestätigen, ob diese Erfahrungs- und Lernprozesse ihren Sinn erfüllt haben.

²⁴ Ebenda:244.

²⁵ Flowerdew, John: The Final Years of British Hong Kong, London & New York 1998:161.

²⁶ Patten hatte das Alter für die Wahlbeteiligung von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Außerdem wurden die Repräsentanten der Funktionskörperschaften nicht mehr wie bisher von Direktoren und Top-Managern der jeweiligen Körperschaften gewählt, sondern von der gesamten Belegschaft.

Einige abschließende Anmerkungen

Ein paar Anmerkungen zu dem Konflikt zwischen Christopher Patten und der chinesischen Regierung sollen diesen Beitrag abschließen. Kompromißlosigkeit, Unverständnis und Stolz charakterisierten diesen Streit auf beiden Seiten. Peking ließ sich teilweise von Pattens Rhetorik blenden und erkannte nicht den tatsächlichen Inhalt seiner Reformpolitik. Von Bedeutung war sicherlich auch der gekränkte Stolz der Machthaber in Peking, daß ein Gesandter der Kolonialmacht das von chinesischen Vertretern aus der VR China und Hongkong entworfene *Basic Law* eigenständig interpretierte. Diesem Interpretationskonflikt trat Patten nicht mit interkultureller Kompetenz entgegen, sondern als überzeugter Tory. Aber hat dieser Konflikt der jungen SAR Hong Kong nicht eher Möglichkeiten und Chancen in der Ausübung ihrer Autonomie verbaut? Der 1995 gewählte Legislativrat wurde nicht wie ursprünglich vereinbart übernommen, sondern am 1.7.1997 durch einen provisorischen Legislativrat ersetzt. Repräsentanten wie Emily Lau verloren ihren Sitz im Legislativrat direkt nach der Rückgabezeremonie. Warum sollte Hongkong aber andererseits nicht alle zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten bis zum Flaggenwechsel ausschöpfen, um der VR China Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu demonstrieren, und sie damit an ihre Versprechen der "hohen Autonomie" und an die Formel "Hongkonger regieren Hongkong" erinnern?

Zur Autorin

Petra Strauch, Wiciefstr. 22, 10551 Berlin, Studium an der FU Berlin und Nanjing/VR China: Sinologie, Politologie, Soziologie. Mitarbeiterin an der "Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens" am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin. Schwerpunkte: Demokratisierungsprozesse in Südostasien, Außenpolitik der VR China.

Panel 6: Nationale Identität

Alexis Mengel

Nationalismus in Südkorea und Japan hinsichtlich der gegenseitigen Beziehungen: Stereotypen, Verhaltensmuster, Entwicklungen

Abstract

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine speziell für die Tagung in Brühl überarbeitete und erweiterte Fassung eines Kapitels meiner Magisterarbeit¹. Die Leitfrage lautet: Weshalb gestaltete sich eine Versöhnung zwischen Japan und Südkorea in der Zeit nach 1945 so schwierig? Zur Erklärung beschreibe ich die Entstehung und die Beschaffenheit des Nationalismus in beiden Ländern, die eine lange gemeinsame Geschichte verbindet/entzweit. Bei der Gegenüberstellung ist leicht zu erkennen, daß das jeweilige nationale Selbstverständnis eine Versöhnung mit dem Nachbarn stark erschwerte: Während in Südkorea nach dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft eine offizielle, aufrichtige Entschuldigung und Wiedergutmachung aus Japan zur Bedingung für die allmähliche Verbesserung der Beziehungen gemacht wurde, bestand in Japan kein Interesse an einer selbstkritischen Aufarbeitung der Vergangenheit.

In diesem Beitrag wird der Nationalismus der breiten Mehrheit beschrieben, sofern er für das japanisch-koreanische Verhältnis relevant ist. Abweichende Standpunkte von (intellektuellen, politischen, u.ä.) Minderheiten werden hier nicht berücksichtigt, da sie keine so große Außenwirkung hatten, d.h. sie beeinflussten nicht das Bild, das beide Völker voneinander haben. Zudem sind abweichende Standpunkte zu diesem Thema verhältnismäßig selten gewesen und haben im eigenen Land wenig Einfluß ausgeübt.

1. Vorgehensweise

Um das japanisch-koreanische Verhältnis möglichst umfassend und unparteiisch zu beschreiben, bediente ich mich folgender Quellen und Methoden: Sekundärliteratur mit möglichst vielen unterschiedlichen Ansätzen und aus möglichst vielen unterschiedlichen Blickwinkeln², Zeitungsartikel/-meldungen aus japanischen, koreanischen³ und ausländischen Zeitungen, sowie Gespräche mit Einheimischen. Als besonders aufschlußreich erscheint es mir, beiläufige, unbedachte Bemerkungen über das Nachbarland in den betroffenen Ländern zu betrachten, die in Nebensätzen von Zeitungsartikeln oder in Interviews mit Personen des öffentlichen Lebens und einfachen Bürgern fallen. Sie geben erfahrungsgemäß ein recht genaues Bild der (unbewußten) Haltung der Mehrheit wider, eine Haltung, die sie als Kinder und Heranwachsende übernahmen, und bilden eine unerläßliche Ergänzung zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeiten.⁴

¹ Mengel, Alexis: Der internationale Turniersport und die zwischenstaatlichen Beziehungen am Beispiel des japanisch-südkoreanischen Verhältnisses hinsichtlich der FIFA und der Fußballweltmeisterschaft, (unveröffentlichte Magisterarbeit), Köln 1998.

² Z.B.: Buruma, Ian: *God's Dust*, London 1989; Duus, Peter: *The Abacus and the Sword: the Japanese penetration of Korea, 1859-1910*, Berkeley 1995; Lee, Chong-sik: *Japan and Korea: The Political Dimension*, Stanford 1985; Myers, Ramon H./Peattie, Mark R. (Hg.): *The Japanese Colonial Empire, 1895-1945*. Siehe auch die weiter unten genannten Veröffentlichungen.

³ Übersetzt und gesammelt in: *Korea News Review*, *Korea Focus*, Japan aktuell und den Websites japanischer und koreanischer Zeitungen.

⁴ Leider mußte ich aus zeitlichen und finanziellen Gründen vorerst darauf verzichten, japanisch- und koreanischsprachige Veröffentlichungen ausgiebig zu verwenden.

Sehr wichtig für ein möglichst umfassendes Verständnis des japanisch-koreanischen Verhältnisses erscheint mir schließlich der Versuch, auch die emotionale Komponente nachzuempfinden: Was bedeutet es, einer Nation anzugehören, die die demütigende Erfahrung einer Kolonisation mitgemacht hat? Wie fühlt man sich als Mitglied einer Nation, die mit einer beschämenden jüngeren Vergangenheit fertig werden muß? Dazu verglich ich (als Deutscher, der in Irland aufwuchs) das japanisch-koreanische Verhältnis mit mir vertrauten ähnlichen Fällen: das anglo-irische Verhältnis (welches oft als vergleichbarer Fall angeführt wird⁵) und Deutschlands Situation nach dem Zweiten Weltkrieg.

2. Einleitung

Die Leitfrage dieses Beitrages ist, weshalb sich eine Versöhnung zwischen Japan und Südkorea so schwierig gestaltete. Die Beschaffenheit des heutigen japanischen und koreanischen Nationalismus scheint eine mögliche Erklärung zu bieten. Bei der Untersuchung gehe ich von den Erkenntnissen aus, daß jede nationale Identität konstruiert wird; daß jede Nation einen Gründungsmythos braucht, um ihren Platz in der Welt zu erklären; daß es immer wieder Situationen gibt, in denen dieser nationale Mythos an neue Gegebenheiten angepaßt werden muß; daß er schließlich, einmal etabliert, eine gewisse Bestandsdauer hat.⁶

In diesem Fall fand am 15. August 1945 ein Bruch mit der Vergangenheit in Japan und (Nord-/Süd-)Korea statt. Alle drei Länder sahen sich gezwungen, viele neue Erfahrungen und Gegebenheiten in eine neue nationale Identität zu integrieren.

Südkorea mußte die Erfahrung der Unterwerfung und Unterdrückung durch Japan, der versuchten Auslöschung seiner Kultur, der Kollaboration eines Teiles der Bevölkerung sowie der Teilung Koreas verarbeiten.⁷ Japan mußte mit einer vernichtenden militärischen Niederlage, die zu der erstmaligen Eroberung des japanischen Kerngebiets und einer bedingungslosen Kapitulation geführt hatte, und der plötzlichen und vollständigen Diskreditierung seines bisherigen Nationalismus nach Innen und nach Außen zurechtkommen.⁸ Beide Länder erfuhren weitreichende gesellschaftliche Umwälzungen.

Die Gestaltung der neuen Identität wurde von vielen Faktoren beeinflusst (von denen aus Platzgründen nur einige in diesem Beitrag genannt werden können): sowohl von bewußten Entscheidungen im In- und Ausland als auch von unbewußten Rückgriffen auf Elemente aus der Vorkriegszeit sowie innen- und außenpolitischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit. Die Weichen wurden dabei in den ersten Jahren nach 1945 gestellt, bis eine neue Gesellschaftsordnung etabliert worden war.

3. Faktoren, die in der Nachkriegszeit die nationale Identität Südkoreas und Japans bestimmten und gleichzeitig das japanisch-südkoreanische Verhältnis beeinflussten

In Südkorea etablierte sich ein **negatives Japan-Bild** als fester Bestandteil der nationalen Identität. Es war in den Jahren der Kolonialherrschaft (1910-1945) entstanden und Korea war im

⁵ Vgl. z.B. Cumings, Bruce: The Legacy of Japanese Colonialism in Korea, in: Myers, a.a.O., S. 478-496.

⁶ Vgl. dazu Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt 1988; Chapman, William: Inventing Japan. The Making of a Postwar Civilization, New York 1991, Einleitung.

⁷ Vgl. dazu Hielscher, Gebhard: 38mal Korea, München/Zürich 1988, S. 219-274.

⁸ Vgl. Chapman, a.a.O.; Maruyama Masao, Nationalismus in Japan. Theoretischer Hintergrund und Perspektiven, in: Menzel, Ulrich (Hg.): Im Schatten des Siegers: Japan. Band 4: Weltwirtschaft und Weltpolitik, Frankfurt 1989, S. 33-56. (Der Beitrag erschien ursprünglich im Januar 1951.)

Kampf gegen die japanische Besetzung zu einer Nation im modernen Sinn geworden.⁹ Das Bild wurde aber als Ressource im innenpolitischen Machtkampf instrumentalisiert: Eine anti-japanische Rhetorik ersetzte den politischen Kräften oft ein politisches Programm bzw. diente zur Ablenkung von anderen Problemen.¹⁰ Durch die Erinnerung an die grausame Seite der Kolonialherrschaft sowie an weiter zurückliegende schlechte Erfahrungen mit Japan sowie durch den Schulunterricht, nationale Denkmäler, Nationalhelden und wichtige Gedenktage wurde das negative Bild überhöht, zementiert und an nachfolgende Generationen weitergereicht.

Mit dem negativen Bild geht eine **Fixierung auf Japan** einher, insbesondere auf negative Aspekte der Beziehung. In der Regel werden koreabezogene Aussagen jeder Figur des öffentlichen Lebens in Japan beachtet und, vor allem wenn sie mißfallen, überbewertet. Südkorea sieht sich zudem in einem ständigen Konkurrenzverhältnis zu Japan, dem Land, welches Korea sein Modell der Modernisierung aufgezwungen hat; das Verlangen, zu den ehemaligen Kolonialherren aufzuschließen, ist weitverbreitet. Japan wird einerseits heftig kritisiert, dient aber gleichzeitig vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet als Vorbild; das Nachbarland ist gleichzeitig abstoßend und anziehend.

Seit dem Ende der Kolonialherrschaft spielt der koreanische Wunsch bzw. die **Forderung nach einer "aufrichtigen"** ("sincere"¹¹) **Entschuldigung** Japans für begangenes Unrecht, nach symbolischer Wiedergutmachung und nach Anerkennung der Gleichwertigkeit durch Japan eine große Rolle. Dies wurde immer wieder als Bedingung für ein besseres Verhältnis genannt.

In Japan herrscht, falls Südkorea überhaupt wahrgenommen wird, überwiegend ein negatives Bild vor. Die **herablassende Haltung**, die oft (auch unbewußt) (Süd-)Korea gegenüber zu spüren ist, wird teilweise gespeist aus der Prägung führender Gesellschaftsschichten durch das Korea-Bild der Kolonialzeit, welches durch die mangelnde Aufarbeitung der eigenen Geschichte bis heute noch nicht überwunden ist. Desweiteren fällt (bzw. fiel) Japanern zu Südkorea das problematische Verhältnis zur koreanischen Minderheit in Japan ein sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterentwicklung (Militärdiktaturen, Krieg, usw.) und eine für sie grundlose Feindseligkeit Japan gegenüber.¹²

Stärker noch als Feindseligkeit ist in der Bevölkerung und bei vielen Politikern allerdings gegenüber Südkorea **Desinteresse und Gleichgültigkeit** zu spüren sowie eine Unkenntnis der gemeinsamen Geschichte. Die katastrophalen Folgen der japanischen "Beschäftigung" mit dem Ausland ließ in Japan nach 1945 den Wunsch entstehen nach einem "Ausstieg" aus der internationalen Politik und der ausschließlichen Konzentration auf den Aufbau der heimischen Wirtschaft und auf das Verhältnis zu den USA. Dieser Rückzug wurde ermöglicht bzw. gefördert durch den amerikanischen militärischen Schutz sowie durch die geographische Lage.¹³ Zudem einigte man sich in Japan (bewußt, um Reparationszahlungen zu entgehen, aber auch unbewußt) darauf, die Jahre 1930-1945 (mit Ausnahme der amerikanischen Atombombenabwürfe) zu "ver-

⁹ D.h., der Widerstand erfaßte und einte alle Bevölkerungsschichten (vgl. Hielscher, a.a.O., S. 252ff.).

¹⁰ Vgl. Cheon, Sung-hwa: The Politics of anti-Japanese Sentiment in Korea: Japanese-South Korean Relations Under American Occupation 1945-1952, New York 1991.

¹¹ Dieses Wort fällt besonders häufig in den englischen Übersetzungen koreanischer Artikel.

¹² Vgl. Bridges, Brian: Japan and Korea in the 1990's: From Antagonism to Adjustment, Cambridge 1993.

¹³ Deutschland beispielsweise konnte sich eine selbstgewählte Isolation nach 1945 nicht erlauben, sondern war gezwungen, sich mit den Nachbarländern zu versöhnen und seine Kriegsschuld bis zu einem gewissen Maß anzuerkennen.

gessen" bzw. so umzuinterpretieren, daß die Japaner als unschuldig, weil ebenfalls Opfer, dastanden.¹⁴

4. Verhaltensmuster

Aus der jeweiligen nationalen Identität ergaben sich seit 1945 in dem japanisch-südkoreanischen Verhältnis ständig wiederkehrende Verhaltensmuster:

In Südkorea machte sich immer wieder tiefe Enttäuschung breit über die als demütigend empfundenen, unbefriedigenden oder gar ausbleibenden Erklärungen staatlicher japanischer Stellen zur Vergangenheit. Als Reaktion darauf verstärkte sich koreanische Feindseligkeit. In einem Akt des "Liebesentzugs" wurden positive Aspekte der japanischen Kultur und Gesellschaft außer Acht gelassen; es wurde ignoriert, daß seit Kriegsende erfreuliche Entwicklungen in der japanischen Gesellschaft (wie z.B. das Internalisieren der Friedensverfassung, die Demokratisierung der Gesellschaft) stattgefunden haben. Zudem wurde ein Verbot moderner japanischer Kultur aufrechterhalten, mit der Begründung, sie könne wegen ihrer schlechten Qualität bzw. verwerflichen Moral die koreanischen Werte untergraben. Unter den Teppich gekehrt wurde die koreanische Kollaboration mit den japanischen Machthabern in den Jahren vor 1945.

In Japan erzeugte die Verärgerung über die unverminderte koreanische Feindseligkeit sowie über die Weigerung, die Vergangenheit ruhen zu lassen, eine gewisse Trotzreaktion und die Entschlossenheit, sich nicht "demütigen" zu lassen.

Wie zu erkennen ist, befanden sich beide Seiten in einem Teufelskreis; sie konnten kaum anders, als sich auf ihre Positionen zu versteifen. Wenn der Versuch einer Annäherung unternommen wurde, dann war bisher ebenfalls ein bestimmtes Muster zu erkennen:

In der Regel erfolgte von japanischer Seite eine Entschuldigung und Anerkennung der Kriegsschuld. In Südkorea sprach man zunächst überschwenglich von einem "historischen Durchbruch", um dann kurz darauf um so frustrierter festzustellen, daß sich kaum eine Erfüllung der koreanischen Erwartungen ergeben hatte.

In Japan atmete man zunächst erleichtert auf, da endlich ein Ende der Schwierigkeiten mit Südkorea und der erzwungenen Beschäftigung mit der unrühmlichen Vergangenheit in Sicht schien, um dann um so enttäuschter festzustellen, daß sich die Koreaner auch mit dem jüngsten, als demütigend empfundenen "Kniefall" nicht zufrieden gaben.

5. Themen, an denen sich Streit entzündet

Grundsätzlich ist anzumerken, daß sich, angesichts der Empfindlichkeit der koreanischen Öffentlichkeit und der Gedankenlosigkeit der japanischen, an praktisch jedem Thema Streit entzünden kann. Dennoch tauchen bestimmte Themen immer wieder auf:

- Die Darstellung der gemeinsamen Geschichte durch ranghohe japanische Politiker, Beamte und Industrielle sowie in japanischen Schulbüchern. Dazu gehören z.B. der Beitrag Koreas zur japanischen Kultur und Gesellschaft, die Wertung der japanischen Übergriffe auf Korea im sechzehnten Jahrhundert, die japanische Kolonialherrschaft über Korea 1910-1945 und die Entschädigungszahlungen für Opfer der japanischen Herrschaft;
- die Benachteiligung der koreanischen Minderheit in Japan;
- die Souveränität über die zwischen Japan und Südkorea gelegenen Tokdo (kor.)/Takeshima (jap.)-Inseln;

¹⁴ Vgl. Chapman, a.a.O.; Maruyama, a.a.O.

- die Fischereirechte im zwischen Japan und Südkorea gelegenen Meer;
- die Beziehungen Japans zu Nordkorea und die koreanische Befürchtung, Japan arbeite an einer Aufrechterhaltung der Teilung und somit Schwächung Koreas;
- die sichtbare japanische Präsenz in Südkorea in Form von z.B. Filmen, populärer Musik, Comics, PKWs, usw.;
- der Handel zwischen beiden Ländern und der koreanische Eindruck der Benachteiligung;
- jegliche Konkurrenz zwischen beiden Ländern auf der internationalen Bühne, z.B. in der Wirtschaft, im Sport, beim Wettbewerb um die Ausrichtung von internationalen Veranstaltungen.

6. *Wie die Beziehungen verbessert wurden und weiter verbessert werden könnten*

Ungeachtet der beschriebenen Schwierigkeiten einer Annäherung, ist es in den letzten Jahren in einigen Bereichen zu einer engeren Zusammenarbeit gekommen:

18. In den frühen sechziger Jahren entschied die koreanische Staatsführung, daß dem wirtschaftlichen Fortschritt oberste Priorität zuzumessen sei. In Japan und Südkorea sahen führende Kreise ein, daß beide Seiten von der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen profitieren konnten. Im Jahre 1965 wurde ein von wirtschaftlichen Interessen geprägter Normalisierungsvertrag geschlossen und damit erstmals diplomatische Beziehungen aufgenommen.
19. Daraus ergab sich eine zunehmende wirtschaftliche Interdependenz, die eine ernsthafte Störung des Verhältnisses durch "politische" Themen immer unattraktiver erscheinen ließ und tatsächlich durch zwischenstaatliche Krisen nie unterbrochen wurde.
20. Im Jahre 1983 führte Premierminister Nakasones Streben nach einer größeren außenpolitischen Rolle für Japan und die Einsicht, daß diese nur über verbesserte Beziehungen zu den asiatischen Nachbarn möglich sei, zu seinem Staatsbesuch in Seoul und offiziellen, öffentlichen, symbolischen wie auch praktischen Gesten der Anerkennung und Wiedergutmachung (z.B. die Anerkennung des koreanischen Beitrags zur japanischen Kultur; der Ausdruck des tiefen Bedauerns über die koloniale Vergangenheit; die Tatsache, daß die erste Auslandsreise eines japanischen Regierungschefs erstmals nicht nach Washington führte; die Ankündigung, die Darstellung der gemeinsamen Geschichte in japanischen Schulbüchern für den Geschichtsunterricht überprüfen zu lassen; Nakasones Singen eines koreanischen Liedes auf dem offiziellen Empfang; usw.)
21. Während vorher der Informationsaustausch zwischen Regierungsstellen eher gering und die Beziehungen auf politischer Ebene frostig gewesen waren, wurden in der Folgezeit die Kontakte auf Regierungsebene zunehmend enger und regelmäßiger.
22. In den späten achtziger Jahren war ein deutliches Ansteigen des südkoreanischen Selbstbewußtseins zu spüren. Nach einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9% im Jahr seit den frühen sechziger Jahren, der erfolgreichen Ausrichtung der Olympischen Spiele in Seoul im Jahre 1988, der diplomatischen Anerkennung durch Verbündete Nordkoreas sowie mit zunehmender Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit sank der Bedarf nach Anerkennung durch Japan. Der nationalen Identität Südkoreas wurde ein neues Element hinzugefügt, jenes der wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Nation, welche sich nicht mehr im Schatten Japans sehen mußte. Gleichzeitig entstand durch diese Erfolge ein positiveres Südkorea-Bild in Japan; diese Tatsache hatte wiederum Auswirkungen auf das Japan-Bild der Südkoreaner.

23. Das Ende des Kalten Krieges veränderte die sicherheitspolitische Lage der Region. Die erwartete Verminderung der Truppenpräsenz der Vereinigten Staaten und die Sorge um weitere Entwicklungen in einem instabilen Nordkorea veranlaßten Japan und Südkorea dazu, eine engere militärische Zusammenarbeit anzustreben. Durch gemeinsame militärische Übungen und gegenseitige Truppenbesuche kam es zu einem symbolträchtigen Bruch von Tabus und zu einem größeren Vertrauen zueinander. Auch dieser Entwicklung konnten politische Krisen nichts anhaben.¹⁵
24. Die Entscheidung des Weltfußballverbandes FIFA, die nächste Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2002 von Japan und Südkorea gemeinsam austragen zu lassen, wird von den Regierungen beider Länder als Chance bezeichnet, zum ersten Mal fruchtbar zusammenzuarbeiten (auch wenn sie sich während der Bewerbungsphase strikt dagegen gewandt hatten). Die gemeinsame Ausrichtung könnte in der Tat, angesichts der wirtschaftlichen und politischen Dimensionen des größten Fernsehereignisses der Welt, als Katalysator zur Verbesserung der Beziehungen genutzt werden.¹⁶
25. Der amtierende südkoreanische Präsident Kim Dae-young hat sich darum bemüht, eine versöhnlichere und konstruktivere Japan-Politik zu verfolgen als seine Vorgänger, für die es darauf ankam, Stärke zu zeigen. Beispielsweise wird nicht mehr auf eine materielle Entschädigung der koreanischen Opfer der Kolonialherrschaft bestanden, das Verbot moderner japanischer Kultur wurde aufgehoben, der japanische Kaiser wurde eingeladen, erstmals Südkorea zu besuchen. Diese Entwicklung führte auch zu einem Entgegenkommen von japanischer Seite: Die japanische Regierung war zum ersten Mal bereit, sich schriftlich, in einem offiziellen Dokument und namentlich bei Südkorea für während der Kolonialzeit begangene Verbrechen zu entschuldigen.

7. Offene Fragen

Kann eine wirkliche Versöhnung zwischen Japan und Südkorea zustandekommen, angesichts der Tatsache, daß die oben angeführten Schritte der Annäherung aus Gründen des praktischen Nutzens und nicht aus einem Wunsch nach Versöhnung erfolgten?

Eine wirkliche Versöhnung setzt eine Veränderung des nationalen Selbstverständnisses voraus und muß von breiten Teilen der Bevölkerung getragen werden. Diese Entwicklung scheint in näherer Zukunft unwahrscheinlich. Angesichts der vielen weiter bestehenden Vorbehalte in Südkorea gegenüber Japan und der zurückhaltenden Reaktionen auf die Ergebnisse von Präsident Kims Japan-Reise einerseits sowie die Schwierigkeiten der japanischen Gesellschaft, die Vergangenheit aufzuarbeiten (siehe die jüngste Diskussion um die Veröffentlichung eines Buches zum Nanking-Massaker), andererseits ist eine Überwindung der "emotionalen Probleme" so bald nicht zu erwarten.

Zum Autor

Alexis Mengel, M.A., Kaiserstraße 35, D-41061 Mönchengladbach. Tel.: 02161-177540, e-mail: a2347172@smail.uni-koeln.de. Studium an der Universität zu Köln: Politikwissenschaft (Hauptfach), Englische Philologie, Mittel- und Neugriechische Philologie. Derzeit Forschungen in Athen zu dem Diskurs in der griechischen Presse anläßlich der Olympischen Spiele in Athen im Jahre 1896. Thematische Schwerpunkte: Internationale Beziehungen und Nationalismus in Südosteuropa und (Süd-)Ostasien; Politik in Nordirland; Sport und Politik.

¹⁵ Vgl. Hughes, Christopher: Japan's subregional security and defence linkages with ASEANs, South Korea and China in the 1990's, in: The Pacific Review, Vol. 9 (1996), H. 2, S. 229-250.

¹⁶ Mengel, a.a.O.

Hans Scheerer

Nationalismus im Spiegel der Außenpolitik der VR China:

Beijings außenpolitisches Verhalten im Konflikt um die Spratly-Inseln.

Die Volksrepublik China, der neue Hegemon im asiatisch-pazifischen Raum?

Mit dem vergrößerten ökonomischen Potential und dem mit dem Zerfall der UdSSR erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraum für Beijing verbinden sich in der Region des asiatisch-pazifischen Raums wie auch im „Westen“ die Sorge, daß die Volksrepublik China zur dominierenden Macht in der Region wird und versuchen könnte, in der Außenpolitik nationalistische Zielsetzungen wie die „Rückeroberung“ verlorener Gebiete zu verwirklichen. Zu diesen „Gebieten“ zählen außer Taiwan auch die Spratly-Inseln (chin. *Nansha qundao*).¹⁷ In der Tat gibt es Anzeichen für Versuche der politischen Führung in Beijing, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Untergang der Sowjetunion ins Wanken geratene ideologisch fundierte Legitimität durch nationalistische Elemente in der Außenpolitik als neuem identitätstiftenden Element zu ersetzen.

So scheint Beijings Vorgehensweise im Konflikt um die Spratly-Inseln seit Ende der 80er Jahre die Einschätzung einiger Beobachter zu bestätigen, die vor den Konsequenzen der Entstehung einer neuen Hegemonialmacht im asiatisch-pazifischen Raum warnen. Gerade jedoch weil die Art und Weise, wie Beijing sich in dem Konflikt um die Spratly-Inseln verhält, oftmals unklar und widersprüchlich anmutet, klingen die Warnrufe derer, die in der Volksrepublik China den neuen „Hegemon am Horizont“ sehen und vor einem nationalistischen China warnen, überzogen. Aussagen, wonach Beijings Verhalten im Konflikt um die Spratly-Inseln ein Beleg für die Richtigkeit der „China threat“-These ist, halten einer kritischen Betrachtung nicht stand und können mit Fug und Recht als Versuch bezeichnet werden, das Schreckgespenst der "gelben Gefahr" wiederzubeleben.

Denn obwohl es von den Befürwortern einer gegen Beijing gerichteten „containment policy“ als Beleg für die Richtigkeit ihrer These angeführt wird, zeigt Beijings Verhalten gerade in diesem Konflikt, daß – ungeachtet des Säbelrasselns und der nationalistischen Rhetorik – die Tendenz zu einer entsprechend gestalteten Außenpolitik relativ gering ist.

Diese Zurückhaltung, auch in Angelegenheiten, welche die nationale Befindlichkeit berühren, gründet auf der seit Beginn der Öffnungspolitik merklich erhöhten Interdependenzverwundbarkeit, deren Ursachen wiederum im Interessenprofil der Politstrategen in Beijing zu suchen sind. Es sind dies die Zielsetzungen,

- a) die internationalen Kontakte für den kontinuierlichen Aufbau der Ökonomie Chinas zu stabilisieren und weiter auszubauen und
- b) die Volksrepublik China auf internationaler Ebene als verlässliches und gleichwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft zu etablieren.

Eine aggressive bzw. nationalistische Außenpolitik wäre der Verwirklichung dieser Zielsetzungen abträglich und würde unter Umständen den Fortbestand des gegenwärtigen Regimes, das aufgrund des Legitimationsverlustes in ideologischer Hinsicht sein Heil im ökonomischen Erfolg sucht, in Frage stellen.

¹⁷ Benannt wurden die Inselgruppe nach Richard Spratly, dem Kapitän eines Walfängers, der das Gebiet Anfang der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts erkundet hatte.

Die Spratly-Inseln

Bei den Spratly-Inseln handelt es sich um eine Gruppe von Inseln, Riffen und Sandbänken, die im Südchinesischen Meer zwar über eine Fläche von 160.000 – 180.000 km² verteilt sind, deren aus dem Wasser ragende Gesamtfläche zusammengerechnet jedoch höchstens 5 km² beträgt.¹⁸ Die jeweils einem Land am nächsten gelegene Insel ist von den Philippinen 190 km, von der vietnamesischen Küste 475 km, von Malaysia rund 300 km und schließlich von der chinesischen Insel Hainan sogar mehr als 1000 km entfernt.

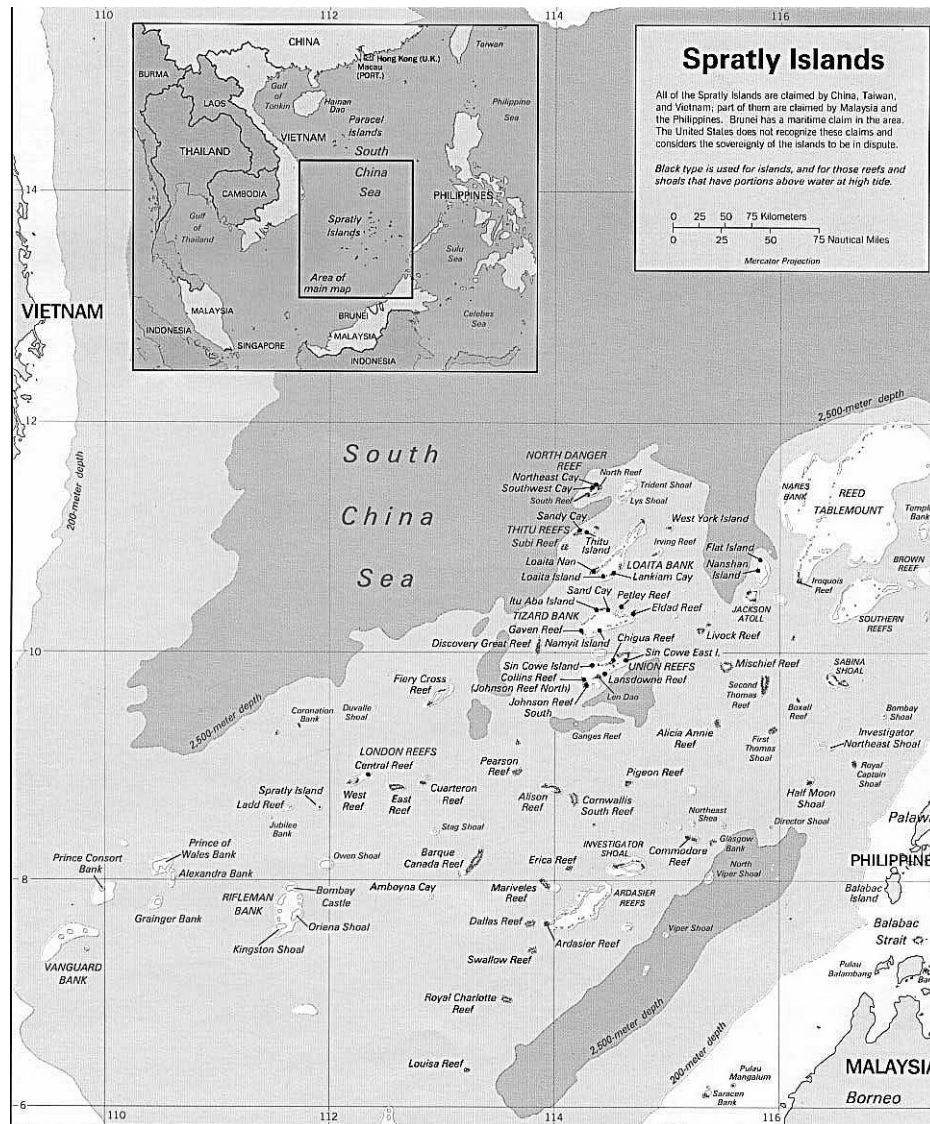
Die Volksrepublik China, Taiwan, Vietnam, Malaysia, die Philippinen und Brunei erheben Anspruch auf die Spratlys. Bis auf Brunei halten alle genannten Staaten einzelne Inseln bereits besetzt und haben dort auch Militärstützpunkte errichtet. Da die Inseln bzw. die umliegenden Gewässer seit Mitte der 70er Jahre wiederholt Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen waren, gilt die Region des Südchinesischen Meeres neben dem indisch-pakistanischen Konflikt um Kaschmir und dem Konflikt zwischen Nord- und Südkorea als einer der Krisenherde Asiens.

Die Volksrepublik China¹⁹ beansprucht *alle* Inseln der Spratlys und darüber hinaus auch die weiter nördlich gelegenen, bereits von Beijing kontrollierten Paracel-Inseln, die Insel Pratas und die Macclesfield Bank. Nach chinesischer Lesart seien diese „seit jeher“ chinesisches Territorium gewesen und es sei die Aufgabe der Volksrepublik China, diese Inseln wieder „ins Reich heimzuholen“.²⁰

¹⁸ Die Zahlenangaben hinsichtlich der Land- bzw. Seefläche differieren je nach konsultierter Quelle mitunter beträchtlich. Während in der westlichsprachigen Literatur für die zu den Spratly-Inseln gerechnete Seefläche weniger als 200.000 km² genannt werden, wird in chinesischen Quellen großzügiger dimensioniert und Zahlen bis zu 800.000 km² genannt. Wie diese Diskrepanz zustande kommt, ist nicht völlig klar, da oftmals keine näheren geographischen Angaben gemacht werden. Wahrscheinlich ist jedoch, daß das mit *Nansha haiyu* bezeichnete Seegebiet die gesamte von der Volksrepublik China beanspruchte Seefläche des Südchinesischen Meeres umfaßt. Zur Geographie der Spratly-Inseln siehe u.a. Dieter Heinzig (1976), *Disputed islands in the South China Sea. Paracels, Spratlys, Pratas, Macclesfield Bank*, Wiesbaden: Harrassowitz; Monique Chemillier-Gendreau (1996), *La souveraineté sur les Archipels Paracels et Spratleys*, Paris: L'Harmattan; Frédéric Lasserre (1996), *Le dragon et la mer: stratégies géopolitiques chinoises en Mer de Chine du Sud*, Montréal: L'Harmattan. Zur chinesischen (d.h. in diesem Fall volksrepublikanischer) Perspektive siehe: Yiran Lü (Hrsg.) (1992), *Nanhai zhudao: dili, lishi, zhuquan* (Die Inseln des Südchinesischen Meeres: Geographie, Geschichte, Souveränität), Ha'erbin: Heilongjiang jiaoyu cbs.; sowie ders. (Hrsg.) (1988), *Zhongguo haijiang lishi yu xianzhuang yanjiu* (Die Geschichte von Chinas Seegrenze und der gegenwärtige Forschungsstand), Ha'erbin: Heilongjiang jiaoyu cbs.

¹⁹ Die Territorialansprüche Taiwans stimmen mit denen der Volksrepublik China überein. Siehe hierzu z.B. Lasserre (1996), 10. Zur Position Taiwans im Konflikt um die Spratly-Inseln, auch zu bestehenden Unterschieden in der Haltung Taiwans im Vergleich zur Volksrepublik China, siehe: Yu-Hsi Nie (1985), "Taiwans See-rechtsansprüche", in: Draguhn, Werner (Hrsg.) (1985), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien*, 229-259; Peter Kien-hong Yu (1995), "A critique of the three proposals for 'solving' the Spratlys dispute: a Chinese view from Taiwan", in: *Issues & Studies*, Vol. 31, No. 1, 63-76; Huang-yu Chen (1993), "A comparison between Taipei and Peking in their policies and concepts regarding the South China Sea", in: *Issues & Studies*, Vol. 29, No. 6, 22-58; sowie Kuan-ming Sun (1996), "The Republic of China's policy toward the South China Sea: a review", in: *Issues & Studies*, Vol. 32, No. 3, 40-54.

Übersichtskarte: Spratly-Inseln/Südchinesisches Meer



Quelle: CIA World Fact Book

Akteure	Anspruch erhoben wird auf*
Brunei	3
Malaysia	4

- 20 Vietnam, das wie die Volksrepublik China und Taiwan Anspruch auf die Paracel- und Spratly-Inseln erhebt, führt hierfür historische Begründungen an. Die Philippinen, Malaysia und Brunei, die einzelne Inseln bzw. bestimmte Seegebiete beanspruchen, gründen ihre Ansprüche auf das internationale Seerecht. Indonesien nimmt eine Sonderrolle ein. Zwar erhebt Jakarta keine Ansprüche auf eine der Inselgruppen, jedoch bestehen auch hier Unklarheiten hinsichtlich des Verlaufs der Seegrenze. Beijing sah sich bereits mehrfach dazu veranlaßt, Indonesien vorzuwerfen, im Rahmen von Explorationsarbeiten bzw. der Förderung von Erdgas in chinesische Territorialgewässer einzudringen und die "Ressourcen Chinas auszuplündern". Siehe hierzu Erhard Louven (1985), "Ökonomische Interessen und Seerechtsfragen in Ost- und Südostasien", in: Draguhn (Hrsg.) (1985), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien*, 22-42, hier: 38-40 sowie Kay Möller (1998), *Sicherheitspartner Peking? Die Beteiligung der Volksrepublik China an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen seit Ende des Kalten Krieges* (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik; 53), Baden-Baden: Nomos, 144-147.

Philippinen	8
Taiwan	alle Inseln (d.h. Paracel-Inseln, Spratly-Inseln, Pratas Island, Macclesfield Bank, Scarborough Reef)
Vietnam	Paracel- und Spratly-Inseln
VR China	alle Inseln (d.h. Paracel-Inseln, Spratly-Inseln, Pratas Island, Macclesfield Bank, Scarborough Reef)

Akteure	Anzahl der besetzten Inseln (Stand 11/95)*	Anzahl der stationierten Truppen (Stand 11/95)**
Brunei	-	-
Malaysia	4	230
Philippinen	8	60
Taiwan	1	500
Vietnam	25	980
VR China	12	900-1.000

Quelle: * Blanche/Blanche (1995), S. 512; ** Möller (1998), S. 132.

Erhöht wurde das Konfliktpotential zu Beginn der 70er Jahre aufgrund der Resultate einer von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Untersuchung. Demzufolge lagern unter dem Meeresgrund möglicherweise umfangreiche Öl- und Gasvorkommen.²¹ Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Philippinen erneuerten daraufhin ihre bereits in den 50er Jahren erhobenen Ansprüche und besetzten einige Inseln. 1974 wurden die weiter nördlich der Spratlys gelegenen Paracel-Inseln Schauplatz einer ersten militärischen Auseinandersetzung. Kurze Zeit darauf besetzten Südvietnamesen, die in der Auseinandersetzung um die Paracel-Inseln gegen die Marine der Volksbefreiungsarmee unterlegen waren, einige zu den Spratlys gehörende Inseln.

In unterschiedlichen Konfliktkonstellationen waren die Spratly-Inseln in den folgenden 20 Jahren wiederholt der Zankapfel der miteinander um die Nutzungs- und Hoheitsrechte konkurrierenden

²¹ Es mehren sich jedoch die Anzeichen dafür, daß der Umfang der Ressourcen und die technischen Möglichkeiten zu deren Ausbeutung – vor allem im Tiefseebereich, wozu auch die Region der Spratlys zählt – weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Dessenungeachtet werden die angeblich immensen Rohstoffreserven als einer der wichtigsten Faktoren für Beijings großes Interesse und seine Unnachgiebigkeit im Konflikt gehandelt. Diese Argumentation wurde auch in der westlichsprachigen Tagespresse, oft auch in der Fachliteratur zumeist unkritisch übernommen, wenngleich es für die überaus optimistischen Einschätzungen, wie sie von offizieller chinesischer Seite erfolgten, bislang keine Bestätigungen gibt. Andererseits existieren Abhandlungen über die Situation des Energiebedarfs in der Volksrepublik China, in denen auch Bestandsaufnahmen über die gegenwärtige Energieversorgung und Energiequellen gemacht wurden, das Südchinesische Meer als potentiell Rohstofflager wurde indes nicht genannt, siehe z.B. Tatsu Kambara (1992), "The energy situation in China", in: *China Quarterly*, No. 131, October 1992, 605-636 und Martin Walker (1996), "China und die neue Epoche der Rohstoffverknappung", in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 6/96, 843-852. In einem anderen Fall werden die im Südchinesischen Meer geförderten Ölmengen auf weniger als 1% des Gesamtvolumens beziffert. Die Perspektiven, diese Fördermengen deutlich zu erhöhen, werden aufgrund schwieriger und aufwendiger Förderbedingungen sowie des Sachverhalts, daß es sich zumeist um mehrere kleine (und nicht wenige große) Ölfelder handele, als wenig aussichtsreich betrachtet. Vgl. hierzu u.a. Lasserre (1996), 221-224. Folglich spricht einiges dafür, daß diese "ökonomischen Interessen" als potentiell handlungsleitende Variable im Spratly-Konflikt von fragwürdiger Bedeutung sind. Beijings großes Interesse an den Inseln ist somit kaum darauf zurückzuführen, daß in ihrem Umfeld unter Umständen reichhaltige Rohstoffvorkommen lagerten. Vgl. hierzu Bruce Blanche/Jean Blanche (1995), "Oil and regional stability in the South China Sea", in: *Jane's Intelligence Review*, November 1995, 511-514; Kent E. Calder (1996), "Asia's empty tank", in: *Foreign Affairs*, Vol. 75, No. 2, March/April 1996, 55-69 und Mamdouh G. Salameh (1995), "China, oil and the risk of regional conflict", in: *Survival*, Vol. 37, No. 4, Winter 1995-96, 133-146.

Staaten. Beijing negiert die Ansprüche aller anderen Staaten und betrachtet – wie übrigens alle anderen Anspruchsteller auch – die eigenen Ansprüche als die einzig rechtmäßigen und erhebt, wenn man den offiziellen Verlautbarungen Glauben schenken darf, die „Rückeroberung“ urchinnesischer Territorien, wie z.B. der Spratly-Inseln und Taiwans, zu einer Angelegenheit von nationaler Bedeutung.

Seit Ende der 80er Jahre versuchte die Volksrepublik China mit der Besetzung einzelner Inseln und weiteren unilateralen Maßnahmen ihren Ansprüchen Nachdruck zu verleihen. So auch Anfang 1992, als der Nationale Volkskongreß das „Gesetz der Volksrepublik China über die territorialen Gewässer und die angrenzenden Gebiete“ (chin.: *Zhonghua Renmin Gongheguo linghai ji pilian qu fa*)²² verabschiedete und damit das Südchinesische Meer *de facto* zum chinesischen Binnenmeer erklärte. Die erhöhte Militärpräsenz der Marine in den südlichen Regionen des Südchinesischen Meeres gab Anlaß zu Spekulationen darüber, inwieweit die Volksrepublik China willens und davon abgesehen auch logistisch dazu in der Lage ist, ihre Ansprüche im Ernstfall auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Die Beteuerungen Beijings, die Territorialstreitigkeiten friedlich auf diplomatischem Wege regeln zu wollen, wurden durch eine verstärkte Militärpräsenz in der Region sowie durch eine bisweilen martialische Rhetorik konterkariert, die in Aussagen gipfeln, die „geheiligten Territorien“ niemals preiszugeben und diese notfalls auch unter Anwendung militärischer Gewalt zurückzuerobern. Markige Worte dieser Art, die zumeist aus dem Lager der VBA kamen, rückten die Friedfertigkeitsebekundungen in ein zweifelhaftes Licht, was viele Beobachter zu dem Schluß kommen ließ, daß Beijing die Strategie, den Einfluss Chinas auszudehnen, und die verlorenen Gebiete heim ins Reich zu holen, allen anders lautenden Bekundungen zum Trotz, unverändert weiterverfolgt.

Die Entdeckung von „Betonstrukturen“ der VBA auf dem vor der philippinischen Küste gelegenen Mischief Riff im Januar 1995 durch die philippinische Küstenwache schien dies einmal mehr zu bestätigen. Die Maßnahmen der Volksrepublik China im Inselkonflikt richteten sich nun nicht gegen Vietnam, sondern erstmals gegen den ASEAN-Staat Philippinen. Im Mai desselben Jahres legte Beijing die Richtlinien für die Definition der zu den Paracel-Inseln gehörenden Hoheitsgewässer fest und vergrößerte dadurch das Hoheitsgebiet der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer um rund 2,5 Mio. km².

Während in den 80er Jahren, als sich Chinas Interesse auf den Gegner Vietnam konzentriert hatte, und die Reaktionen auf regionaler und internationaler Ebene sich zwischen verhaltener Kritik und Desinteresse zu bewegen schienen, erfuhren Chinas Ambitionen im Südchinesischen Meer in den 90er Jahren eine immer geringere Akzeptanz, was schließlich auch die Volksrepublik China zu – in erster Linie – symbolischen Zugeständnissen veranlaßte. Beim ersten Treffen der Außenminister im Rahmen des ASEAN-China Dialogs vollzog Beijing insofern eine Kurskorrektur, als nun nicht mehr wie bislang auf bilateralen Verhandlungen beharrt, sondern die Bereitschaft signalisiert wurde, die Angelegenheit mit den ASEAN-Staaten als Gemeinschaft zu erörtern. Im Rahmen eines Außenministertreffens des ASEAN Regional Forum (ARF) in Brunei 1995 kündigte der damalige Außenminister Qian Qichen an, die Volksrepublik China wolle den Konflikt um die Inseln auf der Basis des Völkerrechts und gemäß des internationalen Seerechts lösen. Im Mai des darauffolgenden Jahres wurde die 3. UN Seerechtskonvention von 1982 (UNCLOS III) vom Nationalen Volkskongreß der Volksrepublik China ratifiziert.

²² Siehe hierzu *Renmin Ribao* (RMRB), 26.02.1992, 4.

Die Perspektiven

Daß mit den oben genannten Ereignissen tatsächlich eine Kehrtwende in Beijings Außenpolitik eingeläutet wurde, wie dies von manchen Beobachtern diagnostiziert wird, ist nicht anzunehmen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Widersprüchlichkeit aufgrund eines Spannungsfeldes, bestehend aus ökonomischen, institutionellen, diplomatischen und durchaus auch territorialen Interessen, weiterhin ein Wesenszug der Außenpolitik Beijings in puncto Spratly-Inseln sein wird.

Vieles spricht dafür, daß die im Konflikt angeklungenen nationalistischen Töne auch andere Hintergründe hatten. Einerseits sollten sie dem angeschlagenen Regime neuen Rückhalt geben und andererseits war eine nationalistische Grundstimmung den institutionellen Interessen der Marine und denen verschiedener anderer Einrichtungen dienlich.

In Anbetracht der Ambitionen der Konkurrenten Beijings, die in den 70er und 80er Jahren durch die Besetzung von Inseln Fakten geschaffen hatten, läßt sich die Forcierung der Ansprüche Chinas im Zeitraum von 1988 bis 1995 auch als Gegenmaßnahme begreifen, die darauf abzielte, einer weiteren Erodierung der Interessenssphäre Chinas entgegenzuwirken.

Letztlich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß Territorialkonflikte und Grenzprobleme ungeachtet ihrer ökonomischen, sicherheitspolitischen oder strategischen Relevanz in der Tat emotional stark befrachtete Themen sind. Ganz gleich, wie pragmatisch in der Praxis verfahren wird, keine Regierung könnte und würde es sich vermutlich leisten, explizit auf die Wahrung solcher Interessen zu verzichten und sich dadurch des „Ausverkaufs nationaler Interessen“ schuldig zu machen.

Die auch 1999 noch immer schwelende Auseinandersetzung mit den Philippinen um das Mischief Riff zeigt, daß die Volksrepublik China auch weiterhin versuchen wird, die Grenzen des für Beijing Machbaren auszuloten und somit das „*island hopping*“ im Südchinesischen Meer fortzusetzen, wenn dies zu einem akzeptablen Preis realisierbar sein sollte.

Das – vorläufige – Fazit lautet daher: Nationalistische Töne werden auch künftig nicht gänzlich aus Beijings Außenpolitik verschwinden, der außenpolitische Handlungsspielraum für die Durchführung einer solchen Politik ist jedoch kleiner geworden. Die Entwicklung im Konflikt mit den Philippinen um das Mischief Riff seit Anfang 1995 zeigt zudem, daß der Handlungsspielraum der VR China nicht zuletzt auch davon abhängt, welche Position die ASEAN zu der Vorgehensweise Beijings bezieht.

Solange Beijing ein vitales Interesse am Erhalt bzw. am Ausbau von Außenkontakten hat und das Regime für seinen Fortbestand auf weiteres ökonomisches Wachstum angewiesen ist, wird es keine gezielten Maßnahmen ergreifen, die diese Entwicklung gefährden könnten, und daher auch auf militärische Maßnahmen, etwa zur Eroberung noch nicht „heim ins Reich“ gekehrter Inseln der Spratly-Gruppe, verzichten. Nationalistische Rhetorik wird unter solchen Bedingungen in erster Linie legitimatorischen Charakter haben und sollte nicht vorschnell als Hegemonialanspruch und militärische Bedrohung mißinterpretiert werden.

Literaturhinweise

Blanche, Bruce/Jean Blanche (1995). "Oil and regional stability in the South China Sea", in: *Jane's Intelligence Review*, November 1995, 511-514.

Catley, Bob/Makmur Keliat (1997). *Spratlys: the dispute in the South China Sea*. Aldershot: Dartmouth.

Chemillier-Gendreau, Monique (1996). *La souveraineté sur les Archipels Paracels et Spratleys*. Paris: L'Harmattan.

- Chen, Jie (1994). "China's Spratlys policy: with special reference to the Philippines and Malaysia", in: *Asian Survey*, Vol. XXXIV, No.10, October 1994, 893-903.
- Denoon, David B.H./Wendy Frieman (1996). "China's security strategy: the view from Beijing, ASEAN, and Washington", in: *Asian Survey*, Vol. XXXVI, No. 4, April 1996, 422-439.
- Dittmer, Lowell/Samuel S. Kim (eds.) (1993). *China's quest for national identity*. Princeton: Princeton Univ. Center of International Studies.
- Dzurek, Daniel J. (1995). "China occupies Mischief Reef in latest Spratly gambit", in: *Boundary and Security Bulletin*, April 1995, 65-71.
- Gallagher, Michael G. (1994). "China's illusory threat to the South Chinese Sea", in: *International Security*, Vol. 19, No. 1, 169-194.
- Goodman, David S. G./Gerald Segal (eds.) (1997). *China rising: nationalism and interdependence*. London/New York: Routledge.
- Harris, Stuart/Gary Klintworth (eds.) (1995). *China as a great power: myths, realities and challenges in the Asia-Pacific Region*. New York: St. Martin's Press.
- Heinzig, Dieter (1976). *Disputed islands in the South China Sea: Paracels, Spratlys, Pratas, Macclesfield Bank*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Hyer, Eric (1995). "The South China Sea disputes: implications of China's earlier territorial settlements", in: *Pacific Affairs*, Vol. 68, No. 1, 34-54.
- Keohane, Robert O./Helen V. Milner (eds.) (1996). *Internationalization and domestic politics*. Cambridge, Mass.: Cambridge University Press.
- Leifer, Michael (1995). "Chinese economic reform and security policy", in: *Survival*, Vol. 37, No. 2 (Summer), 44-59.
- Leifer, Michael (1996). *The ASEAN Regional Forum* (Adelphi Paper 302), Oxford: Oxford University Press.
- Lo, Chi-kin (1989). *China's policy towards territorial disputes: the case of the South China Sea islands*. London: Routledge.
- Metzger, Thomas/Ramon H. Myers (1998). "Chinese nationalism and American policy", in: *Orbis*, Winter 1998, 21-36.
- Ning, Lu (1997). *The dynamics of foreign-policy decisionmaking in China*. Boulder: Westview Press.
- Samuels, Marwyn S. (1982). *Contest for the South China Sea*. New York: Methuen.
- Sheng, Lijun (1995). "Beijing and the Spratlys", in: *Issues and Studies*, Vol. 31, No. 7, 18-45.
- Staiger, Brunhild (Hrsg.) (1995). *Nationalismus und regionale Kooperation in Asien* (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg; 243). Hamburg: IfA.
- Strupp, Michael (1982). *Chinas territoriale Ansprüche: aktuelle Probleme der Landgrenzen, der Seegrenzen und des Luftraumes* (Mitteilung des Instituts für Asienkunde; 127). Hamburg: IfA.
- Valencia, Mark J. (1995). *China and the South China Sea disputes*. (Adelphi Paper 298). London: Oxford University Press.
- Yu, Bin (1994). "The study of Chinese foreign policy: problems and prospect", in: *World Politics*, Vol. 46, No. 6, 235-261.

Zum Autor

Hans Scheerer, M.A., Jahrgang 1964. Studium der Sinologie, Politikwissenschaft und Soziologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, dem Centre of Asian Studies in Durham (1992) und der Furen University in Taipei (1993/94). Derzeitiger Forschungsschwerpunkt: Au-

ßen- und Sicherheitspolitik der VR China, Sicherheitspolitik im APR unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der VR China.

Panel 7: "Asiatische Werte"

Andreas Seifert

Sun Wukong schwebt über Asien

Popkultur, Jugendkultur – oder das Märchen von den allgemeingültigen 'asiatischen Werten'

Abstract

Der Beitrag spürt mit Hilfe der Romanfigur Sun Wukong der Aktualität der Debatte um die "asiatischen Werte" nach. Anhand zweier Betrachtungsweisen wird die Diskussion um diese Werte nachgezeichnet und mit einem dritten Beitrag von Beate Geist kontrastiert. Dabei erscheinen die Werte in zweifacher Hinsicht existent, als kulturelle Konditionierung und als politisches Konstrukt der Selbstdefinition. Ausgehend von der Annahme, daß Wertevermittlung z.B. auch über Literatur und Comics erfolgen kann und sich diese Werte folglich auch nachweisen lassen müssen, wird an ausgewählten Beispielen aus Comics seit den späten 50er Jahren den Wandel der Figur Sun Wukong in der Darstellung auf. Hier wird die Frage gestellt, inwieweit angesichts solcher dramatischer Veränderungen in der Darstellungsweise von einem konstanten Wertekanon (wie z.B. der "asiatischen Werte") ausgegangen werden kann. Die Darstellung führt zu dem Schluß, daß die klassischen Vermittlungsmuster sich gewandelt haben, und Jugendliche in China mit anderen als den unterstellten "asiatischen Werten" konfrontiert werden. Im Umkehrschluß würde dies bedeuten, daß die "asiatischen Werte" kaum mehr dazu taugen, den Wertewandel in Ostasien zu beschreiben und einer Analyse des Wandels im Wege stehen.

Der Affenkönig Sun Wukong aus der Literatur ist ein Sonderling, ein steinerner Superheld der sich gegen die Hierarchie, gegen den Jadekaiser aufgelehnt hat und später mittels Stirnband gemäßregelt wurde.¹ Er soll hier fungieren als der Revolutionär und Repräsentant einer traditionellen Ordnung gleichermaßen und somit eine Messlatte für die Vermittlung von Werten dienen. An seiner Figur soll überprüft werden, wie aktuell die aktuelle Diskussion um die „asiatischen Werte“ ist.

Einerseits ist Sun Wukong die Verkörperung all dessen, was sich gegen festgefahrene Muster wendet, was die Welt als eine gleichere Welt neu erschaffen will. Er ist ein Muster an Individualität, der einsam durch die Welt streift und sich nicht unterordnen mag. Sein Aufbegehren ist ein jugendliches, ungestümes Revoltieren, das Schranken durchbricht und Normen verletzt. Sun Wukong entfacht geradezu revolutionären Eifer, wenn es darum geht, den Jadekaiser anzugreifen und zu beschämen. Die Tendenz des Romans, bürokratische Strukturen böseartig zu karikieren, gipfelt in Sun Wukongs Einsicht in diese Zusammenhänge.

Umgekehrt steht derselbe Affe für die Unterordnung unter den Glauben, die Verbeugung vor allem Alten und Ehrfurchtgebietenden. Er folgt einem Meister, der in all seiner Einfalt selbst schon die Unterordnung repräsentiert: Tang Zeng, der Mönch, welcher die buddhistischen Schriften aus dem Westen holen soll. Dieser verfügt lediglich über die Macht seines Glaubens und hat die Kon-

¹ Der Autor ist sich der verkürzten Darstellung bewußt. Weder ist im Rahmen der Argumentation genug Raum, um sich mit der vollständigen Nacherzählung des Stoffes zu beschäftigen, noch erheben die Ausführungen zum Roman den Anspruch die (insbesondere) religiösen Bedeutungsebenen zu erschließen. Zur Einführung in den Stoff des *Xiyou ji* sei auf C.T. Hsia, *Der klassische chinesische Roman, eine Einführung*, Frankfurt 1989, S.135-187 verwiesen.

trolle über den Stirnreif Sun Wukongs. Indem er eine Sutra betet, zieht sich dieser zusammen. Träger des Reifs und damit Gemaßregelter ist Sun Wukong, der sich den Schmerzen fügt und dem Mönch die Treue schwört. Die unendliche Kraft, die er repräsentiert, wird eingezwängt und auf den rechten Pfad gebracht. Dieser rechte Pfad ist aber nicht nur die Unterordnung unter die Hierarchie, sondern auch die Unterordnung unter die Gemeinschaft, die der Mönch ebenso repräsentiert. Im übertragenen Sinne wird der Affe integriert, indem er sich den Spielregeln der Gesellschaft unterwirft.

Die Maßregelungen Suns sind exemplarisch, sie dienen dazu, deutlich zu machen, daß es immer jemanden gibt, der noch stärker und in seiner unendlichen Weisheit nur bereit ist, ein bestimmtes Maß an ungestümen Aufbegehren zu tolerieren. Der Lernprozeß des Affen ist ein Zivilisierungsprozeß. Dieses Verhalten, oder genauer, dieses erzwungene Verhalten kann auch als Repräsentation eines Wertes, nämlich der Unterordnung des einzelnen unter die Gemeinschaft, verstanden werden. Der Affe ist negatives Vorbild, das kindliches Streben nach Unabhängigkeit der Läuterung durch die Erwachsenen preisgibt und abstrakte, übergeordnete Instanzen und Ziele an die Stelle dieses Dranges stellt. Sun Wukong lernt, seine Kräfte in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Ein Merkmal der „Gemeinschaft“ ist ihre Namenlosigkeit. Die Gemeinschaft existiert nur in der „Hierarchie“ an sich, sie wird repräsentiert durch die Meister, Könige und Götter. Die Läuterung des Affenkönigs macht auch die ihn umgebende Gesellschaft zu einem „Idealfall“ der gerechten Ordnung – in dem Maße, wie der starke Affenkönig diese Ordnung akzeptiert, trägt er zur Rechtfertigung dieser Ordnung bei.

Soweit die Vorstellung – soweit die Literatur.

Dieses Beispiel könnte dazu dienen, die Allgegenwart der „asiatischen Werte“, von denen ja hier noch gar nicht deutlich geworden ist, was sie sind, aufzuzeigen. Erbauliche Lektüre, als welche man die „Reise nach dem Westen“, aus denen die Gestalten kommen, durchaus bezeichnen könnte, zeigt also unter einem gewissen Blickwinkel die von uns gesuchten Muster auf. Bevor ich dazu übergehe, die obige Interpretation von Sun in ihrer zeitlichen Gültigkeit näher zu betrachten, soll versucht werden die „asiatischen Werte“ und ihre Interpretation näher einzugrenzen.

In der Anfang der 90er Jahre vehement geführten Diskussion über die „asiatischen Werte“ meldete sich Tommy Koh 1993 in der *International Herald Tribune* zu Wort und bereicherte die, seiner Meinung nach, flache und verkürzte Diskussion mit einer Aufstellung von zehn Werten, die er für typisch asiatisch hält.² Koh, ehemals Botschafter Singapurs in den USA, führt die Einbettung des Individuums in die Gesellschaft; den Glauben an eine starke Familie; den hohen Stellenwert von Bildung; die Sparsamkeit, die Bereitschaft zu harter Arbeit, nationale Einigkeit, Partnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften und schließlich Vertrauen in die Regierung als Werte an und sieht überdies die Regierung als die Instanz an, die das Volk vor schädlichen Einflüssen bewahren muß, ein Vorbild sein kann und den einzelnen Bürger mit einbinden sollte (demokratisch, wie auch finanziell). Die Freiheit der Presse ist ihm auch ein wichtiger Wert, auch wenn er der Meinung ist, daß diese Freiheit nicht als Freibrief zur konzeptlosen Kritik mißbraucht werden darf. Mit diesen Werten sieht er den Grundstein des asiatischen Wunders auf den Punkt gebracht; sie haben aus seiner Sicht dazu beigetragen, daß sich die asiatischen Volkswirtschaften erfolgreich entwickelt haben. Die Allgemeinheit dieser Aufstellung mag ein wenig über die Unterschiede zwischen den einzelnen asiatischen Staaten hinwegtäuschen, die auch Koh nicht entgangen sein können, doch erscheinen die Werte dem Leser doch eher als eine „Rechtfertigung“ als eine „Erklärung“.

² Tommy Koh, „The 10 Values that undergrid East Asian Strength and Success“, in: *International Herald Tribune*, 11.-12.12.1993, S.6.

„Asiatische Werte“ sind für Dieter Senghaas³ zwei Jahre später vor allem eine Legitimationsgrundlage staatlichen Handelns in Ostasien, speziell in Singapur. In seiner Analyse kommt er zu dem Schluß, daß die Allgemeinheit dieser Werte sie fast austauschbar macht und er verortet Vorläufer/Parallelen zu diesen Werten in Europa, wie anderswo gleichermaßen – sie werden bei ihm zu traditionellen Werten. Als solche sind sie eine Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses und ein Abwehrmechanismus gegen die drohende oder bereits eingetretene „Peripherisierung“ in der (Welt-) Ökonomie.⁴ Mit einigen Beispielen aus der Geschichte stellt er die Theorie auf, daß die Motivationswirkung, die diese Gemeinschaftswerte haben, sich mit ihrem ökonomischen Erfolg selbst überholt. Sie degenerieren letztlich hierdurch zur bloßen Herrschafts-ideologie. Die motivierende Wirkung, die sie entfaltet haben, hat zu allgemeinem Wohlstand geführt und auch den Wunsch nach einem höheren Maß an Partizipation geweckt – die entstehende Mittelschicht fordert ihr „Recht“ ein, über die ökonomische und politische Grundlage ihrer Existenz mit zu entscheiden und wird so zur Bedrohung der bisherigen Elite. Die Elite, so folgert er nicht nur mit Blick auf Singapur weiter, wird die Werte dazu verwenden, den eigenen Herrschaftsanspruch zu verteidigen. Asiatische Werte sind für Senghaas eine Übergangserscheinung, die sich durch die unausweichliche Emanzipation der entstehenden Mittelschicht als Herrschafts-ideologie überleben wird und irgendwann schlicht verschwindet.

So viel Plausibilität dieser Ansatz auch aufweist, er muß sich den Vorwurf gefallen lassen, kulturelle Bedingungen in einer Region weitgehend zu ignorieren, bzw. sie zu „Lokalkolorit“ zu degradieren. Einen etwas anderen Zugang zur Psyche der „Asiaten“ versucht unter anderem Beate Geist mit ihrem Beitrag zur „Modernisierung der chinesischen Kultur“⁵, in welchem sie die Kulturdebatte der 80er Jahre in China nachzeichnet. Sie geht dabei im wesentlichen mit den Merkmalen des chinesischen Nationalcharakters⁶ um und der geneigte Leser wird eine Reihe Parallelen zwischen den oben aufgeführten Werten und diesen Eigenschaften ausmachen – letztere scheinen geradezu aus den ersten zu resultieren. So scheint die Charaktereigenschaft der „Abhängigkeit“ aus der kindlichen Pietät hervorzutreten; die Zuschreibung einer „autoritären Persönlichkeit“, die eine höhere Instanz befürwortet und die Freiheitsrechte gering schätzt, korrespondiert mit dem „Vertrauen in die Regierung“, usw. Es sollte herausgestellt werden, daß diese Zuschreibungen der Charaktereigenschaften nicht von Frau Geist kommen, sondern der chinesischen Literatur entstammen. In ihrer Gesamtheit wirken die Charakterzuschreibungen wie ins negative gewendete „asiatische Werte“. Die in China in den 80ern geführte Debatte zielt auf eine Umformung der Kultur und der kulturellen Bedingungen und, als Anspruch durch den Staat, auf die Umgestaltung der Chinesen zu „modernen Menschen“. Der moderne Mensch wird durch die Modernisierung seiner Auffassung herbeigeführt. Seine Attribute sind „kontaktfreudig“, „extrovertiert“, „praktisch“, „orientiert am materiellen Nutzen“, „Gleichbehandlung von Wissen und Moral“, „risikofreudig“. Mithin alles Punkte, die dem westlichen Wertekanon zugeschrieben werden können und in ihrer überspitzten Ausformung als Negativfolien zu den asiatischen Werten von Gleichheit und Harmonie gelten können.

³ Dieter Senghaas, „Über asiatische und andere Werte“, in: *Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Heft 1, März 1995, 5-12.

⁴ Ebenda, S. 7.

⁵ Beate Geist, *Die Modernisierung der chinesischen Kultur, Kulturdebatte und kultureller Wandel im China der 80er Jahre*, Hamburg 1996.

⁶ B. Geist merkt an dieser Stelle an, daß es sich beim Nationalcharakter um ein umstrittenes Konzept handle, das unter westlichen Wissenschaftlern kaum noch verbreitet ist, da es in seiner Aussagekraft beschränkt angesehen wird; ebenda, S.61 (FN).

Die Studie fährt damit fort nachzuvollziehen, zu welchen Ergebnissen diese Bestrebungen geführt haben. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Wirkung noch relativ gering ist, ja gerade die Gruppen, die man als natürliche Vorreiter vermuten würde (Intellektuelle, Selbstständige, Jugendliche allgemein), die wenigsten Ambitionen zeigen, diesem Ideal gerecht zu werden – wenn auch chinesische Statistiken und deren Interpreten ein positiveres Bild davon zeichnen.⁷ Die Kultur der Jugendlichen und die jungen Intellektuellen im Blick macht sie sogar eine Tendenz aus, sich konservativ zu verhalten, aber den Antitraditionalismus im Wort zu führen. Bei dem Versuch, die realen Werte der Jugendlichen zu fassen, stößt sie dann auf Dinge wie: den Gefühlen zu folgen, zu genießen, frei (ungebunden), natürlich und ungezwungen zu sein. Als Repräsentanten dieser Subkultur sieht sie Bewegungen in der Literatur und der Rockmusik mit den Ikonen Wang Shuo und Cui Jian. Merkmale dieser Kultur sind das Unstete, nicht Festgelegte, das in-den-Tag-Hineintreiben, und auch das Geschichtslose (Vergangenheitslose). Hier wird deutlich, daß sich diese Jugendlichen vom traditionellen Wertemuster doch irgendwie abgewandt haben. Ihr Auftreten ist eine Art Zynismus gegenüber der Gesellschaft und macht unter anderem den Zusammenbruch des alten Wertesystems sichtbar. Mithilfe eines aus meiner Sicht gekannten Kunstgriffs bringt sie diesen Widerspruch zwischen der Demontage eines Wertekanons und dem anscheinend doch vorhandenen Konservatismus und Traditionalismus wieder zusammen: westliche, moderne Werte befinden sich an der Oberfläche und werden dort eingesetzt (Zynismus als Modeerscheinung, der man folgt), und chinesische, traditionelle (oder auch asiatische) Werte für den „inneren“ Bedarf der nächsten Familie, der privaten Angelegenheiten. Die somit immer noch vorhandenen und gültigen alten Werte werden überdies zu grundeigenen, quasi genetischen Eigenschaften, die auch 40 Jahre real existierenden Sozialismus überdauert haben, vielleicht hierdurch sogar gefestigt wurden.

„Asiatische Werte“ in der oben genannten Ausprägung sind nicht nur ein politisches Phänomen, ein politisches Konstrukt, sie sind überdies eine kulturelle Konditionierung, die zu überwinden es ein wenig mehr braucht, als nur die politische Programmatik. Es braucht allerdings auch mehr Argumente als das einfache Entlarven des Konstruktes der Manipulation durch die Herrschenden. Im Übrigen sollte auch darauf hingewiesen werden, daß die „asiatischen Werte“ dem „Westler“, dem westlichen Journalisten als durchaus plausibles Konzept erscheinen und sich hier mangelndes Kritikbewußtsein und mangelnde Auseinandersetzung negativ bemerkbar machen: das Konstrukt kann so, all seinen Verkürzungen zum Trotz, auch in den westlichen Köpfen überleben. Ich gehe also davon aus, daß „asiatische Werte“ in zweifacher Hinsicht existieren: als Selbstdefinition und Legitimationsgrundlage bestimmter asiatischer Staaten und als medienvermitteltes Klischee, welches in westlichen Demokratien auf besonders fruchtbaren Boden trifft.

Kommen wir also noch einmal zu den reisenden Genossen: Kann Sun Wukong heute noch für diese Werte stehen und ist er Mittler dieser Werte? Oder anders, ist die Gesellschaft noch in ihren klassischen Mustern hierin abgebildet oder längst darüber hinaus?

Die Interpretation Sun Wukongs – hier ausschließlich deutlich gemacht an dem „Bild“ welches sich die Zeichner von Comics oder Illustratoren von Sun in den letzten vierzig Jahren gefertigt haben – reflektiert diesen Wandel und die Zwiespältigkeit des Charakters. Sie sind zeit- und standpunktabhängig (wie jeder künstlerische Standpunkt). Sie sind aber auch gebunden an Wunschvorstellungen und Eigendefinitionen, die in einem gewissen Maße gesellschaftliche Zustände reflektieren.

⁷ Geist macht auf die Widersprüche und Inkonsistenzen in den chinesischen Statistiken und Publikationen aufmerksam, z.B. S. 174.

1989 kam eine Neuauflage einer in den späten 50er, frühen 60er Jahren gezeichneten Version der Geschichte auf den chinesischen Markt,⁸ die Sun Wukong als einen Affen zeigt, der das Volk der Affen in eine eigene Welt führt und ihr Herrscher wird. Als Herrscher trägt er Kleidung, die der Kleidung der wirklichen Herrscher entspricht – er imitiert. Sein Volk bleibt hingegen nackt, bzw. erhält der Hierarchie entsprechend mehr und mehr Textilien. Der Affe passt sich der Zivilisation an – seine Gegner sind erhaben, er ist es auch.^① Das graphische Niveau dieser Zeichnungen läßt dies allzu leicht als Spielerei des Zeichners interpretieren, doch geht hier die Aussage des Bildes noch ein wenig weiter: die Montur verdeutlicht den Anspruch des Affen, sie ist somit nicht nur Dekoration. Der Affe wird integriert, doch fehlt ihm noch der richtige Glaube, diese Rüstung mit der entsprechenden Legitimation zu tragen. Seine Maßregelung wird zur Bekehrung und „Einsicht“ in bestehende Positionen. Das Tier (Affe) wird zum Menschen mit Tierkopf. Im Übrigen, dies sollte zumindest Erwähnung finden, entspricht der Zeichenstil dem Geschmack oder zumindest dem Trend der Zeit: graphisch anspruchsvoll und von einer unübersehbaren gut-böse Dichotomie geprägt.

Ganz anders und doch völlig identisch kommt Sun Wukong in den 80er Jahren daher: in der Kinderfassung des Stoffes von 1986 bleibt er ein Affe.⁹ Dieser darf seinem tierischen Bedürfnis, einmal zu pinkeln, auch am Finger Buddhas nachkommen^② – er wird dann allerdings von einem gerechten, erhabenen Buddha in seine Schranken verwiesen. Die anderen Figuren der Hierarchie erscheinen (mit Ausnahme des Kaisers) allerdings als unheimliche grimmige Gestalten, gegen die Protest gerechtfertigt sein sollte. Dieser Mangel an Respekt wird in einer weiteren Kinderversion von 1989 revidiert.¹⁰ Hier wird die Geschichte komplett umgeschrieben und der Schwerpunkt auf eine „Läuterung“ des Affen gelegt,^③ der sich durch das Vorbild des Mönches fügt und nur dann zur Ordnung gerufen werden muß, wenn sein Temperament mit ihm durchgeht. Die Reihe ließe sich noch eine Weile fortsetzen, doch sollte deutlich geworden sein, daß Sun Wukong sich in einer Welt befindet, die von einer Ordnung geprägt ist, in die sich der Affe einfügen muß. Der Zeichenstil überschreitet dabei ein gewisses Abstraktionsniveau nicht – der Affe bleibt eine Affe, der Mensch ist als solcher erkennbar.

Der Witz der Geschichte, der in der literarischen Vorlage vorhanden war, ist in der Adaptation auf der Strecke geblieben – die Geschichte ist in allen erwähnten Fällen ernst und soll die Schwächen und Stärken der Gestalten deutlich werden lassen, damit der Leser daraus etwas lernt. Die Muster, die er lernen soll, werden deutlich angesprochen: Anpassung an bestehende Ordnungen, Unterordnung eigener Interessen oder selbstloses Handeln. Die vielen Episoden der Pilgerfahrt in den Westen geben genug Gelegenheit, sich mit jedem menschlichen Begehren auseinanderzusetzen und seine „Gesellschaftstauglichkeit“ zu überprüfen. Der Affe wird so zum Vermittler des richtigen Verhaltens, er macht Fehler, aber sie werden korrigiert, andere machen Fehler und er hilft ihnen sie zu korrigieren – niemand ist perfekt, aber jeder kann es werden.

Anfang dieses Jahrzehnts ändert sich die Sichtweise auf den Affenkönig – mit der taiwanesischen Adaptation durch Cai Zhizhong, der durch seine Philosophiecomics bekannt geworden ist. Hier wird die humoristische Seite der Geschichte wesentlich betont.¹¹ Nicht alles ist so bierernst und die verschiedenen Episoden liefern vor allem Stoff für immer neue Gags und Einfälle, die die Bösen nicht mehr so böse, die Guten, nicht mehr so perfekt erscheinen lassen. So löst er das Problem der Unterordnung durch den Stirnreif, indem er ihn nach dem Aufsagen einer Sutra nicht zusam-

⁸ *Xi you ji*, Shijiazhuang: Henan meishu chubanshe, 1989 (36 Bände).

⁹ *Xi you ji*, Shanghai: Shanghai renmin meishu chubanshe, 1986 (20 Bände).

¹⁰ *Hou-Xi you ji*, Shanghai: Shanghai renmin meishu chubanshe, 1989 (20 Bände).

¹¹ Cai Zhizhong: *Xi you ji*, Beijing: Sanlian shudian, 1992 (3 Bände).

menschrumpfen läßt – dies funktioniert wohl aufgrund eines Produktionsfehlers nicht –, sondern, indem der Mönch dem Affen eine Rechenaufgabe gibt, die dessen Hirn zum Platzen zu bringen droht.^④ Unterordnung spielt keine Rolle mehr – die Reisenden erreichen fast eine Art von Gleichberechtigung. Neben dem Humor wird die Sexualität stärker betont und führt neue Unterscheidungen und auch neue Ordnungen ein, die in den bisher besprochenen Versionen sicherlich gefehlt haben. Dieser Affe bleibt ein Affe – bis zum Schluß, als er dem Zoo-Wärter, der die Geschichte geträumt hat, beim Aufräumen hilft.

Die späten 90er Jahre geben dem Affen nicht nur ein anderes Aussehen, sie definieren seine Rolle anders: Die Zeitschrift *Zhongguo Katong* (China Cartoon) verzichtet in ihrem Auszug auf den Mönch (und damit auf einen der Grundfäden der Geschichte: die Reise nach dem Westen) völlig, präsentiert Sun Wukong in einer technisierten Welt und läßt ihn gegen den Dämon Maschine antreten.¹² Kurz zusammengefaßt gewinnt der Affenkönig am Ende nur durch den beherzten Eingriff eines technischen Superhelden, der den Kampfgenossen sagt, in welche Maschine sie ihre Waffen verwandeln müssen.^⑤ Die Geschichte ist von 1996 und richtet sich gezielt an Kinder bis ca. 16 Jahre. Es handelt sich hier um einen modernisierten Affenkönig, der alles tut, um Böses von seinem Volk abzuwenden (wie im letzten Panel des Comics noch einmal betont wird).

Der *Manhua Dawang* (Comic-Kaiser) adaptiert Sun Wukong als Serie seit Mitte des letzten Jahres¹³ und verleiht der Geschichte ein rasantes und gewalttätiges Element, wie es manch einer aus japanischen Vorbildern kennt: graphisch sehr ansprechend, doch weitgehend darauf reduziert, in Kampfszenen zu glänzen.

Zwei weitere Versionen sollten noch Erwähnung finden: beide sind Ausgaben der Zeitschrift *Beijing Katong* von 1998 entnommen. Die Oktoberausgabe geht mit Sun Wukong hart ins Gericht – es bleibt kein Auge trocken.¹⁴ Die Dämonen sind mitleiderweckend aber auch die „Guten“ sind nicht wirklich zu beneiden, mit diesem Mönch durch die Gegend reisen zu müssen. Dieser Mönch repräsentiert keine Ordnung mehr, er ist die anachronistische Spitze einer Hierarchie, die ab und an am längeren Hebel sitzt.[†] Die andere Version ist eine Geschichte aus dem Januar 1998,¹⁵ die Sun Wukong dort zeigt, wo er nicht mehr ist – keine ideale Comic-Gestalt, um mit der japanischen Superheldengestalt Dragon Ball mitzuhalten.[‡] Der Affe hat dabei bereits gegenüber dem japanischen Helden an Bekanntheit verloren und ist – übertragen – nicht mehr präsent in den Köpfen der Kinder. Er fungiert nicht mehr als Vorbild und damit auch nicht mehr als Mittler von Werten. Um mit Bildern aus der Geschichte selbst zu sprechen: Er ist den Stirnreif los, der ihn zwang, für die Präsentation gesellschaftlichen Fehlverhaltens herzuhalten.

Jahr	Affe	Mönch	Herrscher/Götter	Tendenz
1964	Mensch mit Tierkopf verspielt	erhaben	mächtig, unnahbar	belehrend
1986	Tier in Kleidern dreist	erhaben (dummlich)	grimmig, mächtig hilflos gegenüber dem Ungestüm	belehrend
1989	Tier in Kleidern erziehbar	weise	mächtig, unfehlbar	belehrend
1990	Comicfigur, Tier belustigend, witzig	dumm, witzig	nicht ernst zu nehmen	aufklärend

¹² divers.: "She tian lang", *Zhongguo katong*, 3/96.

¹³ z.B. *Manhua Dawang* (Beijing), 1/99.

¹⁴ "Xi you xiao ji", *Beijing Katong*, 10/98, S.34-42.

¹⁵ Lin Min: "Guo zhao you", *Beijing Katong*, 1/98, S.59-61.

1996	Superheld in Nöten	--	(Maschine, böse)	unterhaltend, moralisierend
1998/99	nicht perfekt Tier	unnahbar	--	unterhaltend
1998(1)	stark, gewalttätig Unbekannter Held	--	(Konkurrenz aus Japan)	bedauernd
1998 (10)	überfordert Ausgebeutetes Tier	fies, dumm	--	belustigend
	bedauernswert			

Zum Autor

Andreas Seifert, geb. 1966, 1988-1997 Studium an der Universität Tübingen (Sinologie und Politikwissenschaft). MA 1997, Schwerpunkte: Politik des modernen China, Geschichte der VR China, Kulturrevolution, Medien, Comics, Pop-Kultur.

Kerstin Nagels

Wessen Werte? Interkulturelles Management im Spannungsfeld gesellschaftlichen Wandels in der VR China

„Wessen Werte?“, Die Fragestellung

In diesem Paper soll exemplarisch die negative Wahrnehmung eines häufig als chinesischer „Kulturstandard“ postulierten Wertes, der Seniorität, durch die junge chinesische Mitarbeitergeneration in Joint Ventures dargestellt werden. Ziel der Ausführungen ist es, die insbesondere in populärwissenschaftlichen Artikeln oftmals suggerierte Homogenität und Statik von Kulturräumen bzw. nationalen Kulturen zu dekonstruieren. Gleichzeitig soll aufgezeigt werden, daß auch die Ergebnisse dieser Untersuchung nicht im Sinne eines grundsätzlichen Wertewandels in der chinesischen Gesellschaft interpretierbar sind. Dafür soll die Bedeutung der ausländisch investierten Unternehmen für China ebenso Beachtung finden wie die Rolle, die die dort Beschäftigten in der chinesischen Gesellschaft innehaben.

Zur Einleitung: Interkulturelles Management: Rahmenbedingungen der Forschung / Das Feld

Der vorliegende Aufsatz basiert auf den vorläufigen Ergebnissen des Forschungsprojekts „Interkulturelles Management in deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmen“ der Hochschule Bremen.¹⁶ Das Forschungsprojekt wird in Kooperation mit Professoren einer Shanghaier Universität und einer kanadisch-taiwanesischen Wissenschaftlerin durchgeführt. Für die Untersuchung wurden in zwei jeweils etwa dreimonatigen Aufenthalten insgesamt 23 Unternehmen an sieben Orten in der VR China und an zwei Orten in Taiwan besucht. Dabei führte die deutsche Seite rund 200 Interviews, wobei etwa ein Drittel auf Deutsche bzw. drittnationale Expatriats, und gut zwei Drittel auf die jeweils lokalen Angestellten und Manager entfielen.

Studien über interkulturelles Management sind, was die Zuordnung zu den Disziplinen betrifft, normalerweise im Bereich der kulturvergleichenden Managementlehre angesiedelt. Die „westliche“ Managementlehre dieser Ausrichtung basiert seit längerem v.a. auf den Untersuchungen und Thesen von Geert Hofstede¹⁷ und Fons Trompenaars¹⁸ bzw. den Ergänzungen, Widersprüchen und Diskussionen zu diesen beiden Arbeiten. Auch im „Osten“ haben die beiden theoretischen Konstrukte Eingang in die entsprechende Forschung gefunden, sind allerdings ebenso z.T. erweitert und modifiziert worden.

Die Grundaussage der Vertreter des Kulturalismus kann wie folgt kurz zusammengefaßt werden: „...that differences in cultural values, rather than in material and structural conditions, are ultima-

¹⁶ An dieser Stelle möchte ich meiner Kollegin, Dr. Renate Krieg, sowie Prof. Dr. Monika Schädler für ihre Unterstützung beim Verfassen des Papers und für ihre Anregungen danken.

¹⁷ GEERT HOFSTEDE, Culture's Consequences: International Differences in Work-Related Values (Beverly Hills CA: Sage Publications, 1980) und folgende.

¹⁸ FONS TROMPENAARS, Riding the Waves of Culture (London: Nicholas Bradley Publications, 1993).

te determinants of human organization and behaviour, and thus of economic growth.“¹⁹ Diese Definition des Kulturbegriffs weist bereits auf die Schwachstellen des Ansatzes hin.

“Diese bestehen zum ersten in der [...] umfassenden Sicht des Kulturbegriffes, welcher aufgrund der Gleichsetzung von Kultur und Gesellschaft den Stellenwert von Kultur nicht mehr problematisieren kann. Die Frage, ob Unterschiede im internationalen Management auf kulturelle oder auf politische, rechtliche, sozioökonomische etc. Faktoren zurückzuführen sind, wird auf diese Weise ausgeblendet.“²⁰

Weiterhin findet oftmals eine übermäßige Vereinfachung und die Konstruktion eines homogenen Untersuchungsgegenstandes durch die Wissenschaftler statt, die, wie Hermann-Pillath für den chinesischen Kulturraum kritisiert, durch das Weiterführen von Klischees und die oftmals unzulängliche Abgrenzung zwischen Tradition und Phänomenen des gegenwärtigen Wertewandels der Dynamik der einzelnen Kulturräume nicht gerecht werden.²¹

Das Bremer Forschungsprojekt wurde daher so angelegt, daß es durch unterschiedliche Vergleichsebenen einen differenzierteren Einblick in die Thematik ermöglicht. Vom Vergleich zwischen Taiwan und der VR China wurden Hinweise darauf erwartet, inwieweit systemische Einflüsse von kulturellen Faktoren abzugrenzen sind. Vergleiche zwischen unterschiedlichen Regionen ermöglichten, die Entwicklung der Managementprobleme und –chancen mit steigender Wirtschaftskraft, verbesserter Infrastruktur und fortschreitender Öffnung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Schließlich wurde besonderes Augenmerk auf die verschiedenen Mitarbeitergenerationen gerichtet, die in deutsch-chinesischen Joint Ventures beschäftigt sind.

Wessen Werte? Seniorität – ein Beispiel

"There are generation conflicts here as well, it's bound to be. If you take a young Chinese engineer or just the young people here, they are a lot more open, [...] and they may disagree with their fathers. [...] [...]referring to his secretary] she thinks like a Western, she understands the Western mind. From a work attitude, the younger ones certainly are working much better. [...] You get some of these younger engineers calling their senior ones 'stupid old men' sometimes. I mean, it is probably because they have seen more modern ideas in the last ten years in China than the 30year-old [sic!] engineer before."

(britischer Expatriat, Ende 50, Sichuan)

„Sie sind individualistisch, weltoffen und ehrgeizig. Viele Jugendliche in China haben damit begonnen, gegen alte Traditionen zu rebellieren. Eine Massenbewegung [...].“²²

Seniorität wird in der Regel als eine der Grundfesten der chinesischen respektive der asiatischen Wertewelt gehandelt. Respekt vor dem Alter, Anerkennung von (Lebens-) Erfahrung und betriebliche Status-Zuweisung analog zur Zugehörigkeitsdauer bzw. dem Alter gelten als Verhaltens-

¹⁹ R. H. FRANKE / GEERT HOFSTEDE / MICHAEL H. BOND: “Cultural Roots of Economic Performance: A Research Note”; in: Strategic Management Journal, Jg. 12, 1991, S.165-173, hier: S. 165ff; zitiert nach: MARGIT OSTERLOH, „Kulturalismus versus Universalismus. Reflektionen zu einem Grundlagenproblem des interkulturellen Managements“, in: Schiemenz, Bernd / Wurl, Hans-Jürgen (Hg): Internationales Management: Beitrag zur Zusammenarbeit, (Wiesbaden: Gabler, 1994), S.95-113, hier: S.97-98.

²⁰ MARGIT OSTERLOH, „Kulturalismus versus Universalismus. Reflektionen zu einem Grundlagenproblem des interkulturellen Managements“, op.cit., S.112.

²¹ CARSTEN HERMANN-PILLATH, “Unternehmensführung im chinesischen Kulturraum” , in: Alois Clermont / Wilhelm Schmeisser (Hrsg.), Internationales Personalmanagement (München: Verlag Franz Vahlen, 1997), S. 105-107, hier: S.105-124.

²² HARALD MAASS, “Eine Generation im Aufbruch – In China jung zu sein ist schon eine Revolution”, in: Start (Das Magazin für Ausbildung, Beruf und Karriere vom Stern, Hamburg, 1/99), S.126-133, hier: S.127.

normen, mit denen man in der interkulturellen Betriebsführung in China zu rechnen bzw. die man zu respektieren hat. Die Frage danach, ob diese Prinzipien auch für das Management von Joint Ventures unbedingte Gültigkeit haben, wird aber selten gestellt. Eine Idee davon, daß es nicht so sein könnte, bekommt man, wenn man einmal die Motivation junger Leute, in ein ausländisch investiertes Unternehmen einzutreten, betrachtet.

In der Regel sind es natürlich Gehälter (Löhne) und Aufstiegschancen, die Chinesen jeden Alters dazu motivieren, in Joint Ventures eine Anstellung zu suchen.²³ Ein weiteres Motiv für die Arbeit im ausländisch investierten Unternehmen ist die „Selbstverwirklichung“²⁴ z.B. für diejenigen Chinesen, die vorher nicht ihrer fachlichen Qualifikation entsprechend arbeiten können. Dies gilt insbesondere für diejenigen jüngeren Chinesen, die vorher in Staatsbetrieben oder staatseigenen Einheiten wie z.B. Universitäten und Schulen tätig waren. Die Erfahrung an diesen Arbeitsstellen wird in der Regel negativ dargestellt, wobei vor allem die Wichtigkeit persönlicher Beziehungen, die mangelnde Leistungsorientierung, die Perspektivlosigkeit und eine gewisse Selbstgerechtigkeit seitens der Kader bzw. Chefs hervorgehoben wird. Dementsprechend erhoffen sich diese Angestellten von der ausländischen Beteiligung am Joint Venture, daß Leistung im Vordergrund z.B. von Beförderungs-, Trainings- und Lohnpolitik steht.

Diese Motivation steht offensichtlich mit dem oben dargelegten Senioritätsprinzip im Konflikt. In den Interviews wurden daher sowohl Deutsche als auch Chinesen danach gefragt, ob es grundlegende, evtl. konfliktträchtige Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Angestellten gebe, was ihre Auffassung von Management und ihre Werteprägung betrifft. Daß fast alle (chinesischen) Befragten die Existenz solcher Unterschiede bestätigten, mag nicht weiter überraschend sein. Erstaunlich war dennoch, wie pragmatisch und direkt insbesondere die jüngere Generation diese Unterschiede beschrieb:

„...also, von ihrem Alter her gesehen respektiere ich sie sehr, sie sind vielleicht so im Alter [...] meines Vaters, aber für die Arbeit sind sie einfach nicht entsprechend qualifiziert. ...zum Beispiel gibst du ihm eine Sache zu erledigen, und was er macht..., das erreicht nicht mal die 20%, die du erhofft hast, und dann macht er dir noch Ärger. Deshalb wirst du dann manchmal hoffen, daß du ihn nicht brauchst, daß du es eben selber machst. Deshalb, unter dem Aspekt, ist es wirklich... höchstens, daß du ihn oberflächlich grüßt, ... also, daß du ihn relativ respektvoll anredest, ja, daß du ihn ein bißchen respektvoll anredest, aber bei dir denkst du wirklich... (lacht).

(chinesische Angestellte, Ende 20, Beijing)

Diese Aussage verdeutlicht das Konfliktpotential, das aus dem (wachsenden) Bildungsvorsprung der jungen Generation gegenüber den älteren Mitarbeitern erwächst. In der Regel sind die jungen Angestellten fachlich besser für die Tätigkeit im Joint Venture qualifiziert. Daraus folgt wie in dem oben geschilderten Beispiel, daß sie sich den älteren Mitarbeitern gegenüber überlegen fühlen bzw. der Respekt vor ihrem Können nur sehr begrenzt entstehen kann. Insbesondere in den Joint Ventures der Schlüsselindustrien mit einem starken chinesischen Partner befinden sich aber die älteren, vom Partner in das Joint Venture gewechselten, Angestellten in den Führungspositionen und sind dort in der Lage, ihre Auffassung von Management durchzusetzen. Dies führt bei den jungen Angestellten zu begrenzter Anpassung, aber auch zu Frustration und Entfremdung.

²³ Unsere Befragungsergebnisse decken sich hier mit einer Internetumfrage, die im weiteren Verlauf des Papers noch besprochen wird. Danach sind hohe (höhere) Gehälter zu 43% und bessere individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu 53% Motive für (die Bewerbung auf) eine Tätigkeit in einem ausländisch investierten Unternehmen. Vgl. <http://168.160.224.208/survey/reports23.htm>, Song Yun, „Gei Zhongfang guyuan liangfen“ (Bewertung der chinesischen Mitarbeiter), QIANZHENG ZHOUKAN (Wochenzeitschrift Zukunft), 26.02.1999.

²⁴ Vgl. auch Ergebnisse einer Umfrage der Far Eastern Economic Review, 26.11.98 und 03.12.98, S.43.

Uns wurden etliche Beispiele von jungen, insbesondere männlichen Angestellten berichtet, die aus diesen Gründen das Joint Venture Unternehmen verlassen hatten.

Das bedeutet für das Management des Joint Venture, daß eine konsequente Verfolgung des Senioritätsprinzips unter Umständen kontraproduktiv auf die Motivation und den Leistungswillen der jungen Angestellten sowie auf ihre Absicht, längerfristig in diesem Unternehmen zu arbeiten, wirkt. Auf der anderen Seite besteht ein Joint Venture in der Regel nicht nur aus jungen Angestellten, und es agiert in einem Umfeld, das, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, dem Selbstbewußtsein dieser Personengruppe durchaus kritisch gegenüberstehen kann.

Die Rolle von Joint Ventures und ihren Beschäftigten in der chinesischen Gesellschaft

Die Rolle von Joint Ventures bei der Transformation der chinesischen Wirtschaft

Die Ansiedlung ausländisch investierter Unternehmen verfolgte vom Beginn der Genehmigung und Förderung durch die chinesische Regierung an vor allem den Zweck, neues technisches und betriebliches Know How nach China zu bringen, Devisen zu erwirtschaften, einheimische Angebotslücken zu füllen und (in beschränktem Maße) Arbeitsplätze zu schaffen. Auf der Seite der ausländischen Unternehmen bewogen vor allem Überlegungen zum Markteintritt in den seit spätestens dem letzten Jahrhundert sagemumwoben riesigen Markt Chinas die Unternehmensführung, diese Investition vorzunehmen. Joint Venture Gründungen erfolgten und erfolgen in der Regel aus politischen Zwängen (Ansiedlungs- bzw. Geschäftstätigkeits-Restriktionen für rein ausländische Unternehmen sind allerdings schrittweise gelockert worden) bzw. aus der Überlegung heraus, daß der Markteintritt bzw. die spezifische Unternehmenstätigkeit einfacher mit Hilfe eines lokalen Partners zu bewältigen ist. Wenn durch die unterschiedliche Motivation der beteiligten Partner zuweilen auch Zielkonflikte entstehen, so ist es für die folgenden Ausführungen vor allem von Wichtigkeit, auf das gemeinsame Interesse des Know-How-Tranfers hinzuweisen, der von seiten der ausländischen Investoren insbesondere aufgrund ihrer Lokalisierungsbemühungen betrieben und gefördert wird. Neben dem technischen Aspekt des Technologietransfers ist hierin auch die Bildung einer Manager-Schicht enthalten, die nach (westlichen) Unternehmensgrundsätzen handeln und wirtschaften. Aufgrund der besonderen Anforderungen seitens der chinesischen Regierung und des Eigeninteresses der beteiligten ausländischen Investoren haben die Joint Ventures in China in besonderem Maße die Rolle des „agent of change“; sie sind institutionelle Förderer der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation. Folglich sind auch die Anforderungen an die Beschäftigten in Joint Ventures besonders hoch, was die Toleranz von und die unterstützende Beteiligung an Veränderungsprozessen betrifft. Sie sollen die Rolle der „agents of change“ einnehmen, die den Wandel sozusagen als Avantgarde vorantreiben.

Jia Yang Guizi oder Wirtschaftselite? Das Dilemma der (jungen) Joint Venture Angestellten

Während unserer Erhebungsphase stießen wir in einer Zeitung²⁵ auf einen Artikel, der das Schicksal der in ausländisch investierten Unternehmen tätigen Chinesen beklagte. Diese Chinesen, so der Tenor des Verfassers, haben es insofern besonders schwer, als sie zum einen sehr stark unter Leistungsdruck stehen und ihnen enormer Einsatz seitens der (westlichen) Chefs abverlangt werde, auf der anderen Seite diese Chefs sie und ihre Eigenheiten bzw. China als solches nicht richtig verstehen. Zudem, so der Artikel weiter, stünden diese Chinesen auch unter dem Druck der Gesellschaft, die die Tätigkeit für ein ausländisches Unternehmen seit den Opiumkriegen stigmatisiere. So seien diese Chinesen mit der Frikadelle im Hamburger vergleichbar – sie wür-

²⁵ Cankao Xiaoxi, Februar 1998.

den von zwei Seiten Druck erfahren. Da wir diese Aussage sehr interessant fanden, nahmen wir sie als Frage in unsere Interviews mit Chinesen auf. Wir konnten feststellen, daß der Grad der Übereinstimmung mit der Aussage in der Regel vom persönlichen Umfeld der Befragten und dem Arbeitsklima im Unternehmen abhing. Allerdings gab es nur sehr wenige Interviewpartner, die die Existenz dieses Phänomens grundsätzlich in Zweifel zogen. Interessanterweise identifizierte sich die Gruppe der Dolmetscher und Assistenten fast ausnahmslos mit der „Hamburgerrolle“.

Aus einer Umfrage, die von dem Meinungsforscher „SOHU“ im Internet durchgeführt wurde²⁶, kann man zudem erkennen, wie groß der Druck der chinesischen Gesellschaft auf Mitarbeiter in den ausländisch investierten Unternehmen sein kann. In der Umfrage, an der sich über tausend Chinesen beteiligten, wurde nach der Einschätzung des Charakters und der Motive dieser Personengruppe gefragt – mit zum Teil erstaunlichen und für die in ausländischen Unternehmen arbeitenden Chinesen wenig schmeichelhaften Ergebnissen. Zwar hatten 78% eine grundsätzlich gute Meinung von der Bildung und den allgemeinen Fähigkeiten dieser Personengruppe, aber immerhin 22% hielten sie für *jia yangguizi* (falsche fremde Teufel). Das Erschreckende an dieser Zahl ist, daß immerhin gute 80% der unter 20jährigen dieser Ansicht war, und eine ebensolche Zahl der Jugendlichen/jungen Erwachsenen insbesondere die höherrangigen chinesischen Vertreter in ausländischen Unternehmen für *yanwu* (abscheulich, abstoßend) hielt. Während nicht ganz 80% aller Befragten der Meinung waren, die Sprache und das Verhalten von Chinesen in ausländischen Unternehmen sei ihnen egal und als deren Prägung durch die Umwelt zu verstehen, waren immerhin noch 15% der Auffassung, daß man diese Leute ächten solle, da sie eine Haltung von *chong yang mei wai* (alles Ausländische anbeten und vor fremden Mächten katzbuckeln) an den Tag legten. Zudem beklagten gute 40% die Überheblichkeit der Angestellten in ausländisch investierten Unternehmen, während weitere 18% sich der Aussage anschlossen, daß viele unter ihnen nicht zögern würden, „die Interessen des Landes zu schädigen, um das Wohlwollen eines ausländischen Chefs zu gewinnen“.

Zur Autorin

Kerstin Nagels, Hochschule Bremen, Werderstr. 73, 28199 Bremen, Tel.: (+421) 5905 123, Fax: (+421) 5905 761, Email: knagels@fbw.hs-bremen.de. Qualifikation: Diplom-Wirtschaftssinologin (FH), M.A. Area Studies China (SOAS). Interessenschwerpunkte: Interkulturelles Management, Orientalismus-Okzidentalismus, Gesellschaftlicher Wandel in China.

²⁶ “Wo yanzhong de waiqi Zhongfang guyuan” (Chinesische Angestellte in ausländisch investierten Unternehmen aus meiner Sicht), 18.01.1999, gemeinsam durchgeführt von SOHU und ZHONGGUO MAOYI BAO (Chinesische Handelszeitung); und <http://168.160.224.208/survey/reports23.htm>: Song Yun, “Gei Zhongfang guyuan liangfen”, QIANZHENG ZHOUKAN (Wochenzeitschrift Zukunft), 26.02.1999.

Konfuzianismus und intergenerationelle Bildung von Humankapital*

Abstract

In dieser Studie wird versucht, auf der Mikroebene den kulturellen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum in Ostasien theoretisch zu formulieren. Trotz des wachsenden Welthandels sowie der andauernden Entwicklungshilfe hat sich das Wohlstandsgefälle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern in der letzten Zeit nicht reduziert, sondern vielmehr vergrößert. Vor diesem Hintergrund besitzt das Wirtschaftswachstum der ostasiatischen Länder große theoretische Bedeutung, selbst wenn die jüngste Finanzkrise die Schwäche der sozialen und wirtschaftlichen Systeme in diesen Ländern zutage brachte. Eine Erklärung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien findet man in der Humankapitaltheorie sowie der endogenen Wachstumstheorie. Demnach ist die beträchtliche Investition in Humankapital ein Grund für die Wirtschaftsentwicklung in dieser Region. Jedoch bleibt die Frage, wie diese Akkumulation des Humankapitals zustande kam, unbeantwortet. Hier wird versucht, diese Frage durch Modifizierung der Annahme zu beantworten, die in der Humankapitaltheorie von Becker bezüglich der Entscheidung der Eltern bei der Schulbildung ihrer Kinder gemacht wird. Was die Schulbildung betrifft, so hat sich die intergenerationelle Investition in Humankapital in Ostasien dank der konfuzianischen Werte positiv ausgewirkt. Um diesen kulturellen Faktor zu erklären, ist es nötig, den Werteffekt anhand des kognitivpsychologischen Begriffs der „Schemata“ zu präzisieren. Die Diskussion sowie Experimente um Schemata in diesem Forschungsgebiet zeigt eine Möglichkeit, den kulturellen Effekt adäquat auszulegen.

Der kulturelle Erklärungsansatz des Wirtschaftswachstums in Ostasien und die Debatte um "asiatische Werte"

Vielleicht ist die heftige Debatte um asiatische Werte mit Ausbrechen der Finanzkrise in Ostasien vorbei. Aber Erklärungsbedarf bleibt noch für den kulturellen Einfluß auf die Modernisierung dieser Region.²⁷ Diesem Bedarf zu entsprechen ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, die als Überlegung für ein eigenes Paper gedacht worden ist. Ausgangspunkt für diese Arbeit bildet die Debatte um asiatische Werte, weil diese Debatte die bisherige kulturelle Erklärung über ostasiatische Modernisierung tief beeinflußt hat. Der kulturelle Einfluß auf die Modernisierung ist, spätestens seit der vergleichenden Studie von Max Weber²⁸, eigentlich ein bekanntes Thema in der Sozialwissenschaft. Was jedoch der Debatte um asiatische Werte noch einen anderen Charakter verlieh, war die politische Instrumentalisierung des Begriffs „asiatische Werte“ durch die Politiker aus Südostasien.²⁹ Abgesehen vom Urteil über die jeweiligen Positionen in dieser Debatte ist es bemerkenswert, daß zwei Folgen aus der Politisierung der Debatte im wissenschaftlichen Diskurs spürbar sind. Zum einen ist die Debatte wegen der politisch ausgeprägten Auseinandersetzung so stark polarisiert, daß asiatische Werte dabei nicht generelle Wertvorstellungen der her-

* Ich danke Frau Eun-Jung Lee für ihren Kommentar und Clara Kwak und Sebastian Braunert für ihre Mithilfe.

²⁷ Es gibt zahlreiche Studien zum kulturellen Einfluß auf die Modernisierung in Ostasien. Zur wichtigen Literatur in jüngster Zeit gehören u.a. Peter L. Berger & Hsin-Huang Michael Hsiao (Hg.), *In Search of an East Asian Development Model*, New Brunswick 1988. Hung-chao Tai (Hg.), *Confucianism and Economic Development*, Washington D.C. 1989. Tu Wei-Ming (Hg.), *Confucian Traditions in East Asian Modernity*, Cambridge 1996. Walter H. Slote & George A. DeVos (Hg.), *Confucianism and the Family*, New York 1998.

²⁸ Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie* Bd. 1-3, Tübingen 1988.

²⁹ Zur Analyse der politischen Instrumentalisierung der Wertdebatte, vgl. Eun-Jung Lee, *Konfuzianismus und Kapitalismus*, Münster 1997.

kömmlichen Kultur sondern unmittelbar eine Art politische Ideologie für das autoritäre Regime bezeichnen. So ist der Begriff „asiatische Werte“ als wissenschaftlicher Ausdruck beinahe unbrauchbar geworden.³⁰ Aus der Polarisierung der Debatte ergibt sich auch, daß statt der differenzierten Betrachtung ein pauschales Urteil über die Rolle der asiatischen Kultur im Diskurs herrscht. Dies hängt auch in hohem Maße damit zusammen, daß der Diskurs auf die Makroebene beschränkt ist, indem die herkömmliche Kultur in der Makrotheorie als ein einheitlicher Faktor behandelt wird. Der makrotheoretische kulturelle Erklärungsansatz hat jedoch dabei die Schwierigkeit, präzise die Art und Weise zu formulieren, wie das Verhalten des Akteurs von der Kultur beeinflusst wird. Allein die Sozialisation als Erklärung greift zu kurz. Um die Kultur als Erklärungsfaktor angebracht zu formulieren, wird es in dieser Studie versucht, auf der Mikroebene eine erklärende Theorie für den kulturellen Faktor aufzubauen, um damit eine differenzierte Betrachtung des Kulturfaktors zu ermöglichen.

Zum anderen führt die provokative Aussage über die Überlegenheit der asiatischen Werte gegenüber den westlichen dazu, daß die Leistung der ostasiatischen Länder im Vergleich mit den westlichen Industrieländern gemessen wird. Jedoch ist die Begründung dieser provokativen Aussage schon deswegen als schwach zu betrachten, weil ihre bisherige wirtschaftliche Entwicklung so stark auf moderne Technologie angewiesen ist, die aus dem Westen importiert ist. Im Unterschied zu dieser Aussage muß die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien in erster Linie im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern gesucht werden. Trotz des wachsenden Welthandels sowie der andauernden Entwicklungshilfe ist das Wohlstandsgefälle zwischen den westlichen Industrieländern und Entwicklungsländern in der Nachkriegszeit nicht reduziert, sondern vergrößert worden. Die ostasiatischen Länder gehören zu den wenigen Fällen, wo die Distanz zu westlichen Industrieländern verringert worden ist. Selbst wenn dieses rasche Wirtschaftswachstum, wie Paul Krugman³¹ darstellt, nur als einmaliges Geschehen aus dem Nachholbedarf sowie als Folge des massiven Input ohne Produktivitätssteigerung zu betrachten ist, kann diese Entwicklung besonders angesichts der Tatsache nicht unterschätzt werden, daß manche Entwicklungsländer nach wie vor in der „*poverty trap*“ gefangen sind. Hier stellt sich die Frage, wie die ostasiatischen Länder im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern relativ erfolgreich mit der Industrialisierung anfangen konnten. Zwar gibt es sicherlich mehrere Gründe dafür, z.B. exportorientierte Wirtschaftspolitik. Diese Studie geht aber davon aus, daß die kulturellen Bedingungen, besonders das neokonfuzianische Erbe dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Statt mehrerer kultureller Faktoren aus der neokonfuzianischen Lehre abzuleiten, wird hier versucht, auf das Bildungsethos zu fokussieren. Denn Bildung ist ein Schlüsselfaktor für Wirtschaftswachstum. Hinsichtlich der Bildung weisen die ostasiatischen Ländern noch breitere Gemeinsamkeit auf als bei anderen Faktoren. Überdies verliert die Bildung, anders als die auf dem Kollektivismus basierende Organisation, trotz der Liberalisierung des Wirtschaftssystems nicht an Bedeutung.

Im folgenden werden die theoretischen Ansätze in Verbindung mit mikroökonomischen bzw. kognitiv psychologischen Theorien kurz resümiert, um den Wertefaktor im Zusammenhang mit dem Bildungsethos auf der Mikroebene zu formulieren.

³⁰ Das war auch die kritische Anmerkung zum Vortrag in der Tagung, als diese Arbeit damals mit dem Titel "Asiatische Werte als Sozialkapital" vorgetragen wurde. In Anlehnung an dieser Kritik ist in diesem Paper die Bezeichnung des Kulturfaktors von den asiatischen Werten auf den Konfuzianismus geändert. Noch ein Grund für diese Änderung war die Schwierigkeit, die kulturelle Gemeinsamkeit zwischen ostasiatischen und südostasiatischen Ländern festzulegen.

³¹ Paul Krugman, The Myth of Asia's Miracle, in: Foreign Affairs 73, 1994, S. 62-78.

Wert als Erklärungsfaktor für Wirtschaftswachstum

Das hohe Bildungsniveau der Bevölkerung zählt weitgehend zu den positiven Faktoren für das Wirtschaftswachstum in Ostasien. Die positive Wirkung der Bildung auf die Wirtschaft ist nach der ökonomischen Theorie in Verbindung mit Humankapital zu betrachten. Bei der Humankapitaltheorie bzw. der endogenen Wachstumstheorie sind ostasiatische Länder als Beispiel für den Effekt des Humankapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung genommen.³²

Jedoch wird bei diesen Theorien das hohe Niveau der Investition in Humankapital als Erklärungsfaktor angenommen, ohne darauf einzugehen, warum die Akkumulation des Humankapitals außer in westlichen Industrieländern bislang lediglich in Ostasien in großem Umfang zustande gekommen ist. Becker verweist lediglich auf die humankapitaltheoretische Bedeutung des lebenslangen Beschäftigungssystems in Japan.³³ Was die allgemeine Schulbildung anbelangt, die eine Basis für ein vielfältiges Humankapital bildet, findet sich bei Becker keine unmittelbare Erklärung für Ostasien. Aber im Grunde könnte man argumentieren, daß die ökonomisch rationale Abwägung des Nutzens von Humankapital die nötige Bildungsinvestition zustande zu bringen vermag, wobei kein besonderes Bedürfnis für die Berücksichtigung weicher Erklärungsfaktoren besteht. Man könnte dabei leicht annehmen, daß eine graduelle Akkumulation des Humankapitals in einem unterentwickelten Land zum stetigen Wirtschaftswachstum führen kann. Dabei kann auch die Diskrepanz zu Industrieländern möglicherweise reduziert werden, wenn der Humankapitaleffekt richtig wahrgenommen und entsprechend eine angemessene Bildungspolitik des Staates betrieben wird. Aber es stellt sich eine Frage, die das rosige Bild über den durch Bildung erreichbaren Wohlstand beeinträchtigt: Wird die Akkumulation des Humankapitals ermöglicht, wenn Akteuren nicht hinreichend Finanzmittel für die Bildungsinvestition zur Verfügung stehen?

Auf der Mikroebene sieht Becker eine Lösung für Kinder bei finanziell beschränkten Eltern lediglich in öffentlichen Finanzprogrammen.³⁴ Diese Lösung kann allerdings Entwicklungsländern wegen der knappen finanziellen Mittel des Staates wenig helfen. Bei seiner humankapitaltheoretischen Wachstumstheorie wird dieses Problem noch deutlicher, derzufolge bei einem auf Humankapital gestützten Wirtschaftswachstum multiple Gleichgewichte zu erwarten sind: zum einen ein unterentwickeltes Gleichgewicht mit knappem Humankapital bzw. niedriger Investitionsrendite aus Humankapital, zum anderen ein entwickeltes Gleichgewicht mit hoher Investitionsrendite aus Humankapital sowie großem bzw. wachsendem Bestand des Humankapitals.³⁵ Wie ein Land oder eine Region von einem unterentwickelten Stand zu einem entwickelten aufsteigen kann, ist theoretisch bei Becker nicht beantwortet, abgesehen von zufälligen oder externen Effekten.

So gesehen ist es anhand Beckers Theorie schwierig zu erklären, wie das von der Entwicklung des Humankapitals begleitete Wirtschaftswachstum in Ostasien zustande kam, das ungeachtet der Finanzkrise mit gutem Grund als ein Durchbruch aus der Armutsfalle betrachtet werden kann. Der theoretische Vorschlag in dieser Studie besteht darin, anders als für die übrige Humankapitalbildung (wie „on-the-job training“) die Schulbildung als intergenerationelle Kooperation zu betrachten, die in der Familie stattfindet. Becker nimmt in seinem Modell an, daß Eltern als Nutzenmaximierer für ihre Kinder Entscheidungen über die Investition in Humankapital tref-

³² Vgl. Gary S. Becker, *Human Capital*, 3. Aufl., Chicago 1993, S. 23ff. Robert E. Lucas, *Making a Miracle*, in: *Econometrica* 61, 1993, S. 251-272. Zur endogenen Wachstumstheorie vgl. Michael Frenkel & Hans-Rimbert Hemmer, *Grundlage der Wachstumstheorie*, München 1999, Kap. 7-12.

³³ Becker, S. 24.

³⁴ Ebd. S. 22.

³⁵ Ebd., S. 324ff.

fen sollten, solange ihr eigener Konsum oder Lebensgenuß nicht beeinträchtigt wird.³⁶ Zur Erklärung der Humankapitalbildung in Ostasien ist hier Beckers Annahme über Eltern so zu modifizieren, daß Eltern auf Nutzen aus Konsum in dem Maße freiwillig verzichten und mehr Belastung ebenso freiwillig hinnehmen können, wie sie den Humankapitalnutzen der Kinder als ihren eigenen wichtigen Nutzen betrachten, und so ihre Investitionsbereitschaft in das Humankapital ihrer Kinder zunimmt³⁷. Die dadurch ermöglichte Bereitstellung der finanziellen Ressourcen für die Investition in das Humankapital könnte in einem unterentwickelten Gleichgewicht einen Durchbruch für den Take-Off der weiteren Kapitalbildung zustande bringen. In Anbetracht dieses Konsumverzichts und der Notwendigkeit der Mehrarbeit sind die anderen besprochenen Tugenden der Asiaten wie Fleiß und Sparsamkeit sowie Frugalität gleichermaßen erklärbar.

Zwei empirische Befunde für den freiwilligen Konsumverzicht der Eltern sind zu erwähnen. Zum einen ist durch den Vergleich zwischen Ostasien und anderen Regionen anhand der deskriptiven Bildungsstatistiken festzustellen, daß die Bildungsquote der ostasiatischen Ländern bereits vor dem wirtschaftlichen Aufschwung in Hinblick auf das Einkommen ein relativ hohes Niveau erreichte. Zum anderen kann man die Bildungsleistung der asiatischen Amerikaner anführen, die höher ist als die von anderen Farbigen oder sogar Weißen.³⁸ Die Untersuchungen zeigen, daß die hohen akademischen Leistungen der asiatischen Amerikaner zum großen Teil auf eine bessere Bereitstellung von Ressourcen durch die Eltern für ein Studium ihrer Kinder zurückgeht. Hinsichtlich der Sparquote zur Vorbereitung auf eine Finanzierung des Studiums der Kinder sind die asiatischen Immigranten an der Spitze im Vergleich zu anderen Ethnien.³⁹

3. Werteffekt und Schemata

Die nächste Frage ist, wie der freiwillige Konsumverzicht sowie die freiwillige Übernahme der Belastung durch die Eltern als Werteffekt zu begründen ist. Es könnte als Handeln aus bestimmten Werten heraus betrachtet werden, indem man sie als Folge von Familismus und Hochschätzung der Bildung ansieht. Diese Erklärung wäre nicht abwegig, hat aber wenig Erklärungskraft, da die beiden Werte große Vielfältigkeit aufweisen. Hinsichtlich des Familismus kann es ganz unterschiedliche Orientierungen sowie Maßstäbe geben. Empirische Forschungen zum Verhältnis von Familismus und Erziehung zeigen, daß eine weitgehend anerkannte These, daß nämlich die Kommunikation der Eltern mit ihren Kindern zur Steigerung der akademischen Leistung führen soll, bei asiatischen Amerikanern nicht stimmt. Obwohl asiatische Kinder hohe Leistungen bringen, gehören die asiatischen Eltern zu den Schichten, die mit ihren Kindern zu Hause ganz wenig kommunizieren.⁴⁰ Es wäre irreführend, daraus abzuleiten, daß Familismus bei Asiaten schwach wäre. Im Hinblick auf die Hochachtung der Bildung ist auch eine Beobachtung in Amerika interessant, daß Schwarze die Wichtigkeit der Bildung ebenfalls in hohem Maße

³⁶ Ebd., S. 263.

³⁷ Diese Betrachtung bedeutet eine Identifikation mit anderen Personen, anders gesagt eine Erweiterung des Selbst. Die Identifizierung mit anderen Personen muß nicht Altruismus voraussetzen. Man freut sich z.B. über einen Sieg einer Fußballmannschaft, ohne nennenswerten Nutzen zu erhalten. Zum Begriff der Identifikation James Coleman, *Foundations of Social Theory*, Cambridge 1990, S. 517ff.

³⁸ Zu den akademischen Leistungen asiatischer Amerikaner: vgl. Grace Kao, *Asian Americans as Model Minorities? A Look at Their Academic Performance*, in: *American Journal of Education* 103, 1995, S. 121-159. Barbara Schneider & Yongsook Lee, *A Modell for Academic Success: The School and Home Environment of East Asian Students*, in: *Anthropology & Education Quarterly* 21, 1990, S. 358-377. Martin J. Eaton & Myron H. Dembo, *Difference in the Motivational Beliefs of Asian American and Non-Asian Students*, Paper präsentiert bei Annual Meeting of the American Educational Research Association 1996.

³⁹ Kao, S. 135ff.

⁴⁰ Ebd., S. 152.

wahrnehmen. Aber angesichts der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, die auch asiatische Immigranten hinnehmen müssen, ist die Motivation zur Bildung abgeschwächt, während die Asiaten hingegen gerade wegen der Diskriminierung die Notwendigkeit der hohen akademischen Leistung noch stärker fühlen.⁴¹ Wenn man Werte als getrennte Einzelteile oder als deren bloße Kombination betrachtet, ist es unvermeidlich, daß aus einer gleichen Wertvorstellung ganz unterschiedliche Verhalten herauskommen können, und damit die auf Wertvorstellungen basierende Theorie an Erklärungskraft verliert. Vor diesem Hintergrund ist hier in Anlehnung an die Theorie der Sozialkognition der Begriff „Schemata“ in die Diskussion über Werteffekte einzuführen.⁴² Bartletts Experimente beispielsweise zeigen Effekte der Schemata.⁴³ Der Akteur betrachtet eine neue Lage weder als Tabula rasa noch mit einer Präferenzhierarchie. Er macht eine „absteigende“ oder „konzeptgesteuerte“ Informationsverarbeitung anhand von Schemata, die zum großen Teil auf historisch-kulturelle Entwicklungen in einer Gesellschaft zurückgehen.

Die Erklärungskraft der asiatischen Werte liegen somit nicht in der allgemeinen Betonung der Werte der Familie sowie der Bildung, sondern darin, in welcher Art und Weise Familie sowie Bildung hervorgehoben werden. Die Ahnenverehrung bzw. die damit noch verstärkte Wichtigkeit des männlichen Nachwuchses brachten nicht nur einen familiären Bund, sondern auch eine Identifizierung der Eltern mit dem Sohn, von dem ihr jenseitiges Glück abhängt. Vor diesem Hintergrund wurde die Identifizierung der Familienangehörigen auf der institutionellen Ebene durch das Prüfungssystem zur Wahl der Beamten in der konfuzianischen Herrschaft und die Bevormundung des Prüfungskandidaten durch die Sippe, sowie der gemeinsame Profit der Sippenangehörigen aus der Beamtenstelle des Verwandten verstärkt. Diese institutionelle Dynamik von Sippe, Individuum und Statussystem prägte die kognitive Dimension der Akteure, die durch Tradieren der Kultur auch in der Gegenwart die Schemata der Akteure in Ostasien zum großen Teil bestimmen. Aus diesen Schemata können Werte wie Familismus und Hochschätzung der Bildung auftauchen, aber die Werte entfalten sich weitgehend nach diesen Schemata. Wenn es um Bildung bzw. sozialen Aufstieg geht, können diese Schemata gelten. Der konfuzianische Kulturfaktor ermöglicht auf diese Weise durch Konsumverzicht sowie Belastungsübernahme der Eltern trotz mangelnden Kapitals einen Durchbruch bei der Humankapitalsakkumulation.

Zum Autor

Seo, U-Seok, Institut für Angewandte Sozialforschung, Universität zu Köln, Greinstr. 2, 50939 Köln, e-mail: seo@wiso.uni-koeln.de. Qualifikation: B.A., M.A. Soziologie an der Seoul National University in Südkorea. Doktorand im Fach Soziologie an der Universität zu Köln. For-

⁴¹ John Ogbu, Minority Coping Responses and School Experience, in: Journal of Psychohistory 18, 1991, S. 433-456. Stanley Sue & Sumie Okazaki, Asian-American Educational Achievements, in: American psychologist 45, 1990, S. 913-920.

⁴² Zum Überblick über Schemata vgl. Susan T. Fiske & Shelly E. Taylor, Social Cognition, 2 Aufl., New York 1991. Robert S. Wyer & Thomas Srull K. (Hg.), Handbook of Social Cognition, Volume 1, Hillsdale 1984. Nobert Schwarz, Theorien konzeptgesteuerter Informationsverarbeitung in der Sozialpsychologie, in: Dieter Frey & Martin Irle (Hg.), Theorien der Sozialpsychologie Bd. 3. Bern/Stuttgart/Toronto 1985. Schemata sind nach Schwarz (S.273) "allgemeine Wissensstrukturen, die die wichtigsten des Gegenstandsreiches wiedergeben, auf den sie sich beziehen und zugleich angeben, welche Beziehungen zwischen diesen Merkmalen bestehen".

⁴³ Frederic C. Bartlett, Remembering: A Study in Experimental and Social Psychology, London 1932. Bartlett ließ seine Versuchspersonen (Vpn) Geschichten aus einer fremden Kultur lernen. Er fand heraus, daß die Vpn in der Erinnerung diese Geschichten an ihnen vertraute Inhalte anglichen, anders gesagt in ihrer Erinnerung eine für sie sinnvolle Geschichte "konstruierten", wobei die Abweichung vom Original vorhersagbar ist.

schungsschwerpunkte: Religionssoziologie, Wertewandel, Methodik zur empirischen Sozialforschung.

Ole Döring

Nach der Auflösung eines Mythos – auf zum nächsten!?

Statement des Moderators von Panel 7 "Asiatische Werte"

Die drei Vorträge und der Kommentar zu dieser Sektion machen eines deutlich: die eigentlich interessanten Fragen beginnen jenseits des Horizontes der "asiatischen Werte"-Debatte. Ob nun Einblick in ein populäres Segment der intra-kulturellen Selbsterkundung in China genommen wird (Andreas Seifert) oder die Methoden zur Annäherung an die Dynamik und Heterogenität praktischer Wertvorstellungen vorgestellt werden (Kerstin Nagels); ob mit Hilfe eines Akteur-bezogenen Ansatzes auf Mikroebene der tatsächlichen Funktion von "asiatischen Werten" als Konstrukte von Identitäten und ihrer Erklärungskraft nachgegangen wird (Seo U-Seok) oder ob aus der Perspektive des laufenden Wertewandels gegen die Erfindung "asiatischer Werte" aus ideologischen und machtpolitischen Interessen argumentiert wird (Lee Eun-Jeung): In keinem Fall geht es darum, den Einfluß kultureller Faktoren auf das Denken und Handeln zu bestreiten. Im Gegenteil, erst die differenzierende Eingrenzung von Gegenständen, Fragestellungen und Methoden hat Sinn. Nur so entsteht überhaupt erst der konzeptionelle Rahmen, in dem den vielfältigen Mechanismen von Prägung und Überformung, von Spielräumen der Freiheit und des Zufalls in der kulturellen Wirklichkeit nachgegangen werden kann.

In der anschließenden Diskussion wurden diese Ausführungen konstruktiv kritisiert. Niemand stellte den Tenor der Differenzierung und Rationalisierung der "asiatische Werte"-Debatte und die allgemeine Forderung nach mehr Realitätsnähe in Frage. Auf die Problematik der "Modelforschung interkulturelles Management" (Dagmar Hauß) wurde in diesem Zusammenhang hingewiesen und namentlich auf die darin vermittelte falsche Orientierungssicherheit (Axel Kassing), außerdem wurden die Grenzen der Nutzbarkeit des Internet für Untersuchungen von Wertewandel aufgezeigt (Doris Fischer). Vielfach wurde eine allgemeine konzeptionelle und terminologische Unklarheit und die Tendenz zur Vermischung von Kategorien moniert. Weiterführende Anmerkungen regten eine Untersuchung der inner-europäischen Dimension der "asiatische Werte"-Debatte an (Claudia Derichs, Alexis Mengel) und legten den Bedarf der Erforschung der Entstehung kulturalistischer Schemata offen (Anja Osiander). Die Kommentare wurden als Beiträge zur Präzisierung und weiteren Ausarbeitung der jeweils vorgestellten Methoden und Theorien begrüßt.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema "asiatische Werte" führt aber nicht allgemein zu kritischen bzw. negativen Ergebnissen. Bei aller Unzulänglichkeit können wir doch auch pragmatisch den positiven Funktionen dieser Debatte nachgehen. Deshalb schließe ich mich Siegfried Klaschkas Aufforderung an, die "asiatischen Werte" nicht nicht mehr zu beachten, sondern unsere theoretischen und methodischen Instrumentarien zu verfeinern und aus den bisherigen Fehlern zu lernen. Die holzschnittartige Schlichtheit der Berufung auf ein Asien als monolithischer Kulturraum wirkt als Katalysator, denn sie beleidigt die Intelligenz der Asienforscher, provoziert, schärft das Problembewußtsein und beschleunigt die Klärung der Standpunkte. Die These, eine affirmative Rede von "asiatischen Werten" könne in irgendeiner Hinsicht zum Erkenntnisgewinn über Identitätsbildung und Wertewandel in Asien beitragen, halte ich für wissenschaftlich obsolet. Das eigentliche Opfer dieses Klärungsprozesses ist allerdings der Essentialismus.⁴⁴

Die wichtigen Resultate aus der "asiatische Werte"-Debatte liegen jenseits der Ablehnung eines Kategoriensystems des Völkerkampfes. Für manchen lieb gewordenen geistigen Besitzstand ha-

⁴⁴ Dazu habe ich mich pointiert geäußert in: "Schlechte Aussichten für die Kulturwissenschaft? Eine Anmerkung zu einer Anmerkung von Karl-Heinz Pohl", *ASIEN*, (Juli 1999) 72: 76-78.

ben die guten Gründe für die Erledigung dieser Debatte schmerzhaft Konsequenzen: ganze Typen kulturwissenschaftlicher Forschung, die für eine Weile (z.B. in der Sinologie) überwintert und den Anschluß an die entsprechenden Entwicklungen in der Ethnologie oder der Anthropologie verpaßt haben, erweisen sich aufgrund der genaueren Analyse des Gegenstandes als gegenstandslos. Dies vollzieht sich analog und ist inhaltlich teilweise vergleichbar mit der Entwicklung des Rasse-Begriffes in Biologie, Medizin und Sozialwissenschaften (vereinfacht gesagt hat sich "Rasse" aufgrund des Vorliegens genauerer und weniger konnotativ geladener Konzepte als wissenschaftlich wenig brauchbare Kategorie herausgestellt)⁴⁵. Im Bereich der Chinaforschung sollten Arbeiten zur "Tiefenstruktur der chinesischen Psyche", zu dem "Chinesischen Denken" oder zur "Seele des Orients" dementsprechend als anachronistisch und nach Maßgabe heutiger Einsichten als unwissenschaftlich eingestuft werden.

Fragen nach dem Akteur bzw. nach dem Relationsgeflecht von Akteuren rücken so in den Vordergrund. Wer handelt? Warum handelt diese Person, Gruppe, Institution (etc.) in dieser Weise? Welche Ziele werden verfolgt und welche Normen werden geachtet? Worin bestehen Zusammenhänge zwischen dem Bildungswesen, sozialen und politischen Strukturen und moralischen Vorstellungen in einem bestimmten Gemeinwesen? Diesem für die kulturell interessierte Asienforschung grundlegenden Fragetypus ist bislang viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Die Debatte um "asiatische Werte" hat gerade für die Erkenntnisinteressen der geisteswissenschaftlichen Asienforschung zu einer Neueinstellung der theoretischen und programmatischen Tiefenschärfe geführt. Diese Herangehensweise bedeutet ja nicht eine funktionalistische Reduktion. Ein solcher Verdacht kann nur deshalb aufkommen, weil diese Methoden bislang hauptsächlich in asienbezogenen sozialwissenschaftlichen Arbeiten benutzt werden. Untersuchungen zu Personen, Gemeinschaften und Gesellschaften bieten reichlich Stoff – offensichtlich auch (ich neige dazu zu betonen:) und gerade für eine nicht funktional reduzierende geisteswissenschaftliche Forschung.

Daher rege ich an, aus der Debatte um "asiatische Werte" nicht nur zu lernen, daß dieser Diskurs streng genommen gegenstandslos gewesen ist. Das gilt im Nachhinein wohl für viele Diskussionen. Mehr noch als auf die Gegenstände und Thesen kommt es auf unsere Haltung, unsere Intentionen und unsere Art des Umgangs mit diesen Themen an, also auf das praktizierte wissenschaftliche Ethos. Ein gutes (Gegen-)Argument verwirft nicht nur, es dient auch dem Fortschritt im Erkennen und Verstehen und damit einem gemeinsamen Zweck, der uns miteinander verbindet. Es trennt Anspruch und Wirklichkeit und hilft, Mythen zu entzaubern, ohne dabei ihre richtungsweisenden Gehalte aufzugeben. Von den "asiatischen Werten" bleibt das Interesse an den vielfältigen Beiträgen zu ethischen und moralischen Fragen aus den Regionen in Asien; wir können uns nun auf dieser Linie interessanteren Mythen zuwenden. Dazu zählen sicher die Mythen Kultur, Demokratie und Wissenschaft, und über allen der Mythos des Rechthabens. Die Asienforschung bearbeitet ein äußerst fruchtbares Feld, auf dem Anspruch und Wirklichkeit dieser Mythen immer wieder Fragen aufwerfen. Kultur, Demokratie und Wissenschaft zeigen sich in Asien in vielfachen Kontexten und Interpretationen, ihre jeweiligen Varianten können sowohl anregend als auch kritikwürdig sein. Als Mythen sind sie komplexe Gedanken in historischen Gewändern, und nur das wohlbegründete Argument kann die Substanz der beanspruchten Einsichten vom bloßen Schein unterscheiden. Es ist die besondere Aufgabe der kulturbezogenen Wissenschaften deutlich zu machen, daß es auf die Gedanken, auf die Intentionen von Argumenten, auf den Geist in allen seinen Verkleidungen ankommt – und darauf, ihn trotz und durch diese Schleier besser zu verstehen. Die "asiatischen Werte" ähneln insofern "des Kaisers neuen Klei-

⁴⁵ Vgl. dazu Heidrun Kaupen-Haas und Christian Saller (Hrsg.), *Wissenschaftlicher Rassismus. Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften*, Campus Verlag, 1999.

dern"; selten war es so leicht, ihren suggestiven Charakter zu durchschauen. Und selten war es so klar, daß die nackten Tatsachen weitaus interessanter sind als der Aplomb des Auftritts.

Im Verlauf der Debatte während der Brühler Tagung haben mich die Vortragenden und Diskutierenden nicht nur durch ihre Souveränität bei der Präsentation ihres *work-in-progress* in einem multidisziplinären Gesichtsfeld beeindruckt. Sie machen auch auf theoretische, methodische und praktische Stärken der hier vertretenen jüngeren Generation aufmerksam, nämlich auf kreative theoretische Reflektion und Integration, methodische Fantasie und Offenheit sowie auf die Bereitschaft im kritischen Diskurs zu lernen und die eigenen Ansätze weiterzuentwickeln – all dies getragen durch das solide Fundament der jeweiligen Mutterdisziplin. Es wäre albern, hier nun zur Profilierung des Nachwuchses einen Generationenkonflikt heraufzubeschwören. Vieles, gerade die Fähigkeit zur genauen Beobachtung und die fachliche Kompetenz sind von und in Auseinandersetzung mit den Älteren erworben. Wenn nun andererseits der Zeitpunkt kommt, daß diese auch etwas von ihren Schülern lernen können, können sie ihre Funktion als Lehrer erst ganz erfüllen, indem sie neue Gesichtspunkte annehmen und deren Umsetzung unterstützen. Wer sich rühmt weit zu blicken, sollte nicht vergessen, daß er auf den Schultern seiner Vorläufer steht.

Zum Autor

Ole Döring (M.A.), Philosoph und Sinologe, ist seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde. Schwerpunkte: Praktische Philosophie, Medizin und Ethik in China, Grundlagen der kulturübergreifenden Hermeneutik. Anschrift: Ahornsteg 8, 37079 Göttingen, Tel: 0551-61202; Fax: 040-3603064306; Email: odring@aol.com.

Podiumsdiskussion

Günther Distelrath

Wissenschaftstheorie und Asien-bezogene Regionalforschung

Hier wurde diskutiert, wie mit Verstellungen und Verzerrungen der Forschungsgegenstände der Asienforschung durch grundsätzliche konzeptionelle Fehler umgegangen werden kann und wie Fehler im Forschungsprozeß grundsätzlich minimiert werden können. Es wurde zwar zugestanden, daß der Mechanismus von Versuch und Irrtum das eigentlich produktive Element im Forschungsprozeß ausmacht. Dies gilt jedoch nur solange, wie man sich an der Forschungsfront befindet, d.h. sicher sein kann, daß die beteiligten Wissenschaftler das aktuell methodisch wie methodologisch mögliche unternehmen, um der realen Lebenswelt in Asien gerecht zu werden. Die Frage, ob solches geschieht und vorliegt, kann nur von einem wissenschaftstheoretischen Standpunkt oder Blickwinkel beantwortet werden, da es hier um eine grundlegende Überprüfung des Instrumentariums gehen muß. Um die vorhandenen Möglichkeiten zur Prüfung und Verbesserung des Instrumentariums aufzuzeigen, wurden zunächst die Grundlinien der wissenschaftstheoretischen Diskussion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachgezeichnet.

Insbesondere wurden die fundamentalen Probleme, die bei einer Begründung sozialwissenschaftlichen Arbeitens durch sogenannte Rechtfertigungstheorien auftreten, benannt und dem, wie im einzelnen erörtert wurde, zwei insbesondere für die Asienforschung wesentlich sinnvoller einzusetzende Modelle aus der kritisch-rationalistischen Wissenschaftstheorie und aus der pragmatischen Wissenschaftstheorie entgegeng gehalten. Dieser Einwurf war durchaus als kritische Bestandsaufnahme der bestehenden Forschungspraxis in Teilen der Asien-bezogenen sozialwissenschaftlichen Regionalforschung gemeint, da vielfach völlig unreflektiert auf der Grundlage von Rechtfertigungstheorien gearbeitet wird. Rechtfertigungstheorien gehen von der Existenz von Gesetzen oder Quasigesetzen in den Sozialwissenschaften aus, welche durch konforme Forschungsergebnisse als gerechtfertigt angesehen werden. Während dies noch bei simplen kausallogischen Verknüpfungen ("Wenn-Dann-Relationen") z.B. in der Geldtheorie vielfach völlig unproblematisch erscheint, läuft aber die Erklärung einer Gesetzeshaftigkeit ganzer theoretischer Gebäude auf eine Immunisierung ganzer Wissenschaften gegen eine kritische Überprüfung sowohl ihres Instrumentariums wie letztlich auch der Forschungsergebnisse hinaus. Letzteres ist aber gerade für die Asienforschung als fatal zu bezeichnen, weil man nicht sicher sein kann, daß bei der Formulierung von sozialwissenschaftlichen Theorien kulturell und historisch kontingente Elemente außen vor gehalten werden konnten.

In der jüngeren Wissenschaftstheorie werden denn auch (sogar für die Naturwissenschaften) Rechtfertigungstheorien verworfen. Stattdessen sind praktikable alternative Verfahren entwickelt worden. Als Beispiele wurden hier aus der kritisch-rationalistischen Wissenschaftstheorie die „Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme“ von Imre Lakatos und der Finalisierungsansatz Gernot Böhmes vorgestellt¹. Lakatos will den seit Popper eingeführten Vermutungscharakter von Theorien beibehalten wissen, schlägt aber eine sukzessive Verbesserung

¹ Für eine eingehendere Diskussion dieser beiden Ansätze sowie eine ausführlichere Betrachtung der gesamten hier aufgerissenen Problemlage in Bezug auf die sozialwissenschaftliche Japanforschung siehe Distelrath, Günther: Wissenschaftstheorie und Japanforschung. In: VEREINIGUNG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE JAPANFORSCHUNG (Hg.): *Grenzgänge: Quo vadis sozialwissenschaftliche Japanforschung? Methoden- und Zukunftsfragen*. Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften No. 20/1999. S. 11-23.

der Theorie an vor der Aufnahme von Forschungsprojekten heuristisch festgelegten Sollbruchstellen vor. Wir haben es dann in der Tat nicht mehr mit wissenschaftlichen Theorien (im Sinne des Rechtfertigungsgedankens) zu tun, sondern eben mit Forschungsprogrammen. Laut Böhme ist die Anwendung von Theorien keineswegs unstatthaft, jedoch nur, wenn diese zuvor „finalisiert“ worden sind, d.h. ihr Gültigkeitsbereich überprüft und gegebenenfalls eingeschränkt worden ist. Dies kann als „raffinierte Anwendungsgedanke“ gegenüber dem „naiven Anwendungsgedanken“ der Rechtfertigungstheorien bezeichnet werden. Gemeinsam ist beiden Richtungen, daß eine beständige Überprüfung des wissenschaftlichen Instrumentariums für notwendig gehalten wird. In der Sozialwissenschaft aufgestellte Prämissen können davon nicht sinnvoll ausgenommen werden.

Diese zunächst noch sehr abstrakten Gedanken wurden dann im Sinne einer Operationalisierbarkeit für die Asienforschung anhand des Problems des Individualismus in den Sozialwissenschaften weiter ausgeführt: In den Sozialwissenschaften und damit auch in der auf außereuropäische Kontexte bezogenen sozialwissenschaftlichen Forschung ist es vielfach zu einer Vermischung von methodischem und ontologischem Individualismus gekommen. Letzteres stellt aber einen klassischen logischen Kategorienfehler dar, weil dabei ein analytisches Theorem unreflektiert mit einer Tatsache in der Welt identifiziert wird. Dieser Fehler ist Teilen der soziologischen und ökonomischen Basistheorie, aber auch Inkonsistenzen im Popperschen Entwurf des methodischen Individualismus anzulasten.

In der Praxis führt eine derartige Identifikation, die unmittelbar dem Konzept einer Gesetzmäßigkeit der sozialwissenschaftlichen Theorie entspringt, oftmals zu einer vorempirischen Typisierung des modernen Menschen als ontologisch individualistisch und einer ebenso vorempirischen gegenteiligen Bewertung von nicht westlich-industriekapitalistischen Kontexten. Die sozialwissenschaftliche Erforschung Asiens ist aus diesen Gründen oft noch durch eine kulturimperialistische Haltung geprägt, eben weil „Rationalität“ und „Individualismus“ (z.B. mit Max Weber) allein in westlichen Gesellschaften verortet werden und die Überlegenheit einer derartig konzipierten Form menschlichen Handelns (was sonst als eine erfundene Tradition) implizit unterstellt wird. Die Universalität dieser und anderer (ontologisch ausgedeuteten und damit unreflektiert eine normative Funktion einnehmenden) Axiome kann im Lichte der neueren Wissenschaftstheorie eben nicht mehr schlicht vorausgesetzt werden.

Aus der hier gegebenen Argumentation wurden folgende Aufgabenfelder für die zukünftige sozialwissenschaftliche Asienforschung hergeleitet: 1) Eine Überprüfung der bestehenden Forschungsergebnisse in Hinblick auf ihren Rechtfertigungscharakter. 2) Der Entwurf von Forschungsprogrammen, die eine angemessene Darstellung der Lebenswelt in den einzelnen asiatischen Ländern erlauben und bestehende Verzerrungen identifizieren und ausmerzen. 3) Die Finalisierung soziologischer und ökonomischer Theorien durch die Überprüfung ihrer Gültigkeit im Kontext der Asienforschung. Durch eine Basierung der sozialwissenschaftlichen Asien-bezogenen Regionalforschung auf die methodischen Strategien des kritischen Rationalismus wie auch des wissenschaftstheoretischen Pragmatismus könnten also bestehende Verstellungen der Forschungsgegenstände überwunden werden als auch ein Beitrag dazu geleistet werden, der Forderung nach einer Universalität des allgemeinen Instrumentariums der Sozialwissenschaften besser als bisher gerecht zu werden.

Zum Autor

Günther Disterath, geboren am 11. August 1959, 1984 bis 1990 Studium der Japanologie in Bonn, 1990 bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Japanologischen Seminar der Universität Bonn, Promotion 1995. Seit 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle

Modernes Japan der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaft Japans, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Japans, Wissenschaftsentwicklung in Japan, Basisprobleme der Sozialwissenschaften. Günther Distelrath, Mechenstr.43, 53129 Bonn, Tel.: 0228/530848, e-mail: Distelrath@uni-bonn.de, Japanologisches Seminar Uni Bonn.

Sebastian Heilmann

Thesepapier

These 1:

Den Geistes- und Sozialwissenschaften steht mit dem Wegbrechen der bürgerlichen Bildungstradition eine existentielle Krise bevor

Die gewohnten Selbstverständlichkeiten („zweckfreie Geistesbildung ist in sich sinnvoll, gesellschaftlich wünschenswert und wird deshalb staatlich gefördert“) werden in einem fundamental veränderten gesellschaftlichen und fiskalischen Umfeld nicht mehr gelten. Die bürgerlich-humanistische Bildungstradition, in der die Geisteswissenschaften einen zentralen Platz einnahmen, wird mit den Veränderungen im Bildungshintergrund und Bildungsinteresse der jetzt nachrückenden Studentengenerationen eine wesentlich geringere Rolle spielen. Die Asienwissenschaften werden aufgrund ihres Exotenstatus möglicherweise nicht sofort unter so massiven Rechtfertigungsdruck geraten wie etwa die konventionellen Philologien. Es sind jedoch beträchtliche Anstrengungen zu einer Neuorientierung und Öffnung notwendig, um auch in Zukunft Entfaltungsmöglichkeiten für die geistes- und sozialwissenschaftliche Asienforschung zu sichern.

These 2:

Mehr Offenheit für eine stärker nachfrageorientierte Forschungs- und Publikationstätigkeit

Die praxisnahe, nachfrageorientierte Forschungs- und Publikationstätigkeit (beispielsweise des Instituts für Asienkunde) besitzt ein beträchtliches Zukunftspotential – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel von außerwissenschaftlichen Geldgebern. Es geht hier nicht um „Auftragsforschung“ im Sinne von Ergebnisvorgaben durch die Geldgeber, sondern in erster Linie um eine verbesserte Außenwirkung der Asienforschung. Den akademischen Abschließungstendenzen in der universitären Asienforschung sollte durch regelmäßige Kontakte mit/Vorträge vor Nicht-Asienwissenschaftlern vorgebeugt werden. Asienforschung muß ihre Ergebnisse unbedingt einer breiteren Öffentlichkeit insbesondere in den meinungsbildenden Print-Medien attraktiv präsentieren.

These 3:

Auch in der gegenwartsbezogenen China-Forschung wurde jüngst deutlich, daß in westlichen Gesellschaften entwickelte sozialwissenschaftliche Modellvorstellungen sich als Ursache von Verzerrungen erwiesen.

- **Diskussion um die Entstehung einer chinesischen Zivilgesellschaft:** Insbesondere in der amerikanischen China-Forschung wurde der politisch-gesellschaftliche Wandel in China nach 1989 auf ein Tauziehen zwischen einem einheitlichen Staat und einer undifferenzierten Gesellschaft reduziert. Neuartige Phänomene einer wechselseitigen Verflechtung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren wurden deshalb erst spät in ihrer vollen Tragweite erfaßt.
- **Diskussion um den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft:** Vielfach wurde die Vorstellung eines zwangsläufigen, gesetzmäßigen Übergangs von der Plan- zur Wettbewerbswirtschaft der Analyse des ökonomischen Wandels in China zugrundegelegt. Unkon-

ventionelle, aber überaus wirkungsmächtige Strukturen und Regeln des Wandels – insbesondere die zentrale Bedeutung informeller Tauschnetzwerke für die Ablösung alter planwirtschaftlicher Strukturen – waren in diesem Schema nicht einbezogen. Die Komplexität von Transformationsprozessen ist mit einer einfachen dualistischen Modellbildung (Plan vs. Markt, Privateigentum vs. Staatseigentum etc.) nicht zu erfassen.

Zum Autor

Sebastian Heilmann, Dr. phil. habil., geb 1965 in Offenbach am Main. Studium der Politikwissenschaft und Sinologie in Tübingen, Nanjing (VR China) und Saarbrücken. Forschungsaufenthalte in Stanford, Berkeley, Beijing und Taipei. Seit Januar 1994 wissenschaftlicher Referent für die Politik Chinas am Institut für Asienkunde, Hamburg.

Ole Döring

Hermeneutische Kompetenz in der Krise?

Eine Vorüberlegung zum Ausgang der Asienwissenschaften aus ihrer selbstverschuldeten Unsichtbarkeit

Abstract

Dieser Beitrag skizziert das wissenschaftstheoretische Potential einer Hermeneutik der Geisteswissenschaften. Vor dem Hintergrund seiner Arbeiten zur Situation der Chinawissenschaften und zum Wertewandel in China stellt der Autor aus geisteswissenschaftlicher Sicht Grundzüge einer innovativen Hermeneutik der asienbezogenen Kulturwissenschaften vor. Im Mittelpunkt steht die systematische Bedeutung der doppelten Rolle von Kulturwissenschaftlern als Akteure und Betrachter, sowie der daraus abgeleitete Vorschlag, Projekte zeitgenössischer Regionalforschung als Laboratorien für Methodendiskussionen anzusehen. Schließlich plädiert der Autor für eine Stärkung der hermeneutischen Kompetenz und des Selbstbewußtseins der Asienforscher.

1. Einleitung

In einem Rundschreiben zur Vorbereitung der Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Chinastudien 1999 hat der kürzlich verstorbene Helmut Martin provozierend gefragt: "Was sollen angedeutete Reformen denn reformieren (Ole Dörings Hermeneutik der Geisteswissenschaften)? Das fragen sich Landesregierungen, das fragen sich nicht nur Wissenschaftler, sondern die Institutionen der Wissenschafts- und Forschungsförderung." Die Feststellung einer derartigen Nachfrage ist sicher schmeichelhaft, wenn auch irreführend. Es ist nicht mein Anliegen, den von Martin angesprochenen Institutionen meine Überlegungen zur Hermeneutik nahezubringen. Den Hinweis auf das wissenschaftstheoretische Potential der Hermeneutik richte ich, vor dem besonderen Hintergrund der Sinologie, an die Asienwissenschaftler und, *mutatis mutandis*, an die Vertreter der kultur- und regionalwissenschaftlichen Fächer allgemein. Helmut Martin hat aber andererseits zweifellos Recht: die Rede vom Potential der Hermeneutik ist begründungs- und erklärungsbedürftig.

Zunächst einmal geht es um ein Desiderat, nicht um einen ausgearbeiteten Theorievorschlag, und es geht um die Anregung einer theoretischen und methodischen (Selbst-)Reflexion. Damit erhebe ich nicht den Anspruch, bereits genau anzugeben, wie "die Hermeneutik der Geisteswissenschaften" theoretisch aussieht und welche methodischen Weiterungen sich daraus ergeben. Es genügt vorerst zu zeigen, daß dieser Ansatz plausibel und wahrscheinlich mit Erkenntnisgewinn verbunden ist, und daß er nicht von vornherein durch interessantere bzw. fundiertere Alternativ- oder Gegenvorschläge reizlos gemacht wird. Im Sinne eines *learning-by-doing* sollen damit zwei Aufgaben in einem Prozeß entwickelt und bearbeitet werden: den *Diskurs zu führen* und ihn *als Medium der Erkenntnis in einem grundsätzlich offenen Prozeß zu begreifen*. Andererseits müssen natürlich Grundzüge und metatheoretische Angaben gezeigt werden, die diesen Ansatz als *wissenschaftlich* ausweisen. Das gilt besonders, weil ich behaupte, daß es hierbei um ein *systematisches* Unternehmen geht.

Nicht zuletzt ist Helmut Martins Frage nach dem Adressaten der anstehenden Reformen berechtigt: Wo und bei wem sollen Änderungen in diesem Sinne angestoßen werden? Die These von der Betroffenheit aller Ebenen (von wissenschaftsinternen über organisatorisch-institutionelle und strukturelle bis hin zu finanziellen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen) ist offensichtlich begründet. Sie führt aber nicht schon zu konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen, son-

dern eher dazu, daß sich viele irgendwie angesprochen fühlen, aber kaum jemand sich selbst in der Pflicht sieht, für den eigenen Bereich mit den entsprechenden Schritten zu beginnen. Deshalb beziehe ich mich hier nur auf das wissenschaftliche Arbeiten.²

2. Zum Hintergrund dieser Überlegungen

Meine Überlegungen stammen zu einem Teil aus der Gedankenarbeit an dem Unbehagen, das mich angesichts der Disparität zwischen dem Universalanspruch der Sinologie und ihrer bescheidenen Wirklichkeit seit Beginn meines Studium begleitet hat. Anlässe für dieses Unbehagen habe ich auch in meinen chinabezogenen Projekten immer wieder gefunden. Die folgende Betrachtung entspringt hauptsächlich meinen Versuchen, durch diese Arbeiten etwas über Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen unserer Art von Wissenschaft zu lernen. In meinen Forschungsprojekten untersuche ich zwei Themenbereiche, die inhaltlich, methodisch und theoretisch miteinander verflochten sind.

2.1

Erstens geht es in den wissenschaftstheoretisch explorativen Arbeiten um die Situation und die Grundlagen der Chinawissenschaften aus geisteswissenschaftlicher Sicht. Dazu habe ich andernorts Position bezogen³, die insbesondere in zwei Thesen zum Ausdruck kommt, nämlich (a) "Die Sinologie als umfassende Kulturwissenschaft ist ein Anachronismus"⁴ und (b) "Wir brauchen jetzt eine offene Diskussion zur Neuorientierung und für ein neues Selbstverständnis in der deutschen Sinologie"⁵.

Ausgangspunkt für diese Thesen ist die Beobachtung, daß "China-Experten" allerorten gefragt sind wie nie zuvor. Dies ist keine (oder doch jedenfalls nur oberflächlich eine) konjunkturelle Feststellung. Die Horizonte der Wissenschaften haben sich erweitert, interdisziplinären Ansätzen wird ein besonders innovatives Potential zugeschrieben, und überall wird nach ihren praktischen Implikationen für die Menschheit gefragt. Die Zeiten disziplinären Kastenbewußtseins und der Elfenbeintürme scheinen vorüber zu gehen. Gleichwohl spielt eine besondere und unverdächtige Form von Konjunktur eine Rolle, nämlich die Nachfrage nach Erkenntnissen und nach Vermittlung von Wissen über die Welt. Angesichts der allgemein weit stärker empfundenen als verstandenen Herausforderung der Globalisierung ist eine ausreichende Anzahl professioneller Vermittler von authentischen Informationen zu China die Voraussetzung für einen sachgerechten Umgang insbesondere mit politisch-strategischen Fragen, aber auch für die Wirtschaft und den zwischenmenschlichen Kontakt. Diese Situation stellt die Chinawissenschaften an sich nicht in ein neues Licht. Sie holt sie vielmehr aus ihrem Schattendasein und stellt sie überhaupt in das Licht evidenter Relevanz. Dadurch entsteht ein Klima der Selbstvergewisserung und Selbstkritik, der Rückbesinnung auf die Bedeutung und den Zweck der Chinaforschung.

Die Aufgabe der chinabezogenen Geisteswissenschaften bestand und besteht in der Vermittlung und Rationalisierung eines möglichst lebensnahen Chinabildes, beispielsweise durch den Abbau generalisierender Stereotypen, durch Entmystifizierung des "Orients" und eine differenzierte Ein-

² Ausführlich dazu und zu den Problemen auf anderen Ebenen s. Anja Osiander und Ole Döring, *Zur Modernisierung der Ostasienforschung: Konzepte, Strukturen, Empfehlungen*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 305, Hamburg 1999.

³ "Zwischen Kulturalismus und Globalisierung - die Sinologie am Scheideweg?", in: Helmut Martin und Christiane Hammer (Hg.): *Chinawissenschaften-deutschsprachige Entwicklungen. Geschichte, Personen, Perspektiven*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr.303, Hamburg 1998: 63-80.

⁴ Ebenda, S.72.

⁵ Ebenda, S.79.

führung in die jeweiligen Unterschiede und Gemeinsamkeiten, aber auch in der aktiven Herstellung von Kooperationen mit chinesischen Kollegen und gegebenenfalls sogar in der "Einmischung" in wissenschaftliche Diskurse. In dieser weltbürgerlichen Perspektive erledigen sich kulturelrelativistische und essentialistische Chinabilder von selbst. Stattdessen drängt sich die Frage auf: Woher kommt es, daß wir uns so gut verstehen bzw. uns immer wieder über vergleichbare Dinge streiten, daß wir die zentralen Werte und Ansichten teilen - und wo liegen die Grenzen der Gemeinsamkeit? Kurz, es geht um das *Verstehen und die Verständigung über das Verstehen und die Verständigung*.

2.2

Zweitens führe ich Studien zum praktischen Bewußtsein und zum Wertewandel in China durch, am Beispiel der Diskussion um ethische Probleme der biotechnologisch gestützten Medizin bzw. der Humangenetik. Diese Studien betreibe ich nicht nur in der klassischen Perspektive des "Ornithologen" (Siegfried Klaschka) oder des Feldforschers, obwohl diese Herangehensweisen legitim und unentbehrlich sind; sie reichen jedoch nicht aus, um der subjektiven und perspektivischen (methodischen, theoretischen und empirischen) *Verzerrung* wissenschaftlicher Schreibtischarbeit Rechnung zu tragen.

Eine Möglichkeit, diese Verzerrung systematisch zu minimieren (nicht sie auszuschließen) sehe ich darin, die praktische Diskussion nicht nur zu beschreiben sondern auch mitzugestalten. Im Sinne praktisch-hermeneutischer Diskursexperimente organisiere ich Foren, auf denen aktuelle Fragen der Medizinethik in China von in der Mehrzahl chinesischen aber auch internationalen Wissenschaftlern multidisziplinär diskutiert werden. Ich beteilige mich konzeptionell und moderierend sowie auch mit eigenen fachlichen Beiträgen an den Debatten⁶. Diese Doppelrolle als Teilnehmer und Beobachter bietet eine Vielfalt von Anregungen, theoretischen und methodischen Grenzerfahrungen. Sie erlaubt einen organisierten Wechsel von Perspektiven und erzeugt eine kommunikative Dynamik, die - im Erfolgsfall - zu interdisziplinären Synergien führen kann.

Wissenschaftliche Konferenzen mit monologischen Frontalvorträgen zum Zwecke der Vorstellung neuer Erkenntnisse verlieren in der globalisierten Informationsgesellschaft weitgehend an Plausibilität - wir können ja nicht bloß Informationen über das Internet abrufen sondern auch virtuell interagieren. An die Stelle des Austausches von Daten und Papieren kann die interaktive Weiterentwicklung eigenen und gemeinsamen Wissens und Verstehens treten. Das ist zumindest für geisteswissenschaftliche Diskussionen ein Gewinn. Obwohl diese Art des Vorgehens noch unausgereift ist, halte ich doch aufgrund des bisherigen Verlaufs der Debatten im allgemeinen und meiner genannten Projekte im besonderen die Hoffnung auf einen langfristig deutlichen Niveauengewinn durch diesen und verwandte innovative Ansätze für gerechtfertigt. Themen mit übergreifendem Erkenntnisinteresse wie Medizin und Ethik eignen sich dabei besonders für kulturwissenschaftliche Fragestellungen, weil sie soziale, politische, wissenschaftliche, modernisierungstheoretische und praktisch-normative Fragestellungen einerseits aus einer bestimmten fachlichen Perspektive ansprechen, andererseits aber an sachlichen Schnittstellen immer wieder aufeinander verweisen und dementsprechend miteinander kooperieren können. Diese multidisziplinären Diskurse sind ihrerseits originäre Kulturleistungen.

⁶ Ein erstes Ergebnis liegt vor mit Ole Döring (Hrsg.), *Chinese Scientists and Responsibility: Ethical issues of Human Genetics in Chinese and International Contexts. Proceedings of the 'First International and Interdisciplinary Symposium on Aspects of Medical Ethics in China: Initiating the Debate', Hamburg, April 9-12, 1998*, Hamburg 1999. Im Oktober 1999 wird dieses Projekt in größerem Rahmen in Shanghai weitergeführt und anschließend wiederum durch einen Sammelband dokumentiert.

3. Hermeneutik und Methoden

Gleichwohl liegen Gefahren einer anderen Art von Verzerrung auf der Hand: Als Akteur beeinflusse ich die Vorgänge und Ergebnisse mit, die ich untersuche. Einem älteren Wissenschaftsverständnis nach ist dies ganz und gar unseriös. Ich halte dieser Auffassung entgegen, daß das Postulat einer uninteressierten, hermetisch reinen und objektiven Wissenschaft nicht nur epistemisch eine Anmaßung sondern auch theoretisch utopisch und praktisch illusorisch ist. Dieses olympische Wissenschaftskonzept kann einzig als Quelle regulativer Ideen dienen, als normative Orientierung und Erinnerungshilfe an das Gebot, möglichst selbstkritisch, möglichst seriös und diszipliniert zu verfahren. Die Erinnerung daran, daß wir im Dienste der Wahrheitssuche stehen, ist als Korrektiv eines auch in der Wissenschaft virulenten Beliebigkeitsdenkens wichtig, und insofern ist die Warnung vor einer allzu frohgemuten Wandlung des Betrachters zum Akteur nicht einfach obsolet.

Mit meinen Überlegungen möchte ich dazu beitragen, daß zwei besonders augenfällige Fehler systematisch vermieden werden, die von der Asienforschung teils selbst begangen und teils zugelassen worden sind, weil sie sich nicht ausreichend über ihren theoretischen Rahmen Rechenschaft gegeben hat. 1. Die Grundhaltung der Präention statt der Selbstkritik hatte zwangsläufig den Verlust des Überblickes und das Einspinnen in eine kausal-genetische "Brösel-Philologie" (Michael Lackner) zur Folge. 2. Der Gebrauch untauglicher bzw. irreführender Metaphern anstelle der Arbeit an entwicklungs-offenen theoretischen Konzepten stand einer theoretischen Selbstentwicklung mystifizierend im Wege. Kategorien des Kompaß ("East and West") statt nüchterner Identifikation von Forschungsgegenständen oder vernünftiger Begründung der Leistungsfähigkeit von Theorien, Methoden und Argumenten unterstützten einen populären Hang zu exotisch-esoterischem Geraune. Ob ein Argument gut oder schlecht ist, hängt auch in der Asienforschung nicht von der Himmelsrichtung, Region oder Zeit seiner Äußerung ab. Bislang haben uneigentliche Metakontzepte diese Einsicht verschleiert. Unsere neue Nachbarschaft zu Asien zwingt uns nun auch praktisch dazu, uns ernstlich auf die Rolle der irdischen Wissenschaft einzulassen.

In kulturwissenschaftlichen Zusammenhängen sind wir immer beides, Akteure und Betrachter. Das gilt besonders, wenn man von einem weiten und normativen *Kulturbegriff* ausgeht: Demnach ist Kultur ein dynamisches Konstrukt der wertbesetzten Erzeugnisse menschlichen Schaffens. Je nach Interesse und Methode der Konstruktion von Kultur ergeben sich aus diesem Allgemeinbegriff unterschiedliche Spezialbegriffe von Kultur. Die Übergänge zwischen kulturwissenschaftlichen Betrachtern und kulturformenden Akteuren sind fließend, einfach weil wir kontingente Menschen sind. Wir können die Kontingenz beklagen, weil sie die Subjektivität und Endlichkeit unserer Vermögen entblößt - wir können sie aber auch nutzen und aus ihr lernen. Als Menschen mit Erkenntnisinteresse befinden wir uns faktisch bereits innerhalb des hermeneutischen Zirkels; in dieser Hinsicht haben wir keine Wahl, wenn wir überhaupt verstehen wollen. Ich schlage vor, daß wir uns zumindest mit dem Diktat der Subjektivität nicht widerspruchslös abfinden (was würde es sich sonst zu wissen lohnen!). Mit dem kontrollierten und interaktiven Perspektivenwechsel (vgl. Steffi Richter) steht eine noch unausgereifte Methode auf der Agenda, die ich besonders dann für erfolgversprechend halte, wenn wir sie im Sinne von normativen und kritischen bzw. finalisierenden Forschungsprogrammen in der Tradition wissenschaftstheoretischer Vorarbeiten von Kant bis Lakatos fruchtbar machen (vgl. Günter Distelrath). In den Wissenschaften entstehen Innovationen durch ein bewußtes Übersteigen und Ausfransen der Horizonte traditioneller Disziplinen, durch eine überlegte Öffnung für den Austausch mit anderen Wissenschaften. Dies bedeutet keineswegs eine Vereinheitlichung aller Ansätze zu einer allumfassenden Supertheorie. Im Gegenteil, eine derartige Öffnung kann nur funktionieren, das heißt ihre

originären Ansätze verstehen und aufschließen, wenn sie sich auf ihren vielfältigen angestammten Terrains ihrer selbst sicher ist. Ein derartig gefestigtes "Standbein" kann beispielsweise innerhalb der traditionellen Sinologie erworben werden; es bedarf freilich in diesen Fällen der Ergänzung durch ein fachwissenschaftliches bzw. durch ein methodologisches "Spielbein", durch das die jeweiligen Ansätze in der Anwendung erprobt und methodisch und empirisch einem Korrektiv unterworfen werden. Es ist aber nicht nur innovativ sondern auch ein Gebot der Klugheit, unsere hermeneutische Gebundenheit anzuerkennen. Mit dem planvollen Wechsel fachlicher, kultureller, konzeptioneller und persönlicher Perspektiven und Kontexte verschaffen wir der Kreativität und dem Ehrgeiz unseres Erkenntnisstrebens Geltung und tun einen ersten Schritt des systematischen Verstehens von Verstehen.

In diesem Zusammenhang besitzen unsere Wissenschaften das Potential, selbst als Laboratorien für Methodendiskussionen zu fungieren. Auf dem Wege der Explikation, Kritik und Verteidigung der jeweiligen Vorgehensweise, besonders durch den Nachweis der Adäquatheit der verwendeten Theorien (bzw. Theoreme) und empirischen Daten wird ein Forschungsansatz erst kommunizierbar. Das gilt sowohl innerhalb der Ostasienwissenschaften (sofern angesichts ihrer Heterogenität überhaupt von *einem* Innenraum die Rede sein kann) als auch für den wissenschaftlichen Diskurs insgesamt. Auf diesem Wege können also Anknüpfungspunkte für einen interdisziplinären Brückenschlag systematisch entstehen.

Ich verstehe Hermeneutik demzufolge in einem technisch-prozeduralen Sinne (und nicht etwa in einer der speziellen Lesarten hermeneutischer Schulen von Dilthey über Heidegger und Gadamer bis zur "Postmoderne") als grundlegende, nicht aber als die einzige Methode in einer Asienforschung, die als Kulturwissenschaft auftreten können soll.

4. Gelingt den Asienwissenschaften das Kunststück Münchhausens?

Ich plädiere dafür, in diesem Sinne die akademischen Urtugenden Neugierde, Offenheit und Entwicklungsfreude in frischen Wind für die Asienforschung zu verwandeln. Wir brauchen dazu nicht nur mehr hermeneutische Kompetenz sondern auch ein größeres Selbstbewußtsein und mehr kreative Fantasie. Wir wissen am besten, warum und wie wir aus dem Sumpf der Marginalität oder der Auflösung in bloße Fachdisziplinen herauskommen können. Dabei befinden wir uns gegenüber Münchhausen in der vorteilhaften Situation, daß wir es mit der Dynamik des Geistes zu tun haben und nicht primär mit Naturgesetzen.

Wir können und sollten unsere Wissenschaften in diesem Sinne stärken und modernisieren. Es kann nicht darum gehen, defensiv unsere Relevanz zu beweisen; wir können offensiv und selbstbewußt den Rahmen der kultur- und regionalbezogenen Wissenschaften und das allgemeine Wissen über Asien mit prägen. Wenn wir uns diese Kompetenz nicht nur anmaßen sondern sie auch angemessen dokumentieren, leisten wir unseren Beitrag dazu, aus unserer zum Teil selbstverschuldeten Unsichtbarkeit herauszukommen. Das Kunststück *kann* gelingen, wenn wir demonstrieren, daß es funktioniert. *Ob* es auch tatsächlich gelingt, hängt deshalb weitgehend auch von uns ab.

Anhang

Asienkrise, Demokratie, Nationalismus
Neue Wechselwirkungen zwischen Politik und Ökonomie in Ostasien
Brühl, 3. bis 6. Mai 1999

Montag, 3.5. vormittag: Anreise

Montag, 3.5. nachmittag 14.00 bis 18.30

(14.00-16.00) 14.30	Begrüßung und Eröffnung (Müller-Hofstede, Wacker) Keynote (Arbeitstitel): <i>Prof. Michael Lackner</i> (Göttingen): "Where do you want to go today?" - Anmerkungen zu den wissenschaftspolitischen und -theoretischen Perspektiven der Asienforschung" mit anschließender Diskussion
16.00-16.30	<i>Kaffee-Pause</i>
Panel 1 (16.30-18.30)	Asienkrise Moderation: Carsten Mende (Berlin) Vorträge: <i>Jörg Faust</i> (Mainz): "Politische Herrschaft und ökonomische Krise - Zum Zusammenspiel formaler und informaler Institutionen" <i>Tim Goydke</i> (Duisburg): "Die Auswirkungen der Asienkrise auf die entwicklungstheoretische Debatte in Asien" <i>Frank Westerhoff</i> : "Die Krise in Japan" Kommentar: Dr. Manfred Kieserling (Kassel)

Dienstag, 4.5. vormittags 9.00 bis 13.00

Panel 2 (9.00-10.45)	Sozialer Wandel Moderation: Doris Fischer (Duisburg) Vorträge: <i>Björn Alpermann</i> (Köln): "Sozialer Wandel und politische Partizipation im ländlichen China" <i>Uta Wickleder</i> (Leipzig): "Entwicklung der Einkommensstrukturen in China" <i>Claudia Wüllner</i> (Gießen/Bochum): "Ursachen und Konsequenzen der Land-Stadt-Migration in China" Kommentar: Prof. Dr. Thomas Heberer (Duisburg)
	<i>Kaffee-Pause</i>
Panel 3 (11.15-13.00)	Binnenreform Moderation: Jörg Faust (Mainz) Vorträge: <i>Doris Fischer</i> (Duisburg): "Grundlegende Hemmnisse für die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der VR China" <i>Dagmar Hauff</i> (Heidelberg): "Haushaltsreform 1994 und Finanzausgleich in China" <i>Axel Kassing</i> (Berlin): "Stand der Reformen des Finanzsektors in China" Kommentar: Heike Scherff (Potsdam)

Dienstag, 4.5. nachmittags 14.00 bis 18.30

Panel 4 (14.15-16.00)	Beziehungen Moderation: Dietmar Ebert (Bochum) Vorträge: <i>Sebastian Bersick</i> (Berlin): "Die europäisch-asiatischen Beziehungen am Beispiel des ASEM-Prozesses" <i>Ute Roßmann</i> (Mainz): "Japans wirtschaftliche Bedeutung für Asien" <i>Rolf Jordan</i> (Kassel): "Neue politische Akteurskonstellationen" <i>Cornelia Kriesel</i> (Halle/Saale): "Die japanische Entwicklungspolitik: Von der Evolution eines Paradoxes" Kommentar: Dr. Patrick Köllner (Hamburg)
16.00-16.30	<i>Kaffee-Pause</i>
Panel 5 (16.30-18.30)	Demokratisierung Moderation: Maria Weidenhiller (Berlin) Vorträge: <i>Torsten Zitterbart</i> (Berlin): „Der subethnische Konflikt zwischen ‘Taiwanesen’ und ‘Festländern’ auf Taiwan - Kritische Anmerkungen zur ‘modernisierungstheoretischen Perspektive’ auf die Ursachen der Liberalisierung Taiwans von 1987“ <i>Petra Strauch</i> (Berlin): "Demokratisierung in Hongkong unter Christopher Patten" <i>Sabine Jakobi</i> (Duisburg): "Demokratisierung auf der Dorfebene? Bestandsaufnahme eines chinesischen Politikmodells" Kommentar: Dr. habil. Sebastian Heilmann (Hamburg)

Mittwoch, 5.5. vormittags 9.00 bis 13.00

Panel 6 (9.00-10.45)	Nationale Identität Moderation: Dr. Claudia Derichs (Duisburg) Vorträge: <i>Alexis Mengel</i> (Mönchengladbach): "Nationalismus in Südkorea und Japan hinsichtlich der gegenseitigen Beziehungen: Stereotypen, Verhaltensmuster, Entwicklungen" <i>Dr. Christina Neder</i> (Bochum): "Die VR China zwischen kultureller Identitätskrise und nationalistischer Großmannssucht - Lektürepräferenzen als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen" <i>Hans Scheerer</i> (Tübingen): "Nationalismus im Spiegel der Außenpolitik der VR China: Beijings außenpolitisches Verhalten im Konflikt um die Spratly-Inseln" Kommentar: Prof. Dr. Wolfgang Seifert (Heidelberg)
10.45-11.15	<i>Kaffee-Pause</i>
Panel 7 (11.15-13.00)	„Asiatische Werte“ Moderation: Ole Döring (Bremen) Vorträge: <i>Andreas Seifert</i> (Tübingen): "Popkultur, Jugendkultur - oder das Märchen von den allgemeingültigen 'asiatischen Werten'"

Kerstin Nagels (Bremen): "Wessen Werte? Interkulturelles Management im Spannungsfeld gesellschaftlichen Wandels in der VR China."

Seo U-Seok (Köln): "Asiatische Werte als Sozialkapital"

Kommentar: Dr. Lee Eun-Jeung (Bonn)

Mittwoch, 5.5. nachmittags 14.30 bis 18.00

**Vortrag und
Podiumsdiskussion**
(14.30-18.00)

Methodische und theoretische Konzepte in der Asienforschung

Teilnehmer: Anja Osiander (Bonn), Ole Döring (Bremen), Dr. Günther Distelrath (Bonn), Dr. Sebastian Heilmann (Hamburg), Prof. Dr. Steffi Richter (Leipzig), Dr. habil. Siegfried Klaschka (Erlangen)

Mittwoch, 5.5. abends

20.00-

Abschlußdiskussion

(Manöverkritik/ Whither Ostasienforschung?)

Leitung: Christoph Müller-Hofstede

Donnerstag, 6.5. vormittags: Abreise

Alphabetische Liste aller Teilnehmer

Nr.	Name	Thema	Panel	Funktion
1	Alpermann, Björn	"Sozialer Wandel und politische Partizipation im ländlichen China"	Sozialer Wandel (II)	Vortrag
2	Bersick, Sebastian	"Die europäisch-asiatischen Beziehungen am Beispiel des ASEM-Prozesses"	Beziehungen (IV)	Vortrag
3	Derichs, Claudia	Japans Neue Linke	Nationale Identität (VI)	Moderation
4	Distelrath, Günther			Podium
5	Döring, Ole	asiatische Werte/Asienforschung		Moderation Podium
6	Ebert, Dietmar TC	Sino-jap. Beziehungen 70er u. 80er	Beziehungen (IV)	Moderation
7	Faust, Jörg	"Politische Herrschaft und ökonomische Krise - Zum Zusammenspiel formaler und informaler Institutionen"	Asienkrise (I)	Vortrag
8	Fischer, Doris	"Grundlegende Hemmnisse für die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der VR China"	Binnenreform (III)	Vortrag
9	Goydke, Tim	"Die Auswirkungen der Asienkrise auf die entwicklungstheoretische Debatte in Asien"	Asienkrise (I)	Vortrag
10	Hauff, Dagmar	"Haushaltsreform 1994 und Finanzausgleich in China"	Binnenreform (III)	Vortrag
11	Heberer, Thomas		Sozialer Wandel (II)	Kommentar
12	Heilmann, Sebastian		Demokratisierung (V)	Kommentar, Podium
13	Jakobi, Sabine	"Demokratisierung auf der Dorfebene? Bestandsaufnahme eines chinesischen Politikmodells"	Demokratisierung (V)	Vortrag
14	Jordan, Rolf	"Neue politische Akteurskonstellationen..."	Beziehungen (IV)	Vortrag
15	Kassing, Axel	"Stand der Reformen des Finanzsektors in China"	Binnenreform (III)	Vortrag
16	Kieserling, Manfred	Politisch-soziale Folgen der Globalisierung	Asienkrise (I)	Kommentar
17	Klaschka, Siegfried			Podium
18	Köllner, Patrick	Pol. Ökonomie Südkoreas, pol. Reformen Japans	Beziehungen (IV)	Kommentar
19	Kriesel, Cornelia TC	"Die japanische Entwicklungspolitik: Von der Evolution eines Paradoxes"	Beziehungen (IV)	Vortrag
20	Lackner, Michael	"Where do you want to go today?" - Anmerkungen zu den wissenschaftspolitischen und -theoretischen Perspektiven der Asienforschung"		Keynote
21	Lee, Eun-Jeung	Asiatische Werte-Diskussion	Werte (VII)	Kommentar
22	Mende, Carsten	Devisenbewirtschaftung	Asienkrise (I)	Moderation
23	Mengel, Alexis	"Nationalismus in Südkorea und Japan hinsichtlich der gegenseitigen Beziehungen: Stereotypen, Verhaltensmuster, Entwicklungen"	Nationale Identität (VI)	Vortrag
24	Müller-Hofstede, Chr.			Organisation

Nr	Name	Thema	Panel	Funktion
26	Neder, Christina TC	"Die VR China zwischen kultureller Identitätskrise und nationalistischer Großmannssucht - Lektürepräferenzen als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen"	Nationale Identität (VI)	Vortrag
27	Osiander, Anja	asiatische Werte/ Asienwissenschaften		Podium, Organisation
28	Richter, Steffi			Podium
29	Roßmann, Ute	"Japans wirtschaftliche Bedeutung fuer Asien"	Beziehungen (IV)	Vortrag
30	Scheerer, Hans	"Nationalismus im Spiegel der Außenpolitik der VR China: Beijings außenpolitisches Verhalten im Konflikt um die Spratly-Inseln"	Nationale Identität (VI)	Vortrag
31	Scherff, Heike	Institutionenentwicklung in Wirtschaftsliberalisierung	Binnenreform (III)	Kommentar
32	Schucher, Günter		r	DGA
33	Seifert, Andreas	"Popkultur, Jugendkultur - oder das Märchen von den allgemeingültigen 'asiatischen Werten'"	Werte (VII)	Vortrag
34	Seifert, Wolfgang	Demokratiethorie in Japan u. Nationalismus	Nationale Identität (VI)	Kommentar
35	Seo U-Seok TG	"Asiatische Werte als Sozialkapital"	Werte (VII)	Vortrag
36	Sönksen, Anja	Probleme der Wirtschaftsreform	Binnenreform (III)	Moderation
37	Strauch, Petra	"Demokratisierung in Hongkong unter Christopher Patten"	Demokratisierung (V)	Vortrag
38	Wacker, Gudrun			Organisation
39	Weidenhiller, Maria	Oppositionsparteien auf Taiwan seit 1986	Demokratisierung (V)	Moderation
40	Westerhoff, Frank	"Die Krise in Japan"	Asienkrise (I)	Vortrag
41	Wickleder, Uta	"Entwicklung der Einkommensstrukturen in China"	Sozialer Wandel (II)	Vortrag
42	Wüllner, Claudia	"Ursachen und Konsequenzen der Land-Stadt-Migration in China"	Sozialer Wandel (II)	Vortrag
43	Zitterbart, Torsten	„Der subethnische Konflikt zwischen ‘Taiwanesen’ und ‘Festländern’ auf Taiwan - Kritische Anmerkungen zur ‘modernisierungstheoretischen Perspektive’ auf die Ursachen der Liberalisierung Taiwans von 1987“	Demokratisierung	Vortrag

